Freitag, 14. November 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. (0 20 54) 10 11

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 266 - 46. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 650 TL

Heute in der WELT



Die Briten läuten den Wahlkampf ein

Von Wahlen war in der Thronrede der Queen nicht die Rede. Dennoch wurde in der Debatte über die Regierungserklärung deutlich: Der Wahlkampf ist eingeläutet. Obwohl Premierministerin Thatcher den Termin noch nicht festgelegt hat, stellen sich die Parteien auf Sommer 1987 ein. Während Labour mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit um den Wähler werben will, stellen die Tories ihre Kampagne auf die Bewahrung des Erreichten und Verteidigungspolitik ab. Seite 6

POLITIK

Atomtest: Frankreich hat gestern den fünften unterirdischen Atomtest in diesem Jahr auf dem Mururoa-Atoll im Südpazifik unternommen. Die Explosion hatte eine Stärke von 20 Kilotonnen. Australien und Neuseeland protestierten gegen den Test.

Kultur: Um dem häufig langweilige Kulturleben neue Impulse zu geben, ist in Moskau ein Kulturfonds gegründet worden, dem bekannte Künstler angehören. In den Vorstand wurde auch Raissa Gorbatschow berufen. Der Fonds sucht internationale Kontakte.

Berlin: Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat nach der englischen Königin Elizabeth II. und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand jetzt zugesagt, 1987 zur 750-Jahr-Feier nach Berlin zu kommen.

Hamburg: Der bei der Bürgerschaftswahl unterlegene Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) plädiert für eine Zusammenarbeit mit der CDU, lehnt aber eine große Koalition ab. SPD und CDU müßten „in der Sache aufeinander zugehen". (S. 4)

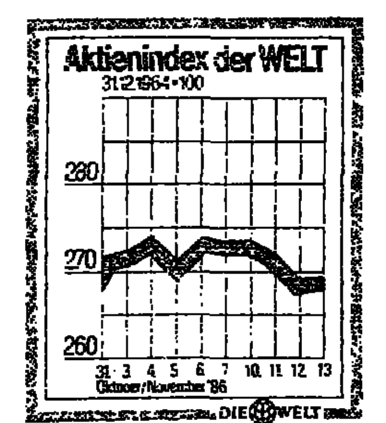
Müll: Als Konsequenz aus der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt, Transporte chemischer Abfälle auf die „DDR"-Deponie Schönberg vorläufig zu stoppen, bemüht sich Hessen um andere Lagerstätten außerhalb der Landesgrenze.

Flucht: Unter dem Gewehrfeuer von „DDR"-Grenzposten ist zwei jungen Männern im Norden Berlins die Flucht in den Westen gelungen. An einer anderen Stelle wurde nach Polizeiangaben ein Fluchtversuch gestoppt.

WIRTSCHAFT

Benzin: Einer Anhebung der Benzinpreise um bis zu fünf Pfennig vor allem in Westdeutschland, womit Aral vorgeprescht war, haben sich BP und Esso angeschlossen. Nach Angaben der Unternehmen liegen damit die Mindestpreise für Normalbenzin bei 89,9 Pfennig, für Super bei 96,9 und für Diesel bei 82,9 Pfennig je Liter. Der Norden, wo die Preise bereits höher lagen, ist nicht tangiert.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten haben sich die Kurse gestern wieder etwas erholt. Am Rentenmarkt sanken die Kurse öffentlicher Anleihen um bis zu 0,8 Prozent. WELT-Aktienindex 269,61 (269,50). BHF-Rentenindex 105,915 (105,953). BHF-Performance-Index 106,946 (106,954). Dollarmittelkurs 2,0220 (2,0260) Mark. Goldpreis per Feinunze 407,50 (407,00) Dollar.



KULTUR

Rompreis: Trotz des mit der Verleihung verbundenen hohen Prestiges war der in Frankreich verliehene Grand Prix de Rome nicht der sichere Weg zum Erfolg. Maler wie Degas oder Delacroix bemühten sich vergebens. (S. 19)

„Prawda": Ein reißerisches britisches Bühnenstück im Hamburger Schauspielhaus, das die Presse ins Visier nimmt. Optik ist alles, Hektik ebenso, scheint sich Regisseur Langhoff gesagt zu haben – Aktionismus. (S. 19)

SPORT

Fußball: Der frühere Kölner Nationalspieler Pierre Littbarski wird nicht in die Bundesliga zu Blau-Weiß Berlin zurückkehren. Er muß seinen Drei-Jahres-Vertrag beim französischen Klub Racing Paris erfüllen. (S. 9)

Tennis: Weil ihr der Einfluß von Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd (beide USA) beim internationalen Damen-Verband zu groß erscheint, erwägt Steffi Graf (Heidelberg) einen Boykott des Masters-Finales. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Kripo: Eine Mörderin aus Berlin (Foto), gesucht und gefangen in jener Zeit, als die Kripo-Beamten laut Dienstvorschrift „mit Zylinder" auf Verbrecherjagd gehen mußten. Die Kripo in Berlin besteht 175 Jahre. (S. 20)

Muscheln: Die Krankheitsfälle nach dem Verzehr von Miesmuscheln von der Nordseeküste, die in den vergangenen Tagen die Gesundheitsbehörden alarmiert hatten, sind durch ein Gift verursacht worden, das von Plankton produziert wird. (S. 20)

Kohl: Die FDP wird es schaffen

Kanzler warnt die Union vor Spekulationen auf die absolute Mehrheit / Besuch bei der WELT

DIETHART GOOS, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat auch die eigene Partei vor Spekulationen auf eine absolute Mehrheit der Unionsparteien gewarnt. Bei einem mehr als zweistündigen Besuch der Bonner WELT-Redaktion sagte der Kanzler: „Ich bin davon überzeugt, daß die Freien Demokraten wieder in den Bundestag kommen. Ich kenne keinen Indikator, daß es die FDP nicht schafft." Gleichwohl ist der Kanzler, der mit einer Wahlbeteiligung *„in der Nähe von 90 Prozent"* rechnet, sicher, daß dies der Union zugute käme. Er rechne damit, daß dann die Koalition einen Stimmenanteil zwischen 53 und 55 Prozent erhalte.

Die Union warnte Kohl davor, sich durch gute Prognosen berauschen zu lassen. CDU und CSU brauchten jede Wählerstimme, hätten keine zu verschenken oder zu verleihen.

Scharf wandte sich der Bundeskanzler gegen Spekulationen um die neue Kabinettsliste und Ansprüche auf bestimmte Ressorts. „Niemand hat eine Zusage von mir auf irgendein Regierungsamt. Es wäre doch töricht, so zu tun, als sei alles längst vor der Wahl entschieden. Dann könnte der Wähler doch mit Recht denken, er werde nicht mehr gebraucht."

Zur Position des sozialdemokratischen Gegners stellte der Kanzler und CDU-Vorsitzende fest: „Die SPD ist auf einem ganz abschüssigen Weg. Am Samstag spricht sie noch davon, die absolute Mehrheit erringen zu wollen. Am Montag nach der Hamburg-Wahl will sie dann nur noch unsere Mehrheit verhindern. Doch wir haben nicht die Absicht, deshalb unsere Konzeption zu ändern. Wir setzen unseren Weg unbeirrt fort." Helmut Kohl erwartet, daß im Wahlkampf mit harten Bandagen gefochten wird. Doch er hält nichts davon, sich an einer „Schlammschlacht" zu beteiligen und den politischen Gegner herabzuwürdigen.

Den Erfolg der Grün-Alternativen Liste bei der Hamburger Bürgerschaftswahl hat der Kanzler aufmerksam analysiert. Er warnte davor, alle Grünen über einen Kamm zu scheren. Dies sei keine Partei, sondern eine Ansammlung verschiedener Strömungen. Unter den Wählern der Grünen gebe es manche mit ernsten Sorgen über den Zustand der Umwelt, die sich jetzt durch die schlimme Rhein-Katastrophe bestätigt fühlten. Entscheidend sei aber die Führung der Partei, die auf eine Systemveränderung in der Bundesrepublik setze.

Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom vergangenen Sonntag hat der CDU aber auch gezeigt, „daß wir bei den Erst- und Jungwählern gut abgeschnitten haben". Die junge Generation unterliege einer gewaltigen Veränderung, sagte Kohl. „Die Gesamtentwicklung bei den jungen Menschen ist für uns nicht negativ, aber wir haben auch keine Veranlassung, uns auf Erfolgen auszuruhen."

Auf die Außenpolitik eingehend, erklärte der Kanzler: „Ich bin besonders stolz, daß wir jetzt erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gleich gute Beziehungen zu unseren beiden wichtigsten Partnern haben, den Vereinigten Staaten und Frankreich." Dies sei keine Selbstverständlichkeit, sondern sei als Erfolg seiner Politik zu bewerten.

Entschieden sprach sich der Bundeskanzler für eine realistische Abrüstungspolitik aus. Dabei nannte er zwei Grundprinzipien: „Die deutsche und europäische Sicherheit kann und darf nicht von den Vereinigten Staaten abgekoppelt werden. Kriege dürfen nicht wieder führbar werden."

Bei diesen Prämissen dürfe der Westen die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion nicht *vernachlässigen*. Die notwendige NATO-Nachrüstung und die Idee einer Strategischen Verteidigungsinitiative SDI hätten die Sowjetunion wieder an den Verhandlungstisch gebracht.

Mit großem Nachdruck unterstrich der Bundeskanzler: „Es kann bei den Abrüstungsbemühungen nicht allein darum gehen, Raketenköpfe zu zählen. Auch die konventionelle Rüstung ist ein schreckliches Vernichtungspotential. Deshalb muß dieser Bereich in die Abrüstungsverhandlungen einbezogen werden."

Von seiner jüngsten USA-Reise und den Gesprächen mit Präsident Ronald Reagan, die er auch im Auftrag der europäischen Bündnispartner führte, ist Helmut Kohl, wie er der WELT versicherte, mit der wichtigen Erkenntnis zurückgekehrt: „Die Amerikaner wissen, wo die europäischen Sicherheits- und Abrüstungsinteressen liegen. Auch die amerikanische Sicherheit kann nicht von Europa abgekoppelt werden."

„Die Union hat keine Stimme zu verschenken": Helmut Kohl — FOTO: DIE WELT

Seite 4: Die Bürger wissen

Sandoz räumt „grobe Fahrlässigkeit" ein

Im Bundestag verteidigt Baum Minister Wallmann

DW. Basel/Bonn

Einen Tag nach der Konferenz der Rheinanlieger über die Folgen des Großbrandes bei Sandoz hat der Schweizer Chemiekonzern erklärt, es *gebe noch keine neuen Erkenntnisse* darüber, wie das Feuer in der Lagerhalle am Rhein ausbrechen konnte. Informationen, die bei den Teilnehmern der Ministerrunde kursiert waren, wonach eine terroristische Vereinigung den Großbrand legte (WELT v. 13.11.), hätten sich bislang nicht bestätigt.

Nachdem der Schweizer Bundespräsident Egli kurz vor Ende der Konferenz angekündigt hatte, sowohl Sandoz als auch die Schweiz selbst seien zu Verhandlungen über Schadenersatzansprüche bereit, erklärte die Konzernleitung, man werde „rechtlich begründete Ansprüche selbstverständlich honorieren". In der Schweiz gilt ohnehin das Verursacherprinzip. Darauf hatte Egli bereits auf der Konferenz hingewiesen.

Konzernsprecher räumten ein, man habe „eindeutig die Konsequenzen aus grober Fahrlässigkeit oder vorsätzlicher Beschädigung unter*schätzt". Sandoz sei im „branchenüblichen Durchschnitt"* gegen betriebliche Haftpflichtfälle versichert. Zu der von den Grünen in Bonn vorgelegten Risikoanalyse der „Zürich"-Versicherung über die Lagerhalle, aus der das vergiftete Löschwasser am 1. November geflossen war, hieß es bei Sandoz, die Versicherung sei nie mit Forderungen oder Auflagen an den Konzern herangetreten. Die schriftliche Risikoanalyse sei erst im Oktober angefertigt worden, der Konzern habe *aber bereits im September* die Versicherung gewechselt. Deshalb sei der Bericht Sandoz nicht zugestellt worden. Der Baseler Regierungspräsident Striebel warf der Firma grobe Fahrlässigkeit vor. Das Vertrauen in die Sicherheit der chemischen Industrie sei „zutiefst erschüttert".

SEITE 2:
Das Image der Chemie

In einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag machte Bundesumweltminister Wallmann nicht nur deutlich, daß die Schweiz den deutschen Forderungen weitgehend entsprochen habe, sondern übte harsche Kritik an der Einleitung des Pestizids Atrazin durch die ebenfalls in Basel ansässige Firma Ciba-Geigy. Der Vorfall sei „nicht verantwortbar".

Während der nordrhein-westfälische Umweltminister Matthiesen (SPD) sich über eine angeblich verspätete toxikologische Bewertung der Schadstoffe beklagte, nahm der FDP-Politiker Baum Wallmann in Schutz. Der Umweltminister habe „korrekt, umsichtig und rechtzeitig" gehandelt.

Lappas schreibt an Breit: Ich will zurücktreten

Aachener und Münchener zahlt zwei Milliarden für BfG

D. G./adh. Bonn

Formal noch im Amt, hat der Vorstandsvorsitzende der gewerkschaftseigenen Finanzholding BGAG, Alfons Lappas, gestern, offenbar nur wenige Stunden vor seinem Rücktritt im Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Bundestages nichts mehr zur Aufhellung des Skandals beigetragen. Lappas hatte am Morgen dem BGAG-Aufsichtsratvorsitzenden, DGB-Chef Ernst Breit, sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Damit kam der Gewerkschaftsfunktionär dem BGAG-Aufsichtsrat zuvor, der am Abend über seine Entlassung entscheiden wollte.

In seinem Rücktrittsgesuch über*nahm Lappas die Verantwortung für* die gescheiterte Sanierung der Neuen Heimat durch Verkauf des angeschlagenen Wohnungsbauunternehmens an den Berliner Fabrikanten Schiesser. Vor dem Untersuchungsausschuß sagte Lappas dazu, das gemeinsame Sanierungskonzept der BGAG und des neuen Eigentümers habe durchaus Erfolgsaussichten gehabt. Es sei aber durch die Gläubigerbanken vereitelt worden. In dieser neuen Lage habe sich die BGAG in *ihrer Verantwortung für die Neue* Heimat entschlossen, das Unternehmen von Schiesser wieder zum Betrag von einer Mark zurückzukaufen und eine Auffanggesellschaft zu gründen. Lappas sagte, es bestehe damit die Chance, die Neue Heimat bis zum Frühjahr 1987 zu sanieren.

Entgegen seiner totalen Aussageverweigerung vor vier Wochen, die ihm Beugehaft einbrachte, war Lappas gestern bereit, den Parlamentariern Rede und Antwort zu stehen. Doch mit den wiederholten Bemerkungen, er könne sich an Einzelheiten nicht erinnern und müsse erst die betreffenden Unterlagen einsehen, gab er keine Einzelheiten über Ursachen und Hintergründe der Neue-Heimat-Affäre preis. Auch die angeblich beträchtlichen Vergünstigungen, die ihm die Neue Heimat beim Bau seiner Luxusvilla in Friedrichsdorf/Taunus gewährt haben soll, blieben gestern im dunkeln.

SEITE 3:
Bevor der Schweiger sprach

Am kommenden Dienstag will der BGAG-Aufsichtsrat dem Verkauf des 51prozentigen Aktienpakets der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) an die Aachener und Münchener Versicherungsgruppe zustimmen. Diese spektakuläre Transaktion wurde beim Bundeskartellamt angemeldet. Der Kaufpreis wird knapp unter zwei Milliarden liegen. Vor dem Übergang an den neuen Mehrheitsbesitzer wird die BfG ihren Anteil von einem Viertel an der Gewerkschaftsversicherungsgruppe Volksfürsorge an die BGAG verkaufen.

Moskau verschweigt Zahl der Opfer des Zugunglücks

Hunderte von Ärzten und Krankenschwestern im Einsatz

DW/RMB. Moskau

Mit sechs Tagen Verspätung hat gestern die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" von einem schweren Zugunglück in der Ukraine berichtet. Es wurde verschwiegen, wieviel Tote und Verletzte zu beklagen sind. Allerdings läßt der Hinweis auf „Hunderte von Ärzten und Kranken*schwestern", die drei Stunden lang* im Einsatz gewesen sein sollen, Schlimmes erahnen.

Wieder wird die Ursache auf menschliches Versagen zurückgeführt: Der Lokführer sei eingeschlafen und sein Begleiter habe im Halbschlaf vor sich hingedöst, hieß es. Der Zug sei eine ganze Weile völlig führerlos über die Schienen gebraust und hätte sämtliche rote Signale überfahren. Schließlich sei er auf dem klei*nen Bahnhof Koristowka in der Nähe* von Kirowograd auf einen anderen Zug gerast.

Wie „Iswestija" weiter mitteilt, habe die Untersuchung einer Regierungskommission ergeben, daß der Zugführer völlig untauglich war. Verantwortlich seien aber auch die Leiter des Zugdepots, die es wiederholt zugelassen hätten, daß dritt- und viertklassige Maschinisten Personenzüge fahren durften.

Nach dem Untergang der „Admiral Nachimow" hatten die sowjetischen Medien ungewöhnlich schnell Einzelheiten ausgebreitet. Offensichtlich kehrt man wieder zu dem alten Sche*ma zurück, über große Unglücksfälle* erst mit Zeitverzögerung zu berichten und sie stets auf menschliches Versagen zurückzuführen. Nach der massiven Kritik an ihrer äußerst zurückhaltenden Informationspolitik im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hatten die Sowjets versprochen, künftig schneller und detaillierter über Unglücke zu berichten. Damit verbundene Hoffnungen scheinen sich jedoch nicht zu erfüllen.

Die Einzelheiten, die die Regierungszeitung über das Zugunglück mitteilte, lassen die Vermutung zu, daß die Berichterstattung im Zusammenhang mit der Kampagne gegen Disziplinlosigkeit und Verletzung von Dienstpflichten zu sehen ist.

Bundesetat jetzt unter 270 Milliarden Mark

HH, Bonn

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat den Regierungsentwurf des 87er Bundesetats in Höhe von 271,0 Milliarden Mark gestern unter die 270-Milliarden-Grenze gesenkt. Die Zuwachsrate beträgt nicht mehr 2,9 sondern etwa 2,1 Prozentpunkte. Auch die von den Haushaltspolitikern der Koalition angekündigte Senkung der Neuverschuldung unter den 86er Ansatz von 23,7 Milliarden ist geglückt: Wie Finanzstaatssekretär Friedrich Voss erklärte, werde die Nettokreditaufnahme statt der im Regierungsentwurf vorgesehenen 24,3 weniger als 23 Milliarden betragen. Das sei um so bemerkenswerter, als neben stabilitätsbedingten Steuermindereinnahmen von 800 Millionen Mark weitere rund 800 Millionen, unter anderem bei der Kokskohlenbeihilfe, der Rentenversicherung und beim Wohngeld hätten aufgefangen werden müssen. Besorgt äußerte sich Voss über die „großzügigere" Ausgabenpolitik der Länder und Gemeinden.

Seite 2: Zum fünften Spar-Jahr

DER KOMMENTAR

Breits Hut

PETER GILLIES

Dankbar und erleichtert nahmen die Bosse des DGB den Rücktrittsbrief ihres nunmehr gebeugten Holding-Chefs Alfons Lappas an. Damit ist freilich der Skandal um das Bäckergeschäft mit der Neuen Heimat nicht geheilt.

Der Deal und seine Folgen atmen Provinzialität, Rücksichtslosigkeit und Instinktschwäche. Dabei ist Lappas jedoch nur das Bauernopfer. So wird der DGB von der SPD an seine „Selbstreinigungskraft" erinnert, was als Aufforderung an Ernst Breit verstanden wird, ebenfalls seinen Hut zu nehmen.

Beider Zustand bleibt traurig. Er wird auch nicht besser, wenn der DGB einige Beweise für seine „Selbstreinigungskraft" (Glotz) erbringt. Auf längere Sicht stellt sich die wichtigere Frage, wie stark und geschlossen sich die Linke darstellt.

Wir brauchen starke Gewerkschaften, wie auch die Schwäche der SPD auf Dauer nicht im staatspolitischen Interesse liegen kann. Beide haben in unserer Geschichte zu einer Kräftebalance beigetragen, ohne die sich dieses Gemeinwesen nicht aus der Asche hätte erheben können.

Eine Zerfaserung links von der Mitte birgt die Gefahr der Kompromißunfähigkeit, der Unkalkulierbarkeit. Ernst Breit und der DGB haben jetzt das Fundament für ein neues Gleichgewicht zu arrondieren.

WELT-Report Entwicklungshilfe

hkl. Bonn

Mit billigen und langfristigen Krediten oder Geschenken in Höhe von mehr als 130 Milliarden Mark hat die Bundesregierung Länder der Dritten Welt bisher unterstützt.

„Entwicklungshilfe kann man zwar nicht ohne Geld leisten, aber Geld allein ist noch lange nicht Entwicklung. Es wird auch immer noch zu viel Geld vergeudet, und deshalb muß das vorhandene noch wirkungsvoller eingesetzt werden", sagte Bundesminister Jürgen Warnke (CSU) in einem Interview, das der WELT-Report heute veröffentlicht. Das von ihm geleitete Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) nahm heute vor 25 Jahren seine Arbeit auf. Walter Scheel (FDP), der spätere Bundespräsident, war 1961 erster Entwicklungsminister geworden. Er schreibt in seinem Beitrag über Bilanz und Ausblick der Entwicklungshilfe.

WELT-Report: Seiten I bis IV

USA halten Frage nach Ende der Polen-Sanktionen offen

Warschau und Bischöfe ringen um „Beratungskommission"

DW. Washington/Warschau

Washington will weiterhin das Verhalten Warschaus gegenüber der Opposition beobachten, bevor über eine Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Polen entschieden wird. Wie der Sprecher des US-Außenministeriums, Charles Redman, erklärte, hätten die USA der polnischen Regie*rung jedoch bestätigt, welche Bedeu*tung sie der Amnestie für alle politischen Gefangenen vom September beimäßen. Wann eine Aufhebung der 1981 aus Protest gegen die Verhängung des Kriegsrechts verfügten Sanktionen in Frage kommen könnte, teilte er nicht mit.

Die amerikanische Zurückhaltung stärkt die Position der polnischen Kirche beim Tauziehen um die von Jaruzelski angebotene Schaffung einer *„Gesellschaftlichen Beratungs*kommission" beim polnischen Staatsrat. Im Mittelpunkt des Streits steht die Forderung der Bischöfe, vom Staat unabhängige gesellschaftliche und gewerkschaftliche Zusammenschlüsse bilden zu dürfen, da der „Beratungskommission" sonst die Hände gebunden wären. Ein Artikel ihres Pressesprechers, Pater Orszulik, hatte in der katholischen Krakauer Zeitung „Tygodnik Powszechny" erscheinen sollen, war dann jedoch von der Zensur verboten worden. Als „interne Information" wurde er jetzt trotzdem unter die Leute gebracht.

Die Brisanz der Auseinanderset*zungen wird auch dadurch* deutlich, daß der Chefredakteur des „Tygodnik Powszechny", Jerzy Turowicz, der über exzellente Beziehungen zum Vatikan verfügt, einer der wenigen von beiden Seiten akzeptierten Anwärter auf einen Platz in dieser „Beratungskommision" ist.

Eine Trumpfkarte für die angebliche Normalisierung hat Jaruzelski allerdings in der Tasche: den für Juni 1987 geplanten dritten Papstbesuch. *Aus Kirchenkreisen verlautete*, der zunächst abgelehnte Besuch in Danzig stehe nun doch fest. Allerdings solle der Papst lediglich am Stadtrand einen Gottesdienst feiern und an den „politisch heißen Orten" wie dem Denkmal für die aufständischen Werftarbeiter nur „vorbeifahren".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vom Kriegs-Spielzeug

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Berichterstatter der UNO für Afghanistan, der österreichische Jurist Felix Ermacora, hat mit seinen von der UNO publizierten neuen Erkenntnissen den Finger auf eine Wunde gelegt, die – trotz aller Entspannungsphrasen – nach wie vor blutet. Die Lage in Afghanistan ist weitaus weniger „normal" als in Chile oder Südafrika – und trotzdem wird in den Medien viel weniger über dieses Land gesprochen (wohl auch deshalb, weil es kaum Fernseh-Bilder gibt).

Ermacora erwähnt Angriffe der Sowjets und der afghanischen Regierungstruppen mit Napalm und chemischen Kampfstoffen gegen die Zivilbevölkerung. Er spricht von als Kinderspielzeug getarnten Sprengkörpern – eine abscheuliche Art der Kriegsführung (wenn das Wort „Krieg" in diesem Zusammenhang zutreffend ist).

Als Ursache für die, wie der UNO-Beauftragte schreibt, „unerträglichen Leiden" der Zivilbevölkerung (und der Flüchtlinge) nennt der österreichische Abgeordnete die Anwesenheit der sowjetischen Armee. An diesem Punkt wird das ganze Ausmaß der afghanischen Tragödie – im vergangenen Jahr gab es, wie wir dem Bericht entnehmen, „nur" etwa 11 000 tote Zivilisten – offenbar. Denn weder der Westen, noch die mit Afghanistan verbundene islamische Welt, noch schließlich die Blockfreien, deren Mitglied das Land ist, und schon gar nicht die UNO können den Leiden dieses Volkes ein Ende setzen. Die Interessen der Sowjetunion sind stärker.

Der Kreml meint, es bei einigen kosmetischen sogenannten Truppenrückzügen bewenden lassen zu können, die an der effektiven Sowjetmacht im Lande nichts ändern, wohl aber geeignet erscheinen, dem Westen Sand in die Augen zu streuen. Im übrigen will Moskau offenbar das afghanische Problem „aussitzen". Menschenleben spielen dabei keine so große Rolle – und afghanische Menschenleben schon gar nicht. Der Westen, der dieser Tragödie seit fast sieben Jahren zuschaut, hat allen Grund, sein Haupt in Scham zu verhüllen.

Atom und Arbeitslose

Von Siegfried Heim

In England gibt es neun Millionen Menschen, die am oder unter dem Existenzminimum leben. England wird im kommenden Jahr zehn Millionen Aktienbesitzer haben. So sieht, in nackten Zahlen, Großbritannien aus, über dessen weiteren Weg die Wähler zu entscheiden haben. Labour will mit sozialer Anklage die Wahl (wahrscheinlich im Sommer) gewinnen. Die Konservativen wollen ein Mandat für die weitere Umwandlung der Nation in eine Gesellschaft von „Volkskapitalisten".

Margaret Thatcher profitiert davon, daß das soziale Gewissen der Nation im Vergleich zu früher zurückentwickelt ist. In einer Zeit, in der Labour-Stammwähler scharenweise zu den Tories als bestem Arzt für die „englische Krankheit" überliefen, in einer Zeit, in der sechs Millionen ihr Kaufinteresse an Aktien von British Gas anmelden, steht den meisten nicht der Sinn nach einem karitativen Dirigismus durch Steuererhöhungen. Die Realeinkommen sind schließlich stärker gestiegen als die Preise. Da Schatzkanzler Lawson auch noch die frohe Botschaft einer Senkung der Einkommensteuer von 29 auf 25 Prozent verkündet, erwartet der, dem es gut geht, von den Tories noch bessere Zeiten.

Hinzu kommt, daß Neil Kinnock wohl zu seinem Schaden auf den linken Labour-Flügel hörte, als er auf dem letzten Parteitag Pläne für einen englischen Alleingang in der NATO absegnete, mit Rausschmiß der Amerikaner und einseitigem Verzicht auf das Atompotential der Nation. Engländer sind im Grunde ihres Herzens konservativ. Sie halten lieber am Bewährten fest – Frau Thatchers Anmerkung, daß die Atombombe England bisher nicht geschadet, aber 40 Jahre lang den Frieden erhalten habe, leuchtet den meisten Briten ein.

Neil Kinnock hat nicht erkannt, daß das Selbstbewußtsein dieser Nation für einen Ausverkauf so wenig disponiert ist, wie für die Rolle eines Vorreiters der Verzichtsmoral. Schließlich gab es erst 1983 so etwas wie den „Falkland-Faktor". Obwohl England das klassische Land der Atomgegner ist, seit Bertrand Russell die Ostermärsche anführte, sind einseitige Abrüster in England allemal eine Minderheit geblieben. Es sieht so aus, als müßte Labour für die nächste Wahl mit demselben Schicksal rechnen.

Prophet auf dem Trittbrett

Von Joachim Neander

Ein Entrüstungssturm war das nicht, was sich im Anschluß an Robert Jungks Aufruf zur Gewalt in Hanau unter den ihm doch innerlich verbundenen Sozialdemokraten und Grünen abgespielt hat. Vornehmes Schweigen dominierte. Immerhin, der hessische Ministerpräsident Börner hat den Zukunftsforscher kritisiert, der die Hanauer Großdemonstration, bei der u. a. ein Supermarkt geplündert und ein Schaden von mehreren hunderttausend Mark verursacht wurde, mit Sprüchen wie „Macht kaputt, was euch kaputtmacht" oder „Gewaltlos oder militant – Hauptsache Widerstand" anzuheizen versuchte. Börner: Jungk habe „seine Autorität mißbraucht".

Aber das heißt doch wohl, Ursache und Wirkung vertauschen. Zu glauben, Jungk besitze unter den vermummten Pflasterstein-Nomaden, diesem deutschen Ku-Klux-Klan, auch nur eine Spur von Autorität, wäre naiv. Es ist umgekehrt. Ein Intellektueller hechelt verzweifelt der Autorität der Tatsachen hinterher. Mit geliehener Gewalt-Poesie (jene Rockband „Ton, Steine, Scherben", aus deren fünfzehn Jahre alten Texten die Kaputt-Parole stammt, existiert nicht einmal mehr) versucht Jungk, auf einen fahrenden Zug zu springen, dessen Richtung längst von anderen bestimmt wird. Und wenn Jungk vorgestern im Saarländischen Rundfunk „präzisierte", er sei für Gewalt z. B. gegen „Baumaschinen, mit denen der Wald kaputtgemacht wird", so braucht man nur die zerstörten Baumaschinen in Gorleben, Wackersdorf und anderswo zu zählen, um festzustellen, wie lange dieser Zug schon fährt, auf dessen Trittbrett Jungk nun mit dem Knüppel schwingt.

Daß Männer in einem Alter, in dem ihnen die Realität davonzulaufen droht, plötzlich lüstern mit Extremismus und Gewalt zu kokettieren beginnen, ist in der Geschichte nichts Neues. Bei Jungk, der noch vor nicht langer Zeit jeden Verdacht der Nachbarschaft zur Gewalt gekränkt zurückwies, kommt die Schwierigkeit hinzu, daß seine eigenen Zukunftsbilder von einst ihn heute grausam Lügen strafen: sein „Jahrtausendmensch" als gesichtsloser Brandstifter und Plünderer.

Daß nun die Staatsanwaltschaft gegen den Zukunftsforscher ohne Zukunft wegen Volksverhetzung ermittelt, ist ihre Pflicht. Aber allzu hoch sollte man den Fall des alten Herrn nicht hängen. Die Gewalttäter zu fassen und zu verurteilen, ist mindestens ebenso wichtig.



. . . und täglich ging einer über Bord KLAUS BÖHLE

Zum fünften Spar-Jahr

Von Heinz Heck

Die Haushaltspolitiker der Bonner Koalition handelten blitzschnell: Kaum war am Dienstag das Ergebnis der Steuerschätzung bekannt, da legten sie einen Beschluß zur Kürzung der Verwaltungsausgaben mindestens in Höhe der Einnahmeausfälle auf den Tisch. Die Botschaft für das Wahljahr 1987 ist unmißverständlich: Die stabilitätsbedingten Steuermindereinnahmen werden – jedenfalls beim Bund – nicht durch höhere Schulden ausgeglichen.

Die Sprecher der Koalition im Haushaltsausschuß, Manfred Carstens (CDU) und Wolfgang Weng (FDP), hatten bereits bei Bekanntgabe des Regierungsentwurfes des Bundeshaushalts 1987 im Juli erklärt, sie wollten die Neuverschuldung des Bundes (Entwurf: 24,3 Milliarden Mark) wenigstens auf das 86er Niveau von 23,7 Milliarden drücken. Bei den gestern abgeschlossenen Beratungen im Haushaltsausschuß wurde sie sogar unter 23 Milliarden gesenkt, der Ausgabenzuwachs von 2,9 Prozent im Entwurf auf knapp über zwei Prozent. Dies, obwohl Mehrbedarf unter anderem bei der Kokskohlenbeihilfe und in der Rentenversicherung (Trümmerfrauen) von rund 800 Millionen Mark zu verkraften war.

Es würde nicht überraschen, wenn gerade angesichts des politischen Rückenwindes, den die Koalition derzeit spürt, nach einer gewonnenen Bundestagswahl der Ruf nach Verteilungskunststücken in den eigenen Reihen noch vernehmlicher würde als in letzter Zeit. Etwa nach dem Motto: Vier Jahre Aufräumumgsarbeit und Etatdisziplin sind genug. Vor einer solchen Einstellung kann nicht genug gewarnt werden.

Ungeachtet der bescheidenen Zuwachsraten bei den Bundesausgaben in den letzten vier Jahren ist auch da der Zwang zur Sparsamkeit bisweilen mißachtet worden, zum Beispiel zugunsten der Landwirtschaft. Vor allem aber steht die Koalition in der nächsten Legislatur in der Pflicht, eine überzeugende Steuerreform zu beschließen. Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat jetzt in Berlin die zentralen Aufgaben und ihre Hintergründe umrissen:

„Eine weiterreichende Steuerreform ist dringend notwendig, wenn wir mehr wirtschaftliche Dynamik schaffen wollen und unsere Volkswirtschaft im härter werdenden Wettbewerb bestehen soll. Es geht dabei nicht um kurzsichtige und auf Augenblicks-Effekte abgestellte Erleichterungen, sondern um eine langfristige Weichenstellung hin zu einem Steuersystem, das eine dauerhafte Strukturverbesserung bewirkt. Wir haben zu hohe Abgaben und zu komplizierte Steuern. Wir müssen die Steuern senken und vereinfachen, damit die Menschen wieder spüren, daß sich Anstrengung, persönlicher Einsatz und Wagemut lohnen."

Gerade die Union als große Volkspartei muß beweisen, daß sie dieses Kernstück zu bewältigen in der Lage ist. Die die politischen Flügel der Partei vielleicht schmückenden Flankierungsmaßnahmen sozialer, mittelstandspolitischer oder welcher Art auch immer sind nicht die zentrale Aufgabe, sondern – und das auch nur im günstigsten Falle – ein marginales Anliegen. Die FDP hat es als kleine Partei hier zwar leichter. Doch besteht für sie nicht der geringste Anlaß zur Selbstgerechtigkeit.

Denn die Union, denn Stoltenberg ist es, der das Kunststück fertigbringen muß, die unionsregierte Ländermehrheit auf das Steuerreformprojekt einzuschwören, es also in praktische Politik umzusetzen. Dies vor dem Hintergrund, daß, bedingt durch das Karlsruher Urteil über den Finanzausgleich von Bund und Ländern, komplizierte Verhandlungen über Anteile am Steuerkuchen parallel dazu unter großem Zeitdruck geführt werden müssen. Zugleich muß die Haushaltskonsolidierung bei schrumpfenden Bundesbankgewinnen noch überzeugender fortgesetzt werden. Stoltenberg hat hierfür mit fünf Sparhaushalten von 1983 bis 1987 und Zuwachsraten um zwei Prozent ein solides Fundament geschaffen. Ein kleines Rechenbeispiel zeigt die segensreiche Wirkung der bis zum Wahltag durchgehaltenen Etatdisziplin:



Zeit der Pfennigfuchser: Haushaltsberatungen FOTO: DE RIESE

Hätte Stoltenberg unter dem anfänglich lautstarken SPD-Vorwurf des Totsparens seit 1983 jeweils fünfprozentige Zuwachsraten zugelassen, so hätte man ihm angesichts stärkerer Etatsteigerungen in der Vergangenheit immer noch viel Ehrgeiz bescheinigt. Nur läge dann der 87er Bundesetat nicht bei 270, sondern bei mehr als 312 Milliarden Mark. Das bedeutete für nur fünf Jahre Mehrausgaben von zusammen weit über hundert Milliarden Mark. Wo dann die Verschuldung des Bundes heute läge, steht zum Glück nicht in den Büchern der Bundesschuldenverwaltung, sondern nur in den Sternen.

Und die SPD? Sie meldet sich mit gegensätzlichen Ratschlägen und Vorwürfen zu Wort. Mal war die Konsolidierung zu schwach, mal erschien ihr die Steuerentlastung zu gering. Von einer durchgängigen Argumentation kann nicht die Rede sein. Der ehemalige Finanzminister Hans Apel (SPD) hat nach Bekanntgabe der letzten Steuerschätzung „eine dramatische Umschichtung der Steuerbelastung zu Lasten der Arbeitnehmer" ausgemacht.

Die hat es in der Tat gegeben: Im vergangenen Jahrzehnt ist eine massive Verlagerung von den indirekten zu den direkten Steuern eingetreten und hat das Steuersystem, zusammen mit heimlichen Steuererhöhungen aus Inflation und Progression, immer leistungsfeindlicher gemacht.

Apels Kritik ist um so erstaunlicher, als seine Partei, vor allem die SPD-regierten Bundesländer, die Steuersenkung 1986/88 gar nicht wollten. Nordrhein-Westfalen mit Johannes Rau sogar die letzte Steuersenkung der SPD-FDP-Ära 1981 abgelehnt hatte. Zwar hätte die Bundesregierung mehr Ehrgeiz bei der letzten Steuersenkung entwikkeln können. Doch fehlt der SPD-Kritik hier wie bei der Sparpolitik vor dem Hintergrund ihres Verhaltens in der zu Ende gehenden Legislatur die Berechtigung.

IM GESPRÄCH Ingrid Roitzsch

Frau vor der Front

Von Eberhard Nitschke

Wie schreitet man eine militärische Front ab, wie grüßt man die Fahne – als Frau in Zivil? Interessante Fragen für die CDU-Bundestagsabgeordnete Ingrid Roitzsch aus Quickborn nahe Hamburg, die heute in der Pinneberger Eggerstedt-Kaserne beim Luftwaffen-Ausbildungsregiment I die Ansprache zum Gelöbnis von 1200 Bundeswehr-Rekruten halten wird.

Doch in diesen protokollarischen Fragen sieht die Nichte eines der ersten hohen Offiziere der Bundeswehr kein Problem. Ihr Onkel, der vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt wegen Differenzen in den vorzeitigen Ruhestand geschickte General Karl Wilhelm Thilo, war zuletzt stellvertretender Inspekteur des Heeres. Seit die studierte Juristin Roitzsch, Jahrgang 1940, die vor Beginn ihrer politischen Karriere in Hamburg das Journalisten-Handwerk erlernte, 1980 Bundestagsabgeordnete in Schleswig-Holstein wurde, hat sie sich um Nöte und Sorgen von Soldaten und vor allem Soldatenfrauen gekümmert. Sie hat Gesprächsabende für diese Frauen in den Kasernen – ohne die Männer – eingeführt, „weil mit denen die tatsächlichen Probleme nicht auf den Tisch kommen". Der Kommandeur des Luftwaffen-Ausbildungsregiments, Oberst Udo Harms, zeigte sich solchen Veranstaltungen gegenüber aufgeschlossen, die Frau Roitzsch mit dem Satz begründet: „Die Motivation der Truppe kann nur so gut sein, wie es zu Hause stimmt."

Seit einem Jahr ist Frau Roitzsch stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuß des Bundestages, in dem von 27 Mitgliedern nur zwei weiblich sind, vertritt die mit einem Wirtschaftsberater verheiratete Mutter von zwei erwachsenen Kindern den Standpunkt, daß die Verteidigung von Frieden und Freiheit Frauen genauso wie Männer betrifft. Als Befürworterin einer Öffnung der Bundeswehr für Frauen, die freiwillig dienen wollen, hat sich Frau Roitzsch viel Schelte eingehandelt. Aber sie ist davon überzeugt, daß dieser Schritt in den nächsten Jahren gegangen werden muß.



Motiviert ist die Truppe nur, wenn es zu Hause stimmt. Das meint die CDU-Abgeordnete Roitzsch FOTO. DARCHINGER

Für mindestens genauso wichtig hält sie allerdings Erleichterungen für die Frauen von Berufssoldaten. Daß sie auch bei hoher beruflicher Qualifikation schlecht eine Arbeit im erlernten Beruf finden, weil der zukünftige Chef davon ausgeht, daß solch eine Arbeitnehmerin durch die bei der Truppe übliche schnelle Versetzung des Ehemannes wieder verlorengeht, hält sie für eine schwer erträgliche Ungerechtigkeit, für die Abhilfe gefunden werden müsse.

Was steht nun in der Rede, die sie vor den 1200 Rekruten halten wird? Frau Roitzsch will dazu nicht viel sagen. Jedenfalls wird sie als Mutter eines Soldaten – der Sohn absolviert seinen Wehrdienst gerade in Husum – auch ein Wort an die Mütter richten, von denen etwa 500 im weiten Rund der Kaserene in Pinneberg stehen werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE ZEIT

Sie sieht ein vom Schicksal geeintes Europa:

Schäden überschreiten Grenzen so leicht wie Wolken und Flüsse – wenigstens in diesem Punkt existiert ein einheitliches Europa. Mag sein, daß die Chemie-Debatte vorerst nur in der Bundesrepublik stattfindet. Mit dieser Vorreiterrolle zahlen wir für eine große Industrie in einem kleinen Land. Doch die Nachbarn werden folgen – das war schon früher bei Umweltproblemen so. Wehren wir uns also nicht mit allen Finessen gegen eine „aufgezwungene" Auseinandersetzung, begreifen wir sie als Chance.

Eßlinger Zeitung

Sie meint zu Rau:

In der Mitte sind die gegenwärtigen Regierungsparteien gut verankert. Wer hier Land gewinnen will, muß erst einmal deutlich machen, was die SPD als Alternative geradezu unentbehrlich machen soll.

NEUE RUHR ZEITUNG

Der Essener Zeitung fallen Vergleiche zur NH ein:

Das Ohnsorg-Theater oder Millowitsch hätten die ganze Geschichte nicht besser aufführen können. Das Drama um die Neue Heimat ist längst zur Klamotte geworden. Für den wahrscheinlich letzten Akt fehlt freilich noch die halbe Besetzung. Denn die Auffanggesellschaft für die Neue Heimat wird zwar zu 51 Prozent von der Gewerkschaftsholding übernommen, für die restlichen 49 Prozent werden aber noch händeringend Teilhaber gesucht. „Wohnungswirtschaftlich interessierte Kreise" sind angesprochen. Vielleicht melden sich darauf nun Branchenkenner wie Putzfrauen und Hausmeister.

TAGESANZEIGER

Die Zürcher Zeitung sieht das Schweizer Ansehen befleckt:

Es wird registriert, daß wir Fluchtgelder annehmen, aber Flüchtlinge und – wenn's die Konjunktur eben erfordert – Fremdarbeiter wegschikken. Es wird registriert, daß der Staat Schweiz offiziell als Förderer von Friede, Zusammenarbeit, Ausgleich auftritt, daß aber umgekehrt in bewaffneten Konflikten immer wieder Waffen schweizerischer Herkunft auftauchen. Es wird vermerkt, daß trotz unseres Reichtums die effektiven Leistungen an Drittweltländer nicht sehr imposant sind. Diese Kluft zwischen schweizerischen Idealen und der banalen Wirklichkeit ist vielen Ausländern weit mehr bewußt als uns selbst. Daß aber eine so leistungsfähige Großfirma wie Sandoz ein derartiges Desaster produzieren kann, das hat . . . offenbar doch niemand erwartet.

DELO

Die Parteizeitung Sloweniens kritisiert den Plan, für Jugoslawien Zwangsumtausch einzuführen:

Der schwarze Umtausch von Devisen wird so lange blühen, solange diese Devisen einen Schutz gegen die Inflation darstellen. Mit dem Zwangsumtausch geben wir offen zu, daß der Kurs des Dinars nicht real ist – was in Widerspruch zu den Forderungen der Wirtschaft steht. Die Maßnahme zeigt auch unsere Unfähigkeit, auf die übliche Weise zu Devisen zu kommen: nämlich durch ein besseres Angebot unserer Waren und Dienstleistungen, die wir den Ausländern präsentieren.

Die Wiedergutmachung wird das Image der Chemie prägen

Anmerkungen zur Bundestagsdebatte über die Sandoz-Katastrophe / Von Eberhard Nitschke

Ein von Wahltaktik diktierter Versuch der Opposition im Bundestag, der Regierung Schuldanteile an den Folgen der Brandkatastrophe auf dem Baseler Firmengelände des Chemiekonzerns Sandoz für den Rhein anzulasten, ist gestern im Parlament gescheitert. Denn für die Aussage: „Früher, als wir gehandelt haben, konnte gar nicht gehandelt werden", hatte Umweltminister Walter Wallmann gute Argumente.

So wurde am Rande der Sitzung bekannt, daß der Wallmann angreifende grüne hessische Umweltminister Joschka Fischer der Aufforderung aus Bonn, die Rheinschutz-Kommission als gegenwärtig dafür Zuständiger sofort einzuberufen, nicht umgehend nachkommen konnte, weil das Lagezentrum der Landesregierung wegen der in Hanau stattfindenden „Demo" blockiert war. Und es fiel auch auf, daß die exakten Angaben bei der Auflistung der Ereignisse nach jenem verhängnisvollen 1. November sich in Wallmanns Rede merkwürdig gegen die labilen Angaben aus der Schweiz abhoben, deren Wiedergabe zu entnehmen war, daß die Einleitung von Atrazin in den Rhein in der Schweiz in gewissen Mengen erlaubt ist.

Daß nicht die Schweiz, sondern die Bundesrepublik den Alarm auslöste, nachdem man in Basel zwei Tage lang das Ausmaß der Katastrophe falsch eingeschätzt und entsprechend zögerlich Informationen herausgerückt hatte, gehört zu den Merkwürdigkeiten, über die man bei der nächsten Konferenz der Rheinanlieger-Staaten am 19. November in Rotterdam zu sprechen haben wird.

„Wir können die geschädigte Natur nicht sich selbst überlassen und auf ihre Regenerierungskraft bauen", betonte Wallmann. Alle Möglichkeiten der Technik und Biologie müßten zur Revitalisierung des Stroms eingesetzt werden. Der Vorschlag der Grünen, eine „Entgiftungskommission" einzusetzen, die prüfen solle, auf welche chemischen Stoffe man überhaupt verzichten könne, wurde von der Bundestagsmehrheit – bei Stimmenthaltung der SPD – abgelehnt. Bei der pauschalen Anklage der chemischen Industrie, wie sie zum Beispiel in der Debatte der SPD-Abgeordnete Harald Schäfer vorbrachte, haperte es sowieso mit den Beweisen. Daß in Periodika in diesen Tagen noch Anzeigen des Chemie-Verbandes erscheinen, in denen die Erfolge bei Umweltschutzanstrengungen mit Texten wie „Lieber Rhein, wir haben dazu beigetragen, daß Dein Sauerstoffgehalt kräftig zugenommmen hat" erscheinen, ist zwar bitterböse Ironie, liegt aber an der langen Bremsspur derartiger Publikationen, was auch (Anzeigen aufgebenden) Wahlkämpfern bekannt sein dürfte. Schäfer nannte es freilich „menschenverachtende Propaganda".

Wenn die Opposition der Regierung vorwirft, sie sei in entscheidender Stunde „abgetaucht", dann trifft das insofern zu, als sie der Sache auf den Grund geht. Jedes Jahr werden vom Rhein ungefähr 12 000 Tonnen Zink, 1500 Tonnen Kupfer und 3000 Tonnen Blei, 120 Tonnen Kadmium und 30 Tonnen Quecksilber in die Nordsee verfrachtet. Zu diesen Schwermetallen kommen die sieben Millionen Tonnen Salz aus der französischen Kaliproduktion, die nur zögerlich – bis zum Vertragsbruch – um eine Million Tonnen vermindert werden sollen.

Jetzt ergibt sich angesichts der Katastrophe, die aus dem Rhein ein biologisch totes Gewässer machte, die Möglichkeit, die schlappen Kompromisse einer bisherigen „Rheinkonvention" der Anliegerstaaten zum strammen Gesetzesbündel zu machen. Da lohnt es sich schon, auf „Schnellschüsse" zu verzichten, die in der Sache auch nicht weiterhelfen.

Interessanter wäre jetzt, bei der Frage des Schadensersatzes nicht so sehr der „kleinen Vereine" zu gedenken, denen der Staat gerne bei der Durchsetzung ihrer Forderungen unter die Arme greifen will. Vielmehr sollte man sich der Erfolgszahlen erinnern, die von der „Vereinigung deutscher Gewässerschutz e.V." im April für den Rhein bekanntgegeben wurden: „Die mittlere jährliche Belastung mit bioloigsch leicht abbaubaren Stoffen sank seit 1971 von zehn auf etwa vier Milligramm je Liter. Die Reduktion . . . bewirkte einen deutlichen Anstieg der für das Leben von Gewässern wichtigen Sauerstoffkonzentrationen von durchschnittlich 4,3 auf über neun Milligramm je Liter."

Wenn „Schadensersatz" die Wiederherstellung von Verlust bedeutet, dann sind die Wasserverpester nun für lange Jahre im Obligo. Ihre Ideen der Wiedergutmachung werden das Image dieses Industriezweiges auf lange Zeit prägen. Die bisherigen Äußerungen aus Basel lassen ansatzweise hoffen, daß man das begriffen hat.

Bevor der Schweiger sprach, warf er das Handtuch

Steil war der Aufstieg, tief ist der Fall: Vom Waldarbeiter hatte er sich hochgedient zum Vorstandsvorsitzenden der BGAG. Gestern, bevor Alfons Lappas dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages Rede und Antwort stand, stellte er sein Amt zur Verfügung.

Von CLAUS DERTINGER

Halt' durch! Du tust es für 'ne gute Sache", solidarisierten sich Genossen mit ihrem Chef-Vermögensverwalter, als er am 19. Oktober auf dem Hamburger Gewerkschaftstag verhaftet wurde. Von gewerkschaftlicher „Solidarität" mit Alfons Lappas ist wenige Wochen danach nicht mehr die kleinste Spur zu sehen. Was der prominente Kollege da angerichtet habe, sei „eine große Schweinerei", erregte sich die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies. Jetzt müsse der DGB dafür herhalten, daß Lappas und seine BGAG immer nur das gemacht hätten, was Lappas & Co für richtig hielten. Die Schiesser-Posse und der Vorwurf finanzieller Begünstigung durch die Neue Heimat beim Bau seines Hauses im Taunus haben das Faß zum Überlaufen gebracht.

Der Boß der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG), der Holdinggesellschaft der Gewerkschaftsunternehmen, muß seinen Hut nehmen, nachdem er sein letztes Geschäft eingefädelt hatte: den Verkauf der Mehrheit der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), des wertvollsten Stücks im „Tafelsilber" der gewerkschaftlichen Schatzkiste, an den Aachen Münchener Versicherungskonzern. Eine Transaktion, die ganz offensichtlich in engstem Zusammenhang mit der Rücknahme der Neuen Heimat vom Berliner Bäckermeister Horst Schiesser steht.



Alfons Lappas: Selbstherrlicher Totengräber der Gemeinwirtschaft? FOTO: REISS/AP

Sonderlich beliebt ist Lappas im Gewerkschaftslager wohl nie gewesen, seit er Anfang 1985 als Nachfolger von Walter Hesselbach an die Managementspitze der BGAG rückte. Für die im Umgang mit Milliarden-Vermögen und Schulden unerfahrenen Funktionäre war Lappas kein Arbeiterführer mehr, so die ÖTV-Chefin. Nicht nur, daß ihm viele Großspurigkeit übelnahmen und so mancher auch voller Neid auf seinen großen Dienstmercedes und sein 735 000-Mark-Jahresgehalt schielte, oder er Erinnerungen an den früheren NH-Chef King Albert (Vietor) weckte; auch die Selbstherrlichkeit, mit der er das BGAG-Imperium, unterstützt durch seinen jungen strategischen Denker und Stellvertreter Rolf Freyberg, regierte, war den Kollegen von der Basis ein Dorn im Auge. Spätestens dann, als das Desaster der Neuen Heimat und die Politisierung dieses Themas die Basis der Gewerkschaftsbewegung in Aufruhr versetzte.

Auch DGB-Chef Ernst Breit hatte seinen Milliardenverwalter nicht an der Leine. Lappas tat, was er für richtig hielt. Der Mann, der in der Öffentlichkeit als verschwiegen galt, hatte seine eigenen Vorstellungen von Strategie, die zuletzt allerdings nur noch ein nervöses Taktieren war. Banker, die ihn aus unzähligen Verhandlungen über die Sanierung der Neuen Heimat kannten, waren verblüfft, daß er sich in diesem Frühjahr einem Gespräch Frankfurter Wirtschaftsjournalisten stellen wollte. Ein Kommentar: „Wenn der Lappas, dem intellektuelles Gefasel nicht liegt, den Mut dazu hat, wird es euch die Socken ausziehen." Noch verblüffter war DGB-Chef Breit über das, was er danach in den Zeitungen lesen konnte: die „Privatisierung" der BfG und der Volksfürsorge und alle Details über die Neue Heimat. Er hat getobt, versicherte ein Bankier.

In Bankkreisen galt Lappas als aufrichtig, verläßlich und kompetent. Jedenfalls bis zum spektakulären „Verkauf" der Neuen Heimat an Schiesser. Man hielt ihn für den Mann, der die Gewerkschaften zusammenhält, sein Wort hatte Gewicht, man pries ihn als eine „Gottvater-Figur" der Gewerkschaftsbewegung. Und mit seiner großbürgerlichen Lebensart und seinem Einkommen war er manchem Vorstandmitglied einer großen Bank ähnlicher als einem Gewerkschaftsfunktionär. Gerade dewegen fühlten sich die Kollegen von der Basis wohl auch von Lappas entfremdet. Zudem mußte er ideologisch geformte Gefühle verletzen, als er verkündete, die Gewerkschaftsbewegung brauche keine gemeinwirtschaftlichen Unternehmen mehr. Lappas, der Totengräber der Gemeinwirtschaft, einer marktwirtschaftlichen Unternehmensform mit höheren moralischen Ansprüchen?

Lappas bezeichnet sich selbst als einen Pragmatiker. Zum Pragmatismus, der zum Erfolg führt, gehört aber auch die Fähigkeit einer realistischen Einschätzung des Umfeldes, in dem man agiert. Die scheint nach und nach verlorengegangen zu sein. Übrigens nicht nur im Management der BGAG, sondern auch bei seinem ersten Auftritt vor dem NH-Untersuchungsausschuß des Bundestages, wo ihn sein Schweigen nicht nur ins Gefängnis brachte, sondern ihm auch aus den eigenen Reihen herbe Kritik einbrachte.

Das Bild des Mannes, der vom Waldfacharbeiter in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB aufgestiegen ist, der ihm 1972 die Abteilung Finanzen samt Vermögensverwaltung übertrug, bevor er vor knapp zwei Jahren Supermanager der Gewerkschaftsunternehmen wurde, hat sich verfärbt. Der Vorwurf, bei seinem Hausbau aus der NH-Kasse begünstigt worden zu sein – die Gewährung derartiger Vorteile an Prominente war durchaus nichts Ungewöhnliches –, ist nur ein relativ kleiner schwarzer Fleck, der freilich viele Gewerkschaftsmitglieder besonders erzürnen mag. Gravierender ist, daß die Schuhe, in die Lappas als Nachfolger von Walter Hesselbach geschlüpft ist, offenbar doch eine Nummer zu groß waren.

Anders ist es nicht zu erklären, daß der BGAG-Chef nicht schon früher nach einer tragfähigen Lösung für die dem Untergang geweihte Neue Heimat gesucht hat. Gewiß, die ins Abseits führende Geschäftspolitik des Wohnungsbaukonzerns hatte Lappas nicht zu vertreten. Denn die Weichen waren schon gestellt, bevor er die BGAG-Führung übernahm. Aber als die „NH-Leiche" schon zum Himmel stank, hat Lappas immer noch nach Ärzten gerufen statt nach dem Beerdigungsunternehmer. Das hat den Schaden, den die Gewerkschaften nun zu tragen haben, unnötigerweise vergrößert.

So ist es kein Wunder, daß sie Lappas' Kopf fordern. Aber wie steht es mit der Kompetenz des Aufsichtsrats der Gewerkschaftsholding BGAG? Wenn Lappas den BGAG-Eignern nicht reinen Wein eingeschenkt haben sollte, bleibt doch immer noch die Frage, warum die Aufsichtsräte so blauäugig sein konnten, ihrem Topmanager alles zu glauben. Jeder halbwegs informierte Zeitgenosse weiß seit Jahren, was auf dem Immobilienmarkt vor sich geht und welches Schicksal Spekulanten droht, die auf schlechten Wohnungen und unbezahlten unbebauten Grundstücken sitzen.

Aus welchen Gründen auch immer die gewerkschaftlichen Eigner Lappas' Entscheidungen bei der BGAG lange Zeit mitgetragen haben: Die Spitzenfunktionäre des DGB können sich von einer Mitschuld nicht freisprechen. Sie werden auch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, wenn sie ihren Chef-Vermögensverwalter jetzt entlassen.



Kunst zum Mitdenken löst die wilden, heftigen Bilder ab: Links „Die tote Klasse" des Polen Tadeusz Kantor, rechts das Projekt des kanadischen Künstlers Gerald Ferguson mit dem Titel „1 000 000 Pfennige" für die Sonderschau „focus". Der Besitzer der Arbeit erhält vom Künstler die Wahl, sie als einen Haufen Kupfermünzen auszustellen oder als Sparkonto über 10 000 Mark bei einer Bank anzulegen; denn Absicht der Arbeit ist es, die Vorstellung zu bestätigen, daß Kunstwerke über die Jahre an Wert gewinnen. FOTOS: WILHELM LEUSCHNER/DPA

Eine Wende weg von den „Wilden"

Zum 20. Geburtstag der „Art Cologne" ein neuer Trend auf dem Kunstmarkt: Die „Jungen Wilden" sind von gestern, Geometriker und Kunstdenker verdrängen in Köln die grellen Farbbäche.

Von REINHARD BEUTH

Wohin sind sie entschwunden, die schillernden Gestalten, die Edelpunks und die Paradiesvögel, die Bohemiens und die verwegenen Typen, die über den Kunstmarkt liefen wie aufgeklappte Messer? Die sagen wollten: „Seht her, die Kunst, das bin ich" und dabei den großen Beuys mißverstanden hatten. Sie fehlen ganz einfach. Zur Vorbesichtigung der diesjährigen „Art Cologne" erschien man in Flanell und Nadelstreifen. Karos in herbstlichen Laubfarben waren schon der Gipfel an buntscheckigem Mut.

Als hätte man es geahnt: Denn wohin waren auch sie entschwunden, jene nach Quadratmetern messenden Leinwände der Wilden? Leinwände, die mit dickem Pinselstrich zugemalt waren, ohne sie zuvor grundiert zu haben, die tropfnaß beiseite gestellt worden waren, daß die Farbbäche noch herunterrannen. „Junge Wilde", „Neue Wilde", „Neoexpressionisten" – das waren doch die Markenzeichen, die die Kunstszene in den letzten Jahren beherrschten.

Heftige Malerei aus Berlin, Köln und Hamburg war zum Exportartikel bis nach New York, in die Welthauptstadt der Kunst und des Kunsthandels, geworden. Sie grinste noch vor einem Jahr en masse von den Wänden der Kunstmarktkojen in Köln herab, verwandelte die Messehallen in einen Farbenrausch, gab sich ganzhäutig. Und wirkt in den letzten Refugien, die ihr auf der diesjährigen „Art Cologne" noch geblieben sind, vor allem bei den Berliner Galeristen, plötzlich ganz gestrig.

Die Trendwende hatte sich angekündigt. Schon vor Jahresfrist in Köln reichte es nicht mehr aus für ein Bild, nur wild und grell zu sein. Dispersionsfarbe auf Kopfkissenbezug war out. Auch ein wildes Bild mußte ein gutes Bild sein: auf Handwerklichkeit und Aufbau wurde wieder geachtet: Keine Chance mehr für Schnellmaler, die Bilder im Ein-Stunden-Takt vollendeten. Zeichen dafür, daß die Euphorie wieder der Vernunft gewichen war.

Die amerikanischen großen Sammler düsten ein, um kein Informationsdefizit erleiden zu müssen, die Ankaufskommission der Deutschen Bank wieselte mit gespitztem Bleistift herum, um die Marktchancen für neue Investments in Sachen Kunst auszuloten. Die Händler beugten sich um die Ecke, was denn Kollegen und Konkurrenten nach Köln geschleppt hatten. Und siehe da: Sie hatten fast alle so ziemlich dasselbe Gefühl gehabt. An die Stelle der expressiven, gegenständlichen Malerei treten wieder die stillen, abstrakten Bilder, die Formate mäßigen sich. Die Farbe Weiß kann faszinieren. Weniger ist mehr. Je purer desto besser. Die Trendwende ist da.

Oder noch einen Schritt weiter gedacht: Nur zu mahnen reicht nicht mehr. Wo es denn noch um Farbe auf Leinwand geht, ist der Denkprozeß des Künstlers wichtiger als das, was herauskommt. Die konzeptuelle Kunst der sechziger Jahre zeitigt endlich Erben. Werken des Amerikaners John Armleder begegnet man auf Schritt und Tritt; meist dicke runde Punkte in geometrischer Anordnung. Die Staatsgalerie Stuttgart sucht sich das Schönste aus. Philip Taaffe, der seit einem Jahr schon heiß gehandelt wird, mit seinen seltsamen geometrischen Formen, hängt zwar noch bei Ascan Crone aus Hamburg, ist aber schon nicht mehr zu haben.

Österreich steuert den Löwenanteil zu dieser neuen Geometrie bei: Helmut Federle mit riesengroßen, streng geometrischen Bildern und Gerwald Rockenschaub mit miniaturhaft kleinen Geometriebildchen, die sich an die russischen Suprematisten vor 70 Jahren anlehnen, sind in die höheren Etagen des Kunsthandels geklettert. Ganz neue Gesichter wie Julius Deutschbauer und Franz Graf oder der Schweizer Ian Anüll melden sich. Der Münchner Gerhard Merz komplettiert diese Liga der Alpenländler. Ob es die klare Gebirgsluft ist, die das klare und kompromißlose Denken in Richtung Neuer Malerei befördert?

So, wie die Jungen Wilden vor ein paar Jahren ihre geistigen Väter in Preislagen weit jenseits der 100 000-Mark-Grenzen drückten, so kommen die neuen Geometriker und Kunstdenker Arm in Arm, oder richtiger: Koje an Koje, auf die „Art Cologne". Konzeptkunst, Minimal Art und Arte Povera kommen zu Ehren. Jetzt scheint plötzlich die Zeit reif, hervorzuholen, was man im Lager versteckt hielt in den Jahren, da es niemand wollte. Richard Long hat seinen magischen Kreis aus Holzstückchen ausgelegt, Sol LeWitt seine weißlackierten Gitterbauklötze aufgetürmt, über Karl Andrés Stahlplatten darf man auf einen neuen Roy Lichtenstein zu schreiten.

Und siehe da, auch der Großmeister der amerikanischen Pop-Art, der die schönsten Frauen in Konturenlinien und Rasterpunkte auflöste, hat sich zur Gegenstandslosigkeit durchgerungen, malt mit schwarzen Punkten und Weiß und Blau ein abstraktes Riesenbild, das ihm der Düsseldorfer Galerist Hans Mayer mit zwei Andy-Warhol-Großporträts des Alten Fritz flankiert. Das ist vielleicht der schlagendste Beweis gegen unmutige Unterstellungen, daß die Trendwende, die sich in Köln manifestiert, nichts anderes sei als eine Strategie der Händler, angezettelt, um neue Profitrekorde zu erzielen. Ein Lichtenstein nimmt keine Rücksicht auf Kölner Messetrends, und die Jungen sind deutlich den schwereren Weg gegangen, als sie sich nicht an den fahrenden Zug der Wilden Malerei gehängt haben. Nun, da der heiße „Hunger nach Bildern" über Erwarten schnell gestillt ist, schlägt ihre Stunde.

165 Galerien aus 16 Ländern nehmen 22 000 Quadratmeter Fläche in der Kölner Messe ein. Erstmals dabei sind Japan und der staatliche Kunsthandel Polens, auch die „DDR" ist wiedergekommen. Die diesjährige Sonderschau mit dem Titel „focus" stellt kanadische Kunst seit 1960 vor, und diese Ausstellung hat eine Reihe von kanadischen Galerien zur Anreise animiert. 17 junge deutsche Künstler sind in den Genuß einer subventionierten Förderkoje gekommen, so daß sich wirklich frische Kunst mit den begehrten und entsprechend teuren modernen Klassikern aufs Beste mischt. Das teuerste Bild der Messe dürfte ein Fernand Léger für 1,3 Millionen Mark sein, das teuerste Buch eine „Hermannsschiacht" von Anselm Kiefer, ein Konvolut von zusammengebundenen Holzschnitten mit Teer-Übermalungen, für das von Karsten Wittrock 185 000 Mark gefordert werden.

Da traf der Kölner Museums-Generaldirektor Hugo Borger in seiner Eröffnungsansprache ins Schwarze, als er die Zusammenarbeit von Kunsthandel und Museen in Deutschland lobte, aber zugleich meinte, diese Partnerschaft könne über die reine Freundschaft weit hinausgehen, wenn die Ankaufsetats der Museen nicht so reduziert wären. Borger: „Es ist einfach nichts damit gewonnen, immer mehr und schönere Museen zu errichten, wenn der Ausbau der inneren Gewichte der Museen zu sehr dem Spiel des Zufalls überlassen bleibt." Was als „eine Mahnung an die Städte, die Länder und natürlich auch den geschichtsversessenen Bund" gedacht war.

Prämierte Modelle für Bonner „Haus der Geschichte“

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das Bonner „Haus der Geschichte“, von Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 angekündigt, ist seit Donnerstag seiner Verwirklichung ein bedeutendes Stück nähergerückt. Aus 172 eingereichten Arbeiten von Architekten nach einem im Auftrag von Bundesbauminister Oscar Schneider ausgelobten offenen Ideenwettbewerb wurden nach der Entscheidung des Preisgerichts sechs prämiert und vier weitere angekauft.

Wie Schneider mitteilte, war den Bewerbern ein Kostenrahmen von bis zu 100 Millionen Mark gesteckt.

Für die Planung des Gebäudes, das in der Bundeshauptstadt an der Adenauerallee gegenüber dem Bundespresseamt gebaut werden soll, werden etwa zwei Jahre veranschlagt. Die eigentliche Bauzeit, laut Schneider ab 1989, wird auf drei Jahre geschätzt.

Zu einem 1. Preis konnte sich die Jury unter Vorsitz des Münchner Architekten Alexander von Branca nicht durchringen. Den 2. Preis in Höhe von 40 000 Mark erhielt die „Werkgemeinschaft Prof. Eckard Gerber und Partner“ in Dortmund, den 3. Preis das Architektenbüro Hartmut und Ingeborg Rüdiger in Braunschweig (36 000 Mark).

Mehrere Entwürfe sehen eine Überbrückung der Bundesstraße 9 (Adenauerallee) vor, in einem Falle ist sie, wie das ganze geplante Gebäude, schwarz-rot-gold gestrichen. Von Branca hob bei der Vorstellung der einzelnen Ideen hervor, daß vom „Würdekleid“ bis zum Pop-Gebäude eben alles eingereicht worden sei, was heutigem architektonischen Denken entspreche. Der Auslober wird nun die mit Preisen ausgezeichneten Arbeiten einer eingehenden Analyse unterziehen, um eine Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen zu gewinnen.

Nachdrücklich wies der Bundesbauminister die Kritik zurück, es könne sich beim „Haus der Geschichte“ um eine „regierungsamtliche Ausrichtung“ handeln. Diese Beschuldigung hatten SPD und Grüne im Bundestag erhoben. Beide Parteien haben sich bisher geweigert, ihre in dem nach dem Projekt benannten Kuratorium einer Stiftung „Haus der Geschichte“ einzunehmen. Minister Schneider betonte jetzt, eine staatliche Einflußnahme auf die mit der Schaffung des Hauses befaßten Gremien, zu denen in Kürze ein paritätisch zusammengesetzter wissenschaftlicher Beirat gehören wird, könne es nicht geben.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bundeskanzler Helmut Kohl rechnet mit der Fortsetzung seiner seit Oktober 1982 bestehenden Regierungskoalition der Mitte. Von Spekulationen über eine absolute Unionsmehrheit hält er nichts. Das sagte der Regierungschef und CDU-Vorsitzende bei einem mehr als zweistündigen Besuch der Bonner WELT-Redaktion. Vor ihm waren bereits die Vorsitzenden der SPD und FDP, Willy Brandt und Martin Bangemann, Gäste der Redakteursversammlung.



„Wir wollen Rechenschaft ablegen, was wir mit dem Vertrauen der Wähler gemacht haben“

„Die Bürger wissen, daß die Zukunftsgestaltung die wichtigste Aufgabe deutscher Politik ist“

Von DIETHART GOOS

Ich bin davon überzeugt, daß die Freien Demokraten wieder in den *Bundestag kommen. Ich sehe* keinen Indikator, daß es die FDP nicht schafft.“

Seinem Koalitionspartner gibt Helmut Kohl den Rat: „Die FDP muß wissen, was sie will, sie sollte um jede Stimme kämpfen. Die Bundestagswahl wird draußen im Lande und nicht in Bonn gewonnen.“

Am 25. Januar geht es nach Darstellung des Kanzlers um zwei Wäh*lerblöcke, zwischen denen ein gerin*ger Austausch stattfindet. „Bei einer hohen Wahlbeteiligung in der Nähe von 90 Prozent, womit ich rechne, könnten CDU/CSU und FDP zusammen zwischen 53 und 55 Prozent der Stimmen erhalten, die anderen würden entsprechend bei 45 bis 47 Prozent landen.“ Die Union jedenfalls brauche jede Wählerstimme, habe keine zu verschenken oder zu verleihen.

Trotz dieser guten Ausgangslage geht die dringende Aufforderung des CDU-Vorsitzenden an seine Partei: „Keiner darf sich von Prognosen berauschen lassen. Die Wahl ist erst am Abend des Wahltages mit Schließung der Wahllokale entschieden und keine Minute früher. Es ist außerordentlich wichtig, daß die Wähler dies genau wissen.“

Natürlich kommt die Frage, wer von der Union und der FDP dem neuen Kabinett angehören wird. Doch der Regierungschef wehrt sich entschieden gegen die Neigung mancher Koalitionspolitiker, das Fell des Bären zu zerteilen, bevor er erlegt ist. „Davon halte ich gar nichts. Niemand hat eine Zusage von mir auf irgend ein Regierungsamt. Es wäre doch töricht, so zu tun, als sei alles längst vor der Wahl entschieden. Dann könnte der Wähler doch mit Recht denken, er werde nicht mehr gebraucht.“

Intensiv beschäftigt sich der CDU-Vorsitzende mit der Ausarbeitung und Umsetzung des Wahl*kampfkonzepts.* Persönlich leitet er die Wahlkampfkommission seiner Partei. „Wir haben eine sehr moderne Form des Wahlkampfes entwickelt und werden engagiert für unsere Sache kämpfen. Sicher werde mit harten Bandagen gefochten, doch Helmut Kohl hält nichts davon, sich an einer Schlammschlacht zu beteiligen, den politischen Gegner herabzuwürdigen.

„Wir wollen Rechenschaft ablegen, was wir mit dem Vertrauen der Wähler vom 6. März 1983 angefangen haben. Etwa 40 Prozent des CDU-Wahlkampfes werden sich darauf konzentrieren. Aber 60 Prozent widmen wir unserer Perspektive für die Zukunft. Es geht dabei nicht nur um materielle Faktoren, sondern auch um die geistig-moralische Kraft unseres Landes. Die Bürger wissen, daß Zukunftsgestaltung die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik ist.“

Wie schätzt der Kanzler den politischen Gegner ein? „Die SPD ist auf einem ganz abschüssigen Weg. Am Samstag spricht sie noch davon, die absolute Mehrheit erringen zu wollen, am Montag will sie dann nur *noch die Mehrheit der Union verhin*dern. Doch wir haben nicht die Absicht, deshalb unsere Konzeption zu ändern. Wir setzen unseren Weg unbeirrt fort.“ Aufmerksam hat Helmut Kohl die Hamburger Bürgerschaftswahl mit dem Erfolg der Grün-Alternativen analysiert. Er warnt davor, alle Grünen über einen Kamm zu scheren. Dies sei keine Partei, sondern eine Ansammlung verschiedener Strömungen. Unter ihren Wählern gebe es manche mit ernsten Sorgen über den Zustand unserer Umwelt, die sich jetzt durch die schlimme Rhein-Katastrophe bestätigt fühlten. Entscheidend sei aber die Führung der Partei, die auf eine Systemveränderung in unserem Land setze.

Die Hamburger Wahl hat der CDU aber auch gezeigt, „daß wir bei den Erst- und Jungwählern gut abge*schnitten haben*“. Die junge Generation unterliege einer gewaltigen Veränderung. „Die Gesamtentwicklung bei den jungen Menschen ist für uns nicht negativ, aber wir haben auch keine Veranlassung, uns auf Erfolgen auszuruhen.“

Die Gleichberechtigung der Frauen ist für Helmut Kohl, wie er mit großen Nachdruck hervorhebt, ein weiteres bedeutendes Thema. „Der *Unterschied zwischen Verfassung* und täglicher Praxis ist unerträglich.“ Frauen hätten noch immer doppelt so gut wie Männer zu sein, wenn es um dieselbe berufliche Position gehe. „Die Männer müssen in vielen Bereichen noch von ihrem Pascha-Thron herunter.“ Auch in seiner Partei konstatiere er eine Diskussion über die falsche Alternative Hausfrau oder berufstätige Frau. „Das ist doch eine ganz persönliche Entscheidung jeder Frau *und ihrer Familie.*“ Und auch eine bessere berufliche Ausbildung und Qualifizierung der Mädchen und jungen Frauen ist ein besonderes Anliegen des Kanzlers.

Ist Helmut Kohl ein Bundeskanzler der Innen- oder der Außenpolitik? In seiner Antwort räumt Kohl ein: „Jahrelang blickten manche in Bonn auf mich als Landespolitiker aus der rheinland-pfälzischen Provinz herab. Was ist nicht alles über mich an Feindbildern verbreitet worden. Als ich 1976 von Mainz nach Bonn kam, hieß es, ich sei innenpoli*tisch erfolgreich.* Aber dann konnten die Kritiker auch mein außenpolitisches Koordinatensystem erkennen.“

Ruhig und ohne Überheblichkeit verweist der Kanzler auf dieses Faktum: „Ich bin besonders stolz, daß wir jetzt erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gleich gute Beziehungen zu unseren beiden wichtigsten Partnern haben, *den Vereinigten Staaten und Frank*reich. Diese exzellenten Beziehungen zu Ronald Reagan, zu François Mitterrand und Jacques Chirac waren keine Selbstverständlichkeit, das ist ein Erfolg meiner Politik.“

Realistische Abrüstungspolitik ist *für Helmut Kohl* ein dringendes Anliegen. Auch hier verweist er auf sein Koordinatensystem: „Die deutsche und europäische Sicherheit kann und darf nicht von den Vereinigten Staaten abgekoppelt werden.“ Und die zweite Maxime des Kanzlers: „Kriege dürfen nicht wieder führbar werden.“ Wir dürfen deshalb die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion nicht vernachlässigen. Die Nachrüstungsanstrengungen der NATO und auch die Strategische Verteidigungsinitiative SDI – beides notwendig und richtig – hätten die Sowjetunion wieder an den Verhandlungstisch zurückgebracht. „Es kann *bei den Abrüstungsbemühungen* nicht allein darum gehen, Raketenköpfe zu zählen. Auch die konventionelle Rüstung ist ein schreckliches Vernichtungspotential. Deshalb muß dieser Bereich in die Abrüstungsverhandlungen einbezogen werden.“ Von seiner jüngsten USA-Reise und den Gesprächen mit Präsident Reagan, die er auch im Auftrag der europäischen Bündnispartner führte, ist *Helmut Kohl mit dieser* überaus wichtigen Erkenntnis zurückgekehrt: „Die Amerikaner wissen, wo die europäischen Sicherheits- und Abrüstungsinteressen liegen. Auch die amerikanische Sicherheit kann nicht von Europa abgekoppelt werden.“

Bundeskanzler Helmut Kohl und Regierungssprecher Friedhelm Ost bei der WELT: Herausgeber Herbert Kremp, die Chefredakteure Peter Gillies und Manfred Schell (von links) FOTOS: WERNER SCHÜRING

In der Hansestadt besteht politisches Tempo-Limit

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Am 26. November beginnt in Hamburg der parlamentarische Alltag: Die SPD wird dabei dem CDU-Vorschlag zustimmen, den 43 Jahre alten Martin Willich zum neuen Präsidenten des Landesparlaments zu wählen. Der stellvertretende CDU-Fraktionschef hatte dieses Amt schon einmal inne, als seine Partei von Juni bis Dezember 1982 die stärkste Fraktion bildete.

Doch politisch ist in der Hansestadt absolutes Tempo-Limit angesagt: Die SPD-Fraktion hat sich bei ihrer konstituierenden Sitzung für den Verzicht auf jegliche Koalition ausgesprochen.

Fraktionsvorsitzender Henning Voscherau erklärte, die SPD stehe hinter dem Versprechen Bürgermeister Klaus von Dohnanyis, „keinen Millimeter mit der GAL“ zu gehen; es gebe jedoch auch keinen Befürworter einer Großen Koalition.

Der Senat ist bereit, für seine Vorlagen wechselnde Mehrheiten zu suchen. Finanzsenator Horst Gobrecht machte das mit der lapidaren Feststellung deutlich: „Woher ich meine Mehrheiten bekomme, ist mir egal.“

Im Hintergrund steht bei den Sozialdemokraten eine Taktik des Abwartens auf das Ergebnis der Bundestagswahl. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hat die Partei stets sämtliche Hamburger Wahlkreise direkt erobert. Von dem Wahlgang am 25. Januar erhofft sich die SPD einen Motivationsschub, aber auch eine Stärkung ihrer Verhandlungsposition für die Gespräche mit der CDU, die nach den Worten eines Mitgliedes des *Geschäftsführenden* Landesvorstandes „mit der CDU unterhalb der Großen Koalition“ geführt werden sollen.

Ein entsprechendes Mandat soll der Landesvorstand bei seiner für heute abend anberaumten Sitzung an die Emissäre aus Senat, Fraktion und Parteiführung erteilen.

Hartmut Perschau – der Wahlsieger vom Sonntag, wurde inzwischen wiederum zum Vorsitzenden der CDU-Fraktion bestimmt – stellte gestern klar: „Mit uns gibt es keine wechselnden Mehrheiten“. Notwendig sei ein gemeinsames Sanierungskonzept der beiden großen Parteien. Eine Zusammenarbeit unterhalb einer Koalition mit der SPD komme jedoch nicht in Frage. Nach seiner Überzeugung hat die SPD „nicht mehr die Kraft, im Interesse der Stadt zu handeln, sondern verfolgt nur noch ihre eigenen Interessen“. Die Unionsfraktion sei durchaus in der Lage, dem Senat gegenüber ihre Politik durchzusetzen, etwa durch die auch von der GAL geteilte Forderung nach Abschaffung der Getränkesteuer. Perschau fügte hinzu: „Doch wir wollen nicht mit lauter Kleinkram anfangen“. Wenn sich die SPD als bündnis-unfähig erweise, müsse sich die CDU „unterschiedliche Optionen offenhalten“.

„Wege aus dem Wettrüsten“ mit Moskauer Kursvorgabe

Wissenschaftler-Kongreß von Sowjets organisiert

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Erstmals läßt die Sowjetunion auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland eine von ihr verdeckt organisierte internationale Wissenschaftler-Konferenz über die Propaganda-Bühne gehen. So sehen es informierte Kreise, die darauf hinweisen, daß der am Wochenende in Hamburg *stattfindende Kongreß* „Wege aus dem Wettrüsten“ von Personen vorbereitet wurde, die den „kommunistischen Vorfeld-Gruppen“ der Sowjetunion zur ideologischen Beeinflussung des Auslandes im Sinne sowjetischer Außenpolitik zuzurechnen sind. An der Veranstaltung werden Naturwissenschaftler aus West und Ost teilnehmen.

Ein vergleichbarer Kongreß, letzten *Mai von einer internationalen* Wissenschaftlergruppe „Zur Verhinderung des Atomkrieges“ (IPPNW) in Köln veranstaltet, unterschied sich in der Zielrichtung nicht von dem jetzt bevorstehenden Treffen in Hamburg. Lediglich in der Organisation von IPPNW war den Kommunisten sowjetischer Prägung noch nicht die feste Anbindung an Moskau gelungen. In der IPPNW-Führung ist als stellvertretender Vorsitzender einzig ein sowjetischer Wissenschaftler, Professor Tschasow, vertreten. Mehrheitlich aber setzt sich die Spitze der *Organisation, die vergangenes Jahr* mit dem Friedensnobelpreis bedacht worden war, aus parteipolitisch von der Sowjetunion nicht abhängigen Wissenschaftlern zusammen.

Zahlreiche DKP-Mitglieder

Als deutsche Organisatoren des kommenden Hamburger Kongresses „Wege aus dem Wettrüsten“ fungieren nach einschlägigen Erkenntnissen 22 Naturwissenschaftler. Rund ein Drittel von ihnen gehört der DKP oder anderen sowjetisch beeinflußten „Vorfeld-Organisationen“ wie der DFU an. 16 erscheinen namentlich in der DKP-gesteuerten Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“. 17 der Organisatoren des Hamburger Kongresses wiederum haben den von DKP und DFU *am 16. August 1986* initiierten Aufruf „Wir warnen vor der Strategischen Verteidigungsinitiative“ (des amerikanischen Präsidenten Reagan) unterschrieben. Die Unterzeichner der Anti-SDI-Initiative gelten als der eigentliche deutsche Trägerkreis der Hamburger Konferenz, für die die *Universität Austragungsort* sein wird. Zudem finden sich unter den Unterschriften auch die des SPD-Vorsitzenden Brandt und des Geschäftsführers Glotz.

Abrüstungs-Vorschläge

Dem deutschen Vorbereitungskomitee gehören die Naturwissenschaftler H. Aichele (Erlangen), J. Altmann (Frankfurt), Werner Buckel (Karlsruhe), Reiner Braun (Köln), Hans-Peter Dürr (München), Christiane Floyd (Berlin), H. Genrich *(Bonn), Bernhard Gonsior (Bochum),* P. Herrlich (Karlsruhe), B. Hoffmann (Köln), William Kerby (Hamburg), H. Kneser (Köln), Matthias Kreck (Mainz), Reiner Labusch (Göttingen), Dieter Lutz (Hamburg), Eckart Maus (Göttingen), Rainer Rilling (Marburg), Jürgen Scheffran (Marburg), Jürgen Schneider (Göttingen), E. Sieker (Bonn), Hartwig Spitzer (Hamburg) und Peter Starlinger (Köln) an.

Das Grußwort zu der Veranstaltung will am Samstagmorgen Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi halten. Kurz darauf sollen durch den Kölner Wissenschaftler Starlinger „Hamburger Abrüstungsvorschläge“ der Öffentlichkeit präsentiert werden, an denen der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ zufolge „seit dem Frühsommer 1986 Naturwissenschaftler aus den USA, der UdSSR, Indien, der BRD und anderen europäischen Ländern“ arbeiten.

Das RIAS-Fernsehen und die heikle Frage nach dem Geld aus Bonn

SPD meldet verfassungsrechtliche Bedenken an / USA legen Programmgrundsätze fest

GERNOT FACIUS, Bonn

Die Geburtsanzeige kam von der Botschaft der USA und der US-Mission in Berlin: Beide gaben die „formelle Errichtung der RIAS-Fernsehstation" bekannt; „erste Mittel werden gemeinsam von der amerikanischen Regierung und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellt". Ob der Start des neuen Fernsehsenders unter einem günstigen Vorzeichen steht, darüber gingen gestern die Meinungen auseinander. Denn mit den zwölf Millionen Dollar, die der amerikanische Kongreß für das ehrgeizige Vorhaben bewilligte, läßt sich ein Programm nicht machen. Im Bundeshaushalt sind mit Sperrvermerk rund neun Millionen Mark „eingestellt". Aber, so schätzen Experten, gebraucht werden wahrscheinlich 50 Millionen Mark, und die müssen aus der Bundeskasse kommen.

Lange Reihe der Bittsteller

Der CDU-Medienpolitiker Dieter Weirich spricht denn auch vorsichtig von einer „Einstiegsfinanzierung", prophezeit aber alles in allem ein heftiges Gerangel um das Geld. Vor den Türen der Haushaltspolitiker stehen die Bittsteller seit langem Schlange. „Erhöhten Finanzbedarf" hat vor allem die Deutsche Welle, der „Auslandssender" der Bundesrepublik Deutschland, angemeldet. So schlug die Berufsgruppe Kunst und Medien der DAG unmittelbar nach der Wahl des neuen Intendanten Heinz Fellhauer bei den Politikern Alarm. Nach ihren Angaben stehen der „Welle" im Durchschnitt nur vier Millionen Mark für technische Investitionen zur Verfügung. Demgegenüber habe der Sender jedoch allein zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen technischen Kapazitäten einen Kapitalbedarf in Höhe von rund 20 Millionen Mark. „Wenn der intendant nicht zum Konkursverwalter der Deutschen Welle degenerieren soll, muß es seine erste Aufgabe sein, die verantwortlichen Stellen in Bonn auf diese bedrohlichen Situationen hinzuweisen." Ähnliche Forderungen kommen auch aus dem Deutschlandfunk.

„Der Finanzminister wird nicht alles tun können", hieß es gestern auch im Kanzleramt. Und die Haushaltspolitiker aller Fraktionen werden wohl in Zeiten knapper Kassen die Priorität bei den Wünschen der deutschen Anstalten sehen. RIAS aber ist, obwohl aus Mitteln des innerdeutschen Ministeriums finanziert, eine „Einrichtung der United States Information Agency, bei der die Programm- und Sendehoheit liegen". Schon werden verfassungsrechtliche Bedenken laut. Die Zweifel artikulierte gestern der medienpolitische Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Norbert Meisner. Er sieht durch die überwiegende Finanzierung aus deutschen und amerikanischen Haushaltsmitteln die von den Karlsruher Richtern am 4. November betonte notwendige „Staatsferne" des Rundfunks nicht gewährleistet.

Bei den Amerikanern hat man diese Empfindlichkeiten geahnt. Deshalb heißt es im Statut für RIAS-TV: „Sein Programm ist der freien Information in Deutschland verpflichtet ... Das Programm hat sicherzustellen, daß 1. die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen angemessen zu Wort kommen können, 2. das Programm nicht einseitig einer Partei oder Gruppe, einer Interessengemeinschaft, einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung dient und 3. in seiner Berichterstattung die Auffassung der wesentlich betroffenen Personen, Gruppen oder Organisationen angemessen und fair berücksichtigt werden."

Auch technische Probleme

Ein Beirat soll den deutschen Intendanten beraten und sich für die Einhaltung der in dem Statut formulierten Grundsätze einsetzen. Ein konkretes Kontrollrecht hat der Beirat freilich nicht. Und hier haken die Kritiker ein. Vor allem in den Staatskanzleien der Bundesländer wird gefragt: Verschafft sich der Bund auf dem Umweg über den amerikanischen Sender in Berlin ein „Bundesfernsehen"?

Es sind aber auch technische Probleme, die einen Start von RIAS-TV (vier Stunden „Frühstücksfernsehen") erschweren. Nutzen könnte die neue Station zunächst eine in Betrieb befindliche Frequenz, die allerdings nur Berlin und den engeren Umkreis „versorgen" könnte. Soll der Sender weit in die „DDR" und nach Westdeutschland strahlen, so braucht man die Regierung in Ost-Berlin. Und die soll, wie gestern in Bonn versichert wurde, im derzeitigen Stadium nicht herausgefordert werden. „Wir wollen unser Verhandlungsziel nicht erschweren", formulierte ein hoher Beamter der Bundesregierung. Er räumt ein: „Wir sind in einer verzwickten Lage."

SPD-Fraktionschef Walter Momper baut sich als Diepgen-Gegner auf:

Ein Supergenosse will seine Partei erwecken

Von DIETER DOSE

Berlins Sozialdemokraten, noch die Wunden der Wahlniederlage von 1985 (32,4 Prozent) kühlend, demonstrieren in diesen Tagen Geschlossenheit. Walter Momper (41), Fraktionschef, einziger Kandidat für den Posten des Landesvorsitzenden und parteiintern auch schon als Spitzenkandidat und Diepgen-Gegenspieler für die Wahlen 1989 auserkoren, kann am 22. November bei der Wahl des Landeschefs auf dem Parteitag mit einer satten Mehrheit rechnen. Neun von zwölf Kreisverbänden haben sich bisher für die Wahl Mompers entschieden. Kuriosum: Der Linke Momper erhielt in den Delegiertenversammlungen der *rechten Kreise klarere Mehrheiten* als in denen, wo die linke Klientel das sagen hat.

„Zähneknirschend, Walter, werde ich dich wählen", bringt ein Wilmersdorfer Kreisdelegierter die an der Parteibasis vorhandene Verärgerung zum Ausdruck. „Bauchschmerzen, wie die Kandidatur zustandegekommen ist", nennt es ein anderer.

Die auf dem Parteitag zu erwartenden, aber Mompers Wahl nicht gefährdenden Gegenstimmen richten sich nicht gegen die Person. Die Linken fühlen sich von den Rechten überfahren, weil nach der Rücktrittsankündigung aus gesundheitlichen Gründen des noch amtierenden Landeschefs Jürgen Egert die Vorsitzenden fünf rechter Kreisverbände wie Ziethen aus dem Busch vorpreschten und Mompert auf den Schild hoben bevor sich dessen linke Hausmacht überhaupt räusperte. Noch schlimmer – die rechten Flügelmänner gingen damit an die Öffentlichkeit. Die Basis erfuhr aus der Zeitung, wie das personelle Problem an der Parteispitze gelöst werden soll.



Nimmt kein Blatt vor den Mund: Kandidat Walter Momper FOTO: P. GLASER

Deshalb empfahl auch der linke Kreis Schöneberg seinen Delegierten, sich bei der Wahl Mompers der Stimme zu enthalten. Mit der Begründung, nicht bestätigen zu wollen, „was rechte und linke Spitzenfunktionäre vorgedacht und vorentschieden haben". Ähnliche Kritik gab es auch auf anderen Delegiertenversammlungen. Doch die überwiegende Parteimeinung lautet so: „Mir ist es lieber, den richtigen Mann durch das falsche Verfahren als den falschen Mann mit dem richtigen Verfahren als Landesvorsitzender zu wählen". Zitat aus Wilmersdorf...

Momper der richtige Mann? Die Partei, die in vier Jahren je vier Landeschefs, Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidaten verschliß, hat keine Alternativen. Schon gar nicht der rechte Flügel, der mit seinen Repräsentanten von Stobbe bis zu den Bonner Importen wie Vogel und Apel Schiffbruch erlitt. „Walter, du hast andere guten Kandidaten verhindert", wird Momper hier und dort vorgeworfen. Doch Tatsache ist, daß nur er bereit war, sich der Aufgabe (Momper: „Politik der inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung") zu stellen. Ins Gespräch gebrachte andere Kandidaten traten vehement den Rückzug an, als Momper seinen anfänglichen Widerstand, Parteichef zu werden, aufgab.

Kämpferisch, besonnener als von ihm gewohnt, sogar mit dem Mut zur Unpopularität – so präsentiert sich Momper bei seiner „Tour" durch die Kreisverbände. Denn weil die Berliner SPD – derzeitiger Schuldenstand 610 000 Mark bei einem Kreditvolumen von 750 000 Mark bei der Bank für Gemeinwirtschaft – fast pleite ist, kündigt Momper noch vor seiner Wahl den Griff in die Brieftasche der rund 28 000 Genossen an. Durch zweimalige Beitragserhöhungen, 1987 und 1988 um je 10 Prozent und eine einmalige Zahlung von etwa 30 Mark pro Mitglied will er die Parteifinanzen in Ordnung bringen. „Mit 900 000 Mark Schulden ziehe ich nicht den Wahlkampf", sagt er. Auf diesen Betrag würden sich die Verbindlichkeiten 1988 belaufen, wenn nichts geschieht. Letzten Montag sprach er in der Bonner Parteizentrale vor und erhielt die Auskunft, daß von der Bundespartei keine Geldspritze zu erwarten ist.

Momper („Ich bin kein Ernst Reuter – darauf lege ich wert") versucht die Partei aus der Lethargie zu reißen. Denn weit verbreitet ist die Ansicht, daß man 1989 sowie chancenlos gegen Diepgens Union ist und erst 1993 Chancen hat, wieder um die Mehrheit zu kämpfen. „Wir bringen die Verhältnisse in der Stadt zum Tanzen, wenn wir 1989 genug Stimmen erhalten, um mit der FDP zusammengehen zu können", macht er den Seinen Mut.

Der „Super-Genosse", der im Hinblick auf die Wahlen 1989 die Führungsspitze durch Leute seines Vertrauens erweitern will und dafür die Zustimmung des Parteitages bedarf, nimmt kein Blatt vor den Mund. „Ihr könnt mich für einen Schlappschwanz halten, aber bitte nicht für doof", wehrt er sich gegen Kritiker, die mit seiner Demontage beginnen wollen, bevor er überhaupt gewählt ist...

Bischof verbietet gemeinsames Abendmahl

idea, Rottenburg

Das bischöfliche Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart hat das seit 14 Jahren im württembergischen Ort Kiebingen jeweils am Heiligen Abend gemeinsam von evangelischen und katholischen Christen gefeierte Abendmahl verboten.

Zuvor war dem Ordinariat der Vorgang durch einen Priesterwechsel bekannt geworden. Das Verbot, das im württembergischen Raum Aufsehen erregt, wird damit begründet, daß eine gemeinsame Eucharistie- bzw. Abendmahlfeier gegen die Rechtsvorschriften der katholischen Kirche verstoße. Danach sind katholischen Priestern gemeinsame Abendmahlgottesdienste mit Amtsträgern verboten, die nicht in der vollen Gemeinschaft mit der katholischen Kirche stehen. Kiebingen, unmittelbar vor den Toren Rottenburgs gelegen, zählt 1200 Katholiken und knapp 300 Protestanten.

In der evangelischen Kirche hat die Anordnung des Generalvikars die Frage aufgeworfen, ob allgemein ein schärferer Wind gegen den Ökumene-Gedanken wehe. Dem Vernehmen nach hatte Bischof Moser von Rottenburg die Ausnahmeregelung in Kiebingen ebenso toleriert wie sein Amtsvorgänger Leiprecht.

Wiesbaden kann Vororte von Mainz behalten

dpa, Bonn

Die rechtsrheinischen Vororte von Mainz bleiben weiterhin der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden zugeordnet. Der Bundestag hat es gestern abgelehnt, das Grundgesetz so zu ändern, daß die Orte Amöneburg, Kastel und Kostheim wieder Mainz zugeschlagen werden können. Eine entsprechende Gesetzesinitiative der Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Grünen, sowie von Abgeordneten der SPD, fand nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Ein Veränderung der seit 1945 geltenden Stadtgrenze wäre in dem Fall dieser Ortschaften mit einer Änderung der Landesgrenze zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz identisch. Das Grundgesetz verlangt dafür grundsätzlich einen Volksentscheid in den betroffenen Ländern, wenn das Gebiet mehr als 10 000 Einwohner hat, was für die „AKK"-Vororte zutrifft. Der Entwurf zur Verfassungsänderung sah deshalb vor, die Grenze auf 30 000 Einwohner hochzuschrauben.

Gegen die Änderung der Verfassung wandte sich der SPD-Abgeordnete Emmerlich. Die Diskussion über Neugliederungen des Bundesgebietes sei 1976 abgeschlossen worden.

Wenn evangelische Pastoren heimlich „Priester" werden

idea, Dassel

Rund 3000 der insgesamt etwa 18 000 Pastoren im Bereich der EKD sollen sich zusätzlich zu ihrer kirchlichen Ordination heimlich zum katholischen „Priester" haben weihen lassen, um auf diese Weise eine vermeintlich größere geistliche Vollmacht für die Ausübung ihres Amtes zu erlangen.

Dies äußerte der frühere Oldenburger Bischof Hans Heinrich Harms auf der theologischen Herbsttagung der missionarischen Dienste der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover vom 10. bis 13. November in Dassel (Solling).

Diese Weihe werde meistens in hochkirchlichen Bruderschaften von „umherschweifenden Bischöfen" vollzogen, die für sich in Anspruch nähmen, in der direkten Linie zu einem der urchristlichen Apostel zu stehen.

Wie Harms sagte, sind in solchen Fällen die Pfarrer geistlich verunsichert, ob sie sich noch in der „apostolischen Sukzession" befänden.

„Zur Sicherheit" ließen sie sich nochmals „weihen". Die evangelische Kirche könne diese Praxis jedoch nicht dulden. Solche Pfarrer sollten in die katholische Kirche überwechseln.

Inkompatibilität oder Die Angst der Parlamentarier vor Bürgermeistern

Von JOACHIM NEANDER

Als hätten sie es heimlich miteinander abgesprochen, haben *gleich zwei rheinland-pfälzische Politiker* unterschiedlicher Couleur ein halbes Jahr vor der Landtagswahl öffentlich das überaus heikle, erledigt geglaubte Thema der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat aus der Schublade hervorgeholt – ein Thema, das zumindest bei den amtierenden Landtagsabgeordneten der beiden großen Parteien Unruhe und Ärger erregen wird. Sollen die sowieso schon mächtigen Bürger- und Oberbürgermeister wieder wie einst auch ins Landesparlament wählbar sein?

Der eine der beiden, Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), kann sich das leisten, weil er gerade jetzt vor der Wahl unumstritten ist. Daß ihn die Delegierten auf dem Andernacher Landesparteitag am Wochenende mit sehr deutlicher Mehrheit wieder zum Spitzenkandidaten und CDU-Landesvorsitzenden küren werden, daran ist kein Zweifel. Auch der *andere, der ehemalige SPD-Landes*vorsitzende Hans Schweitzer, braucht keine Angst vor Klassenkeile zu haben. Er scheidet nach zwanzig Jahren Zugehörigkeit sowieso aus dem Parlament aus.

Bis 1975 saßen im rheinland-pfälzischen Landtag auf 20 der 100 Abgeordnetensessel amtierende oder ehemalige Bürgermeister, darunter solche Prominenz wie der populäre *Mainzer OB Jockel Fuchs* (SPD). Dann kam bundesweit Gegenwind gegen Ämter- und Machthäufung auf. Auch in Rheinland-Pfalz wurde die gesetzlich geregelte Unvereinbarkeit von Beamtenstatus und Parlamentsmandat auf die kommunalen Wahlbeamten ausgedehnt. Die Bürgermeister mußten sich nach zum Teil hartnäckigen Debatten (für die damals mancher brave Parlamentarier daheim vor dem Spiegel verzweifelt das fürchterliche Wort „Inkompatibilität" geübt hat) für das eine oder das andere entscheiden.

Ein großer Teil zog damals aus dem Parlament aus. Die Lücken füllten die Lehrer. Zu Beginn der laufenden Legislaturperiode 1983 war fast jeder vierte Abgeordnete ein beurlaubter Lehrer oder Hochschullehrer, ein Prozentsatz, der übrigens ähnlich auch auf andere Landesparlamente zutrifft. Im neuen Landtag wird die *Quote vermutlich niedriger sein.* Dennoch machen sich nicht nur Männer



wie CDU-Vogel und SPD-Schweitzer Sorgen. Dem Parlament fehle es an Persönlichkeiten, an kommunalpolitischem Sachverstand, auch an Origi*nalität und Farbe. Hinter* vorgehaltener Hand vernimmt man aus dem Munde prominenter, aber nicht zitiert werden wollender Männer aus beiden großen Parteien sogar noch viel härtere Formulierungen.

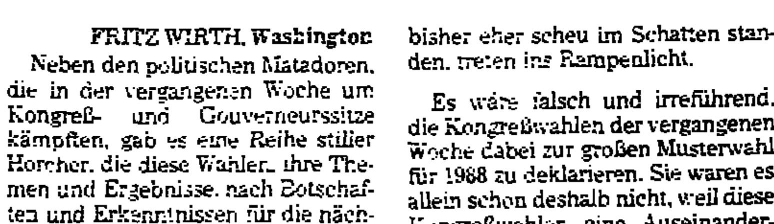
Bernhard Vogel hat, wie es seine Art ist, eher bedächtige Begründungen zur Hand: „Ich habe nicht gesagt, daß der Landtag dadurch unbedingt besser wird. Aber es gibt keinen Grund, eine ganz kleine Gruppe – es würden sich ja gar nicht so furchtbar viele Bürgermeister um ein Parlamentsmandat bewerben – von der Wählbarkeit auszuschließen." Man müsse sich auch fragen, ob die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Landtagsabgeordneten zu hauptberuflich Tätigen zu erklären, der schwierigen Suche nach qualifizierten Bewerbern dienlich sei. Vogel: „Gottseidank hört man ja aus Karlsruhe gelegentlich auch den Hinweis, nicht alle Urteile dort seien für die Ewigkeit gesprochen."

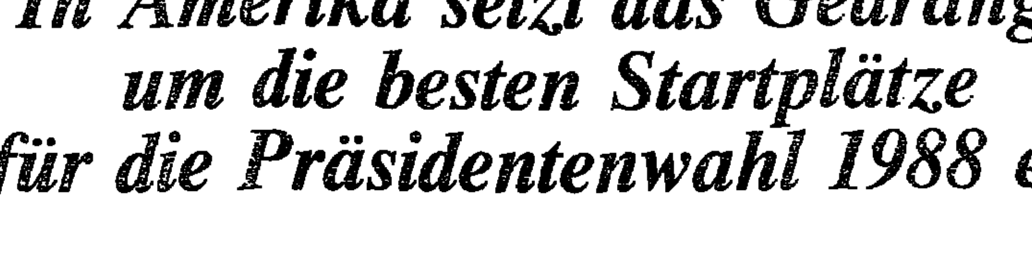
Doch der Beifall für derlei Erwägungen hält sich in Grenzen. Hans Schweitzer (SPD) mußte erleben, daß sein Landes- und Fraktionsvorsitzender Rudolf Scharping sich sogleich von ihm distanzierte. CDU-Fraktionschef Hans-Otto Wilhelm meint zurückhaltend, Vogel habe mit ihm zwar darüber geredet, er selber könne sich jedoch über den Sachverstand in der Fraktion nicht beklagen. Offene Kritik kommt natürlich von der FDP (sie hat keine Bürgermeister) und vom Bund der Steuerzahler, der im Gegenzug den Ministerpräsidenten dafür rügt, daß im Mainzer Landtag Minister und Staatssekretäre nicht auf ihr Parlamentsmandat und die damit verbundenen Diäten verzichten. Die SPD schließlich hält Vogel vor, er solle lieber erst einmal die (in Rheinland-Pfalz immer noch staatlichen) Landräte wählbar machen.

Während Schweitzers Motiv einigermaßen klar ist (er will der Partei zum Abschied noch ein paar unbequeme Wahrheiten sagen), könnte beim Regierungschef die Vermutung auftreten, er wage sich mit diesem Thema in heimlichem Einverständnis mit Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden in anderen Bundesländern vor. Doch Vogel weist dies entschieden zurück. Er rede nur im eigenen Namen. Immerhin verlautet aber aus gut unterrichteten Kreisen, daß in der Runde der Ministerpräsidenten gelegentlich schon darüber geplaudert worden sei.



Die Favoriten der Republikaner: (von links): George Bush, Jack Kemp und Robert Dole. Die besten Chancen hat derzeit Bush





In Amerika setzt das Gedränge um die besten Startplätze für die Präsidentenwahl 1988 ein

Die Favoriten der Demokraten (von links): Mario Cuomo, Jesse Jackson und Gary Hart. Spitzenmann derzeit ist Hart

FRITZ WIRTH, Washington

Neben den politischen Matadoren, die in der vergangenen Woche um Kongreß- und Gouverneurssitze kämpften, gab es eine Reihe stiller Horcher, die diese Wahlen, ihre Themen und Ergebnisse, nach Botschaften und Erkenntnissen für die nächste große Wahlschlacht in den USA abhorchten. Es mag auf dem Kalender noch eine lange Zeit bis dahin sein, doch diese Frist täuscht.

Die große Vorentscheidung dieser Wahl fällt schon in 16 Monaten, am 8. März 1988, wenn in 14 Bundesstaaten die „Primaries" angesetzt sind, die mit hoher Sicherheit die Zahl von zur Stunde noch mindestens 15 Kandidaten auf zwei reduzieren werden. Mit anderen Worten: Der Wahlkampf 1988 hat hier und heute schon begonnen. Das Gedränge um gute Startpositionen ist bereits ausgebrochen. Die Präsidentschaftskandidaten, die bisher eher scheu im Schatten standen, treten ins Rampenlicht.

Es wäre falsch und irreführend, die Kongreßwahlen der vergangenen Woche dabei zur großen Musterwahl für 1988 zu deklarieren. Sie waren es allein schon deshalb nicht, weil diese Kongreßwahlen eine Auseinandersetzung ohne Thema waren. Sie gaben auch keinerlei Anhaltspunkte dafür, in welche Richtung und auf welche politischen Schwerpunkte sich die Diskussionen vor der nächsten Wahl zubewegen werden.

Dennoch haben diese letzten Wahlen taktische Ausgangspositionen zahlreicher Kandidaten berührt und wichtige Hinweise auf ihre Wahlkampfstrategie gegeben. Das gilt vor allem für Gary Hart auf demokratischer und Vizepräsident George Bush auf republikanischer Seite. Sie sind zur Stunde die klaren Favoriten für das Amt des nächsten amerikanischen Präsidenten. Bush führt die Kandidatenliste seiner Partei mit 34 Punkten vor Robert Dole mit 14 Punkten an, und Hart liegt bei den Demokraten mit 26 Punkten vor Mario Cuomo mit 20 Punkten in Führung.

Von diesen vier Spitzenkandidaten war für George Bush Ausgang und Verlauf der letzten Kongreßwahl am problematischsten. Bush hat sich bisher klar und loyal als Epigone Reagans zu erkennen gegeben. Die letzte Wahl jedoch zeigte, daß das persönliche Ansehen Reagans höher im Wählerkurs steht als seine Politik. Daher ergibt sich für Bush in den kommenden zwei Jahren die Frage, ob er politisch mehr auf eigenen Füßen stehen und ein eigenständiges politisches Programm entwickeln soll.

Andererseits hat es für Bush bei dieser Wahl deutliche Pluspunkte gegeben: Sein zur Zeit schärfster Konkurrent in der eigenen Partei, Robert Dole, hat das Amt des Mehrheitsführers im Senat verloren, das ihm – besonders seit das Fernsehen den Sitzungen dieser Kammer größere Publizität gegeben hat – ein wichtiges Profilierungsforum war. Ebenso bedeutsam war für Bush die enttäuschende Rolle, die die Fundamentalisten um den Evangelisten Pat Robertson bei der letzten Kongreßwahl spielten. Robertson war zwar niemals als ein ernsthafter Rivale Bushs um die republikanische Präsidentschaftskandidatur zu betrachten, doch der immer noch sehr robuste Stimmenkern hinter Robertson ist, wenn Robertson selbst einmal ausgeschaltet ist, ein großes potentielles Stimmenreservoir für Bush.

Zu den Verlierern der letzten Kongreßwahl im Hinblick auf 1988 zählt neben Robertson auch Senator Paul Laxalt, der mit dem Wahlverlust in Nevada beträchtliches politisches Prestige in der eigenen Partei wie auch beim Wähler verloren hat. Hoffnungsvolle Außenseiter bei den Republikanern bleiben weiterhin Howard Baker und Jack Kemp.

Bei den Demokraten weist zur Stunde alles auf ein Duell zwischen Gary Hart und Mario Cuomo im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur hin. Der Abstand zwischen diesen beiden Spitzenleuten und dem Rest ist noch größer als bei den Republikanern. Doch weil bei den Demokraten – immer noch eine Partei ohne erkennbares Programm und starke Führung – so vieles im Fluß ist, sind hier in den nächsten 16 Monaten viel eher Überraschungen denkbar als bei den Republikanern.

Der Mann der großen Hoffnungen, der Außenseiter mit dem größten politischen Appeal und der große heimliche Sieger der letzten Kongreßwahl ist der 48jährige Senator Sam Nunn aus Georgia. Man sagt ihm eine große Zukunft voraus, weil in den nächsten zwei Jahren die Rüstungskontrollpolitik und das SDI-Konzept mit hoher Sicherheit die politischen Diskussionen beherrschen werden.

Sam Nunn ist als ein hochrespektierter Experte auf diesem Gebiet zweifellos bei den Demokraten der Mann der Stunde. Sollte es am „Super-Dienstag" des 8. März 1988, dem Tag der Vorentscheidung zur Wahl 1988, bei ihm nicht zur Präsidentenkandidatur reichen, wäre er für Präsidentschaftskandidaten wie Hart und Cuomo ein heißer Favorit für das Amt des Vizepräsidenten, da er einen besonderen Appeal in den Südstaaten hat, dem Schlachtfeld, auf dem voraussichtlich die nächsten Wahlen entschieden werden.

Mario Cuomo selbst erreichte als neu gewählter Gouverneur zwar ein Rekordergebnis, hatte aber dennoch keinen guten Wahlkampf. Seine Weigerung, andere demokratische Kandidaten bei der letzten Wahl zu unterstützen, hat ihm in der eigenen Partei Sympathien gekostet. Sein großes rhetorisches Talent und sein starker Appeal besonders an der Ostküste und im mittleren Westen machen ihn aber dennoch zu einem heißen Favoriten.

Trotzdem ist Vorsicht geboten, denn keine Partei hat ein so großes Herz für Außenseiter wie die Demokraten. Sowohl Jimmy Carter wie auch Gary Hart waren 1976 und 1984 zwei Jahre vor der Wahl noch Fremdlinge auf der politischen Szene.

US-Bischöfe beugen sich dem Vatikan

rtr. Washington

Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten haben sich im Fall des umstrittenen Erzbischofs Raymond Hunthausen dem Druck des Vatikans gebeugt und ihre Loyalität mit dem Papst deutlich gemacht. Hunthausen war wegen Abweichungen von der Kirchenlehre vom Vatikan zurechtgewiesen worden. Die Bischöfe hätten nicht die Autorität, sich in die „einzigartige Beziehung zwischen dem Papst und einzelnen Bischöfen" einzumischen, hieß es in einer Erklärung. Der Vatikan habe in Übereinstimmung mit dem Kirchenrecht gehandelt. Der „Friedensaktivist" Hunthausen hatte sich öffentlich gegen Atomwaffen ausgesprochen und war vom Vatikan in fünf Bereichen seiner Autorität beschnitten worden.

„Tagespolitik nach Orwell-Manier"

rtr. Moskau

Die Sowjetunion hat den USA gestern erneut vorgeworfen, die Zugeständnisse von US-Präsident Reagan beim Treffen von Reykjavik nachträglich zu verwässern. Die Art und Weise, in der „Propagandisten in Washington" die klaren Aussagen Reagans manipulierten, erinnere an das Vorgehen gewisser Bürokraten in George Orwells Roman „1984", hieß es bei der amtlichen Nachrichtenagentur Tass. Auch deren Aufgabe sei es gewesen, die Geschichtsschreibung ständig dem Interesse der Herrschenden anzupassen. Orwells Buch ist in der Sowjetunion nie erschienen. Reagan hatte Moskau seinerseits am Vortag vorgehalten, die Forderung, über INF und andere Waffen im Paket zu verhandeln, sei ein großer Schritt rückwärts.

Manila erhält von Japan Finanzhilfe

rtr. Tokio

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino hat von Japan die Zusage für Finanzhilfen über fast eine Milliarde Dollar (etwa zwei Milliarden Mark) erhalten. Bei einem Pressefrühstück sagte die Präsidentin gestern in Tokio: „Ich bin sehr dankbar für die wundervolle Antwort." Finanzminister Jaime Ongpin sagte, die Kredite und Kreditgarantien, die unterzeichnet worden seien, beliefen sich auf insgesamt 157 Milliarden Yen oder 980 Millionen Dollar. Die Präsidentin trat zugleich Spekulationen entgegen, sie plane die Entlassung von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile. „Es ist für uns alle wichtig, weiterhin zusammenzuarbeiten", sagte sie. Corazon Aquino beendete nach einem Besuch beim japanischen Kaiser ihren Aufenthalt in Japan.

Londoner Parlament übt sich schon im Wahlkampf

Parteien visieren Sommer 1987 an / Tories wieder populärer

SIEGFRIED HELM, London

Erst die Debatte im Anschluß an die Thronrede von Königin Elizabeth ließ ganz deutlich werden, was Großbritannien von der neuen Legislaturperiode seines Parlaments zu erwarten hat. Premierministerin Margaret Thatcher ließ die Queen eine Regierungserklärung mit einem Minimalprogramm verlesen, das der Labour-Opposition kaum Gelegenheit zu Punktgewinnen gibt.

In der Debatte wurde im Klartext geredet: Sie war nichts weniger als eine Generalprobe für den Wahlkampf. Tories und Labour steckten dabei praktisch ihre Wahlprogramme ab.

Das außerordentlich leichtgewichtige gesetzgeberische Programm zeigte deutlicher als je zuvor, daß der Countdown für die nächste Wahl bereits begonnen hat. Nur zwei der geplanten 19 Gesetzesvorlagen, eine scharf auf Law und Order getrimmte Reform des Strafrechts und eine Reform der Gemeindesteuer in Schottland, müßte Frau Thatcher zwecks Stimmengewinnen rechtzeitig unter Dach und Fach bringen. Sie wollte sich für den Wahlkampf keine parlamentarischen Hürden mehr in den Weg legen.

Obwohl Frau Thatcher noch 18 Monate Zeit hat, Neuwahlen auszuschreiben, obwohl sie mit keiner Silbe den Termin verriet, stellen sich Westminster und die Parteiorganisationen jetzt auf den Sommer 1987 ein. Würde sie den Juni wählen, behielte sie den psychologisch nicht unwichtigen Trumpf in der Hand, nicht vor dem letzten Jahr zu kneifen. Sollten die im Mai anstehenden Kommunalwahlen den Tories eine Imageschlappe bescheren, so könnten sie leicht auf den September ausweichen.

Kampf gegen die Armut

Die gestern veröffentlichte Umfrage von Marplan bestätigt die frische Brise im Rücken der Tories. Sie liegen mit 39 Prozent drei Punkte vor Labour. Die Allianz aus Liberalen und Sozialdemokraten, die wegen tiefgreifender Differenzen in der Verteidigungspolitik als „dritte Kraft" stark angeschlagen war, hat leicht zugelegt. Seit Oktober sind die Konservativen aus dem Imagetief heraus, das nicht zuletzt eine Folge der Westland-Hubschrauberaffäre mit zwei Ministerrücktritten war.

Großbritannien steht einer der längsten und härtesten Wahlkämpfe der Nachkriegsgeschichte bevor. Labour will einen „Konsensus" zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit zum Wahlschlager machen. Oppositionsführer Neil Kinnock lastete den Tories eine „seit Kriegsende beispiellose" Zunahme der Armut an. Als Frau Thatcher vor sieben Jahren Premierminister wurde, habe es sechs Millionen Sozialhilfeempfänger in London gegeben, inzwischen seien es neun Millionen.

Attacke gegen Labour

Frau Thatcher ließ erkennen, daß sie ihren Wahlkampf auf zwei große Themen abstellen wird: Bewahrung des Erreichten und Verteidigung. Das zweite Thema hatte Labour ihr mit den Parteitagsbeschlüssen über den Verzicht auf Atomwaffen und die Auflösung der US-Basen in Großbritannien bereits als Waffe frei Haus geliefert. Frau Thatcher wandte sich an ein größeres Forum als das Unterhaus, als sie Labour vorwarf, die Nation zu einem Satellitenstaat Moskaus machen zu wollen.

Sie präsentierte die Verteidigungspolitik von Labour für die Nation so: „Die Wahrheit ist, daß das Engagement der Vereinigten Staaten für Europa tödlich geschwächt würde, wenn ein sozialistisches Großbritannien ausscheren würde." Der erklärte Alleingang Labours würde England „atomarer Erpressung durch den Warschauer Pakt" schutzlos ausliefern. Unter einer von ihr geführten Regierung werde Großbritannien Atommacht bleiben.

Mit Bewahrung des Erreichten hob sie darauf ab, daß die Konservativen die Inflationsrate herabgedrückt, daß sie die Macht der Gewerkschaften durch ihre Arbeitsgesetzgebung gezügelt und damit geordnete Verhältnisse an der Arbeitsfront geschaffen haben. Sie betonte, daß sich England unter den Tories zu einer Gesellschaft von „Volkskapitalisten" entwickle. (SAD)

Wurde Havels Redetext in Holland doch zensiert?

Prager Bürgerrechtler mit dem Erasmus-Preis geehrt

HELMUT HETZEL, Rotterdam

Selbst während und nach der feierlichen Verleihung des international renommierten Erasmus-Preises an den tschechoslowakischen Schriftsteller und prominentesten Vertreter der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77", Vaclav Havel, hielten Diskussionen um eine Zensur der Haager Regierung im Redetext des Preisträgers an. Der diesjährige Erasmus-Preis, der in Anwesenheit des niederländischen Staatsoberhauptes Königin Beatrix aber in Abwesenheit des Preisträgers selbst gestern in der Rotterdamer St. Laurens-Kirche von Prinz Bernhard stellvertretend an ein anderes „Charta 77"-Mitglied, den im schwedischen Exil lebenden Havel-Freund Frantisek Janouch überreicht wurde, ist erneut ins Gerede gekommen.

Der Grund: Die von der Stiftung Prämium Erasmianum vervielfältigte niederländische Übersetzung des Havel-Dankwortes wich in einem wichtigen Punkt erneut von dem von Havel verfaßten tschechischen Originaltext ab. Es geht dabei um eine Stelle, in der Havel in dem von ihm verfaßten Originaltext sagt: „...daß die Ehrung, die ich erhalte, auch indirekt über meine Person der ‚Charta 77' gilt." Dieser Passus „... auch indirekt über meine Person der ‚Charta 77' gilt" ist in der holländischen Übersetzung nicht zu lesen. In einem Interview mit der Amsterdamer Zeitung „de Volkskrant" sagte Havel dazu, er wisse nichts von dieser Abänderung. Es müsse sich dabei wohl um einen Übersetzungsfehler handeln.

Außenminister interveniert

Ein solcher Übersetzungsfehler aber ist wegen der Vorgeschichte um die diesjährige Preisverleihung – der Erasmus-Preis ist die bedeutendste Kulturauszeichnung der Niederlande – mehr als unwahrscheinlich.

Ursprünglich nämlich hatte die private Erasmus-Stiftung beabsichtigt, die gesamte „Charta 77" wegen ihres unbeugsamen Engagements für die Menschenrechte in Osteuropa zu ehren. Durch persönliche Intervention des Haager Außenministers Hans van den Broek jedoch, der dafür plädierte, den kulturellen Aspekt des Preises nicht zu vernachlässigen, wurde daraufhin lediglich die Person Havel als Schriftsteller geehrt. Und als Havel im ersten Entwurf seiner Dankesrede den Preis ausdrücklich für die „Charta 77" reklamierte, intervenierte der Außenminister ein zweites Mal und setzte durch, daß diese Passagen aus politischer Rücksichtnahme auf die Prager Regierung und wegen der Anwesenheit der Königin im Redetext gestrichen werden mußten.

Bezug auf „Charta 77"

Doch unter dem Druck des Haager Parlamentes und der Öffentlichkeit wurde dieser staatliche Zensureingriff der Regierung revidiert.

Dennoch nimmt Havel in seiner jetzt von den in den USA lebenden tschechoslowakischen Schriftstellern Jan Tryska vorgetragenen Dankesrede zweimal deutlich Bezug auf die Verbindung seiner Person mit der „Charta 77". Diese Ehrung sei auch als „Eine Ehrung für die ‚Charta 77' zu sehen, sagt Havel in der Einleitung. Dieser direkte Bezug auf die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung ist auch in der niederländischen Übersetzung nachzulesen. Weiter argumentiert der Prager Bürgerrechtler Havel, daß seine Arbeit ohne den Rückhalt der Charta unmöglich sei. „Das ist auch der Grund", meinte Havel in einem Interview des niederländischen Fernsehens, „warum ich nicht persönlich nach Rotterdam gekommen bin. Meine Anwesenheit hier in Prag ist für das Regime viel gefährlicher."

Der Erasmus-Preisträger befürchtete, daß ihm Prag nach einer Reise in die Niederlande die Rückkehr in sein Heimatland verweigern und ihn ausbürgern könnte.

Prinz Bernhard würdigte den Erasmus-Preisträger Havel in seiner Laudatio als einen „Mann, der auf der Suche nach Wahrheit ist" und der bei dieser Suche auch „dem starken Druck von außen nicht nachgibt". Ein Nachgeben auf diesen Druck, so sagte Prinz Bernhard weiter, hieße nämlich auch gleichzeitig „die Humanität aufgeben", eine Humanität, für die Erasmus zeit seines Lebens eingetreten sei.

Atomproteste und Erfolg in Hamburg geben auch Italiens Grünen Auftrieb

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der Wahlsieg der Grünen bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg scheint den italienischen Ökologen den letzten Anstoß gegeben zu haben, sich straffer zu organisieren, um bei den im Frühjahr 1989 fälligen nächsten allgemeinen Parlamentswahlen zum ersten Mal landesweit kandidieren zu können.

Vertreter ihrer über ganz Italien verstreuten 114 Lokallisten werden sich am Wochenende in Finale Ligure treffen. Sie wollen dort ein elf Mitglieder zählendes nationales Koordinationskomitee gründen. Allgemein wird darin der erste Schritt zur Bildung einer Partei gesehen.

Einer der prominentesten und aktivsten italienischen Grünen, der Südtiroler Alexander Langer, zog aus dem Wahlergebnis von Hamburg den Schluß: „Es ist ein Zeichen dafür, daß Raum für unsere Ideen ist und daß es für die anderen Parteien nicht ausreicht, sich grün zu tarnen. In Deutschland haben das alle probiert, nicht nur die SPD. Aber man hat ihnen nicht geglaubt."

Italiens Grüne hatten sich zum ersten Mal 1985 dem Wähler gestellt – allerdings nur bei Gemeinde-, Provinzial- und Regionalwahlen. Sie hatten dabei einen Achtungserfolg erzielt: 141 Sitze in Gemeinderäten sowie in Provinzial- und Regionalparlamenten waren ihren Kandidaten zugefallen.

Seither haben der Tschernobyl-Effekt, eine in den letzten Monaten entbrannte landesweite Diskussion über die italienischen Atomkraftwerke und die jüngsten Nachrichten von der ökologischen Katastrophe am Rhein in der Bevölkerung zweifellos noch bessere psychlogische Voraussetzungen für das Bewußtwerden der Umweltprobleme geschaffen und den Grünen neue Erfolgschancen eröffnet.

Freilich gibt es innerhalb des grünen „Archipels" noch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob man den Schritt von der Bewegung zur parlamentarischen Partei gehen soll. Die „Puristen" sind dagegen. Sie scheinen jedoch, wie das Ergebnis einer kürzlich von den Grünen selbst veranstalteten Umfrage erkennen läßt, nur eine Minderheit zu bilden. Bei der Umfrage sprachen sich 67 Prozent der Befragten für eine Kandidatur bei den nächsten Parlamentswahlen aus. Nur 14 Prozent antworteten strikt negativ.

Bisher hatte sich vor allem die Radikale Partei im Parlament der Sache des Umweltschutzes angenommen. Diese Partei drohte jetzt jedoch mit ihrer Selbstauflösung, wenn sich ihr bis Ende des Jahres nicht 5000 neue Mitglieder anschließen. Sie will mit diesem „Selbstmord" dagegen protestieren, daß sie, wie sie meint, von den angeblich dem politischen Establishment hörigen Massenmedien weitgehend totgeschwiegen wird.

Sollte die Radikale Partei bei den nächsten Wahlen wirklich nicht mehr kandidieren, würden zweifellos zahlreiche ihrer Wähler einer neuen „grünen" Partei die Stimme geben.

Wie in Deutschland setzt sich auch in Italien das Lager der Grünen aus ökologischen Fundamentalisten, Veteranen der 68er studentischen Protestbewegung, Feministen und Pazifisten zusammen. Bisher haben sich diese Kräfte nur in über 1000 örtlichen Bürgerinitiativen für den Umweltschutz organisiert.

Auf den Spuren der „Geldwäscher"

W. K. Wiesbaden

Durch eine Kette von Geldwäschereien im In- und Ausland bringen organisierte Banden ihre finanziellen Gewinne wieder als scheinbar legal erworbenes Geld in den Zahlungsverkehr. Darüber sprach auf einer Arbeitstagung im Bundeskriminalamt in Wiesbaden Paolo Bernasconi, Schweizer Sachverständiger für Wirtschaftskriminalität.

Bei diesen Transaktionen stehen die italo-amerikanische Mafia und die Organisatoren des Kokainhandels aus Lateinamerika an der Spitze. Es sei aber praktisch unmöglich, den Weg, den schmutziges Geld über die halbe Erde zurücklegt, zu verfolgen und in den Kanälen, in denen es „sauber" nach der Wäsche auftaucht, aufzuspüren. Nur durch eine internationale Anti-Mafia-Konvention könnte die organisierte Kriminalität wirksamer bekämpft werden.

Nikolaus Haberland, Ministerialrat im Bundesfinanzministerium, trug als eine Hürde gegen rasches Zugreifen von Verbrechensgewinnen durch die Zollfahndung die Regelung des Datenschutzes vor, der das Abschöpfen dieser Verbrechensgelder verhindere.

In allen Intercitys.

Für Geschäftsreisen wählen Sie am besten die Bahn. Denn da können Sie sogar während der Reise ständig in Verbindung mit Kunden und Mitarbeitern bleiben. Über das Münz-Zugtelefon.

Sie können sich zum Beispiel vom Verkaufsleiter noch schnell die letzten Zahlen für Ihr anstehendes Kundengespräch durchgeben und sich über Lagerbestand und aktuelle Lieferzeiten auf die Schiene setzen lassen.

Anschließend, wenn Sie es sich in Ihrem Veloursessel wieder bequem gemacht haben, trinken Sie genüßlich eine Tasse Kaffee, die Ihnen die IC-Betreuerin der 1. Klasse in der Zwischenzeit an den Platz gebracht hat, und lassen noch einmal in aller Ruhe Ihre Argumente für die Verkaufsverhandlungen Revue passieren.

Wenn Sie dann entspannt und gut gerüstet in die Gespräche gehen, haben Sie den Abschluß schon so gut wie unter Dach und Fach.

Für die Rückreise empfehlen wir Ihnen ebenfalls einen unserer 216 täglichen Intercitys. Nach getaner Arbeit wählen Sie dann zum Kaffee vielleicht noch einen Cognac, klingeln zwischendurch mal eben in der Firma an, um mitzuteilen, daß alles gut gelaufen ist, und sagen dann Ihrer Frau, daß sie mit dem Essen auf Sie warten kann. Der Zug wird pünktlich ankommen.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT Godesberger Allee 99 Postfach 200 866, 5300 Bonn 2 Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

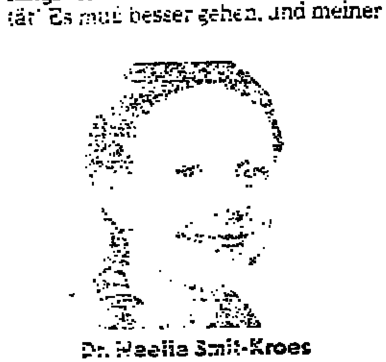
Der verschmutzte Rhein

„Die lange Spur des Gifts im Rhein": WELT vom 10. November

Daß der Rhein für uns außer Wohlstand auch eine Menge Probleme bedeutet, ist vor allem in den letzten Jahrzehnten deutlich geworden. Die Probleme sind jedoch keine natürlichen Tatsachen wie die Strömung des Flusses selbst. Die Probleme der Verschmutzung verursacht der Mensch. Für die Niederlande ist das eine schwerwiegende Tatsache, denn etwa zwei Drittel des Wassers, das unser Land verwendet, kommt über den Rhein hier an.

Im europäischen Rahmen wird regelmäßig über den Rhein geredet und in der Praxis arbeiten Warnsysteme, so daß der Nachbar einer stromaufwärts vorgenommenen Zufuhr von [illegible] selbst Maßnahmen ergreifen kann. Das hört sich alles sehr schön an, aber mir reicht es eigentlich noch nicht. Wir werden uns auf gemeinschaftlicher europäischer Ebene noch eingehender beraten müssen über Methoden, mit denen man derartige Verschmutzungen besser über [illegible] bekämpfen kann. Ich zeige hier nicht mit dem Finger auf bestimmte Schuldige, die gibt es in allen Ländern, auch in den Niederlanden. Und dieses Problem stimmt mich empfindlich, denn in den Niederlanden mündet der Rhein. Wir haben daher auch die größte Schmutzlast.

Unglücksfälle wird es als unentrinnbare Folge jeder Form gesellschaftlichen Verkehrs immer geben, aber wir dürfen uns nicht allzu bequem mit derartigen Unglücksfällen abfinden. Es ist alles – und das ist meiner festen Überzeugung nach mehr als sicher – darangesetzt worden, die Abfuhr von Abfallstoffen in den Rhein auf ein absolutes Mindestmaß zu beschränken. Es hat sich herausgestellt, daß es bei dem heutigen Stand der Technik immer noch so ist, daß es an den Abführmechanismen hapert, wodurch schädliche und manchmal tödliche Stoffe in das Flußwasser gelangen. Wenn die Betriebe perfekte Produkte für den Verbrauchermarkt herstellen können, müssen sie auch perfekte Sicherheitssysteme vorweisen können. Und das nicht als Schlußstück ihres Herstellungsverfahrens, sondern als Priorität. Es muß besser gehen, und meiner



Dr. Neelie Smit-Kroes

Überzeugung nach ginge es auch besser. Die Millionen Rheinanwohner verdienen das!

Wenn ich im Fernsehen sehe, daß deutsche Bürger mit Eimern zur Feuerwehr müssen, um Trinkwasser zu holen, dann denke ich: Wie ist es in unserer heutigen Zeit nur möglich, daß sich derartig archaische Situationen ergeben.

Gerade in derartigen Situationen zeigt sich, wie sehr der Mensch vom Rhein als Lebensnerv abhängig ist. Auf den Rheinuferstaaten ruht die teure Pflicht, eine strengere Regelung vorzubereiten und strenger Aufsicht zu führen über die Betriebe, die sich so gerne am Rhein entlang niederlassen, aber mit unserer Umwelt allzu rücksichtslos Raubbau treiben.

Dr. Neelie Smit-Kroes,
Ministerin für Verkehr und öffentliche Arbeiten
Liberale Partei (VVD)
Den Haag Niederlande

Die erlösende Spritze

„[illegible]": WELT vom 10. November

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Artikel kann nicht unwidersprochen bleiben.

Der Autor hat bestimmt noch nicht mit einem Hund im engen Familienkreis gelebt, der, an Darmkrebs erkrankt, nur noch Blut von sich gab. Er hat bestimmt noch nicht das stumme Flehen aus dem Hundeauge erlebt: „Hilf mir doch!"

Hier ist die erlösende Spritze des Tierarztes keine allgemeine Verlogenheit im Umgang mit Tieren, sondern eine selbstverständliche Pflicht jedes mit der Natur im Einklang lebenden Menschen, der auch dem Tier gegenüber eine ethische Verantwortung trägt.

Es ist ja nicht immer ein Loswerden des durch Gebrechen lästigen Tieres, wie der Autor es allgemein unterstellt, sondern meist das Beenden eines qualvollen Dahinsiechens.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Seifert,
Alfeld

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich kann Ihnen nur zustimmen: Wer sich ein Tier anschafft, muß wissen, daß tierärztliche Hilfe sehr teuer werden kann. Für mein Zwergkaninchen zahlte ich in sieben Jahren zirka 500 Mark. Zwei Operationen mit vielen Nachbehandlungen kosteten mich über 300 Mark. Das Tier töten zu lassen, kam mir nicht in den Sinn.

Es ist nicht leicht, sein Tier leiden zu sehen; sich dem aber durch „Einschläferung" zu entziehen, ist billig und feige. Wer ein Lebewesen in Schlaf versetzt, erwartet doch eigentlich, daß es wieder aufwacht.

Es ist erschreckend, wie der moderne Mensch auch in anderen Lebensbereichen für schlimme Tatbestände verharmlosende Bezeichnungen gefunden hat. Wir sollten die Dinge wieder beim Namen nennen: Vielleicht gäbe es dann endlich ein heilsames Erschrecken in unserer so heillosen Welt.

Mit freundlichen Grüßen
E. Hartmann,
Lübeck

Unterschied

SPD-Minister Matthiesen erklärt jetzt, die Zulieferindustrie sei schuld daran, daß Raus (wahltaktische) Versprechen in Sachen Umweltschutz in Ibbenbüren nicht mehr eingehalten werden können. Und die Industrie kontert: Es sei eben ein Unterschied, ob sich ein Techniker oder ein Politiker zu solchen Fragen äußere.

Parallelen zum Thema „Ausstieg aus der Kernenergie" drängen sich auf: Aus wahltaktischen Gründen verharmlost Rau heute die sich aus einem Ausstieg ergebenden Konsequenzen. Wenn sich seine optimistischen Prognosen später nicht bewahrheiten, ist alles ja ganz einfach: Es ist eben die Industrie, die an der ganzen Misere schuld ist. Und dann wird es auch hier zu spät sein, um auf den Unterschied von Techniker und Politiker (siehe oben) hinzuweisen!

Caspar Giardon,
Weiher

Nachgeschmack

„Wenn ein Polizist den Todesschuß abfeuert": WELT vom 4. November

So schlimm die Geiselnahme in München für alle Beteiligten auch war, für mich bleibt die Tötung des Geiselnehmers ein staatlich geschützter Mord.

Daran kann auch die vornehme und beschönigende Wortschöpfung der Polizei vom sogenannten „finalen Rettungsschuß" nichts ändern. Wie der Darstellung in den Medien zu entnehmen war, bestand zum Zeitpunkt der Erschießung keine Notwehrsituation, die eine gezielte Tötung erforderlich gemacht hätte. Es bleibt ein sehr bitterer Nachgeschmack.

Peter Weiß,
Ekenis

Wort des Tages

„Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im allgemeinen und Freigiebigkeit im besonderen."

Anthony Eden, britischer Politiker (1897–1977)

Evangelikale

Für die faire, objektive und vor allem ausführliche Berichterstattung von der EKD-Synode in Bad Salzuflen danke ich „meiner" WELT sehr herzlich. Es ist beispielgebend, wie erfreulich stark sich ein weltweit gelesenes Blatt Ihres Formats kirchlicher Themen annimmt.

Obendrein gehören Sie zu den wenigen, die erkannt haben, daß es sich bei den Evangelikalen und Pietisten innerhalb der EKD nicht um ein paar ewiggestrige, sektiererische Außenseiter handelt, sondern daß diese Gruppierung, wie es kein Geringerer als der theologische EKD-Leiter Erwin Wilkens 1979 feststellte, einen großen Teil der Gemeindeglieder repräsentiert, „vielleicht sogar die Majorität der aktiven Christen". Diese Tatsache angemessen zu würdigen ist *nicht zuletzt ein Verdienst der WELT.*

Gerade nach dem Synodenthema „Entwicklungshilfe" wäre es zu wünschen, wenn dem WELT-Leser in der spendenwerbenden Weihnachtszeit einmal die immensen sozialen Aktivitäten der sogenannten „Stillen im Lande" vorgestellt würden.

Mit freundlichem Gruß
Peter Hahne,
Mainz
Fernsehredakteur und Mitglied der EKD-Synode

Ein Irrtum?

„Falsche Version": WELT vom 11. November

Die Vermutung, der israelische Geheimdienst könnte beim Fall Hindawi seine Finger im Spiel haben, ist falsch. Es gibt Grenzen, in denen sich unser Sicherheitsdienst bewegt. Ein Versuch, Ägypten zu verwickeln, scheiterte im Jahre 1954.

Israel braucht solche Manöver nicht, zumal die Gefahr, daß sie schief gehen oder irgendwann doch bekannt werden, zu groß ist und Israel weitaus mehr schaden als nutzen können. Davon bin ich als jahrelanger und aktiver Abgeordneter überzeugt.

Daß Politiker wie Chirac derartige Vermutungen aufgreifen, beruht auf einem Mißverständnis oder einem Irrtum. Ist dem aber nicht so, dann ist er vom Interesse geleitet, das Waffengeschäft mit Syrien zu erleichtern. Denn wenn die Israelis die Bösewichte sind, ist das Geschäft einfacher. Die damit einhergehende Bagatellisierung und Relativierung des Terrors erschwert den Kampf gegen die Gefahr des Terrorismus sehr.

Das sage ich, der ich alles andere als ein „Falke" bin. Vielmehr bin ich eine ausgesprochene „Taube", die für Gespräche über territoriale Konzessionen eintritt. Das schließt auch Gespräche mit der PLO ein, wenn diese bereit sind, Israel anzuerkennen und sich auf diplomatische Mittel beschränken. Verleumdungen, wie im Fall Chirac, sind für den Friedensprozeß verheerend.

Mordechai Virshubsky,
Shinui Centre Party,
Jerusalem/Israel

Personen

BUCHPREMIERE

Vertrauliche Gespräche Konrad Adenauers mit hauptsächlich ausländischen Journalisten unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau im September 1955 bis Ende 1958 machen die „Teegespräche" aus, die im Rahmen der Rhöndorfer Ausgabe gestern im Bonner Presseclub vorgestellt wurden. Der Siedler Verlag Berlin präsentierte die Edition. Herausgegeben von **Rudolf Morsey** und **Hans-Peter Schwarz**, im Kreise vieler Zeitzeugen Adenauers. Verleger **Wolf Jobst Siedler** hatte den Hamburger „Zeit"-Verleger **Gerd Bucerius** zu einer ersten Bewertung gewinnen können. Bucerius würdigte die Ausgabe dieser Teegespräche, eine Institution, die einst Adenauers Staatssekretär Otto Lenz erfand als „eine der raffiniertesten Formen der Propaganda". Die Teegespräche nannte Bucerius „eine historische Quelle ersten Ranges".

EHRUNGEN

Henry Kissinger, früherer Außenminister der Vereinigten Staaten und Friedensnobelpreisträger, ist in Krefeld mit dem Concord-Preis ausgezeichnet worden. Die gleichnamige Gesellschaft zur Förderung der deutsch-amerikanischen Beziehungen wurde 1985 von Unternehmern der Seidenstadt am Niederrhein gegründet. Ihr wichtigstes Ziel ist die Förderung des Jugendaustausches. Den Preis überreichte Krefelds Oberbürgermeister und Concord-Präsident **Dieter Pützhofen**. Vor Kissinger hatten der ehemalige Bundespräsident **Karl Carstens** und der Geigenvirtuose **Yehudi Menuhin** die Ehrung erhalten.

*

Der Direktor des Päpstlichen Instituts für Kirchenmusik in Rom, Apostolischer Protonotar Professor Dr. **Johannes Overath**, ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, Dr. **Peter Hermes**, überreichte den Orden in seiner römischen Residenz. Johannes Overath ist seit 1964 Präsident der damals neugegründeten Internationalen Vereinigung für Kirchenmusik sowie Mitbegründer und seit 1977 Vorsitzender des „Instituts für hymnologische und musikethnologische Studien" in Maria Laach. Direktor des Päpstlichen Instituts für Kirchenmusik in Rom ist er seit 1982.

MUSEUM

Der Direktor des Museums in Wiesbaden, Dr. **Arnulf Herbst**, soll neuer Direktor des Museums für Kunsthandwerk in Frankfurt am Main werden. Er soll Nachfolger der im April 1987 in Ruhestand gehenden Frau Dr. **Annaliese Ohm** werden, die sich große Verdienste um den Neubau des Museums erworben hat und den internationalen Ruf des Instituts wesentlich begründen half. *Dr. Herbst* hat Kunstgeschichte, Archäologie und Germanistik studiert. Von 1972 bis 1983 war er als Leiter der Abteilung Kulturpflege im Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt am Main tätig, bis er 1983 zum Direktor des Museums in Wiesbaden berufen wurde.

GEBURTSTAG

Ursprünglich wollte er Musik studieren. Statt dessen wurde er Kavallerie-Offizier. Am Ende aber wurden Musik und Pferde zur Symbiose seines Lebens. **Hans-Heinrich Brinckmann**, der heute 75 Jahre alt wird, kommt weder ohne das eine noch ohne das andere aus. Rhythmus, Musikalität und Schwung sind die Komponenten des Lebens dieses Mannes. Vor allem aber hat Hans-Heinrich Brinckmann zeitlebens immer tiefen Respekt vor der Kreatur gehabt, vor seinen Vierbeinern. Das unterscheidet ihn von vielen Springreitern der Gegenwart. Die meisten Jungen von heute wissen gar nicht mehr, daß „Micky" Brinckmann in den 30er Jahren eine der großen Persönlichkeiten des Turniersports, einer der besten Springreiter der Welt war. Seine imponierende Laufbahn beendete er 1953 mit einem Sieg im Großen Preis von Wiesbaden. Hans-Heinrich Brinckmann siegte so souverän wie später seine berühmten Schüler. Denn in seine Ära als Bundestrainer fielen viele der ganz großen Siege. Auch der Triumph der deutschen Equipe bei den Olympischen Spielen 1972 in München. Es war Brinckmanns doppelter Triumph, denn auch der Parcours war sein Werk. Viele der besten Springreiter schwärmen noch heute von diesem perfekten Parcours, gebaut für gute Reiter. Persönlichkeiten seines Formats haben in der deutschen Reiterei Seltenheitswert bekommen.



Hans-Heinrich Brinckmann mit seinem Wallach „Gaucho von Graphit"

ERNENNUNG

Neuer Geschäftsführer der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) wird der 43jährige Freidemokrat **Gerold Dieke**. Dieke, der bisher das Büro für Internationale Beziehungen in der Bundesgeschäftsstelle der FDP leitet, wird am 1. Juli 1987 die Nachfolge des aus Altersgründen ausscheidenden bisherigen Amtsinhabers **Hartmut Hoeppel** (FDP) antreten. Dieke, der wegen seiner langjährigen Arbeit für die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung als Kenner der Entwicklungspolitik gilt, muß sich die Leitung der in Eschborn ansässigen Entwicklungshilfeagentur mit **Hansjörg Elshorst** (SPD) und **Hans-Peter Merz** (CDU) teilen.

EMPFANG

Für **Alfred Biehle**, den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, geben die Kreisverbände Main-Spessart und Miltenberg der CSU am Samstag einen großen Empfang in der Musikhalle von Gambach in Karlstadt am Main. Biehle wird an diesem Tage 60 Jahre alt. Dazu eingeladen haben der Bürgermeister und CSU-Kreisvorsitzende Main-Spessart, **Roland Metz**, sowie der CSU-Landtagsabgeordnete und CSU-Kreisvorsitzende von Miltenberg, **Henning Kaul**. Der CSU-Politiker Alfred Biehle gehört dem Bundestag seit 1969 an und wurde im Oktober 1982 mit Beginn der christlich-liberalen Koalition Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Werner Schubert** von der Universität Kiel hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Deutsche Rechtsgeschichte und Bürgerliches Recht an der Universität Heidelberg erhalten.

*

Professor Dr. **Dietrich von Engelhardt** von der Medizinischen Hochschule Lübeck übernimmt den Lehrstuhl für Geschichte der Medizin an der Universität Heidelberg.

*

Professor Dr. **Franz Furger** von der Universität Luzern hat den Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften innerhalb der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster übernommen.

*

Professor Dr. **Gerold Wünsch**, Hochschullehrer am Anorganisch-Chemischen Institut der Universität Münster, hat den Lehrstuhl für Analytische Chemie an der Universität Hannover übernommen.

STAND●PUNKT

Littbarskis Schicksal

Das Gespräch, das der frühere Kölner Fußball-Nationalspieler Pierre Littbarski und sein Berater Rüdiger Schmitz mit Jean-Luc Lagardère, dem Präsidenten von Racing Paris, führten, dauerte nur kurz. Das Ergebnis aber ist eindeutig und beendet alle Spekulationen über einen erneuten Vereinswechsel des 26 Jahre alten Stürmers.

„Wir haben einen Dreijahresvertrag mit Pierre Littbarski abgeschlossen", erklärte Lagardere, „und wir bestehen auf Erfüllung." Das bedeutet im Klartext: Der Nationalspieler kann die Offerten, die ihm zunächst Bundesliga-Neuling Blau-Weiß 90 Berlin und, kurz vor dem entscheidenden Gespräch, auch noch Rapid Wien gemacht hatten, vergessen.

Littbarski muß bei seinem derzeitigen Arbeitgeber weiterhin damit leben, daß er seinen Platz mal in der Mannschaft oder – wie am Mittwochabend wieder beim 2:0-Sieg von Racing gegen Toulon – nur auf der Tribüne hat. Lagardere will Littbarski nämlich nicht nur nicht wieder verkaufen, er will ihn auch nicht ausleihen. Das gleiche gilt auch für die beiden Uruguayer Enzo Francescoli und Ruben Paz. Da aber in jeder Meisterschaftsbegegnung nur zwei Ausländer eingesetzt werden dürfen, muß der dritte jeweils zuschauen.

Es ist darüber zu streiten, ob eine solche Verfahrensweise allgemein leistungsfördernd ist. Im Falle des Racing Clubs Paris ist sie es ganz offensichtlich nicht. Denn daß das vor Saisonbeginn von allen Experten so hoch eingeschätzte Team fast völlig eingebrochen ist und durch den Erfolg über Toulon gerade mal den Anschluß ans Mittelfeld hergestellt hat, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die drei Legionäre verunsichert wirkten und weit hinter ihren Möglickeiten blieben.

Die Situation wird sich, zumindest bis zum Ende dieser Saison, nun nicht mehr ändern. Für Littbarski kann das nur heißen: Er muß sich durchbeißen und durch seine Leistungen unentbehrlich machen. Für einen, der den Anspruch auf ein Comeback in der Nationalmannschaft erhebt, kann das eigentlich nicht zu viel verlangt sein.

BERND WEBER

TENNIS / Einige europäische Spielerinnen wollen sich gegen Navratilova und Evert-Lloyd wehren

Steffi Graf denkt inzwischen sogar darüber nach, das Masters-Finale in New York zu boykottieren

H.-J. POHMANN, **Bonn**

Eins muß der Womens International Tennis Association (WITA) in der Vergangenheit zugestanden werden. Geschickt wurden in den Führungsetagen die Interessen der Profi-Spielerinnen in der Öffentlichkeit vertreten.

Mit einer klugen Strategie im Rükken wurde den Turnierveranstaltern die heile Welt im Damen-Tennis vorgegaukelt, und um dies zu unterstützen, posierten die Stars hin und wieder heuchlerisch nebeneinander vereint als Glamour-Girls verkleidet im offiziellen Kalender der WITA.

Doch im Hintergrund brodelt es schon seit Jahren, denn zu häufig fühlten sich vor allem die Europäerinnen von dem amerikanischen Management der WITA verschaukelt und verkauft. Immer wieder richteten sich alle Augen auf Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd, die im Hintergrund über Turniereinsätze, Einstufungen in Spielerkategorien und nicht zuletzt auf den Turnieren über Ansetzungen und Berufungen von Oberschiedsrichtern entschieden.

Spielerinnen wie Claudia Kohde-Kilsch, Helena Sukova und andere waren darüber schon lange verstimmt. Jetzt, drei Tage vor Beginn des Masters im New Yorker Madison Square Garden, droht die Palast-Revolution und in letzter Konsequenz sogar der Boykott, auch von Steffi Graf. Wieder waren es die beiden Ausnahme-Erscheinungen Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd, die diesmal gezielt gegen die Interessen vor allem von Steffi Graf zu Felde zogen, die sich mit ihrem Vater ernsthafte Gedanken über eine Nicht-Teilnahme in New York gemacht hat.

Sie sind die beiden einzigen, die eine Neuregelung der Punktewertung beim Masters fordern. Gab es in der Vergangenheit beim Start für die 16 Teilnehmerinnen sozusagen als Bonus von vornherein eine Punktgutschrift (die dem Durchschnitt aller erzielten Punkte der Saison entsprach) für die Computer-Weltrangliste, so soll diese jetzt entfallen. Ein Blick auf die aktuelle Bestenliste zeigt aber deutlich, daß die Ängste der beiden Top-Spielerinnen gar nicht so unbegründet sind. Denn als erste hat Martina Navratilova mit einem Punktedurchschnitt von 276 genügend Reserven, um ihre Position zu verteidigen. Chris Evert-Lloyd dagegen als Zweite spürt Steffi Graf, die in dieser Saison acht Turniere gewann, im Nacken. Denn lediglich 40 Zähler trennen Steffi Graf noch vom zweiten Platz auf der Weltrangliste. Und pikant dazu wird das Vorgehen von Chris Evert-Lloyd durch die Tatsache, daß die 32jährige Präsidentin der WITA wegen einer Knieverletzung erst gar nicht am Start ist.

Kompliziert ist das Geschiebe um die gefragten Punkte allemal. Jetzt allerdings scheint der Anlaß und der Zeitpunkt für die so lange unterdrückten Spielerinnen ideal zu sein, den Aufstand zu wagen. Zumal sie mit Steffi Graf eine Mitstreiterin haben, die schon heute zu den ganz Großen in der Szene gehört, nach der sich die Veranstalter weltweit reißen.

So kann sich die WITA am Montagmorgen im Madison Square Garden vor der Auslosung auf eine deftige Konfrontation gefaßt machen, wobei die Managementgruppe Advantage die Interessen von Steffi Graf, Helena Sukova, Hana Mandlikova, Manuela Maleewa und Kathy Rinaldi vertreten wird.

Derweil von den Querelen unbelastet, bereitet sich die 17jährige Steffi Graf in Chicago auf den Saisonabschluß in New York vor. Fast generalstabsmäßig hat dabei ihr cleverer Vater ein Programm entworfen, das zwangsläufig zum Erfolg führen muß. Schon in der vergangenen Woche trainierte die Weltranglisten-Dritte mit ihrem neuen Trainer Pavel Slozil in Gut Buschhof bei Königswinter, einem für diese Anlässe prädestinierten Tennis-Center. Wobei wichtig ist, daß in der Halle in Königswinter der gleiche Bodenbelag ausliegt wie im Garden.

Im Trainingslager mußte der ehemalige Doppel-Weltmeister auf Anordnung von Steffis Vater konsequent Serve und Volley spielen und dabei vornehmlich die noch einen Tick schwächere Rückhand der Neu-Berlinerin anspielen. Im anschließenden Spiel hatte es dann Slozil regelmäßig schwer, überhaupt gegen Steffi Graf zu bestehen, und bekannte dann freimütig: „Ich hätte nicht geglaubt, daß Steffi über eine solche Spielstärke verfügt."

Jetzt in Chicago müssen sich die beiden schon frühmorgens um 6 Uhr in der Halle zum Training treffen, um mindestens zwei Stunden spielen zu können. Und da Steffi Graf bei dem Turnier in Chicago lediglich für das Doppel gemeldet hat, fand sie erstmals in dieser Saison Zeit, um auf eine Shopping-Tour zu gehen. Erste Errungenschaft war dann auch gleich bei minus zehn Grad und Schneetreiben ein winterfester Stoffmantel für 190 Dollar, den sie sich von ihren 550 000 Dollar Preisgeld in dieser Saison erst nach langem Zögern neben einem Paar Winterschuhe leistete.

Dem Reifenhersteller Goodyear wird die Formel 1 zu teuer

sid/dpa, **Akron**

Die Formel 1 fährt im Moment auf Felgen – so ist die Situation in der höchsten Motorsportklasse nach dem Rückzug des amerikanischen Reifenherstellers Goodyear. Rennleiter Leo Mehl hat im Hauptquartier im amerikanischen Akron bekanntgegeben, daß sein Werk seine Formel-1-Aktivität einstellen werde. Firmensprecher William Newkirk begründete den in dieser Form unerwarteten Schritt mit einem Sparprogramm, mit dem das Werk auf ein Übernahmeangebot des amerikanischen Industriellen James Goldsmith reagieren müsse.

Der Rückzug trifft die Formel 1 um so härter, weil Pirelli, die einzige andere Reifen-Firma, die sich in der Formel 1 engagierte, ebenfalls zu Saisonschluß 1986 den Ausstieg beschloß. Goodyear hätte damit in der Formel 1 wieder eine Monopolstellung gehabt, wie schon in den Jahren 1975 bis 1977. Deshalb rechneten Insider damit, daß Goodyear einen Einheitsreifen zur Verfügung stellen und auf Spezialreifen beispielsweise für Qualifikationsrennen und verschiedene Mischungen verzichten würde.

Der amerikanische Reifenhersteller war 1965 in die Formel 1 eingestiegen. Bis 1986 wurden 185 Formel-1-WM-Läufe und 14 Weltmeistertitel mit Goodyear gewonnen. Auch 1986 war Goodyear mit Siegen in 15 von 16 Rennen und der Ausrüstung von Weltmeister Alain Prost erfolgreichste Marke. Ende 1980 hatte sich Goodyear schon einmal aus der Formel 1 zurückgezogen, war dann aber völlig überraschend sieben Monate später wieder in der Grand-Prix-Szene aufgetaucht. Damals begründete Leo Mehl die Wende so: Der Verkauf von normalen Reifen sei nach dem Rückzug spürbar gesunken.

Eine Hintertür hat sich Mehl auch dieses Mal offengelassen: Er bot den Formel-1-Teams für 1987 einen Einheitsreifen an, der von den Teams gekauft werden könne – bisher stellte Goodyear die Reifen kostenlos zur Verfügung. Der Aufwand war technisch und finanziell sehr hoch, weil Reifen genau auf die Bedürfnisse der einzelnen Wagen abgestimmt waren. Ein für McLaren optimaler Reifen paßte für Lotus noch lange nicht. So sei Zeit genug, sagte Mehl, neue Reifenausstatter zu finden. Weiterentwicklung werde aber nicht getrieben.

Voraussetzung für dieses Angebot scheint aber eine Erklärung der Konstrukteursvereinigung FOCA und des Weltverbandes FISA zu sein, daß kein anderer Reifenproduzent 1987 in der Formel 1 vertreten ist. Denn mit einem Standardreifen könnte Goodyear nicht gewinnen, wenn Konkurrenz da ist.

„Der Rückzug ist endgültig", sagte dagegen Firmensprecher Newkirk. Auch Fahrer würden künftig nicht mehr unterstützt. Dafür habe man einen lukrativen Vertrag mit der nordamerikanischen Cartserie abgeschlossen.

NACHRICHTEN

Fußball: Heute Bundeliga

Bonn (DW.) – In zwei vorgezogenen Partien des 14. Spieltages der Fußball-Bundesliga spielen heute abend: Bayer Leverkusen – Waldhof Mannheim (19.30 Uhr), Werder Bremen – Schalke 04 (20 Uhr).

Wilander sagt ab

Umeaa (sid) – Schwedens Tennisprofi Mats Wilander nimmt nicht am Daviscup-Finale gegen Australien Ende Dezember in Melbourne teil. Wilander heiratet am 3. Januar.

Konietzka entlassen

Zürich (sid) – Der Schweizer Fußball-Erstligaklub Grashoppers Zürich hat sich von Trainer Timo Konietzka getrennt. Nachfolger wird Kurt Jara.

Saftig verlängert bis 1989

Dortmund (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund hat den Vertrag mit seinem Trainer Reinhard Saftig bis Juni 1989 verlängert. Der 34jährige ist erst seit Saisonbeginn Cheftrainer.

Gundelach bleibt bis 1990

Frankfurt (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt hat den Vertrag mit seinem Torhüter Hans-Jürgen Gundelach (22) bis Juni 1990 verlängert.

Rückkehr abgelehnt

München (dpa) – Ein Anwalt aus der „DDR" hat versucht, die drei Handballspieler Fred Radig, Mario Wille und Henri Blatter, die sich am Sonntag in München von ihrem Klub SC Empor Rostock abgesetzt hatten, zur Rückkehr zu überreden. An dem Gespräch nahmen auch die drei Mütter teil. Die Spieler blieben bei ihrem Entschluß.

Supercup in Monaco

Paris (sid) – Das Finale um den Fußball-Supercup zwischen den Europapokal-Siegern der Landesmeister und Pokalsieger findet alljährlich in Monaco statt. Am 24. Februar spielt Steaua Bukarest gegen Kiew.

Ria Falk gestorben

Düsseldorf (sid) – Die ehemalige Eiskunstläuferin Ria Falk ist wenige Tage vor ihrem 64. Geburtstag in Düsseldorf gestorben. Mit ihrem Mann Paul Falk gewann sie 1951 und 1952 die Paarlauf-WM und wurde im selben Jahr in Oslo Olympiasiegerin.

ZAHLEN

FUSSBALL

DFB-Pokal, Wiederholungsspiele, 2. Runde: Wattenscheid – Duisburg 2:1 (0:0), Hannover – Remscheid 2:1 (1:0). – **EM-Qualifikation**, Gruppe 1: Spanien – Rumänien 1:0; Gruppe 4: Türkei – Nordirland 0:0, England – Jugoslawien 2:0; Gruppe 5: Griechenland – Ungarn 2:1; Gruppe 6: CSSR – Dänemark 0:0; Gruppe 7: Schottland – Luxemburg 3:0. – **„DDR"-Oberliga**: Brandenburg – Riesa 3:0, Union Berlin – Dresden 0:0,

Aue – Erfurt 4:1, Lok Leipzig – Frankfurt 1:0, Bischofswerda – Cottbus 2:0, Magdeburg – Dynamo Berlin 1:3, Jena – Karl-Marx-Stadt 1:1.

TENNIS

Internationales Turnier in Helsinki, 2. Runde: Tauson (Dänemark) – Moraing (Bundesrepublik Deutschland) 7:6, 7:6, Popp (Bundesrepublik Deutschland) – Bergstroem (Schweden) 6:4, 7:5, Kühnen (Bundesrepublik Deutschland) – Cowan (Kanada) 7:6, 6:3. – **Damen-Turnier** in Chicago, 2. Runde: Navratilova (USA) – Bunge (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 6:0. – **Damenturnier** in San Juan (Puerto Rico), 1. Runde: Pfaff (Bundesrepublik Deutschland) – Golder (USA) 7:5, 7:5, Meier (Bundesrepublik Deutschland) – Monteiro (Brasilien) 6:4, 7:6.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: Ziehung A: 2, 21, 25, 26, 35, 47, Zusatzzahl: 22. – Ziehung B: 20, 31, 33, 37, 44, 45, Zusatzzahl: 35. – **Spiel 77:** 6 2 4 8 3 4 4. (Ohne Gewähr).

450 weitere Stellen zur wirksameren Terrorbekämpfung

gba. Bonn

Mit 450 zusätzlichen Stellen für Bundeskriminalamt (BKA), Grenzschutz (BGS) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im Haushaltsplan 1987 soll das Konzept des Bundesinnenministers zur Bekämpfung des Terrorismus rasch in die Tat umgesetzt werden. Kabinett und Haushaltsausschuß billigten, so Innenminister Friedrich Zimmermann, bei der „Haushaltsbereinigung" diese Stellenanhebungen im Etat seines Hauses, der damit überdurchschnittlich um 10,9 Prozent auf 3,8 Milliarden Mark steigt. Die durchschnittliche Etat-Anhebung der anderen Ressorts liegt bei 2,9 Prozent. Auch wurden in allen anderen Bundesbehörden Stellenvermehrungen strikt abgelehnt.

Der Beschluß des Haushaltsausschusses, in dem auch die oppositionelle SPD, wie der Minister mitteilte, „problemlos" die Forderungen der Sicherheitsexperten zu erfüllen bereit war, sieht vor, daß das BKA im kommenden Jahr 210 zusätzliche Kräfte erhalten. Sie sollen zur Terroristenfahndung und zum Personenschutz eingesetzt werden. Beim BGS wurden neben den zum Einsatz bei Großdemonstrationen schon vorweg gebilligten 1050 neuen Stellen weitere 150 Planstellen geschaffen, die ausschließlich dem Schutz von Personen und Objekten im Bonner Raum zugeordnet werden. Das BfV bekommt 90 weitere Mitarbeiter. Für den Schutz besonders gefährdeter „Zielpersonen" werden im Haushalt 1987 des Bundesinnenministeriums 50 gepanzerte Autos angeschafft.

Zimmermann erklärte dazu, die zusätzlichen Stellen beim BKA könnten von ausgebildeten, aber nicht adäquat verwendeten Beamten schon in den nächsten Monaten besetzt werden.

SPD fordert neue Entwicklungspolitik

p. p. Bonn

Die SPD fordert eine grundsätzliche Neuorientierung der Entwicklungshilfe. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des entsprechenden Bonner Ministeriums gingen gestern Parteichef Willy Brandt sowie die ehemaligen Entwicklungshilfe-Minister der SPD, Wischnewski (1966 – 68), Eppler (68 – 74) und Bahr (74 – 76) an die Öffentlichkeit. Die Entwicklungshilfe-Politik müsse „aus ihrer Verlegenheitsrolle ins Zentrum der Politik verlagert" werden, sagte Brandt.

Bahr formulierte die sozialdemokratische Vorstellung so: „Es ist ein großer Ansatz erforderlich, um zu einem internationalen Solidaritätsfonds zu kommen, der in Form von Zuschüssen, nicht Krediten" den armen Ländern voranhilft. Es liege auch „im wohlverstandenen Selbstinteresse der Industrieländer, daß in der Dritten Welt keine Situation entsteht, die zur Explosion führen muß". Entwicklungshilfe sei „Aufgabe von allen Industrieländern, unabhängig davon, in welchem Bündnis sie organisiert" seien. Angefangen bei den USA und der Sowjetunion müßten sie ihre Rüstungsausgaben um einen „bestimmten Prozentsatz senken und ihn überprüfbar in den Fonds einzahlen".

Heftige Debatte über „Newsweek"-Interview / Zustimmung zur Europäischen Akte

„Die SPD unterstützt sowjetische Interessen"

BERNT CONRAD, Bonn

Zu einer harten Konfrontation zwischen CDU/CSU und SPD kam es gestern in einer zweiten Debatte des Bundestages über das umstrittene Kanzler-Zitat in „Newsweek". Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) warf den Sozialdemokraten vor: „Sie nehmen die sowjetischen Interessen besser wahr als die Sowjetunion selbst." Dagegen beschuldigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel den Regierungschef, am 6.11. im Bundestag die Unwahrheit gesagt und damit das Parlament mißachtet zu haben.

Ursprünglich hatten die Sozialdemokraten beabsichtigt, den Bundestag über einen Mißbilligungsantrag gegen Helmut Kohl abstimmen zu lassen, weil der Kanzler in der letzten Woche im Plenum – wie inzwischen feststehe – fälschlicherweise behauptet habe, in „Newsweek" seien seine Äußerungen über den sowjetischen Parteichef Gorbatschow und Goebbels nicht korrekt wiedergegeben worden. Die Koalitionsparteien lehnten jedoch die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung ab. Daraufhin setzte die SPD eine Aktuelle Stunde durch.

„Müssen die Bürger draußen nicht den Eindruck gewinnen, hier werde absurdes Theater gespielt, wenn über ein völlig ausgelaugtes Thema, zu dem niemandem etwas Neues einfällt, immer weiter geredet wird?" fragte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger. Sein Fraktionskollege Hans Klein (CSU) sprach von einer „schäbigen, kleinkarierten Aktion" der SPD.

Am schärfsten ging Schäuble mit der Opposition ins Gericht. Der Kanzler habe klargestellt, daß er Gorbatschow nicht mit Goebbels habe vergleichen wollen, und habe versichert, daß er es bedaure, wenn sich Gorbatschow beleidigt fühlen sollte, betonte er. Wenn die SPD trotzdem weiter darüber rede, dann gebe sie damit nur der Sowjetunion immer neue Stichworte. „Sie sollten nicht den Interessen der Sowjetunion dienen, um ihr innenpolitisches Süppchen zu kochen."

Demgegenüber behauptete SPD-Fraktionschef Vogel, Kohl habe seine Reputation und die seines Amtes schwer beschädigt. „Hier liegt die Selbstverstümmelung eines Bundeskanzlers vor." Vogel fügte hinzu: „Welche Interessen wir vertreten? Die Interessen der Deutschen, die nicht wollen, daß ein Bundeskanzler so unverantwortlich daherredet und das Parlament belügt."

Der SPD-Abgeordnete Günter Verheugen beschuldigte Regierungssprecher Friedhelm Ost, die Öffentlichkeit in der „Newsweek"-Affäre irregeführt und das Bundespresseamt in eine „Zentralstelle für Propaganda" verwandelt zu haben. Für die FDP lehnte es Fraktionschef Wolfgang Mischnick ab, sich an der von der SPD „inszenierten Show" zu beteiligen, die nach den Erklärungen des Kanzlers überflüssig sei.

Länder loben Bonn für die Zusammenarbeit

Co. Bonn

CDU/CSU, FDP und SPD stimmten gestern im Bundestag in erster Lesung dem Ratifikationsgesetz zur „Einheitlichen Europäischen Akte" zu, das dem Plenum erst in dieser Woche nach langen Diskussionen mit den Bundesländern zugeleitet worden war. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher appellierte an die Abgeordneten, „durch eine zügige parlamentarische Behandlung sicherzustellen, daß die Europäische Akte noch in dieser Legislaturperiode ratifiziert werden kann".

Mit der vorliegenden Vereinbarung erreiche die Europäische Gemeinschaft eine neue Etappe auf dem Weg zur Europäischen Union, sagte Genscher. Bonn habe sich zwar in manchen Punkten ein besseres Ergebnis gewünscht, aber die integrations- und außenpolitische Bedeutung der Akte könne nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die von der Bundesregierung nach zähen Verhandlungen vorgeschlagene Regelung für die europäische Mitwirkung der Bundesländer bietet nach Ansicht Genschers „eine Grundlage, auf der Bund und Länder konstruktiv und verantwortungsbewußt im Gesamtinteresse der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten können".

Als Vertreter Bayerns, das sich besonders nachdrücklich für eine stärkere Beteiligung des Bundesrates an der Weiterentwicklung der EG eingesetzt hatte, begrüßte Staatsminister Peter Schmidhuber die Kooperationsbereitschaft Bonns. „Heute kann festgestellt werden, daß es in diesen zentralen Fragen eine gemeinsame Haltung der Bundesregierung und des Bundesrates und damit der Länder gibt."

Die Forderungen des Bundesrates bedeuteten keineswegs eine Abkehr vom Ziel eines in Frieden geeinigten Europas, sagte Schmidhuber weiter. Vielmehr wollten die deutschen Länder „unter Wahrung ihrer Eigenstaatlichkeit" mit ungebrochener politischer Kraft an der Vollendung der europäischen Einheit mitwirken. „Das ist nicht Kleinstaaterei und engstirniger Provinzialismus, sondern ein realistisches Konzept für die europäische Integration. Es entspricht der föderalistischen Auffassung des Grundgesetzes."

Der SPD-Abgeordnete Alwin Brück bezeichnete es als „skandalös", daß die Bundesregierung dem Bundestag erst jetzt die Europäische Akte zugeleitet habe. Dadurch gerate das Parlament unter einen fast unerträglichen Zeitdruck. Sachlich seien die Vorschläge des Vertragswerkes „unbefriedigend und weit vom Ziel der Europäischen Union entfernt". Dennoch werde die SPD dem Ratifikationsgesetz zustimmen.

Der CDU-Abgeordnete Gero Pfennig rief dazu auf, die europäische Einigung weiter voranzutreiben. Torsten Wolfgramm (FDP) forderte die Erhaltung der außenpolitischen Kompetenz der Bundesregierung.

Die CSU-Version hat einige Absätze mehr . . .

gba. in Bonn/München

Die beiden Unionsparteien CDU und CSU legten gestern in Bonn und in München zeitgleich ihr gemeinsames Programm für die Bundestagswahl vor, wobei die bayerische Version um einige Absätze umfangreicher ist. Während CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die CSU-Anmerkungen als unerhebliche, nicht ins Gewicht fallende Ergänzungen darstellte, empfindet sie sein Münchner Kollege Gerold Tandler als wichtig für „einen glasklaren Wahlkampf mit dem Ziel, jede für die CSU mögliche Stimme zu erreichen".

Als Schwerpunkte des gemeinsamen Wahlprogramms nannte Geißler die Sicherung von Frieden und Freiheit durch die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis. Ohne diesen Beitrag „würde auch der westliche Teil Europas in die Einflußzone der Sowjetunion geraten". Als „neues Element" in der deutschen Außenpolitik der vergangenen vier Jahre nannte Geißler die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit bei Fortsetzung der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik nannte der CDU-Generalsekretär die geplante Steuerentlastung und die Einführung eines vereinfachten und damit gerechteren Steuertarifs als Schwerpunkt. Ziele der Wirtschafts- und Finanzpolitik blieben „stabiler Geldwert, niedrige Zinsen und steigende öffentliche wie private Investitionen", die allein geeignet seien, zukunftssichere Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

Wichtig sei, sagte Geißler, daß sich die Schwesterparteien „in allen wesentlichen Punkten" einig seien. Auch Gerold Tandler spricht von einem „weitestgehenden" gemeinsamen Programm, dennoch sind einige Differenzen augenfällig. Während die CDU den Koalitionspartner FDP bei Hinweisen auf die Erblast ausspart und nur von Sozialisten schreibt, erwähnt die CSU sowohl SPD wie auch FDP als Verursacher außenpolitischer und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen. „Wir haben uns an die historische Wahrheit gehalten", meinte Tandler gestern. „Die FDP soll ja damals dabei gewesen sein, wenn ich mich recht erinnere."

Kompetenz-Übertragung

Keine Einigung fanden die beiden Parteimanager bei der CSU-Forderung nach einer Grundgesetzänderung, die Kompetenzübertragungen der Länder durch den Bund an die Europäische Gemeinschaft von der Zustimmung des Bundesrats abhängig macht. Dies verstehe er nicht ganz, meinte Tandler, da bereits mehrere Gremien auch mit CDU-Stimmen eine solche Grundgesetzverankerung verlangt hatten. Nun steht der entsprechende Satz nur im CSU-Papier.

Auch bei der ausführlichen Passage zur Südafrika-Politik, in der auf die Probleme beim Abbau der politischen Apartheid hingewiesen wird, wollte die CDU ebensowenig nicht mitziehen wie bei dem Absatz, in dem neue Gesetze zum Schutz religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen gefordert werden. Beim Asyl dringt die CSU auf Grundgesetzänderung, das CDU-Programm erwähnt lediglich eine Gesetzesregelung. Zur Mittelstandspolitik erwähnt das Münchner Papier eine steuerstundende Investitionsrücklage und für die Dorf- und Stadterneuerung, von der CSU als wichtiger Motor für die Bauwirtschaft betrachtet, sollen wie in den Jahren '86 und '87 auch ab 1988 Bundesmittel von einer Milliarde Mark zur Verfügung stehen.

Die über Monate währenden Verhandlungen zwischen den beiden Schwesterparteien – allein in den vergangenen Tagen gab es drei bis zu siebenstündige Sitzungen – haben jedoch nicht nur zu eigenen CSU-Passagen geführt, sie brachten auch im Vergleich zum ersten Entwurf, den die CDU-Führung bereits im Sommer gebilligt hatte, stilistische Änderungen. Tandler gestern: „So wurde die Präambel auf unser Drängen hin klarer gefaßt." Auch im außenpolitischen Teil wurde entgegen der ersten Fassung nicht mehr auf die Kontinuität verwiesen. Die Passage lautet jetzt: „Dieser klare Standort, der seit Konrad Adenauer die außenpolitische Grundposition von CDU und CSU markiert, verbietet der deutschen Politik eine Rolle, die sich als Makler und Vermittler zwischen den beiden Großmächten versuchen wollte." Auch das laut Tandler „unklare Wort" von der Bindungswirkung der Ostverträge, wie sie der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Volker Rühe, sieht, ist durch einen Hinweis auf einen Friedensvertrag ersetzt.

„Aussagen realisieren"

Der Passus zur Inneren Sicherheit wurde „vollkommen neu überarbeitet", der zur Steuerpolitik „klarer gefaßt". Als bemerkenswert und für die CDU „nicht leicht hinnehmbar" bezeichnete Tandler die Passage zur Agrarpolitik, die sich gegen Futtermittelimporte aus Drittländer wendet.

Insgesamt seien die Verhandlungen mit großem Ernst geführt worden, sagte der CSU-Generalsekretär, nun sei es Ziel, nach der Wahl, bei der CDU und CSU mehr Stimmen erhalten müßten als SPD und Grüne zusammen, „in den nächsten vier Jahren möglichst 100 Prozent der hier festgelegten Aussagen zu realisieren". Und da, wo es nicht gelinge, werde man „ganz klar den Nachweis führen", woran das eine oder andere gescheitert ist.

Das Weiße Haus bestätigt Waffenlieferungen an Iran

Teherans UN-Botschafter bestreitet jedoch Tauschgeschäft

FRITZ WIRTH, Washington

Das Weiße Haus hat nach einer Woche der Spekulationen und Gerüchte zum ersten Mal die Lieferung von amerikanischen Waffen an Iran bestätigt. Nach offenbar schweren Spannungen innerhalb der Administration beschloß Präsident Reagan, das bisherige Schweigen in dieser Affäre zu beenden und führende Kongreßmitglieder in einem zweistündigen Gespäch in die Vorgänge einzuweihen.

Soweit bisher bekannt wurde, verteidigte der Präsident die Waffenlieferungen als Teil eines Versuchs, bessere Kontakte zu jenen politischen Kräften in Iran herzustellen, die vermutlich die Nach-Khomeini-Ära bestimmen werden. Die Freilassung von amerikanischen Geiseln im Libanon sei gewissermassen ein Nebenprodukt dieser Initiative gewesen. Es sei deshalb falsch, die Waffenlieferungen als eine Art Lösegeld an die Geiselnehmer zu bezeichnen.

Im übrigen aber gebe es gute Chancen, daß innerhalb der nächsten Tage zwei weitere amerikanische Geiseln aus ihrem Gewahrsam in Libanon freigelassen werden. Das sei der Grund, warum sich das Weiße Haus weiterhin in Schweigen hülle.

Erster Kompromiß

Dennoch muß es über die Informationspolitik innerhalb des Weißen Hauses in den letzten Tagen heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Stabschef Donald Regan und dem Sicherheitsberater Poindexter gegeben haben. Regan dringt offenbar auf eine weitgehende Enthüllung der Vorgänge, während Poindexter auf einer Nachrichtensperre beharrt.

Die Unterrichtung der vier Kongreßabgeordneten Dole und Cheney von den Republikanern und Byrd und Wright von den Demokraten war offenbar ein erster Kompromiß in diesem Konflikt. Man rechnet damit, daß Präsident Reagan persönlich in absehbarer Zeit die Nation in einer Fernsehrede über diese Vorgänge informieren wird.

Diese erste Lockerung der bisher so strikten Informationspolitik hat die Kritik an der Iran-Initiative des Weißen Hauses dennoch nicht verstummen lassen. Der designierte Senatsführer Robert Byrd, der bisher diese Initiative scharf kritisiert hatte, erklärte nach dem Gespräch mit dem Präsidenten, daß diese neuen Informationen seine bisherige Einstellung zu dieser Affäre nicht geändert hätten.

Kritik von Goldwater

Zu den scharfen Kritikern der Waffenlieferungen an Iran gehört auch der bisherige republikanische Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Senats, Barry Goldwater, der sie einen „gefährlichen Präzedenzfall" nannte und von einem „größeren Fehler in der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik" sprach.

Unerwartete Unterstützung für seine Interpretation der Affäre erhielt das Weiße Haus gestern durch den iranischen UN-Botschafter Khorassani, der in einer Pressekonferenz in New York erklärte, daß es keinen Geiselhandel mit seiner Regierung für amerikanische Waffenlieferungen gegeben habe. Er bestätigte jedoch, daß Iran aus bisher nicht genannten Quellen amerikanische Waffen erhalten habe. Die Freilassung von drei amerikanischen Geiseln in den letzten 14 Monaten sei rein zufällig gewesen. Er bestätigte außerdem, daß der frühere Nationale Sicherheitsberater McFarlane in Iran war, um Kontakte mit Teheran zu knüpfen. McFarlane und seine Begleiter seien aber wie unwillkommene Gäste behandelt worden.

Unabhängig von diesen Vorgängen ließ das State Department wissen, daß bereits in naher Zukunft mit schärferen Sanktionsmaßnahmen gegen Syrien wegen dessen Rolle bei Terroranschlägen zu rechnen sei.

USA: Erfolge bei Verhandlungen

dpa, Genf

Die sechste Verhandlungsrunde der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollgespräche war nach Ansicht Washingtons die „bisher produktivste". Das sagte am Mittwoch abend US-Delegationsleiter Max Kampelman in Genf.

Als Erfolg nannte er die Einigung über einen Abbau der Langstreckenraketen und Bomber um 50 Prozent innerhalb von fünf Jahren. Außerdem sei man übereingekommen, die Mittelstreckenraketen in Europa auf je 100 zu reduzieren.

Die UdSSR habe zugestimmt, daß die britischen und französischen Kernwaffensysteme nicht mehr Verhandlungsgegenstand sind. Beide Seiten seien sich darüber einig, daß ein Abkommen auch Begrenzungen von Kurzstreckenraketen enthalten solle. Darüber werde noch verhandelt.

Bei der Erörterung des US-Weltraum-Verteidigungsprojekts SDI wurde, so ließ Kampelman durchblicken, keine Annäherung erzielt.

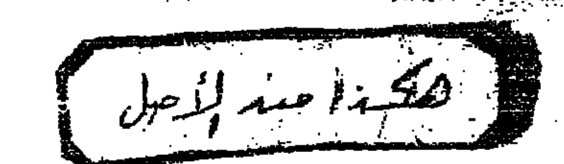
Brandts Themen für einen Dialog

dpa, Bonn

Für den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt ist bei den Renten, Steuern und der geplanten Bundeswehrreform eine Kommunikationsbereitschaft zwischen seiner Partei und der Union notwendig.

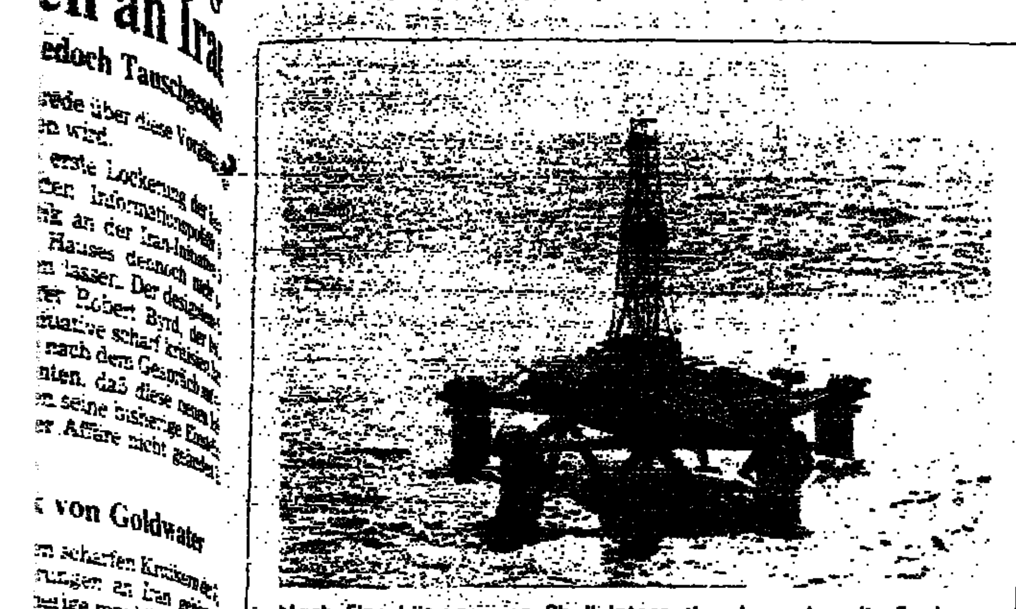
Für den Fall, daß die Sozialdemokratische Partei bei den kommenden Bundestagswahlen zwar stärkste Fraktion werde, die absolute Mehrheit jedoch verfehle, wollte Brandt nicht ausschließen, daß sich dann „auch die Union überlegen müsse, ob es nicht eine bessere Regierung wäre, wenn man sich auf einigen Hauptgebieten der Politik über deren Inhalte verständigen" könne.

Erneut erteilte der Parteivorsitzende einer Koalition mit den Grünen eine Absage. Die Programme beider Parteien paßten nicht zusammen, sagte Brandt. Unter anderem verwies er auf die unterschiedlichen Auffassungen in der Außen- und Wirtschaftspolitik sowie zum Ausstieg aus der Kernenergie.



Freitag, 14. November 1986
Nr. 266

WELT DER WIRTSCHAFT



Nach Einschätzung von Shell International werden die Explorations- und Entwicklungsbudgets in der Nordsee 1986 zwischen 30 und 50 Prozent gekürzt. Die Zahl der Explorationsbohrungen wird wahrscheinlich um rund 25 Prozent niedriger ausfallen als im Vorjahr. (S. 12) FOTO: DIE WELT

MÄRKTE & POLITIK

Rohölpreis: Das Preiskomitee der Opec will auf seiner heute in Quito, Ecuador, beginnenden Tagung *Maßnahmen beraten, um den derzeit bei zwischen 13 und 15 Dollar pro Barrel (159 Liter) liegenden Rohölpreis im kommenden Jahr auf 18 Dollar zu erhöhen.*

Beitragserhöhung: Nach Meinung der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Anke Fuchs, ist im Laufe des Jahres 1987 mit Beitragserhöhungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung auf 12,5 Prozent zu rechnen. (S. 12)

Mängel: Die angekündigte Reform der Lebensversicherung ist nach Ansicht des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute nicht als durchweg positiv zu werten. (S. 12)

Bergbau: *Die Bundesregierung* will die Hilfen auf 2,3 Mrd. DM anheben.

Airbus-Hilfe: *Bundeswirtschafts*minister Bangemann hat angekündigt, daß ein Teil der Zuschüsse aus der Bundeskasse ersetzt werden soll. Damit sollen mehr Private für eine Beteiligung an dem Projekt interessiert werden.

Etat: Entgegen den bisherigen Erwartungen wird nach Angaben des Bundesfinanzministeriums die Netto-Kreditaufnahme im Haushaltsentwurf 1987 mit „unter 23 Mrd. DM" niedriger als für 1986 angesetzt.

FÜR DEN ANLEGER

Bundesanleihe: Zu Pari, mit einer *Nominalverzinsung von 6,5 Prozent*, begibt der Bund seine neue zehnjährige Anleihe über vier Mrd. DM, die vom 17. bis 20.11. zur Zeichnung gestellt wird.

Mindestnennbetrag: Die beim Bundesfinanzministerium gebildete Börsensachverständigenkommission will eine Herabsetzung des Mindestnennbetrags der Aktie auf fünf DM.

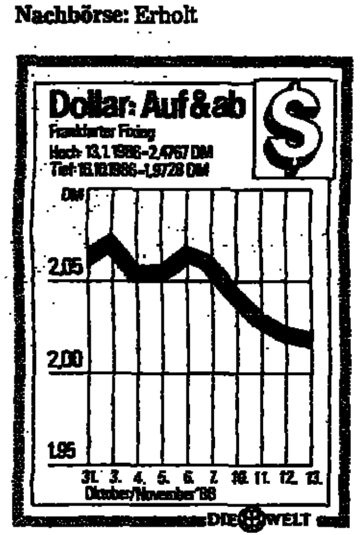
Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 269,61 (269,50); Chemie: 160,79 (161,18); Elektro: 335,21 (334,81); Auto: 705,52 (705,74); Maschinenbau: 152,75 (153,68); Versorgung: 162,31 (163,98); Banken: 390,59 (387,99); Warenhäuser: 182,50 (181,27); Bauwirtschaft: 530,35 (531,75); Konsumgüter: 179,08 (178,52); Versicherung: 1362,22 (1360,54); Stahl: 136,15 (135,71).

Kursgewinner:	DM	+ %
Schub. & Salz	210,00	5,00
Veith-Pirelli	760,00	4,97
Nippon Shinpan	12,80	4,92
Gen.Mng.Union	26,00	4,00
Harpener	338,00	3,68

Kursverlierer:	DM	– %
Hoogovens Nrc.	45,50	6,19
Schiess	271,00	4,91
Nat. West. Bk.	14,700	4,55
Olivetti	21,00	4,55
Nippon Yusen	5,25	4,55

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Erholt



UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Maschinenbau: Die Branche bietet trotz hartem Wettbewerb „Möglichkeiten, für die es sich zu kämpfen lohnt". (S. 13)

Sandoz: Der Chemiekonzern zeigte sich bereit, die „moralische Verantwortung" für die Umweltkatastrophe zu übernehmen. (S. 12)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	12. 11. 86	11. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	155,75	153,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	74,00	73,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (*Heizöl/Diesel*) 0,3 % S	126,75	126,00	104,00	226,00	84,00

NAMEN

Wirtschaftspreis: Ronald Reagan wurde vom Bundesverband Junger Unternehmer der alljährlich verliehene Preis für „Verdienste um die freiheitliche Wirtschaftsordnung" wegen seines „konsequenten marktwirtschaftlichen Kurses" zuerkannt.

Asko: Der Vorstand des Handelsunternehmens hat Horst Weber (45) zum Generalbevollmächtigten für Finanzen bestellt. Weber kommt aus dem Prüfungs- und Revisionswesen und begann 1969 bei der Asko.

WER SAGT'S DENN?

Was wir heute brauchen, ist nicht die öffentliche Hand, sondern das öffentliche Hirn.

Ch. Fechler

Bonn schafft neue Möglichkeiten für die Mitarbeiterbeteiligung

Zweite Gesetzesstufe der Vermögensbildung wird heute im Bundestag verabschiedet

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wird ausgeweitet. Der Bundestag will heute das Zweite Vermögensbeteiligungsgesetz in zweiter und dritter Lesung verabschieden, so daß die Neuregelungen am 1. Januar 1987 in Kraft treten können.

Die staatliche Begünstigung wird im wesentlichen in zwei Punkten erweitert: Zum einen wird der Lohnsteuerfreibetrag nach Paragraph 19a Einkommensteuergesetz von 300 auf 500 Mark heraufgesetzt. Diese Vergünstigung gilt für alle Vermögensbeteiligungen, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer kostenlos oder verbilligt überläßt.

Die Koalition erhofft sich davon neue Impulse für die Mitarbeiterbeteiligung auf betrieblicher Ebene. Nach einer neuen Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft gibt es derzeit 1353 Unternehmen mit Arbeitnehmerbeteiligung. 1,1 Millionen Arbeitnehmer halten danach ein Kapital von 14,2 Milliarden Mark.

Die zweite wichtige Neuregelung ist die Erweiterung des Anlagekatalogs. Dadurch erhalten die Arbeitnehmer zusätzliche Möglichkeiten, um in den Genuß des Steuerfreibetrages sowie der staatlichen Arbeitnehmer-Sparzulage zu kommen. Bisher waren Aktien, Wandel- und Gewinnschuldverschreibungen, Genußscheine, Genußrechte, Genossenschaftsanteile, stille Beteiligungen, Arbeitnehmerdarlehen, Aktienfonds (bis zu 936 Mark im Jahr) sowie Bausparen, Aufwendungen zum Bau oder Erwerb von Wohneigentum, Kapitallebensversicherungen, Kontensparen, andere Investmentfonds und festverzinsliche Schuldverschreibungen (bis zu 624 Mark) begünstigt. Neu hinzu kommen nun GmbH-Anteile sowie die Beteiligungssondervermögen.

Diese speziellen Investmentfonds, *die neben Wertpapieren auch stille* Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen erwerben sollen, werden im Kapitalanlagengesetz neu *zugelassen. Arbeitnehmern, die sich* am arbeitgebenden Unternehmen nicht beteiligen wollen oder können, oder die ihre Gelder breiter streuen *wollen, eröffnet sich so eine neue* Möglichkeit der überbetrieblichen indirekten Kapitalbeteiligung. Die Bundesregierung sieht darin ein attraktives Angebot an die Tarifpartner.

Nach Ansicht von Arbeitsminister Blüm *sollten sie sich wieder verstärkt* der Vermögensbeteiligung zuwenden. Bisher gibt es erst 20 Tarifverträge, die den vollen Rahmen des 936-Mark-Gesetzes *nutzen.* Beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) stößt die neue Anlageform aber bisher auf Ablehnung. Er beharrt auf *seinem Tariffonds-Konzept.*

Unverändert läßt das Vermögensbeteiligungsgesetz die Höhe der Sparzulagen. Die höhere Zulage von 23 *Prozent (für Familien mit mehr als* zwei Kindern: 33 Prozent) bleibt damit für das Bausparen und für Anlagen in Produktivkapital (wie Aktien, *Aktienfonds und künftig Beteiligungssondervermögen)* reserviert, während für die übrigen Formen nur 16 Prozent gezahlt werden. Regierung und Koalition halten diese Staffelung für erforderlich, um der einseitigen Struktur des privaten Geldvermögens entgegenzuwirken. Heute sind *nur sechs Prozent in risikotragenden* Titeln angelegt.

Über 300 000 neue Arbeitsplätze in diesem Jahr

HH. Bonn

Im wirtschaftlichen Gesamtbild der Bundesrepublik dominieren nach Meinung des Wirtschaftsministeriums „weiterhin die Auftriebskräfte". Im jüngsten Lagebericht heißt es, das Bruttosozialprodukt dürfte vom zweiten zum dritten Quartal „erneut spürbar gestiegen sein". Der Wachs*tumsprozeß verlaufe ohne Spannun*gen und sei von hoher Preisniveaustabilität gekennzeichnet.

Bei der Verlagerung von der Auslands- zur Inlandsnachfrage als Konjunkturmotor verweist das Ministerium auch auf eine „beachtliche Zunahme der Baunachfrage". Bei den Einzelhandelsumsätzen habe es zwar im dritten Quartal einen „leichten Rückgang" gegeben, doch dürften die deutlich gestiegene Kaufkraft und das anhaltend gute Konsumklima für mehr Dynamik in den kommenden Monaten sorgen.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat im August um 140 000 auf 26 Millionen zugenommen. Nach den Septemberschätzungen des Statistischen Bundesamtes halte dieser Trend an, „so daß zuletzt etwa 305 000 Personen mehr einen Arbeitsplatz hatten als ein Jahr zuvor". Die den Arbeitsämtern gemeldeten Zahlen offener Stellen liege um knapp 40 Prozent über dem Niveau von Oktober 1985. Der Preisindex für die Lebenshaltung habe im Oktober 0,9 Prozent unter dem Stand des Vorjahresmonats gelegen.

AUF EIN WORT

„Die Dritte Welt ist keine Einheit. So verschieden Südkorea und Sudan, so unterschiedlich Bangladesch und Brasilien sind, so untauglich sind Patentrezepte für die Dritte Welt."

Jürgen Warnke (CSU), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. FOTO: epd

Wird Bonn dem Beispiel Tokios folgen?

DW. New York

Bonn soll dem von Tokio vorgegebenen Beispiel folgen und das Binnenwirtschaftswachstum ankurbeln. Diese amerikanische Forderung wiederholte jetzt auch der stellvertretende US-Finanzminister Mulford. Er beklagt jedoch ein Mißverständnis: Washington dränge Bonn nicht auf höhere öffentliche Ausgaben, sondern auf strukturelle Reformen in den Bereichen Steuern, Arbeit und Finanzen sowie auf einen Abbau seiner Bezuschussungspolitik.

Durch den hohen Außenhandelsüberschuß und das fallende Haushaltsdefizit sowie eine sich nahe Null *bewegende Inflationsrate hätten die* Deutschen einen gewissen Spielraum und könnten einen flexibleren makro-ökonomischen Kurs für ein stärkeres *Wachstum* steuern. Jedoch wollten die USA ihnen nicht die Politik diktieren.

Mulford bescheinigte der Wechselkursrelation Yen/Dollar, sie sei nunmehr weitgehend in Übereinstimmung mit den aktuell zugrundeliegenden Wirtschaftsdaten. Er vertrat die Ansicht, die USA müßten ihre Wirtschaftspolitik künftig auch mit Nationen koordinieren, die nicht der Siebener-Gruppe der Industrieländer angehören. Mit dem Rest der Welt, der zu 50 Prozent zum Defizit in der US-Handelsbilanz 1985 beigetragen habe, sei es nicht zu einer Devisenkurs-bedingten Verbesserung der US-Wettbewerbsposition gekommen.

Die Milchflut soll eingedämmt werden

EG-Kommission legt Vorschläge für eine drastische Produktionssenkung vor

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission hat dem Ministerrat Vorschläge für eine drastische Senkung der Milchproduktion vorgelegt. Kernpunkt ist eine weitere Kürzung der Produktionsquoten um zwei Prozent im kommenden und um ein Prozent im darauffolgenden Jahr. Außerdem will die Kommission eine Reihe von Details der 1984 eingeführten Garantiemengenregelung für die Molkereien ändern. Dadurch soll sichergestellt werden, daß die mit den Quoten beabsichtigte Einschränkung der Überschußerzeugung nicht mehr länger umgangen werden kann.

Die Kommission folgt mit ihren Vorschlägen weitgehend einer Initiative des Europa-Parlaments, das allerdings für eine noch stärkere Quotensenkung (zusätzlich fünf Prozent in zwei Jahren) eintritt. Sie läßt jedoch offen, ob und wie die Landwirte für die Einschränkung ihrer Produktion entschädigt werden sollen.

Dieses Thema dürfte in den kommenden Monaten in den Mittelpunkt der Beratungen der Landwirtschaftsminister rücken. Die Kommission geht von der bisherigen Regelung aus, die einen Quotenrückkauf für den Fall vorsieht, daß die Erzeugung für immer eingestellt wird. Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle propagiert dagegen eine *Kompensation* bereits für einen vorübergehenden Produktionsverzicht. Das Europa-Parlament hat als Entschädigung auch eine Senkung der Erzeugerabgabe für Milch zur Diskussion gestellt.

Nach Angaben des Brüsseler Agrarkommissars Frans Andriessen ist die Lage auf dem europäischen Milchmarkt nach wie vor dramatisch. Ohne Berücksichtigung der stark subventionierten Verkäufe im Innern der EG und auf dem Weltmarkt belaufe sich die Überschußproduktion in der Gemeinschaft noch immer auf mindestens 9,5 Millionen Tonnen jährlich. Rund sechs Millionen davon sollen bis 1988 durch Quotenkürzungen aus dem Markt genommen werden, der Rest durch eine Reform des Quotensystems. Die bisherigen Kommissionsvorschläge dafür sind im Rat allerdings teilweise bereits auf erheblichen Widerstand (zum Beispiel der Bundesregierung) gestoßen.

Abschaffen will die EG-Behörde die bisherige Wahlmöglichkeit der Mitgliedstaaten, die Quoten entweder für die Molkereien oder für die einzel*nen Milcherzeuger zu berechnen. Die* Festsetzung auf Molkereiebene hat nämlich dazu geführt, daß die einzelnen Bauern ihre Erzeugung jeweils *solange ohne Preiseinbußen ausdeh*nen können, wie die Gesamtquote für die Molkerei noch nicht ausgeschöpft ist.

Dafür brauchten die dem anderen System unterworfenen Erzeuger bei einer Quotenüberschreitung bisher nur eine „Superabgabe" von 75 Prozent des Milchrichtpreises zu bezahlen. Künftig soll die „Strafabgabe" 100 Prozent betragen, um die Mehrproduktion unrentabel zu machen.

Asien ist anders

Mk. – Der asiatisch-pazifische Raum reizt immer noch die Phantasie an, fordert auch zu Widersprüchen heraus. Die gängige These lautet schlicht, die deutsche Wirtschaft müsse sich dort stärker als bisher engagieren, weil diese Region zu den dynamischsten der Welt zählt. Ein Vertreter des Deutschen Übersee-Instituts hat jetzt auf einer Veranstaltung in der Landesvertretung von Hamburg in Bonn die Frage gestellt, ob nicht die Zeit des pazifisch-asiatischen Hochwachstums vorbei sei. Dabei stellte er auf die Entwicklungsländer in dem Gebiet ab.

Er hegt Zweifel, daß diese Länder ihr Tempo halten können, das sie in den vergangenen Jahren vorgelegt haben. Denn die fortschreitende Automatisierung höhle einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil der asiatischen Entwicklungsländer aus, nämlich die niedrigeren Löhne. Eine These, die auch in bezug auf Direktinvestitionen verbreitet wird. Danach sei eine Verlagerung arbeitsintensiver Produktionen aus Wettbewerbsgründen in die Dritte Welt nicht mehr erforderlich, weil die automatisierten Anlagen in den Industriestaaten möglicherweise sogar noch kostengünstiger arbeiten können. Die Mikroelektronik verhindere die Investitionen in den Entwicklungsländern.

Im Einzelfall mag das stimmen. Nur sollte dieser Effekt nicht überbewertet werden. Bei den Motiven für Direktinvestitionen im Ausland rangiert immer noch der Absatz an erster Stelle, und zwar in der jeweiligen Region, und nicht die Kosten. Daher sind für den Rückgang der Investitionen in der Dritten Welt auch eher deren gewaltige ökonomische Probleme verantwortlich. Im großen und ganzen sind gerade die asiatischen Entwicklungsländer mit ihnen noch am besten fertig geworden. Sie haben in jüngster Zeit ihre Wachstumserwartungen nach oben revidiert.

Skepsis am Zuckerhut

Von WERNER THOMAS, Rio de Janeiro

Brasiliens Präsident gibt sich siegessicher. „Wir werden einen großen Triumph erzielen", prophezeit er. Viele politische Beobachter teilen die Meinung, daß die Regierungsparteien einen Erfolg erwarten dürfen. Sie sehen allerdings bescheidenere Mehrheitsverhältnisse. Und: Die Koalition könne gerade noch gewinnen, weil diese Wahlen nicht zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden würden.

Der „Plano Cruzado", das am 28. Februar verkündete Stabilitäts-Pro*gramm, spielte eine* Schlüsselrolle bei der Kampagne für die Kongreß- und Gouverneurswahlen am morgigen Samstag. Kein anderes Thema *beschäftigt das brasilianische* Volk so leidenschaftlich wie die wirtschaftlichen Maßnahmen der letzten achteinhalb Monate – und entzweit die Nation auf ähnliche Weise. Sarneys Wirtschaftsstrategen werten das Votum auch als Referendum.

Die langen Schlangen vor den Supermärkten symbolisieren eines der Hauptprobleme in Brasilien: die akute Warenknappheit. Selbst Kaffee und Zucker, zwei der wichtigsten Exportprodukte, wurden knapp.

Das Land hat einen radikalen Stimmungsumschwung erlebt. Vorbei ist die Euphorie der ersten Cruzado-Phase, die dem Präsidenten eine Welle der Popularität bescherte. Ein Heer enthusiastischer Freiwilliger, „Sarneys Inspekteure" genannt, kontrollierte damals die Geschäfte und denunzierte unpatriotische Preistreiber. Die meisten waren der Ansicht, daß bessere Zeiten winken.

Heute schwankt die Reaktion zwischen Ernüchterung und Skepsis. Niemand glaubt mehr an Wun*der. Die langen Schlangen vor den* Supermärkten symbolisieren eines der Hauptprobleme: die akute Warenknappheit. Für Fleisch müssen *die Hausfrauen derzeit stundenlang* anstehen. Selbst Kaffee und Zukker, zwei der wichtigsten Exportprodukte, wurden knapp.

Sarney und sein Finanzminister Funaro verteidigen nach wie vor die wirtschaftliche „Schocktherapie", die drei Schlüsselelemente umfaßt: eine Lohn- und Preiskontrolle, eine Währungsreform – der Cruzado ersetzte den siechen Cruzeiro – und Sparmaßnahmen.

Sie betonen die positiven Auswirkungen, besonders die von 255 Prozent (Jahresrate) auf 8,2 Prozent (März bis Oktober) gesunkene Inflationsrate. Außerdem seien die Reallöhne um 14 Prozent gestiegen, und die Wirtschaft befinde sich in einer Hochkonjunktur mit etwa acht Prozent Wachstum in diesem Jahr, ein lateinamerikanischer Rekord. Bis Dezember könnten eineinhalb Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Laut offizieller Statistik beträgt die Arbeitslosenrate drei Prozent. Die Millionen von Unterbeschäftigten werden freilich verschwiegen.

Die Kritiker, unter ihnen Sarneys erster Finanzminister Dornelles, bezweifeln dagegen die Inflationszahlen der Regierung und weisen auf die hohen Zinsen von 45 Prozent hin. Das Budgetdefizit sei mit 5,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts elfmal so hoch wie beabsichtigt (0,5 Prozent). Die Notenpressen liefen weiterhin auf Hochtouren, und Hoffnungen auf kräftige Investitionen hätten sich nicht erfüllt.

Und dann die Versorgungsengpässe. Allerdings herrscht Einigkeit über zwei Ursachen dieser Misere: der Konsumboom, verursacht vor *allem durch den Kaufkraftzuwachs* und die Weigerung vieler Geschäftsleute, ihre von Preiskontrollen betroffenen Waren auf dem offenen Markt zu verkaufen. Schwarzmärkte und Schwarzmarktpreise sind die Folge. Das Fleisch ist deshalb rar, weil die Viehzüchter ihre Tiere nicht in die Schlachthäuser führen.

Dilson Funaro, ein ehemaliger Spielwarenfabrikant, der als „Vater" des kontroversen Antiinflationsprogramms gilt, erkannte bereits nach wenigen Monaten die Notwendigkeit einiger Kurskorrekturen. Am 23. Juli bremste die Regierung die Konsumenten mit saftigen Steuererhöhungen: Die Treibstoffpreise stiegen um 28 Prozent, die Autopreise um 30 Prozent. Das Problem der Warenknappheit wurde aber nicht gelöst. Auch nicht das des mangelnden Vertrauens.

Die privaten Wechselstuben sind ein Vertrauensbarometer. In der letzten Woche zahlten die Geldhändler für den Dollar 28 Cruzado – doppelt so viel wie die Banken mit dem offiziellen Umtauschkurs. Die Brasilianer ergreifen die Flucht in den Dollar, weil Berichte über neue korrektive Maßnahmen kursieren, die mit Cruzado-Abwertungen verbunden sein könnten.

Die angesehene Wirtschaftszeitung „Gazeta Mercantil" behauptet, *Funaro werde nach den Wahlen* Entscheidungen unter anderem über die Freigabe einiger Lebensmittelpreise, Kreditrestriktionen *und eine drastische Senkung der* Staatsausgaben bekanntgeben. Er befürchte einen Inflationsdruck und wolle die überhitzte Wirtschaft *so schnell wie möglich abkühlen.*

So oder so steht die Bewährungsprobe noch aus. Funaros Amtsvorgänger Dornelles sagt: „Der Krieg gegen die Inflation ist ein langer Prozeß. Da muß man viele Schlachten gewinnen."

SPD kritisiert Politik im Gesundheitswesen

tl. Bonn

Die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung haben nach Meinung der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Anke Fuchs, damit zu rechnen, daß im Laufe des Jahres 1987 über den historischen Rekordbeitragssatz von fast 12,3 Prozent hinaus eine weitere Erhöhung von 0,2 Prozentpunkten auf durchschnittlich 12,5 Prozent erfolgt. Das erklärte Frau Fuchs wenige

Tage vor der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen, die die SPD-Politikerin als „Palaverbude" abqualifizierte.

Diese Beitragserhöhungen würden nötig, weil im laufenden Jahr in der gesetzlichen Krankenversicherung abermals ein Defizit von 1,5 bis zwei Mrd. entstehen wird. „Norbert Blüm steht vor einem Scherbenhaufen, denn die Selbstverwaltung hat die Kostenprobleme nicht in den Griff bekommen."

Auch Gesundheitsminsterin Süssmuth habe die Novellierung des Arzneimittelgesetzes nicht dazu genutzt, einen Beitrag zu einem überschaubareren und damit auch billigeren Arzneimittelmarkt zu leisten. Das Projekt der neuen Ausbildungsphase *„Arzt im Praktikum" im Rahmen des* Medizinstudiums kritisiert die SPD: „Weder ist klar, wie dies aussehen soll, noch wie die hierzu erforderlichen Ausbildungsplätze geschaffen werden, noch wer dies ganze bezahlen soll."

Für die SPD bedeutet wirkliche Strukturreform: Dem Gesundheitswesen werden durch den Bundestag Ziele und finanzieller Rahmen vorgegeben, die Verantwirklichkeit der Kassen wird gestärkt, alle Kompetenzen *werden in einem* Gesundheitsministerium zusammengefaßt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1987 will die SPD-Bundestagsfraktion ihr Konzept für eine Strukturreform im Gesundheitswesen vorlegen.

So wenige Ölbohranlagen in den USA wie vor 50 Jahren

Preisverfall macht der Förderindustrie weltweit schwer zu schaffen – Marktstabilisierung bleibt für Opec schwierig

SABINE SCHUCHART, **Bonn**

Die starken Preisschwankungen auf den Weltölmärkten werden auf absehbare Zeit anhalten. Diese Einschätzung verdeutlichte der Exekutivdirektor von Shell International in Den Haag, Hans-Georg Pohl, auf einer Veranstaltung der Kölner Rohstoffrunde. Pohl bezeichnete die Absichtserklärung der Opec, die Rohölpreise von derzeit rund 14 bis 15 Dollar pro Barrel (159 Liter) kurzfristig wieder auf 17 bis 19 Dollar steigen zu lassen, als frommen Wunsch: „Was immer sich im Opec-Lager tut, die Lage bleibt labil. Zu groß ist nach wie vor – auch auf mittlere Sicht – der Mengendruck."

Pohl hält es für wenig wahrscheinlich, daß sich die Opec bei ihren heute beginnenden Verhandlungen wieder auf ein „konsequent administriertes offizielles Preissystem einigen und es dann auch durchhalten *kann*". Insofern vermutet er, daß die Phase der Unsicherheit bis in die Mitte der neunziger Jahre anhalten wird – ein Umstand, der den Ölverbrauchern weiterhin günstige Ölpreise bescheren würde, die Ölindustrie mit ihren *sehr langfristig ausgerichteten und* immer kapitalintensiveren Investitionen aber in erhebliche Schwierigkeiten stürze.

Das Dilemma ist offensichtlich: Angesichts der enger werdenden Versorgungssituation und der Konzentration der Ölreserven auf die Golfstaaten werden die Ölpreise langfristig wieder steigen, und die Abhängigkeit der Ölverbraucherländer von den Opec-Staaten dürfte wieder wachsen, betonte Pohl. Der Shell-Direktor zitierte eine Studie der Chase Manhattan Bank, in der bis 1989 ein höherer Opec-Förderanteil von 51 Prozent gegenüber 30,1 Prozent 1985 und eine tägliche Fördermenge von 25 Mill. Barrel erwartet werden.

Die zurückhaltende Explorationstätigkeit in der Nicht-Opec-Region treibe diese Entwicklung noch voran. Nicht nur zu geringe Reserven, sondern *auch unzureichende* oder verspätete Investitionen könnten Engpässe auslösen, warnte Pohl.

Die eigentliche Förderung habe zwar bisher kaum gelitten, aber dies sei nur eine Frage der Zeit. Für die Ölförderindustrie habe sich der Cash-*flow, im letzten Jahr noch eine munter* sprudelnde Quelle, inzwischen zu einem Rinnsal verengt. Die Explorations- und Entwicklungsbudgets zum Beispiel in der Nordsee würden zwischen 30 und 50 Prozent gekürzt. Die Zahl der Explorationsbohrungen werde 1986 um 25 Prozent niedriger ausfallen als im Vorjahr.

Auch in den übrigen Teilen der Welt sei die Beschäftigung der Bohranlagen rapide gesunken. So hätten im Juli dieses Jahres in den Vereinigten Staaten nur noch 663 Bohranlagen gegenüber 1930 im Vorjahr gearbeitet. Dies sei der niedrigste Stand seit 50 Jahren.

Der Preisverfall beeinträchtigt die Ölförderung außerhalb der Opec so stark, weil hier die besonders schwierig und damit teuer zu erschließenden Quellen liegen. So müßte beispielsweise in der Nordsee für neue Projekte mit späteren Produktionskosten von 15 bis 25 Dollar pro Barrel gerechnet werden, erklärte Pohl. Die derzeitige leichte Preiserholung am Ölmarkt und auch eine weitere „gewisse Preisstabilisierung" erscheinen ihm längst nicht ausreichend, um ge-*nügend Anreize für anhaltende* Eplorations- und Feldentwicklungsaktivitäten zu bieten.

Auch aus Opec-Sicht seien sehr viel höhere Ölpreise als heute erforderlich, um die Staatseinnahmen zu erhöhen. Wenn die Opec heute anstrebe, den Ölpreis etwa bei 17 bis 19 Dollar zu fixieren, also kurz unterhalb der Kostenschwelle für teure Nicht-Opec-Produktion, setze man darauf, daß dadurch das Reservenpolster außerhalb der Opec-Region langfristig abgeschmolzen werde.

Die Versuche der Opec, durch vorläufige Rückkehr zum Quotensystem die Preise wieder aufzufangen, zeigten Erfolge. Zwischen Juli und September sei es den Mitgliedsstaaten gelungen, mit einer um 18 Prozent reduzierten Förderung um 19 Prozent höhere Einnahmen zu erzielen. Da die Opec das Ende des aggressiven Rohölmarketings über den Preis eingeleitet habe, würden auch die vor allem von den Saudis praktizierten Netback-Geschäfte, bei denen der Rohölverkäufer weitgehend das Marktrisiko trage, wohl kein langes Leben mehr haben, prognostizierte Pohl.

Kurssprünge an der Börse in Tokio

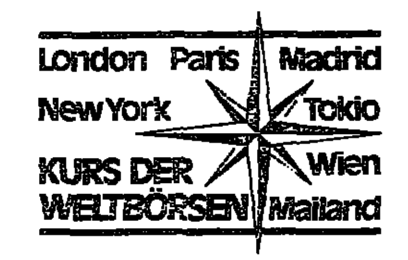
Wenig Kaufneigung an den anderen Welt-Aktienmärkten – Sekundärmarkt in Madrid

Außer einer geringen Erholung zu Wochenbeginn tendierte die **New Yorker Aktienbörse** in der Berichtswoche leichter. Der Dow-Jones-Index sackte im Mittwochsvergleich von 1899,04 auf 1893,70 Punkte und eröffnete gestern mit 1887,80 wieder schwächer.

Über fünf Tagen zeichnete sich an *der* ***Tokioter Börse*** *ein Aufwärts*trend ab, der am Mittwoch mit 17 447,80 Punkten (Nikkei-Index) seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Gestern gab er leicht um 9,42 Punkte nach und lag zum Börsenschluß bei 17.438,47. Im Donnerstagsvergleich legte der Kurs damit um fast 700 Punkte zu. Handelshäuser *und Standardwerte zeigten dabei* Aufwärtstendenz. Hochkapitalisierte Aktien wie Japan Steel Works und Nippon Oil waren ebenfalls gesucht.

Sorge um die Zinsentwicklung hat am Mittwoch an der **London Stock Exchange** dazu geführt, daß anfängliche Gewinne nicht gehalten werden konnten. Der Financial-Times-Index lag zuletzt beim Stand von 1.305,1 Punkten. Zwar zog der Index in der Vergleichswoche um genau neun Punkte an, doch zeichnete sich schon seit Freitag ein kontinuierlicher Abwärtstrend ab. Zu den Gewinnern zählten zuletzt Handelsbanken und der Überseehandel.

An der **Pariser Börse** macht man Jagd auf übernahmeverdächtige Aktien, nachdem eine Reihe von zum Teil sehr bedeutenden Werten (insbesondere der Lebensmittelkonzern Lesieur und Saint-Bouchon) aufgrund der Ankündigung öffentlicher Übernahmeangebote vom Kurszettel abgesetzt worden sind. Dies führte in der Berichtswoche zu erheblichen Kursausschlägen. Die Grundtendenz blieb aber abwartend. Erst in den nächsten



Tagen werden die ersten aussagekräftigen Wirtschaftsdaten für die Entwicklung seit der Sommerpause vorliegen. Dank der zu Ende letzter Woche eingetretenen Erholung, der eine *Stabilisierung folgte, stieg im Mitt*wochsvergleich der Tendenzindex des Statistischen Amts Insee auf 144,74 (143,27) und der Generalindex der Maklerkammer CAC auf 379,9 (376,3) Punkte.

Die **Madrider Börse** schien sich zu Beginn der Woche zu fangen, verlor dann bis Mittwoch acht Punkte – und das ist viel in Spanien. Schluß Donnerstag: 175,19 Punkte. Angesichts des typischen Verkäufermarktes dürfte das Ende der Abschreibungsvorteile bei festen Renten am 31.12. verhindern, daß der Markt noch vor Ende des Jahres wesentlich anzieht. Am kommenden Montag eröffnet die Madrider Börse einen zweiten Markt für kleine und mittlere Unternehmen (Mindestkapital 25 Millionen Pesetas, etwas über 37 000 DM). Gemeldet haben sich 30 Interessenten, die Aktien anbieten. Gedacht ist an die Förderung junger Unternehmen durch Venture-Kapital, dessen fiskalische Förderung der Staat aber erst vornehmen wird, wenn der Markt beim Publikum ankommt.

Die Geschäftstätigkeit an der **Mailänder Börse** stand in dieser Woche im Zeichen großer Verunsicherung, was vor allem die Kurse der dividenden- und steuerbegünstigten aber stimmrechtslosen Sparaktien unter Druck setzte. Dadurch vergrößerte sich der Kursabstand gegenüber den Stammaktien noch weiter. Unter den großen Industrietiteln konnten sich lediglich Montedison weiter einigermaßen behaupten, während Fiat weitere Abgaben hinnehmen mußten.

Gut behauptet präsentierte sich in der Berichtswoche die **Wiener Börse**. Der CA-Index erholte sich im Mittwochsvergleich von 228,68 auf 229,72 Punkte und schloß gestern bei 231,25.

Internationale Finanzen

Ecu-Anleihe: Die Europäische Investitionsbank begibt eine 100 Mill. Ecu-Anleihe (rund 200 Mill. DM). Sie ist mit einem Kupon von 7,375 Prozent und einem Ausgabekurs *von 100,5 Prozent ausgestattet.* Die Laufzeit beträgt fünf Jahre.

Eurofima: Die Finanzierungsgesellschaft von Eisenbahnmaterial will *eine Anleihe in zwei Tranchen,* einer „bull-" und einer „bear"-Tranche, über je 150 Mill. DM emittieren. Die Laufzeit beträgt sieben Jahre. Vom 4. Dezember 1986 bis 18. Januar 1988 werden beide Tranchen mit einem Kupon von 2 Prozent, vom 19. Januar 1988 bis 19. Januar 1994 mit jährlich 6,375 Prozent verzinst. Der Verkaufskurs beträgt 100 Prozent. Die Zinsen bis zum 18. Januar 1988 werden auf den Nennbetrag der Teilschuldverschreibungen, die Zinsen danach auf den jeweiligen Rückzahlungskurs berechnet.

Irland: Die Republik legt über ein Bankenkonsortium unter Federführung der Commerzbank eine Anleihe über 300 Mill. DM auf. Der Kupon liegt bei 6,625 Prozent, die Laufzeit beträgt sieben Jahre. Der Ausgabekurs ist 100 Prozent.

EG-Anleihe: Die 50 Mill. Ecu-Anleihe wird mit einem Kupon von 7,375 Prozent ausgestattet. Die Laufzeit beträgt fünf Jahre, der Ausgabekurs 100,25 Prozent.

Tate + Lyle: Mit einem Kupon von vier Prozent legt die Gesellschaft eine Optionsanleihe über 140 Mill. sfr. auf. Jedem Bond über 5000 sfr. ist ein fünfjähriger Optionsschein begefügt. Er berechtigt zum Kauf von 160 Aktien des Unternehmens.

Yamaha Motors: Mit Fälligkeit 4. Dezember 1991 begibt das Unternehmen eine 100 Mill. sfr.-Anleihe. Der Kupon beträgt 4,875 Prozent, der Ausgabekurs 101,5 Prozent.

Geringere Gewinnausschüttung

Versicherungskaufleute kritisieren geplante Reform

dos, **Hannover**

Die angekündigte Reform der Lebensversicherung ist nach Ansicht des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) beileibe nicht als durchweg positiv zu werten. Sprecher des Verbandes wiesen in Hannover auf den negativen Effekt für die Erhöhung des Rechnungszinses hin, die mit einer geringeren Gewinnausschüttung verbunden ist.

Bislang, so BVK-Vizepräsident Günther Jung, verdoppelte sich die Versicherungssumme in 25 bis 28 Jahren. Diese Frist verlängere sich nun. Zwar werde jetzt eine Versicherung billiger; die niedrigere Dividende führe aber auch zu einer niedrigeren Ablaufleistung. Auf diese Unterschiede wollen die *Versicherungs*kaufleute bei ihren Kunden verstärkt hinweisen, insbesondere dann, wenn die Lebensversicherung auch unter Kapitalanlage-Gesichtspunkten abgeschlossen werde.

Zu begrüßen sei, daß Frauen aufgrund *ihrer höheren Lebenserwar*tung günstigere Tarife als Männer erhalten sollen und auch Männer für weniger Geld einen höheren Versicherungsschutz haben können. Als falsch verstandener Verbraucherschutz indes seien die früh sich ansammelnden Rückkaufswerte zu beurteilen. Dies habe nur Bedeutung für Versicherte, die „sofort vertragsuntreu werden", sagte Jung. Gegen die Streckung der Abschlußprovisionen habe der BVK nichts einzuwenden.

Die Stornoquote der seriösen Vermittler sei gleich Null. Vielmehr dürfte die „verlängerte Nachhaftung" jenen Kolonnen das Leben schwerer machen, die im Auftrag von Versicherern über Land ziehen und allein um der Provision willen Abschlüsse tätigen. Bei derlei „Schnellschuß-Geschäften" seien Stornoquoten von 20 Prozent und mehr keine Seltenheit.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Kohl sagt Hilfen zu

Haltern (rtr) – Die Bundesregierung will dem *heimischen* Steinkohlebergbau angesichts seiner derzeitigen Absatz- und Erlösproblemen mit zusätzlichen Hilfen zur Seite stehen. Bundeskanzler Helmut Kohl kündigte gestern bei einem Besuch des Ruhrkohle-Anschlußbergwerks Haltern 1/2 an, der Bund werde seine Mittel für die Kokskohlebeihilfe 1987 nochmals um 200 Millionen auf den neuen Rekordwert von 2,3 Milliarden DM anheben. Darüber hinaus müsse der Bergbau nicht, wie zunächst geplant, die Nationale Kohlereserve von momentan gut neun Millionen Tonnen ab 1988 zurückkaufen. Dieser Zeitpunkt werde um zwei Jahre verschoben, die Rückkaufbedingungen würden vergünstigt.

Industriemesse in Indien

Neu-Delhi (dpa/VWD) – Zur größten Industrieausstellung Südasiens – der internationalen indischen Industrie- und Handelsmesse – haben sich rund 400 Firmen aus 32 Ländern angesagt. Die Bundesrepublik werde mit 50 Unternehmen bei der heute beginnenden 17tägigen Messe vertreten sein, teilte der Leiter der deutsch-*indischen Handelskammer in* Neu-Delhi, Bernd Dittmann, gestern mit. Die Bundesrepublik lieferte 1985 Waren für 3,4 Milliarden DM und importierte für 1,5 Milliarden DM indische Produkte.

Höhere Auto-Exporte

Paris (J. Sch.) – Mit der französischen Automobilindustrie geht es wieder bergauf. Das liegt vor allem am Export in die Länder der Europäischen Gemeinschaft, der im Jahresvergleich September um 18 Prozent gestiegen ist, wie der Branchenverband jetzt mitteilt. Der Zuwachs für die ersten neun Monate erreichte 13,4 Prozent. Die Ausfuhr in Drittländer blieb dagegen sehr schwach, so daß der Gesamtexport nur um 4,8 beziehungsweise 0,5 Prozent zunahm. Im *Oktober stiegen die* Pkw-Zulassungen in Frankreich im Jahresvergleich um 9,8 Prozent, wobei Renault 25,6 Prozent zulegte, während Peugeot 0,13 und die zur gleichen Gruppe gehörende *Citroën 9,8 Prozent* einbüßten. Die Ausländerzulassungen erhöhten sich um 9,6 Prozent, jedoch ging ihr Marktanteil weiter auf 34,6 Prozent zurück.

Milliarden-Auftrag

London (rtr) – Die britische Regierung hat an British Aerospace Plc (BAe) einen Auftrag im Wert von einer Milliarde Pfund Sterling (rund 2,9 Milliarden DM) vergeben. British *Aerospace teilte gestern in London* mit, es handle es sich bei dem Auftrag an ihre Sparte Waffensysteme um die Entwicklung und Anfangsproduktion des Waffensystems "Rapier 2000" zur Luftverteidigung, das Mitte der neunziger Jahre an die britischen Streitkräfte ausgeliefert werden solle. Für die britische Industrie werde das Gesamtpaket von Entwicklung, Produktion, Wartung, Logistik und Ausbildung über rund 20 Einsatzjahre des Systems einen Wert haben, der beträchtlich über dem für den aktuellen Auftrag liege, und gleichzeitig für voraussichtlich mehr als 10 000 Menschen in Großbritannien Beschäftigung schaffen, teilte British Aerospace weiter mit.

Gespräche über Schulden

Lima (dpa/VWD) – Rund 100 Regierungsexperten aus 36 Entwicklungsländern halten zur Zeit in Lima dreitägige Beratungen über das Problem der *Auslandsverschuldung* ab. Der peruanische Ministerpräsident Luis Alva Castro erklärte bei der Eröffnung der Tagung, die drückende Schuldenlast der Dritten Welt von insgesamt mehr als 900 Milliarden Dollar sei in gemeinsamer Verantwortung von Schuldnern und Gläubigern entstanden. Eine Lösung dieses Problems müsse auf politischer Ebene gesucht werden. Ziel der Beratungen ist vor allem ein Austausch der Erfahrungen, die die Schuldnerstaaten *bei ihren Verhandlungen mit den* Gläubigern gemacht haben.

„Wer die Aktie eines Chemieunternehmens hält, muß mit solchen Vorfällen rechnen"

JOACHIM WEBER, **Basel**

Der Geologe Dr. Schmaßmann, in Basel mit der Erforschung der Folgen der Chemiekatastrophe bei Sandoz *beauftragt, faßte es in klare Worte:* „Wir sind mit dieser Aufgabe teilweise überfordert und auch infrastrukturell überlastet." Was nur auf sein Arbeitsgebiet gemünzt war, gab auch den allgemeinen Eindruck treffend wieder, den die Sandoz-Verantwortlichen auf einer Pressekonferenz abgaben: Hilflosigkeit und Überforderung *schienen* bei allem Bemühen um Sachlichkeit vorzuherrschen.

Zwar wurden „Betroffenheit und die Sorge um Menschen und Umwelt" ebenso zum Ausdruck gebracht, wie man die „volle moralische Verantwortung" zu übernehmen bereit war. Ansonsten aber waren die Köpfe des Chemiekonzerns mit seinen *40 000 Mitarbeitern und etwa 8,5* Mrd. sfr Umsatz darauf bedacht, die eigene Unschuld zu belegen.

So etwa mit einer Stellungnahme zu den in Deutschland „durch Indiskretionen" veröffentlichten Gutachten der Zürich-Versicherung, in dem gravierende Sicherheitsmängel in dem abgebrannten Pflanzenschutz-*mittellager* festgestellt *worden* waren: „Der Bericht wurde erst im Oktober 1981 erstellt. Da im September des gleichen Jahres die Haftpflichtversicherung (Gerling, Anm. der Redaktion) auf eine andere Versicherung übergegangen war, wurde der Bericht Sandoz gar nicht erst zugestellt. Wir haben ihn erst gestern bekommen."

Analyse der Versicherung

Auch in den mündlichen Besprechungen der Risiko-Analyse sei der Versicherer nie mit Forderungen oder Auflagen an das Unternehmen herangetreten, sondern habe höchstens Anregungen gemacht. Für eine *gewisse Erheiterung des Auditoriums* sorgte die Anmerkung, die Risikoeinschätzung in der Versicherungsanalyse sei günstig ausgefallen.

Im Hinblick auf die sicherheitstechnische Ausrüstung der Halle, die von deutschen Chemieunternehmen hinter vorgehaltener Hand als absolut unzulänglich klassifiziert worden war, zieht sich der Sandoz-Vorstand auf die Mitverantwortung öffentlicher Stellen zurück: Vor der Umwidmung vom Apparate- zum Chemikalienlager habe man mit einer ganzen Liste von Ämtern eine Abnahme durchgeführt. Und noch im Oktober dieses Jahres habe man eine Besichtigung mit Verantwortlichen der Feuerwehr durchgeführt.

In der Halle hatten vor dem Brand 824 Tonnen Insektizide, 71 Tonnen zweier Unkrautvernichtungsmittel, 39 Tonnen Pilzbekämpfungsmittel *und 312 Tonnen verschiedener ande*rer, „relativ ungiftiger" Chemikalien gelagert. Was daraus beim Brand entstanden ist, liegt noch einigermaßen im dunkeln, ist auch vorrangig in der näheren Umgebung von Interesse.

Bei einigen Produkten besteht die Möglichkeit, daß sie verdampft sind, andere könnten – das ist der günstigste Fall – vollständig verbrannt sein. Am unsichersten sind die Annahmen über unvollständig verbrannte Chemikalien: „Langzeitgefährdung? Wir wissen es nicht", leuchtete zu diesem Punkt eine *Projektion* von der Wand – gesagt wurde es weitaus weniger deutlich.

Klarer die Aussagen zur Wasserbelastung: Mit den 10 000 bis 15 000 Kubikmetern *Löschwasser* seien „katastrophale Mengen Schadstoffe" in den Rhein gelangt, später – am Freitag, den 7. November – noch einmal „einige Kubikmeter Reinigungs- und Löschwasser" durch einen Rohrschaden. Wenn auch der Schaden kaum mehr rückgängig zu machen ist, so will man hier doch noch versuchen, *mit Hilfe* einer Spezialfirma große Flächen des Rheinbodens regelrecht abzusaugen, um wenigstens die vorerst noch abgelagerten Schadstoffe wiedereinzufangen. Nicht abzuschätzen sind bislang auch die Mengen von belastetem Löschwasser, die an der Unglücksstelle ins Grundwasser gesickert sind.

Günstige Resultate

Beruhigend für die Bevölkerung in der Umgebung der Brandstelle: Untersuchungen bei neunzig Mitgliedern der Betriebsfeuerwehr und bei 69 weiteren Personen – „mutmaßlich der Personenkreis, der einer Einwirkung der Chemikalien am stärksten ausgesetzt war" – brachten „günstige Resultate".

Die Sandoz-Spitze wollte sich – in der noch überwiegend unklaren Situ-*ation durchaus verständlich* – noch nicht auf eine Abschätzung der Schadenersatzansprüche einlassen, denen der Konzern entgegenzusehen hat: „Das kann eine Frage von Monaten sein." Erklärt wurde lediglich, „daß wir rechtlich begründete Ansprüche gegen Sandoz selbstverständlich honorieren werden". Auch das genaue Volumen der „in branchenüblicher Höhe" abgeschlossenen Haftpflichtversicherung wurde nicht enthüllt, möglicherweise, um keine überhöhten Ansprüche zu provozieren. Die Rede war lediglich von Summen zwischen 100 und 500 Mill. sfr, die auch „unfallmäßig eingetretene Umweltschäden" decken sollen.

Wenig Mitgefühl zeigte der Vorstand für seine Aktionäre, die binnen einiger Tage rund 40 Prozent ihrer Werte verloren haben: „Wer die Aktie eines solchen Unternehmens hat, der muß mit derartigen Vorfällen rechnen." Deutsche Chemieunternehmen, die sich von der Börse ohnehin chronisch unterbewertet fühlen, dürften hoffen, daß solche Ansicht sich nicht allgemein durchsetzt.

Fritz A. Goergen gestorben

Fritz Aurel Goergen, schon seit gut zwei Jahrzehnten in wohlhabender Zurückgezogenheit am Genfer See residierend, ist im 78. Lebensjahr gestorben. In seinen Glanzzeiten gehörte der frühere Montan-Manager zu den farbigsten Figuren der ersten Jahrzehnte deutscher Nachkriegswirtschaft. Als junger und tatkräftiger Generaldirektor führte er die ehemalige Phoenix-Rheinrohr AG (heute Teil des Mannesmann-Konzerns) zum bedeutenden Stahlproduzenten empor. Dem Eklat seines Ausscheidens (1957) wegen Streits mit der Großaktionärsfamilie Thyssen folgte der Einstieg beim damals maroden Kasseler

Henschel-Familienunternehmen (heute Thyssen-Konzernteil), das er als Vorstandschef und dann auch Hauptaktionär zu neuer Blüte brachte. Der Sturz kam 1964, als er wegen Verdachts der Untreue vom Tisch des damaligen Wirtschaftsministers Erhard weg verhaftet wurde. Der lange Prozeß endete mit faktischem Freispruch. Der Abschied von Henschel brachte Goergen fast 60 Mill. DM Erlös für seine Aktien, reicher und doch auch bitterer Lohn für einen klugen Kopf, der noch mehr hätte bewirken können, wenn man ihn nur gelassen hätte. (J. G.)

Bauspargeschäft wird konzentriert

dos. Hannover

Die Landes-Bausparkasse Niedersachsen (LBS), Hannover, wird mit Wirkung zum Jahresende 1986 die Öffentliche Bausparkasse Oldenburg (ÖBS) übernehmen. Darauf haben sich die Vorstände der Norddeutschen Landesbank und der Bremer Landesbank geeinigt. Die LBS und die ÖBS werden bislang als selbständige Abteilungen der beiden Landesbanken geführt. Die Entscheidung wird mit der Notwendigkeit begründet, die Marktaktivitäten der öffentlichen Bausparkassen in dem „umkämpften Bausparmarkt zu bündeln und neu auszurichten". Zudem würden erhebliche Rationalisierungseffekte erwartet. Entlassungen indes werde es nicht geben.

Die NordLB ist seit 1983 – nach der Fusion der Bremer Landesbank und der Staatlichen Kreditanstalt Bremen-Oldenburg – mit 75 Prozent an der Bremer Landesbank beteiligt und hat ihr Gebiet gegen das ihrer Tochter „überschneidungslos abgegrenzt". Einzige Ausnahme bildete noch das Bauspargeschäft. Nunmehr werde auch für diesen Bereich die Strukturbereinigung erreicht. Die zusammengefaßte Bilanzsumme des neuen Instituts wird bei 7,5 Mrd. DM liegen.

Harter Wettbewerb für Maschinenbau

Berthold Leibinger: Es bieten sich aber Möglichkeiten, für die der Kampf lohnt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der deutsche Maschinenbau sieht sich mit Schwierigkeiten konfrontiert. Der Branche bieten sich aber auch „schier unbegrenzte Möglichkeiten, für die es sich zu kämpfen lohnt". Zu diesem Fazit kommt Berthold Leibinger, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (VDW), und verweist zugleich darauf, daß die günstige Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges nicht nur mit den eigenen Leistungen zusammenhänge.

Wie Leibinger, der auch Präsident der IHK Mittlerer Neckar ist, in einem Vortrag vor dieser Kammer in Stuttgart zu bedenken gab, habe auch eine recht positive konjunkturelle Situation in vielen wichtigen Industrieländern hierzu verholfen. Überdies seien die Exporte durch den Wechselkurs zum Dollar begünstigt worden, eine Situation, die sich inzwischen zu Ungunsten der deutschen Industrie verändert habe. Die Anstrengungen müßten deshalb eher größer als kleiner werden.

Für ihn sei von „größter Wichtigkeit, daß wir in der Zukunft die Qualität unserer Produkte mindestens halten oder sogar verbessern". Hierfür schaffe das Ausbildungssystem recht günstige Voraussetzungen. Die Facharbeiterausbildung, die man hierzulande im dualen System in den Betrieben in Verbindung mit Gewerbeschulen durchführe, sei einer der wichtigsten Vorteile. Dieses System solle man seiner Meinung nach pflegen und ausbauen.

Da viel dafür spreche, daß sich der internationale Wettbewerb verschärfen werde, könne es – so Leibinger weiter – freilich sein, daß die Vorteile nicht mehr genügten, um die Position zu behaupten. Deshalb sei es auch notwendig, daß sich die Rahmenbedingungen veränderten, womit die Tarifpartner in puncto flexiblerer Arbeitszeitregelungen und die Politiker im Hinblick auf ein vereinfachtes Steuersystem und eine aus seiner Sicht notwendige allgemeine Senkung der Steuersätze gefordert wären.

Der deutsche Maschinenbau ist, wie es Leibinger formuliert, „eine Branche, die mit dem Export lebt oder stirbt", gingen doch 65 Prozent der produzierten Maschinen ins Ausland. Der Anteil dieser Branche am Welthandel habe sich seit 1982 von 20,4 Prozent auf 19,4 Prozent leicht ermäßigt, während die Japaner in diesem Zeitraum um vier Punkte auf 19,6 Prozent zulegten. Die USA erreichten in 1985 nach einem deutlichen Rückgang in der zurückliegenden Zeit einen Anteil von 23 Prozent.

Nachdem Umsätze und Beschäftigtenzahl des deutschen Maschinenbaus in den beiden letzten Jahren deutlich gestiegen sind, erwartet die Branche für das laufende Jahr 1986 einen Mehrumsatz von knapp zehn Prozent und die Schaffung von über 30 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Mit über einer Million Beschäftigten und einem Umsatz von 161 Milliarden DM (1985) ist der Maschinenbau der größte Industriezweig hierzulande, vor dem Straßenfahrzeugbau mit 800 000 Beschäftigten und 157 Milliarden DM Umsatz. Die hohe Innovationskraft der Maschinenbauindustrie sei nach Worten Leibingers um so höher einzuschätzen, als es sich bei ihr um eine „ganz und gar mittelständische Industrie" handele, die nur dann Schwächen zeige, „wenn es gilt, langfristige Finanzierungen auch für risikoreiche Aufgaben darzustellen".

Erfolge mit Nahrungsmitteln

Für Ernährungsbranche zeichnet sich Exportrekord ab

HENNER LAVALL, Bonn

Die Sättigungsgrenze im Konsum von Nahrungsmitteln ist in den Industriestaaten weitgehend erreicht. Es geht heute mehr um das Unterbringen von Überschüssen um jeden Preis. Allerdings finden Qualitätsprodukte immer ihre Liebhaber. So wird es für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft in diesem Jahr gerade im Export wieder einige Erfolge geben. Wie die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Bonn, berichtet, deutet einiges darauf hin, daß der Ausfuhrrekord des Vorjahres übertroffen wird. Dies gelte insbesondere für die Menge, die bisher bereits zweistellige Wachstumsraten aufweist.

Beim Exportwert der Land- und Ernährungswirtschaft lief es etwas schlechter. Die D-Mark-Aufwertung gegenüber britischem Pfund und US-Dollar machte Preiszugeständnisse im Außenhandel mit den westlichen Nachbarstaaten notwendig. Und Lieferungen von Butter sowie Rindfleisch zu Minimalpreisen nach dem Ostblock verfälschten 1986 ebenfalls die deutsche Exportstatistik. Dennoch ist man bei der CMA zuversichtlich, daß der Export im laufenden Jahr auch vom Wert her über dem Rekord des Vorjahres von 25,2 Mrd. DM liegen wird.

Harter Konkurrenzkampf

Sehr gut für den deutschen Agrarexport läuft es insbesondere im Nachbarland Frankreich. Es ist inzwischen der drittgrößte Auslandsmarkt (nach Italien und den Benelux-Staaten) für die Nahrungsmittelproduzenten und hat in den ersten acht Monaten 1986 rund 14 Prozent mehr Güter als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres abgenommen. Der Wert der Exporte erreichte mit 1,8 Mrd. DM allerdings nur ein Plus von vier Prozent, nach einem Zuwachs von sieben Prozent auf 2,65 Mrd. DM im Gesamtjahr 1985. Die Bonner Marketingorganisation sieht darin ein Zeichen des harten Konkurrenzkampfes, der Preiszugeständnisse erforderlich gemacht habe.

Die starke Absatzausweitung beweise aber auch, so meint die CMA, „daß die Franzosen, obwohl sie ihren Konsum nur zögernd steigerten, vom Qualitätsniveau der deutschen Nahrungsmittel überzeugt sind". Besonders beliebt waren in den ersten acht Monaten Nahrungsmittel tierischen Ursprungs. Ihr Wert verbesserte sich in dem genannten Zeitraum erheblich. So legte Butter um über 500 Prozent auf 37 Mill. DM zu, Käse um rund 20 Prozent auf 66 Mill. DM, Fleischwaren um 19 Prozent auf 41 Mill. DM und Fleisch um 21 Prozent auf 532,5 Mill. DM.

Werbezentrum

Die Erfolge kommen nicht von ungefähr. Die CMA unterhält in der Innenstadt von Paris eine Außenstelle mit einem angegliederten Werbezentrum, dem „Maison d'Allemagne". Hier werden ständig Fachschauen für den französischen Großhandel durchgeführt und in einem Ladengeschäft ein kompletter Überblick über das deutsche Exportangebot präsentiert. Das ebenfalls darin untergebrachte Restaurant „Au vieux Berlin" ist wegen seiner guten Küche nicht nur in der Hauptstadt bekannt. Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und dem Showgeschäft zählen zu den ständigen Gästen.

Die Außenstelle, so erläutert der CMA-Delegierte für Frankreich, D. Nufer, berät permanent die deutschen Exporteure und die französischen Importeure, wobei diese Tätigkeit durch Branchen- und Produktforschung untermauert wird. Große Erfolge brachten die Verkaufsförderungsaktionen, die im laufenden Jahr vor allem mit Hyper- und Supermärkten der großen Handelsketten durchgeführt wurden. Hier gelang es, zahlreiche neue deutsche Artikel auf Dauer im Sortiment unterzubringen.

„Uns gehört die Zukunft"

Euphorische Bilanz der Düsseldorfer Kunststoffmesse

J. G. Düsseldorf

Nicht nur mit einer gegenüber der Vorgängerin aus 1983 nochmals um ein Fünftel auf gut 220 000 gesteigerten Besucherzahl präsentiert sich die gestern beendete Düsseldorfer Kunststoffmesse K '86 als weltgrößte Fachmesse ihrer Art. Daß reichlich 98 Prozent der 1700 Aussteller mit den Messeresultat „sehr zufrieden bis zufrieden" waren, werten Ausstellerbeirat und Nowea-Geschäftsführung als noch nie dagewesenes Resultat.

Die Kunststoff- und Kautschukindustrie sei auf dem Vormarsch in „immer mehr Verwender- und Verarbeitungsbereiche", resümieren die Messe-Matadoren. Und fügen aus aktueller Erfahrung hinzu: „Dieser Branche gehört die Zukunft."

Bewährt habe sich auch die zunächst umstrittene Verkürzung im Messerhythmus von vier auf drei Jahre. Behaglich an die Adresse der nur noch wenigen Skeptiker zitieren sie den Aachener „Kunststoff-Papst" Prof. Georg Menges mit seinem Messe-Resümee: In den letzten drei Jahren seien mehr neue Kunststoffe entwickelt worden als in den beiden letzten Jahrzehnten zuvor. Eine Novitätenwelle, von weltweit günstiger Konjunktur beflügelt, die sich vom Kunststoff-Erzeuger über den Maschinenbauer bis zum Verarbeiter mit klarem Schwerpunkt auf „Engineering-Produkte" und auf Verbundwerkstoffe (zumal mit Einsatz hochfester Fasern) konzentriert. Und die beim Maschinenbau zugleich den Akzent auf noch mehr Automation und Flexibilität der Anlagen zeigt.

Den „Umbruch bei der Werkstoffentwicklung", den die Aussteller nach dieser Messe eindrucksvoll bestätigt finden, sehen sie auch in der Fachbesucher-Bilanz bekräftigt. Und dies nicht nur in der gegenüber 1983 nochmals deutlich höheren und mit auf 50 Prozent Ausländerquote gestiegenen Zahl. Auch die „Besucher-Qualität" mit erheblich mehr Ingenieuren, Konstrukteuren und Top-Managern habe sich erneut verbessert. Unerwartet stark sei diese normalerweise als „Investition in die Zukunft" gewertete Messe bereits zur Ordermesse geworden – mit noch schöneren Aussichten für das Nachmesse-Geschäft.

OLB profitierte von dem Aufschwung

dos, Oldenburg

Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB), an der die Dresdner Bank mehrheitlich beteiligt ist, profitiert von der wirtschaftlichen Belebung im Weser-Ems-Gebiet. Nach Angaben des Vorstands wuchs das Geschäftsvolumen in den ersten neun Monaten 1986 auf 5,04 (Ende 1985: 4,98) Mrd. DM. Die Forderungen an Kunden nahmen im Berichtszeitraum um 4 Prozent oder 120 Mill. DM auf 3,1 Mrd. DM zu. Das gesamte Kreditvolumen wird mit 3,4 (3,33) Mrd. DM ausgewiesen.

Zufrieden äußert sich der OLB-Vorstand zur Ertragsentwicklung. Trotz der Niedrigzinsphase ergibt sich ein Anstieg des Zinsüberschusses um 1,5 Mill. DM auf 149,1 Mill. DM. Einschließlich des Provisionsgeschäfts nahm der Überschuß um 2,9 Prozent auf 176,6 Mill. DM zu. Das Teilbetriebsergebnis allerdings liegt mit 49 Mill. DM um 1,8 Mill. DM unter dem anteiligen Vorjahresergebnis. Für das gesamte Jahr rechnet das Institut mit einem zufriedenstellenden Ergebnis. Zur Dividende (1985: 8 DM) werden keine Angaben gemacht.

PERSONALIEN

Klaus Sattler, Leiter des Zentralbereichs Generalsekretariat der Nestle-Gruppe Deutschland, Frankfurt, ist zum Leiter des Zentralbereichs Personal und zum Geschäftsführer der Nestle Maggi GmbH ernannt worden.

Gerhart Debatin, Vorstandsmitglied der Raiffeisen-Zentralgenossenschaft, Karlsruhe, vollendet am 18. November sein 60. Lebensjahr.

Otto Günter Dahme, kaufmännischer Geschäftsführer der Wilhelm Albrecht GmbH, Berlin, wurde Vorstandsmitglied der Berliner Elektro-Beteiligungen AG, Berlin.

Andrew Beith wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zum Direktor des Europabundes in Paris ernannt. Er ist Nachfolger von **Aldo Guetta**.

Theo Schneider (55), geschäftsführender Gesellschafter der Der Baustoff-Mann, Oberhausen, wurde zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes Westdeutscher Baustoffhändler gewählt.

Dr. **Rolf Störing** (50), Geschäftsführer der Aluminium-Walzwerke Singen GmbH, Singen, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsführung ernannt worden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Börsenkandidat

München (dpa/VWD) – Die Maho Werzeugmaschinenbau Babel + Co AG, Pfronten, will noch im Dezember an die Börse gehen. Außer den 160 000 Stammaktien aus der letzten Kapitalerhöhung von 36 Mill. DM auf 44 Mill. DM sollen auch Stammaktien aus dem Besitz der Altaktionäre an den Börsen in München, Stuttgart und Frankfurt plaziert werden. Die neuen Stammaktien sind für das Geschäftsjahr 1986/87 (30. Juni) zur Hälfte dividendenberechtigt. Auf dem Weg vom Maschinenbauer zum Hersteller flexibler Fertigungslösungen sollen die neuen Kapitalmittel die „überplanmäßigen Wachstumschancen" bei CNC-gesteuerten Fräs- und Bohrmaschinen und Bearbeitungszentren sichern helfen. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Gesamtleistung des Maschinenunternehmens auf 344,4 (1984/85: 255,9) Mill. DM verfünffacht und soll im laufenden Geschäftsjahr 400 Mill. DM erreichen. Der Jahresüberschuß wuchs um von 142 Prozent auf 11,78 Mill. DM.

Telefon-Konflikt?

Washington (AP) – Im Handelskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa steht offenbar eine neue Runde an. Die US-Regierung will amerikanischen Fernmeldegesellschaften verbieten, deutsche oder andere ausländische Fernmeldeeinrichtungen zu kaufen. Eine entsprechende Vorschrift könnte bis zum Ende des Jahres ausgearbeitet sein, hieß es in Washington. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um Absatzmärkte steht die Firma Siemens. Ihr war es 1984 gelungen, auf den amerikanischen Fernmeldemarkt vorzudringen, als die American Telephone and Telegraph Co. ihr Exklusivrecht verlor, die in ihrem Besitz befindlichen Bell-Telefongesellschaften ausschließlich mit Fernsprecheinrichtungen zu beliefern.

Großauftrag in Sicht

Bremen (dpa/VWD) – Der Bremer Vulkan AG winkt ein Großauftrag der US-Reederei American President Lines (APL) über den Bau von zwei Container-Schiffen. Der Bremer Senat verwies am Mittwoch abend auf einen Beschluß des Bonner Haushaltsausschusses vom gleichen Tage, über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 50 Mill. DM für den Bau dieser Schiffe bereitzustellen.

Farbfernseher in Ungarn

Budapest (dpa/VWD) – Das ungarische Handelshaus Skala und die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, wollen das bisher größte gemeinsame Produktionsunternehmen einer ungarischen und ausländischen Firma errichten. Das Joint Venture soll unter dem Namen Selectronic Videorecorder und Farbfernseher herstellen. Das Stammkapital soll 20 Mill. DM betragen. Ungarn wird mit 65 Prozent beteiligt sein.

Immobilienpreise stabil

Essen (dpa/VWD) – Der Immobilienmarkt in der Bundesrepublik hat sich nach Angaben des Rings Deutscher Makler (RDM) in den letzten Monaten weiter normalisiert. Bei einem gegenüber dem Vorjahr kaum veränderten Preisniveau gebe es derzeit ein breitgefächertes Angebot von Häusern und Eigentumswohnungen, teilte der RDM zur 12. Immobilienmesse in Essen mit. Auch für die kommenden Monate werden überwiegend stabile Immobilienpreise erwartet, wobei allerdings in Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München mit Steigerungen zu rechnen sei.

Pharma-Streit beigelegt

Bonn (tl.) – Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) wendet 2 Mrd. DM für Werbung und wissenschaftliche Information auf. Die Zahl der Pharma-Referenten beträgt 10 500. Der BPI zeigt sich zufrieden, daß nun das wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen, nicht mehr behauptet, die Pharmaindustrie beschäftige 16 000 Referenten und der Werbeetat liege bei 5 Mrd. DM.

Aktien-Engagement in USA abgebaut

Frankfurt Trust stellt mit Nippon Dynamik den Spitzenreiter der Investment-Branche

cd. Frankfurt

Einen nur noch sehr verhaltenen Börsenoptimismus demonstriert das Management des Frankfurt Trust, Investmenttochter der BHF-Bank. Dem deutschen Aktienindex wird nur noch ein vorübergehendes Erreichen des diesjährigen Höchsstandes zugetraut, und auch das nur bei lebhafter Auslandsnachfrage nach blue chips.

Bei begrenztem Rückschlagsrisiko erwartet der Frankfurt Trust künftig größere Kursschwankungen. Zur Vorsicht raten die Experten wegen der noch vielen ungelösten Probleme am amerikanischen Markt und erst recht an der Tokioter Börse.

Von dieser Einschätzung ist denn auch die Anlagestrategie der FT-Fonds an den Aktienmärkten geprägt. Die im Geschäftsjahr 1985/86 bereits reduzierten Engagements in den USA und Japan sollen weiter eher abgebaut werden. An der deutschen Börse, wo der Frankfurt-Effecten-Fonds mit Schwerpunkt in Investitionsgüterwerten, besonders Elektroaktien, investiert ist, wurde der Anteil zinsabhängiger Titel zurückgeführt. Aus der vorsichtigen Einschätzung der Zinsentwicklung resultiert bei den Rentenfonds eine Verkürzung der Laufzeiten.

Stolz sind die FT-Manager auf die Wertentwicklung einiger Fonds. Der Nippon Dynamik ist der Spitzenreiter der Investmentbranche überhaupt, und auch im Zehnjahrestest war er der erste unter den international anlegenden Aktienfonds. Und sie halten sich zugute, daß sie mit dem in Deutschland investierenden Frankfurt Effecten-Fonds den Aktienindex geschlagen haben.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Konkurrenten konnten sie zu ihrem Deutschland-Aktienfonds einen Mittelzufluß (12 Mill. DM) verbuchen. Der Grund: Ihre Kunden sind Professionals, die wie Direkt-Aktienanleger disponieren. Noch mehr registrierten sie professionelles Anlegerverhalten beim Nippon Dynamik, und zwar in Form starker Gewinnmitnahmen (21 Mill. DM Mittelabfluß). Beim Interzins summierten sich die ausschließlich aus dem Ausland kommenden Rückflüsse sogar auf 55 Mill. DM.

Für alle Fonds zusammen ergibt sich ein Rückfluß von 54 Mill. DM, wodurch das Fondsvermögen trotz beträchtlicher Kursgewinne von 479 auf 472 Mill. DM leicht zurückging. Zusätzlichen Absatz verspricht sich der Frankfurt Trust von der Zusammenarbeit mit unabhängigen Vertriebsgruppen. Erfolgreich angelassen hat sich die Vermittlung des Stuttgarter Rentenfonds FT, der für Kunden der Stuttgarter Lebensversicherung konzipiert wurde. Weitere Projekte werden vorbereitet.

Frankfurt-Trust Wertentwicklung	1985/86	1984/85
Interzins	+ 8,9 %	+ 12,1 %
Accuzins	+ 6,4 %	+ 21,8 %
Re-Spezial	+ 8,5 %	+ 14,8 %
Frankf.-Effekten-Fonds	+ 31,6 %	+ 36,3 %
Amerika Dynamik Fonds	+ 2,3 %	+ 5,3 %
Nippon Dynamik Fonds	+ 53,9 %	+ 3,3 %
Interspezial	+ 18,5 %	+ 29,7 %
Interspezial II	+ 18,1 %	+ 30,8 %

Aktien stabilisiert

[illegible] trotz Zinsanstieg freundlicher

Der durch den VW-Gewinnrückgang ausgelöste Schreck klingt allmählich ab. Anlagekäufe führen in den meisten Standardaktien zu stabilen, teilweise auch höheren Notierungen. In Einzelfällen werden Kaufaufträge aus dem Ausland registriert. Bankaktien lagen trotz Zinsanstieg freundlicher.

[illegible] Aktien der Deutschen Bank verbesserten [illegible] um mehr als 17 DM [illegible] Verunsicherung noch gegenüber den [illegible]. Der Fall Sandoz spielt [illegible] Kurs [illegible] der Mannesmann-Aktien [illegible] Gewinn [illegible] durch die Stillegung der [illegible] beeinflußt werden [illegible] spekuliert wird. Außerdem, so meint man, erlauben die politischen Verhältnisse in Hamburg es nicht, ideologisch gefärbte Eingriffe in die Gesellschaftssatzung vorzunehmen. VW-Aktien konnten nur wenig an Boden gutmachen. Die große Verkaufswelle ist indessen vorbei. Maschinenbauwerte tendierten freundlich. Der Markt leidet unter der gegenwärtigen Auftragssituation einzelner Unternehmen. Warenhauswerte kaum verändert.

Nachbörse: erholt

DW-Aktienindex: 267,51 (269,50)
DW-Umsatzindex: 3840 (5314)
Adv.-decline-Zahl: 102 (65)
[illegible]-Tg-Linie: 271,75 (271,20)
200-Tg-Linie: 277,74 (277,79)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Genußscheine

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

FINANZANZEIGE

Thüga Aktiengesellschaft

München

– Wertpapier-Kenn-Nummer 748 100 –

Erste Aufforderung zum Aktienumtausch

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 4. Juli 1986 hat u. a. beschlossen, unsere bisherige Firma „Thüringer Gas Aktiengesellschaft" in „Thüga Aktiengesellschaft" zu ändern und das Grundkapital neu einzuteilen. Die Beschlüsse sind in das Handelsregister beim Amtsgericht München eingetragen worden.

Wir fordern unsere Aktionäre deshalb auf, ihre unrichtig gewordenen Aktien mit Gewinnanteilscheinen Nr. 44 bis 50 sowie Erneuerungsschein in der Zeit

vom 24. November 1986 bis 24. Februar 1987 einschließlich

bei einer Umtauschstelle während der üblichen Schalterstunden zum Umtausch in auf „Thüga Aktiengesellschaft" lautende Aktien mit dem Ausstellungsdatum „im September 1986" einzureichen. Umtauschstellen sind die Niederlassungen der nachstehend genannten Banken – soweit vertreten – in München, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln und Saarbrücken:

Bayerische Landesbank Girozentrale
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bankhaus Maffei & Co. GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Die neuen Aktien stehen in Urkunden über 1 Aktie (50,– DM) sowie in Sammelurkunden über 10 Aktien (500,– DM) und über 50 Aktien (2 500,– DM) zur Verfügung; sie sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 1 bis 20 und Erneuerungsschein ausgestattet.

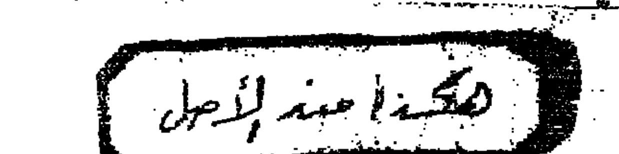
Sofern die umzutauschenden Aktien von einem Kreditinstitut verwahrt werden, wird der Umtausch von dort veranlaßt; in diesem Fall braucht der Aktionär nichts zu unternehmen.

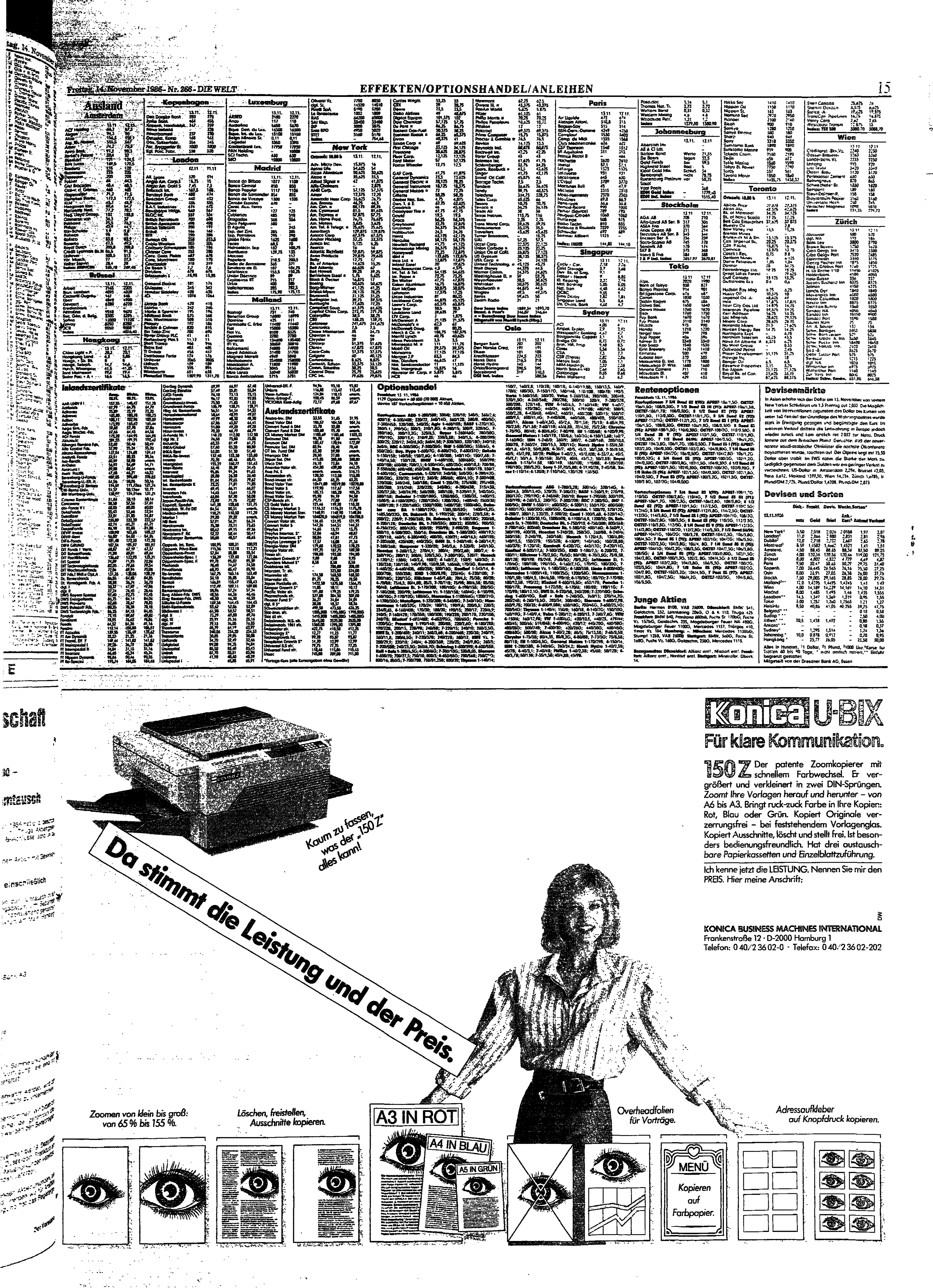
Die beim Umtausch anfallende Kundenprovision wird von uns übernommen. *Wir bitten die* Depotbanken, sich wegen der Erstattung dieser Provision mit einer der genannten Umtauschstellen in Verbindung zu setzen. Die neuen Aktienurkunden werden den Berechtigten provisions- und spesenfrei zur Verfügung gestellt.

Die alten Aktien unserer Gesellschaft sind in der Zeit vom 24. November bis 19. Dezember 1986 einschließlich an den Wertpapierbörsen zu München, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und Hannover sowohl in alten als auch in neuen Aktienurkunden lieferbar. Vom 22. Dezember 1986 an sind nur noch die neuen Aktienurkunden lieferbar.

Die unrichtig gewordenen, auf „Thüringer Gasgesellschaft" lautenden Aktienurkunden, die nicht bis zum 24. Februar 1987 zum Umtausch eingereicht sind, werden wir für kraftlos erklären. Die nach § 73 AktG erforderliche gerichtliche Genehmigung hat das Registergericht am 31. Juli 1986 erteilt.

München, im November 1986 **Der Vorstand**





Ausland

Amsterdam · Kopenhagen · Luxemburg · London · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Toronto · Wien · Zürich · Stockholm · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Brüssel · Hongkong

Inlandszertifikate

Auslandzertifikate

Optionshandel

Frankfurt: 13. 11. 1986
1129 Optionen = 60 650 (70 000) Aktien,
davon 187 Verkaufsoptionen = 10 650 Aktien.

Rentenoptionen

Devisenmärkte

In Asien erholte sich der Dollar am 13. November von seinem New Yorker Schlußkurs um 1,3 Pfennig auf 2,032. Die Möglichkeit von Interventionen zugunsten des Dollar bei Kursen von unter 160 Yen auf der Grundlage des Währungspaktes wurde stark in Erwägung gezogen und begünstigte den Kurs. Im weiteren Verlauf drittelte die Leitwährung in Europa jedoch wieder zurück und kam amtlich mit 2,022 zur Notiz. Druck lastete auf dem Britischen Pfund. Gerüchte, daß der neuernannte saudi-arabische Ölminister die nächste Ölkonferenz boykottieren würde, tauchten auf. Der Ölpreis liegt mit 15,30 Dollar aber stabil. Im EWS nahm die Stärke der Mark zu. Lediglich gegenüber dem Gulden war ein geringer Verlust zu verzeichnen. US-Dollar in Amsterdam 2,284, Brüssel 42,03, Paris 6,612, Mailand 1399,50, Wien 14,274, Zürich 1,6785, [illegible] Pfund/DM 2,725, Pfund/Dollar 1,4208, Pfund/DM 2,875

Devisen und Sorten

13.11.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wochs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	2,018	2,026	2,0188	1,97	2,07
London[2]	11,0	2,866	2,880	2,831	2,81	2,96
Dublin[2]	12,0	2,718	2,737	2,667	2,63	2,78
Montreal[1]	8,59	1,4582	1,4662	1,4521	1,41	1,51
Amsterd.	4,50	88,43	88,65	88,36	87,50	89,25
Zürich	4,00	120,36	120,56	120,46	119,00	121,75
Brüssel	8,00	4,807	4,822	4,779	4,69	4,87
Paris	9,50	30,47	30,65	30,29	29,75	31,40
Kopenh.	7,00	26,445	26,565	26,16	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,91	27,03	26,38	26,00	27,75
Stockh.	7,50	29,005	29,165	28,85	28,00	29,75
Mailand[3]**	12,0	1,4395	1,4495	1,4245	1,41	1,49
Wien	4,00	14,189	14,229	14,169	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,483	1,493	1,46	1,435	1,555
Lissabon**	14,5	1,349	1,369	1,319	0,95	1,55
Tokio	3,00	1,257	1,260	1,2565	1,21	1,27
Helsinki	8,50	40,85	41,05	40,255	39,75	41,75
Belgrad* **	-	-	-	-	0,18	0,58
Budap.* **	-	-	-	-	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,438	1,492	-	0,80	1,55
Ankara* **	-	-	-	-	0,18	0,37
Sydney*	-	1,295	1,314	-	1,24	1,36
Johannbg.*	10,0	0,878	0,917	-	0,70	0,95
Hongkong*	-	25,77	26,05	-	23,50	30,00

Alles in Hundert. [1] 1 Dollar, [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire. [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert. ** Einfuhr begrenzt gestattet
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810B, VAB 2600B. **Düsseldorf:** BMW 541, Goldschm. 232, Lohnkering 206G, O & K 110, Thuga 425. **Frankfurt:** BMW 540, Frankona 600bB, Fuchs St. 170bG, Fuchs Vz. 157bG, Goldschm. 235, Magdeburger Feuer NA 480G, Magdeburger Feuer 1100G, Mercedes 1157, Thürgas 410, Ymos Vz. 184. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1130bG, Stumpf 1258, VAB 2600B. **Stuttgart:** BMW, 560G, Fuchs St. 168G, Fuchs Vz. 160G, Goldschm. 230G, Mercedes 1115.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Allianz entf., Nixdorf entf. **Frankfurt:** Allianz entf., Nixdorf entf. **Stuttgart:** Mineralbr. Überk. 14.

Neue Bundesanleihe belastet

Mit zwiespältigen Gefühlen wurden die Konditionen der neuen Bundesanleihe am Rentenmarkt aufgenommen. Der bei ihr erkennbar gewordene Zinsanstieg in der Bundesrepublik führte bei allen im Markt befindlichen Emissionen zu einem Kursrückgang. Einzelne Anleihen gaben bis zu 0,80 Prozentpunkte nach. Unterbringungsschwierigkeiten scheint es bei der neuen Anleihe nicht zu geben. Nicht modifizierte Stücke waren zu 100,10 Prozent gesucht. Am Pfandbriefmarkt blieben die Renditen nahezu unverändert.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: F = Frankfurt, H = Hamburg, M = München, S = Stuttgart

---

Nach schwerer Krankheit wurde von seinem Leiden erlöst, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, mein lieber Mann, unser Vater, Pflegevater, Großvater und Urgroßvater

Dr.-Ing. Richard Pangels

Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse

* 15. Januar 1900 † 10. November 1986

In tiefer Trauer
Charlotte Pangels geb. Puder
Herbert Pangels u. Frau Waltraud geb. Moeder
Alfred Pangels u. Frau Karin geb. Kauffmann
mit Kindern Christine, Elisabeth, Henning u. Martin
Carola Pangels-Grünenberg
und Kinder Regi und Bettina Grünenberg
Heinz-Jürgen Pangels mit Familie
Detlev Pangels u. Frau Juliette geb. Fey
mit Töchtern Alexandra, Brigitte u. Daniela
Inge Pangels mit Frau Susanne geb. Wigm.
u. Töchtern Juliane u. Victoria

8021 Icking, Irschenhauser Straße 8

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 17. November 1986, um 10.45 Uhr im Westfriedhof in München im Krematorium am St.-Martins-Platz. Seelenmesse am gleichen Tage abends, 19 Uhr, in der alten Ickinger Heiligkreuzkirche.

Anstelle zugedachter Blumengrüße ist es im Sinne des Verstorbenen, eine Spende zu richten an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Lübeck, Dresdner Bank [illegible] BLZ 230 800 40, Konto 304 429 400.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung trauert um

Hans Wolfgang Rubin

der am 11. November 1986 im Alter von 73 Jahren verstarb.

Hans Wolfgang Rubin war seit Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung im Jahre 1958 bis zu seinem Tode eng mit ihr verbunden. Von 1970 bis 1982 war er Vorstandsvorsitzender, danach Ehrenvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung. Die Inhalte der Arbeit, mit denen der Name der Stiftung im Inland und im *Ausland gleichgesetzt wird, sind in großem Maße auf seine Initiative zurückzuführen.*

Mit uns trauern die deutschen Liberalen um einen aufrechten zuverlässigen Gefährten in guten und bösen Zeiten.

Friedrich-Naumann-Stiftung

Kuratorium	Vorstand	Geschäftsführung
Walter Scheel	Ralf Dahrendorf	Fritz Fliszar

Königswinter, den 14. November 1986

Warenpreise – Termine

Bruchteilige Gewinne verzeichneten am Mittwoch die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Fester gingen Silber und Kaffee aus dem Markt. Knapp behauptet notierten Kupfer und Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	12.11.	11.11.
Dez.	282,75-283,00	278,00-277,00
März	269,75-269,25	266,75-266,00
Mai	255,00-254,50	253,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)		
Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	geschl.	201,98
Am. Durum		199,78

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	98,70	
März	103,70	geschl.
Mai	104,00	

HAFER Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	84,00	
März	83,20	geschl.
Mai	83,80	

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	152,75	151,75
März	147,25	147,50
Mai	143,25	144,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	173,50-173,00	170,25-170,50
März	181,75-182,25	179,50-179,80
Mai	187,25-187,00	185,25-185,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	87,00	
März	84,80	geschl.
Mai	84,80	

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	12.11.	11.11.
Dez.	167,80-167,30	165,10-165,50
März	164,25-164,50	163,75-163,80
Mai	164,50	164,00-164,25

KAKAO New York ($/t)	12.11.	11.11.
Dez.	1922-1938	1924-1938
März	1961-1972	1964-1975
Mai	2001	2002
Umsatz	5346	6771

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	6,30-6,40	6,15
März	6,86-6,87	6,70-6,74
Mai	6,97-6,99	6,88-6,89
Juli	7,08	7,00-7,02
Sept.	7,17-7,20	7,10-7,12
Umsatz	16059	15936

Ico-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	6,01	6,19

KAFFEE London (£/t) Robusta	12.11.	11.11.
Nov.	2140-2150	2280-2285
Jan.	2090-2094	—2205
März	2000-2005	2100-2105
Umsatz	9406	4011

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1489-1490	1461-1462
März	1520-1521	1492-1494
Mai	1543-1544	1515-1516
Umsatz	3079	2590

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	12.11.	11.11.
Dez.	141,00-142,20	139,60-140,60
März	154,80-154,80	151,80-152,00
Mai	157,20-157,40	—155,00
Umsatz	2618	4543

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	13.11.	12.11.
schw.		
Sarow.spez.	960,00	960,00
weiß.Sarow.	1360,00	1355,00
weiß.Munt.	1375,00	1370,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	12.11.	11.11.
Nov.	121,80-122,00	121,75
Jan.	121,90	121,50
März	122,25	121,50-121,60
Mai	122,50	121,50-121,70
Juli	121,90-122,10	121,20-121,60
Umsatz	600	900

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	12.11.	11.11.
	geschl.	30,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	geschl.	21,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	15,34-15,32	15,28-15,30
Jan.	15,49-15,48	15,42-15,45
März	15,76	15,72
Mai	15,90	15,92
Juli	16,10	16,10
Aug.	16,20	16,15
Sept.	16,10	15,99-16,00

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	geschl.	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	14,75
Choice white hog 4 % fr. F.	geschl.	10,50

TALG New York (c/lb)		
top white		12,25
fancy	geschl.	11,75
bleichf.		11,25
yellow max. 10% fr.F	geschl.	9,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	53,70-53,55	53,20-53,55
Febr.	49,65-49,40	49,40-49,20
April	44,07-44,20	44,05-44,00

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	67,85-68,10	67,45-67,25
März	66,70-66,90	66,30-66,15
Mai	66,10-66,25	66,20-65,95

HÄUTE Chicago (c/lb)	12.11.	11.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	unerh.	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	unerh.	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	496,5-497,0	498,0-498,25
Jan.	500,0-500,25	499,75-500,0
März	504,75-504,5	503,5-504,0
Mai	505,75-508,5	507,5-508,0
Juli	511,25-511,5	509,5-509,75
Aug.	509,25	508,0
Sept.	501,5	500,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	150,0-149,8	149,7-149,5
Jan.	149,4-149,5	149,3-149,2
März	149,8-150,0	149,6
Mai	150,1-150,3	149,5
Juli	150,2	149,6
Aug.	150,4-150,5	150,0-150,3
Sept.	149,3-149,4	149,0-149,1

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	12.11.	11.11.
Dez.		
März	geschl.	geschl.

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	12.11.	11.11.
	unerh.	18,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	13.11.	12.11.
jegl. Herk. cif	560,00	570,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	372,50	372,50

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	310,00	312,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	76,75	78,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	408,00	410,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	12.11.	11.11.
Dez.	49,30-49,35	48,80-48,95
März	49,15-49,30	48,90-49,00
Mai	49,40-49,45	49,40
Juli	49,50	49,45
Okt.	50,00	50,20-50,40
Dez.	50,60	50,70

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS–1		
	45,00	45,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	13.11.	12.11.
Dez.	557-565	555-561
Jan.	544-550	545-555
März	547-549	546-550
Umsatz	2509	2500

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	13.11.	12.11.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	13.11.	12.11.
Dez.	665,00-670,00	661,00-665,00
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	13.11.	12.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	13.11.	12.11.
Nov.	12329	12300
Dez.	12242	12237

KAUTSCHUK London (p/kg)	12.11.	11.11.
spot	64,50-67,50	64,50-67,50
RSS 1 Dez.	62,75-63,75	62,75-63,75
RSS 2 Dez.	61,75-62,75	61,75-62,75
RSS 3 Dez.	60,75-61,75	60,75-61,75
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	13.11.	12.11.
Dez.	222,00-224,00	223,00-225,00
Jan.	223,00-225,00	224,00-226,00
Nr. 2 Dez.	219,50-220,50	220,50-221,50
Nr. 3 Dez.	215,50-216,50	216,50-217,50
Nr. 4 Dez.	211,50-212,50	212,50-213,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	13.11.	12.11.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13.11.	12.11.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	231,41-231,55	232,69-232,84
dritt. M.	234,29-234,43	234,29-234,43
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	95,18-95,33	96,15-96,29
dritt. M.	93,02-93,15	93,25-93,40
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	730,08-731,52	734,14-737,05
dritt. M.	742,18-742,46	746,30-746,59
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	154,08-156,69	160,75-163,62
Prod.-Pr.	186,39	186,76
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	13.11.	12.11.
	15,87	15,56

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13.11.	12.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Notiz*	267,69-269,71	266,17-270,20
BLEI in Kabeln	102,75-102,75	103,75-104,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	454,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	13.11.	12.11.
MS 58, 1.VS	260-265	261-263
MS 58, 2 VS	311-312	313
MS 63	289-295	289-295

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	13.11.	12.11.
Leg. 225	240-260	240-260
Leg. 226	242-262	242-262
Leg. 231	277-292	277-292
Leg. 235	287-307	287-307

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	13.11.	12.11.
PLATIN (DM/g)	36,708	37,108
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vktpr.	30656	30780
Rückn.-Pr.	26100	26200
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vktpr.	27020	27150
Rückn.-Pr.	26290	26420
verarbeitet	283406	284808
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26560	26606
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vktpr.	385,90	384,30
Rückn.-Pr.	374,10	372,50
verarbeitet	402,60E	401,20B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)	13.11.	12.11.
London 10.30	406,85	407,45
15.00	407,50	407,00
Zürich mittl.	407,30-407,90	406,80-407,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	56750	57400
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	407,05	402,85
3 Mon.	417,55	413,70
6 Mon.	429,70	424,65
12 Mon.	451,60	447,05
PLATIN (£/Feinunze) London	12.11.	11.11.
fr. Markt	370,70	362,05
PALLADIUM (£/Feinunze) London	12.11.	11.11.
1. Handl.-Pr	89,30	89,55

New Yorker Metallbörse

	12.11.	11.11.
GOLD H & H Ankauf	407,00	406,25
SILBER H & H Ankauf	572,00	570,50
PLATIN		
1.Händl.-Pr.	566,00-568,00	566,00-568,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
1. Händl.-Pr	130,00-133,00	130,00-133,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Nov.	408,20	408,10
Dez.	409,50-409,50	409,00-409,50
Jan.	411,20	410,90
Febr	412,50-412,80	412,30-413,00
April	415,70	415,00
Umsatz	25000	24000
SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	582,00	576,20
Dez.	581,00-582,80	577,00-578,50
Jan.	584,60	580,60
März	588,50-591,00	586,00-586,50
Mai	595,00-595,50	590,50
Juli	600,40	596,50
Sept.	606,30	602,40
Umsatz	11500	10000

KUPFER (c/lb)	12.11.	11.11.
Nov	58,70	58,80
Dez.	58,85-58,95	58,95-59,05
Jan.	58,75	59,05
März	59,40-59,50	59,50-59,60
Mai	60,00	60,10
Juli	60,50	60,50
Sept.	60,70	60,85
Umsatz	3700	4600

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	13.11.	12.11.
mittl. Kasse	802,50-804,00	801,00-802,00
3 Mon.	813,50-814,00	808,50-809,50
BLEI (£/t)		
mittl. Kasse	330,50-331,00	327,50-328,50
3 Mon.	322,00-323,50	320,50-321,00
KUPFER grade A (£/t)		
mittl. Kasse	911,00-911,50	907,50-908,00
3 Monate	933,50-934,50	931,00-931,50
ab. Kasse	–	909,50-910,50
3 Monate	–	932,50-933,00
KUPFER-Standard		
mittl. Kasse	890,00-891,00	888,00-890,00
3 Monate	914,00-916,00	913,00-915,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mittl. Kasse	573,00-574,00	575,00-577,00
3 Monate	560,00-560,50	560,00-561,00
ZINN (£/t)		
mittl. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	155-175
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	35-40

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	12.11.	11.11.
Dez.	43,85-43,95	44,30-44,45
Jan.	44,95-45,05	45,40-45,50
Febr.	45,50-45,60	45,90-46,00
März	43,95-44,00	44,30-44,45

GASÖL – London ($/t)	12.11.	11.11.
Dez.	129,00-129,25	131,00-131,35
Jan.	132,25-132,50	134,25-134,50
Febr.	133,50-134,50	135,50-135,75
März	129,75-130,25	131,50-131,75
April	126,50-127,00	129,50
Mai	122,00-126,00	128,00
Juni	121,00-128,00	123,00
Juli	120,00-122,00	119,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	12.11.	11.11.
Dez.	41,55-41,56	41,80-41,90
Jan.	42,15-42,20	42,40-42,50
Febr.	42,70-42,80	43,20-43,30
März	43,70	44,00
April	44,50	44,65

ROHÖL – New York ($/Barrel)	12.11.	11.11.
Dez.	15,32-15,36	15,40-15,42
Jan.	15,47-15,50	15,57-15,59
Febr.	15,51-15,56	15,57-15,60
März	15,48-15,51	15,53-15,55
April	15,45	15,50

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	12.11.	11.11.
Arabian Lg.	11,95	11,95
Arabian Hv.	11,65	11,69
Iran Lg.	14,05N	14,05N
Forties	14,45	14,25
North Brent	14,55	14,45
Bonny Light	14,25N	13,85N

Kartoffeln

London (£/t)	12.11.	11.11.
Febr	113,00	115,00
April	157,90	159,90
Mai	176,00	179,00
Nov.	85,00	85,00

New York (c/lb)	12.11.	11.11.
Nov.	4,55	4,48
März	4,48	4,48-4,49
Mai	5,19	5,29
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	12.11.	11.11.
Nov.	198,60-198,80	194,00-195,70
Jan.	173,40-173,50	173,70-173,20
März	168,10-168,40	169,50-168,50
Mai	166,60	169,50

Devisenterminmarkt

Die Pfundschwäche trieb am 13. 11. die Pfund-Zinssätze nach oben. Die Deports für Pfund und DM erhöhten sich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,29-0,19	0,73-0,63	1,42-1,32
Pfund/Dollar	0,57-0,55	1,83-1,80	3,55-3,50
Pfund/DM	2,20-0,80	5,30-3,90	9,80-8,40
FF/DM	-16-p	53-17	61-45

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 11.: Tagesgeld 4,40-4,45 Prozent, Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent, Dreimonatsgeld 4,50-4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 13. 11.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅜-4½	3⅞-3¼
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4½	3¾-4
6 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4½	3¾-4
12 Monate	6⅛-6⅜	4⅜-4½	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 13. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,90; Verkauf 17,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,00; Verkauf 18,00 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 13. 11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM)

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	179,00	254,22	35,46
20 fr. Napoleon	5,8075	148,00	197,22	33,96
20 sfr Vreneli	5,8070	165,00	214,32	36,91
1 Sovereign Neu	7,3220	181,00	234,94	32,07
1 Sovereign Alt	7,3220	183,00	237,12	32,38
100 Kronen Österr.	30,4880	765,00	940,50	30,85
20 Kronen Österr.	6,0980	151,00	194,94	31,97
10 Kronen Österr.	3,0490	81,00	102,30	33,55
4 Dukaten Österr.	13,7700	363,00	449,02	32,54
1 Dukaten Österr.	3,4420	84,00	116,28	33,78
10 Rubel Tscherw.	7,7420	199,00	255,36	32,98
Krügerrand 1 Uz	31,1035	805,00	957,60	30,79
Krügerrand ½ Uz	15,5517	425,00	507,50	32,63
2 Rand Südafrika	7,3220	181,00	234,84	32,07
1 Rand Südafrika	3,6610	83,00	117,42	32,07
50 C.$ Mapl Lf 1 Uz	31,1035	835,00	991,80	31,89
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	86,00	109,44	35,19
20 US-$ Dbl Eagle	30,0930	1000,00	1288,20	42,81
Gold Am Eagle 1 Uz	31,1035	845,00	1033,20	33,22
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1160,00	1299,60	41,79
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	111,00	142,50	45,82

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 6,50 (5,72). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,37) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,15). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 13.11.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,17	6,70
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,70
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,35	6,85
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	140,00	9,18
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,36	5,60
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,01	5,60
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,57	6,75
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,10	7,22
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,11	6,55
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,71	7,35
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,65	6,65
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,61	7,15
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,47	7,05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,10	7,17
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,87	6,95
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,04	6,55
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,95	6,64
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,00	7,06
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,70	7,13
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,50	4,60
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,05	5,20
WestLB 504	141,65	1.10.91	108,80	5,56
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,60	5,73
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,00	6,87
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,34
Atl. Richfield	$ 100	4.2.97	36,10	8,25
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	136,35	7,87
Prud Realty	$ 100	15.1.99	72,90	9,04
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	78,625	7,66
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	66,375	8,14
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,50	10,52
Xerox (AA)	100,00	11.2.97	66,625	8,34
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	65,125	8,40
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,75	8,27
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,25	9,36
Penney (A+)	100,00	17.2.94	53,625	8,94
Sears (AA)	100,00	27.5.94	55,25	8,70
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	57,25	8,54
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,625	9,52

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. % (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75 (4,72)	100,3	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	5,05 (5,05)	99,90	101,6	103,5	105,3	107,2	109,0
3	5,40 (5,40)	98,65	101,4	104,1	106,8	109,5	112,2
4	5,80 (5,80)	96,90	100,7	103,8	107,3	110,8	114,5
5	6,00 (6,01)	95,40	100,0	105,8	108,0	112,2	116,4
6	6,20 (6,20)	93,65	99,00	105,4	108,2	113,2	118,0
7	6,51 (6,52)	91,70	96,65	102,2	107,6	113,1	118,5
8	6,81 (6,82)	88,55	94,55	101,2	106,6	112,5	118,5
9	6,95 (6,95)	86,65	95,15	100,4	106,2	112,7	119,2
10	6,97 (6,95)	85,50	92,50	100,2	106,5	115,5	120,5
15	7,20 (7,20)	79,45	86,40	98,20	106,3	115,2	124,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,036 (112,021)
Performance-Rentenindex: 248,636 (248,513)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	12. Nov.	5,875-5,938
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,80
	60–270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,85
	60 Tage	5,775
	90 Tage	5,725
Certificates of Deposit	1 Monat	5,55
	2 Monate	5,85
	3 Monate	5,85
	6 Monate	5,85
	12 Monate	6,15
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,38
	26 Wochen	5,50
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,32
	30 Jahre	7,60
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	27. Okt	704,2 Mrd. $ (+1,7 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	142,25	143,00
März	142,60	143,40

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	12.11.	11.11.
9¾ EEC 90	105,625	105,375
11½ dgl. 90	111,125	110,625
12¾ EIB 93	110	109,[illegible]
11 dgl. 91	112,375	112,[illegible]
11½ dgl. 90	114,5	114
11½ dgl. 93	120,375	119,875
11 dgl. 95	122,375	121,75
12½ dgl. 90	116,875	115,75
12½ dgl. 95	127,375	126,875
13 dgl. 92	120,375	120
10 ¼ Wld. Bk. 95	112,75	111,75
10⅝ dgl. 88	105	105
13½ dgl. 95	110,625	110,25
10⅝ dgl. 93	115,25	114,75
11 dgl. 92	114,75	113,75
11¾ dgl. 86	108,5	108,5
11¾ dgl. 93	115,75	115,375
11⅝ dgl. 89	109	108,75
11½ dgl. 90	115,75	115,25
12 dgl. 95	122,375	121,625
12⅝ dgl. 94	125,575	124,75
12⅝ dgl. 94	128,375	127,75
6½ Sears 91	104,75	104,5
6⅞ Swed Ex 91	105,375	102,75
7 TRW 94	102	101,75
6⅝ Un Tech 92	103,75	105,125
6¾ W Disn. 96	103	102,75
6⅞ World Bk 96	102,375	103,125
6⅝ dgl. 90	104,25	104,25
8⅜ dgl. 94	104,75	104,625
7 dgl. 94	107,375	107,125

Euro-Yen

	12.11.	11.11.
6⅜ Al.Corp 91	102,75	102,375
6⅞ All.Sign 93	102,75	102,5
7⅜ ADB 94	109,125	108,875
7 Austria 95	106,25	106,125
7 BP 92	106,875	106,5
6⅞ Denmark 92	104,875	104,625
7 Dom.Bk. 92	105,875	105,625
7 Dow Chem.94	102,25	102
6⅞ EDF 95	105,5	105,125
6⅝ Eurofima 95	102,25	102
6⅝ dgl. 97	103,75	103
6⅝ dgl. 95	102,875	102,625
7⅜ dgl. 94	105,875	105,75
6⅞ Fannie 92	104,875	104,75
6⅝ Finl Rep 90	104,75	104,75
6⅝ GMAC 90	102,625	102,375
7⅜ Goodyear 95	103,125	102,75
6⅝ dgl. 94	101	100,75
6⅝ ITT 92	103,75	103,625
6⅝ McDonal.92	103,125	102,875
6⅞ Montreal 95	104,5	104,125
6⅞ NordLB 93	102,75	102,5
6 NIB 91	101,875	101,75
7 dgl. 92	106,25	106,125
7 Pac Gas 94	–	–
6⅝ Penney 92	103,375	102,625
6⅝ Procter 92	103,75	103,625
6⅝ Sallie 92	103,75	103,5

Lux. Franc Bonds

	12.11.	11.11.
7 Amro 93	99,75	–
9⅜ Asea 89	100,25	100,75
8⅞ Asian Dvl.	99,75	99,75
10⅛ BFG Lux 93	105	105
11 BNP 90	103,5	103,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
10½ Coca 94	106,75	106,75
11 dgl. 92	103,5	103,5
14 dgl. 91	–	–
8¼ Concord 95	105	105
12½ dgl. 92	105	105
8 Copitel 88	100	100
8⅝ dgl. 89	100,75	100,75
12 Cr Lyon 88	100	100
13 dgl. 87	104	104
7⅞ Den Mtg 88	100	100
8⅝ EEC 95	105	105
8⅝ Euratom 95	105,25	105,25
10⅝ dgl. 96	110	110
11 dgl. 93	101,25	101,25
8⅜ Eurof 89	101,5	101,5
9 dgl. 95	105	105
10 dgl. 91	106,5	106,5
10 dgl. 94	104,75	104,75
8 EIB 91	100	100
8⅝ dgl. 93	105	105
9⅝ dgl. 95	107	107,5
9⅝ dgl. 88	100,25	100,25
9⅝ dgl. 93	107	107
10½ dgl. 94	111	111
11⅝ dgl. 85	100	100
12¼ dgl. 90	–	105
8⅞ Goodyear 93	103,5	103,5
9⅝ Ind.B.F 95	104,5	104,5
9⅝ Hypo Bk.88	102	102
11 Kradiet.93	104,75	104,75
7⅝ dgl. 87	99,75	99,75
12½ dgl. 88	104	104
10 dgl. 90	103,75	103,75
11⅝ dgl. 89	100,5	100,5
8 Lucair 87	99,75	99,75
8⅝ dgl. 87	100	100
8⅝ Met.Chim 92	103,25	103,25
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	99,75	99,75
9 Paribas 92	107	107
10⅝ Paribas 89	103,5	103,5
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅞ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sagenal 91	100,5	100,5
9⅝ dgl. 92	106,25	106,25
10⅝ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	100	100
5⅞ Volvo 87	100,25	100,25
8 WorldBk. 96	103,25	105,25
9⅝ dgl. 90	103,5	103,5
10⅝ dgl. 89	101	101

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	12.11.	11.11.
8⅝ Cap City 91	99	99
12⅝ dgl. 92	101	101
8⅝ CCA 93	99,5	99,5
11⅝ Ned. G.88	100,5	100,5
9⅝ Queb. P 94	99,5	99,5
8⅝ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	12.11.	11.11.
7½ Aegon 95	92,875	92
9⅝ ABN 92	–	102,5
9 ANA 95	103,875	103,75
9⅝ ANZ 97	106	106
10⅝ Austria 95	111,125	111,125
10 BNDA 92	104	104
8⅞ B.d.Roma 93	99,25	98,875
9 M.-Hypo 97	103,5	103,5
9 Bk.Hels 96	99,875	99,875
7⅝ BNP 93	95,75	95,5
8⅝ dgl. 95	103,625	103,625
8⅝ Bay.Vbk.88	102,125	102
8⅝ BFCE 93	102	102
9⅝ dgl. 92	107,625	107,375
9⅝ dgl. 95	107,25	106,875
9⅝ Bull 97	102,5	102,375
9⅝ CNT 92	107,625	107,125
9⅝ dgl. 95	107,5	106,875
8⅝ Cargill 95	102,375	102,25
10⅝ Ceca 89	106,5	106,5
9 Chrysl. 92	100,375	100,375
9⅝ dgl. 94	100,25	100,375
9 ClubMed 88	103,25	103,375
9 Colgate 91	102,75	102,75
9 Cap City 95	101,75	101,75
9⅝ CCF 95	104,625	104,625
9⅝ CrdNord 91	104,625	104,5
11⅝ CrdFonc 90	–	–
11⅝ dgl. 90	–	–
8⅝ CrdLyon 92	94	93,75
8⅝ CrdNat 95	104,125	105,875
10⅝ dgl. 94	109,75	109,625
8⅝ Crdanst.94	103	103
9⅝ Credito 92	104,5	104,5
7⅝ Denmark 96	96,125	96,125
9 EDF 97	103,875	104
8⅝ EEC 93	103,575	103,75
8⅝ ELFAqu. 88	107	107
9 Enso Gut 91	101,625	101,625
9⅝ dgl. 93	101,75	101,75
10 Euratom 97	106,375	106,125
7⅝ dgl. 96	94,625	94
9⅝ Eurofima 93	103,25	103,5
8⅝ EIB 90	104,875	104,75
8⅝ dgl. 93	105,75	104,75
8⅝ dgl. 92	103,625	103,375
9⅝ dgl. 95	109,25	109,125
10⅝ dgl. 94	111,5	111,875
10⅝ dgl. 94	107,25	107,625
10⅝ dgl. 90	109,25	109,375
11⅝ dgl. 92	107,75	109,625
9 Eutelsat 93	101,625	101,625
6⅝ EDC 96	89,75	89,75
8⅝ Fiat 90	105,125	105,125
9 FFB Final 95	101,5	101,5
8⅝ Ford C.93	102,875	102,875
7⅝ GIII 95	99,25	99
7 Giroz. 93	94,25	94,125
10⅝ dgl. 93	109,625	109,625
10 IADB 93	111,375	111,625
8⅝ IBM 90	104,5	104,375
6⅝ Iceland 96	88,5	88,5
9 Imatran 96	101,5	101,5
9⅝ Italia 89	104,25	105
10⅝ dgl. 93	110,125	110,125
9⅝ Kansai 92	103,25	103,25
9⅝ Kbrluna 92	102,375	102,375
6⅝ KB/Ibi 95	89	89
10⅝ Mecal 95	106,125	106,125
8⅝ Mas.Tr 93	101,625	101,625
9 MoetHen.91	104	104
9⅝ Mol 90	102	102
8⅝ Morgan 90	103,375	103,25
8⅝ Motorola 92	102,875	102,625
9 Norsa 95	102,125	102
8⅝ N.S.Wal.93	103,125	103,25
9⅝ N.Zeal. 90	105,5	105,25
9⅝ N.Zeal.92	106,5	106,5
7⅝ Nissan 96	94,125	93,75
9 OstLbk. 89	104,25	104,125
8⅝ Olivetti 93	102,75	102,625
8⅝ Parbel 89	101,625	101,625
10 Pechin.90	104,875	104,75
9 Petroc.93	98,375	98,375
9⅝ Peugeot 90	104,125	104,125
8⅝ Philips 96	99,875	99,75
9 Philips 93	102,625	102,525
9⅝ Piba 92	105,375	105,375
10 Prvbk. 92	105,5	105,25
7⅝ Rabobk. 96	95,75	95,375
8⅝ Reynolds 91	102,875	102,75
9 SAS 95	105,875	105,875
9 Sanwa 95	102,75	102,75
8⅝ Seccac 90	102	102
9 SNCI 95	103,375	103,375
6⅝ Sumitomo 92	104,125	104,125
9⅝ dgl. 93	106,125	106,125
9 dgl. 93	104,5	104,25
6⅝ Schwoagen 96	89,875	89,875
9 Unbk.Nor.95	102,375	102,25
8⅝ Vrzl. 90	104,375	104,375
8⅝ WaltD. 94	104	104
9⅝ dgl. 95	103,875	103,75
8⅝ Westgt.96	101,375	101,375
9⅝ Westpac 92	105	105
8⅝ Worldbk.95	102,625	102,5
8⅝ dgl. 93	104,375	104,375
9⅝ dgl. 92	106,875	106,675
10⅝ dgl. 89	107,75	107,375
10⅝ dgl. 94	109,5	109,5
11 dgl. 93	109,625	108,625
8⅝ Xerox 90	101,125	101,125

ECU-Tageswerte

	12.11.	11.11.
Dollar	1,03016	1,02789
Bfr	43,349	43,4048
DM	2,08555	2,0895
hfl	2,3577	2,36128
£	0,722309	0,714
Dkr	7,96782	7,89163
FF	6,82773	6,83271
Lira	1443,25	1445,11
Ir£	0,765347	0,765912
Sfr	1,73015	1,73116
öS	14,6777	14,7059
Peseta	139,998	139,941
Skr	7,15495	7,14854
Nkr	7,49682	7,49135
Kan-$	1,42677	1,42478
Esc	155,751	153,344
Fmk	5,06125	5,07895
Yen	165,855	166,491
Drachme	142,853	142,269

SZR-Wert

	12.11.	11.11.
Dollar	1,20062	1,19856
DM	2,43246	2,43871

Helmut Dallmann

geboren: 13. 3. 23 gestorben: 8. 11. 86

Für uns alle unfaßbar ist ganz plötzlich mein geliebter Mann, unser herzensguter Vater und Opa für immer von uns gegangen.

In tiefer Liebe und Trauer

Ingrid Dallmann
Kerstin Dallmann
Christian Dallmann

2000 Hamburg 62, Holitzberg 105

Die Trauerfeier findet statt am 28. 11. 86, um 12.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof Hamburg-Ohlsdorf, Fuhlsbüttler Straße, im Krematorium Halle B; anschließende Beisetzung von der Kapelle 6.

Von Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir freundlichst abzusehen.

Wir trauern um unseren Seniorchef und Firmengründer

Ing. Kurt Schulze

Durch sein großes fachliches Wissen und seine Weitsicht, gepaart mit unermüdlichem Fleiß und Schaffenskraft, prägte er die Entwicklung unserer Unternehmen. Er wird uns immer Vorbild bleiben.

Geschäftsführung der Firmen
Dibolith GmbH
Dipox Kurt Schulze KG
Dipox Verpackungstechnik GmbH

4190 Kleve, Delfter Str. 28–38
4240 Emmerich, Amselweg 22
den 12. 11. 1986

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 17. 11. 1986, um 11 Uhr in der Friedhofskapelle in Emmerich, anschließend erfolgt die Beisetzung.

Mit großer Betroffenheit geben wir bekannt, daß unser

Verbandsdirektor, Herr

Helmut Dallmann

plötzlich und unerwartet am 8. November 1986 im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Durch seine hervorragenden Kenntnisse und seine 28jährige Tätigkeit im genossenschaftlichen Prüfungswesen, seiner persönlichen Verbundenheit zu allen Aufgaben, seinem Engagement und seiner Tatkraft auch in schwierigen Zeiten hat er sich Dank, Anerkennung sowie höchste persönliche Wertschätzung bei allen Beteiligten erworben.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir von einem engagierten Vertreter des Genossenschaftswesens Abschied. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Trauerfeier findet statt am 28. 11. 86, um 12.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof Hamburg-Ohlsdorf, Fuhlsbüttler Straße, im Krematorium Halle B; anschließende Beisetzung von der Kapelle 6.

In Sinne des Verstorbenen wird anstelle zugedachter Kränze und Blumen um eine Spende zugunsten der Deutschen Kinderkrebshilfe auf das Konto Nr. 100 bei der DG-Bank Frankfurt BLZ 500 604 00 gebeten.

Von Beileidsbezeugungen am Grabe bittet die Familie Abstand zu nehmen.

Prüfungsverband
der Deutschen Verkehrsgenossenschaften
Beirat, Vorstand und Mitarbeiter

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Hargé

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Kurt Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit, Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 6, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Truffauts Faible für raffinierte Unterhaltung

Schwerelose Grazie

Zwar gehörte er einst zu Frankreichs Filmavantgarde, doch auf dem Kamm der neuen Welle ist François Truffaut nie geritten. Bevor er sein Handwerk Mitte der Fünfziger Jahre bei Alain Resnais lernte, war er als *wegweisender Kritiker der „Cahiers du Cinéma“* bekannt geworden und schrieb die Drehbücher zu Godards Filmen. Seinen Durchbruch erlangte Truffaut 1960 durch den Film „Tirez sur le Pianist“, eine Parodie *auf den amerikanischen Genre-Film.* Mochten Godard und andere zum Sturmangriff auf Opas Kino blasen, so wollte dieser Regisseur die erstarrten Strukturen lieber ironisch aufweichen als brachial zerbrechen. Und da Truffaut *insbesondere Hitchcocks* Thrillerkunst liebte, hat er bei allem Reformeifer das Publikum nie aus den Augen verloren. Ganz deutlich wird dieses Faible für raffinierte Unterhaltung im letzten Werk des 1984 gestorbenen *Regisseurs.*

Mancher Kritiker reagierte zwar enttäuscht, daß Truffaut mit „Auf Liebe und Tod“ keinen weiteren Meilenstein der Filmgeschichte gesetzt hat. Dabei verrät gerade dieser prikkelnde, souverän gemixte Cocktail aus Krimi, Melodram und liebevoller Genre-Parodie die meisterhafte Hand eines Zelluloidartisten, der mit Stoffen und Stilen, mit europäischen und *amerikanischen Traditionen* scheinbar schwerelos jonglieren konnte.

Natürlich setzt der exquisit fotografierte Schwarzweißfilm den existentialistisch angehauchten Klassikern des französischen „film noir“ *ebenso ein Denkmal wie den zynischen* Gangsterdramen aus Hollywoods schwarzer Serie. Doch wie man den nassen Asphalt, den teuflisch vertrackten Mordfall und die tatkräftige femme fatale sofort wiedererkennt, so *sucht man etwa die vielfach erprobte* Figur des hartgesottenen Detektivs vergebens. Statt dessen ermittelt hier ein fahriger Immobilienmakler, der die Entenjagd jedem Verkaufsgespräch vorzieht und außerdem stark *an Truffauts „Mann, der die Frauen* liebte“ erinnert.

Jean-Louis Trintignant, der große Schweiger und brillante Gelegenheitspsychopath des französischen Films, spielt diesen Detektiv wider Willen denn *auch nicht als abgebrühten* Draufgänger, sondern als tapsigen Schüchterling, der die Aufklärung der Verbrechen lieber seiner Sekretärin überläßt.

Schon dieser dramaturgische Schachzug beweist denn auch, daß dem großen Genre-Kenner Truffaut hier nicht an einer demütigenden Huldigung an ehrwürdige Traditionen, sondern an der witzigen Variation vertrauter Erzählmuster lag. Da der Regisseur zudem weder an augenzwinkernden Selbstzitaten, noch an Falltüren und doppelten Handlungsböden gespart hat, erweist sich sein letzter Film vor allem als amüsante Schnitzeljagd für Cineasten. Aber selbst wer nicht alle geistreichen Anspielungen versteht, wird von der *leichtfüßigen Grazie einer Geschichte* umgarnt, die auch ohne den Hintergrund ihrer großen Vorbilder bestehen kann. Zumal sich neben Trintignant einer der größten Begabungen des französischen Films vorstellt: Fanny Ardent. Feinfühlig und leidenschaftlich, tatkräftig und doch anlehnungsbedürftig spielt sie einen ebenso modernen wie aufregenden Typ der Gattung Vamp. Um sie kann, nein muß man freilich bis zum letzten Moment bangen. Denn ganz nebenbei und trotz aller eingestreuten *Schmunzelkomik hat François Truffaut* kurz vor seinem Tod noch einmal bewiesen, daß er sich auch auf die Alchimie des Spannungskinos bestens verstand.

WILM HART



Jean-Louis Trintignant als Detektiv wider Willen in Truffauts letztem Film „Auf Liebe und Tod“ (ARD, 20.15 Uhr) FOTO: TELEBUNK

Sabine Sauer will nicht immer nur gefällig sein

Extreme sind ihr so abhold wie Sex und Rambo auf Leinwand *oder Bildschirm, und* darum auch haben sie (mit Ausnahme ganz weniger journalistischer Haudraufs) wirklich alle lieb: Fernseh-Deutschland hat seit einiger Zeit einen hübsch anzuschauenden neuen Schatz; der heißt Sabine Sauer, kommt *aus München,* wird von professionellen Begutachtern der Szene immerzu mit „Harmonie“ und „Liebsein“ assoziiert und macht den Eindruck, als fiele ihr immer alles in den Schoß.

Daß sie viel Glück gehabt hat, sagt sie selbst, sagt aber auch, daß dieses Glück viel mit Disziplin zu tun habe. Nur so ließe sich das halten, meint sie, und wie der bisher achtjährige gleichmäßige Aufstieg in die Medien aussieht, scheint die 31jährige ehemalige Kunststudentin und Amateur-Violinistin, die neben Klassik gern Jazz hört, mit ihrer Devise auch goldrichtig zu liegen.

Mit einem Aushang am Schwarzen Brett der Münchner Uni-Mensa hat besagter Aufstieg dereinst begonnen. Der brachte sie dann zum Hörfunk, in ein Sprecherseminar, und von dort aus gelangte sie schnurstracks auf den Moderatoren-Sessel einer Wochenend- und dann einer regelmäßigen Morgensendung im Bayerischen Regionalprogramm. Und die moderiert sie, einmal pro Woche, auch jetzt noch; wie sie überhaupt zur seltenen Spezies von TV-Lieblingen gehört, die in ARD und ZDF gleichermaßen geduldet und geschätzt werden.

Sabine Sauer im ZDF um 21.15 und 23.05 Uhr

Fünf Jahre lang hat sie die Funksendung „Gute Nacht, Freunde“ moderiert, hat einmal auch den Grand Prix d'Eurovision angesagt, mal ein Kino-Special gemacht und, auch im Bayernfunk, ein „Sauer-Stoff“ genanntes Programm, das schnell auf die Nase fiel. „Kino-Hitparade“ und „Showfenster“ haben dann die Tochter einer Studienrätin und eines Schauspielers/Regisseurs endgültig in populäre Sphären katapultiert. Doch daß sie womöglich unter der Erblast einer Margret Dünser leiden könnte, ist ihr beileibe nicht nachzusagen. Denn mit Wolfgang Penk, dem omnipräsenten Unterhaltungschef des Zweiten Programms, hat sie einen Gönner und Förderer gefunden, der ihr genügend Mitsprache auch bei der Auswahl ihrer Gäste zugesteht, und unter denen gibt es weder einen Kinski, noch einen Berger: Die PR-Masche, die allenthalben in bundesdeutschen Unterhaltungssendungen platzgegriffen hat, liegt ihr nicht: Raissa Gorbatschow und/oder Nancy Reagan wären ihr als Gesprächspartner denn doch sehr viel lieber.

Überhaupt würde es sie schon sehr reizen, die ganze Entertainment-Gefälligkeit ein bißchen mehr gegen den Strich zu bügeln, wie sie kürzlich gestand: Griffe in thematische Wespennester fürchtet sie also keineswegs, *allenfalls die Überflieger-Gefahren,* die überall dort lauern, wo Gesprächspartner eigentlich mehr Tiefe verdienten – bei ihr trügt der Schein: daß sie nicht auch mal etwas kritischere Positionen einnehmen kann, provoziert ihren Ehrgeiz.

Und der läßt gewiß noch allerlei Erwartungen zu; auch „Biß“ und Mut zur „Dis-Harmonie“.

ALEXANDER SCHMITZ



10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Tracy trifft den lieben Gott
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Regie: Gilbert Cates
13.15 Diese Woche im Europäischen Parlament
Agrarüberschüsse in der EG
15.00 Lawinenpatrouille
15.50 Tagesschau
16.00 Sechs Bären mit Zwiebel
Eine Schule steht Kopf
16.55 Flamingo
Frau Winzentsen: Aus meinem Animationstagebuch
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Auf Liebe und Tod
Französischer Spielfilm (1983)
Von und mit François Truffaut
Jacques Massoulier, einer von vielen Liebhabern der Madame Vercel, wird erschossen. Bald darauf wird Madame Vercel ermordet.
22.00 Die Grünen und die Kirchen
Bericht von Udo Kilimann
22.30 Tagesthemen
Bericht aus Bonn
Themen: Die SPD – was nun? Die CDU und die absolute Mehrheit. Impressionen Bundespresseball
23.00 Heut' abend ...
Helmut Dietl bei J. Fuchsberger
23.45 Die Katze kennt den Mörder
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Mit Art Carney, Lily Tomlin
Buch, Regie: Robert Benton
1.15 Tagesschau
1.20 Nachtgedanken
Aristoteles: Vom Wert der Dinge



11.55 Umschau
12.10 Wie würden Sie entscheiden?
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
14.30 heute
14.35 Die freudlose Gasse
Deutscher Stummfilm (1925)
16.30 Freizeit
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Shaka Zulu
Der Ausgestoßene
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Themen: China: Amerikanischer Flottenbesuch in Tsingtau. Peru. Gewalt am heiligen See der Inka. Frankreich: Was wird aus den Opfern des Terrors? Schweiz: Basel und die Großchemie. Italien: Leben ohne Plastiktüte
20.15 Der Alte
Floßfahrt ins Jenseits
21.15 Showfenster
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte
Kulturmagazin
Themen: Literaturpreis-Kandidat Ralph Rothmann. Kinonotiz: „Der schwarze Tanner“. Die Film-„Färber“. „Prawda“-Erstaufführung in Hamburg
22.40 Die Sport-Reportage
Fußball-Bundesliga. Eishockey
23.05 Showfenster Special
Vom Bundespresseball
Mit S. Sauer und K. Bresser
23.45 Alarm im Gruselschloß
Englischer Spielfilm (1966)
1.20 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Hallo Spencer
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Länder – Menschen – Abenteuer
Marokkanischer Markt
21.00 Zeitgeist-Maschine
4. Sexualität und Gesellschaft
21.45 Theater als Therapie
22.15 In bester Gesellschaft
23.00 Man-Ray-Porträt

NORD
18.05 Hallo Spencer
18.30 Startschuß
Jugend-Sportschau
19.15 Völker im Schatten (2)
Die Ungarn-Deutschen von Ofalu
20.00 Tagesschau
20.15 Extra drei
Aktuelle Wochenschau
20.45 Augenblicke
Ein Licht, das nicht erlischt: Rabindranath Tagore
21.00 Lindenstraße (49)
21.30 Leute
Talk-Show mit Jurek Becker, Manfred Krug, Geraldine Blecker

HESSEN
17.30 Herr Rossi sucht das Glück
17.50 Wieso – weshalb – warum
Der Mond
18.00 Hallo Spencer
18.53 Lieder im Park
19.20 Hessenschau
20.00 Sport-Report
22.00 Leute
siehe Nord

SÜDWEST
18.00 Klamottenkiste
18.15 Geschichten von der Ruhr
18.33 Mr. Merlin
19.00 Abendschau / Blick ins Land
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Ich versuche, clever zu sein
Frauen auf Ölbohrinseln
21.00 Aktuell / Neues
21.15 Kultur / Musikmagazin
21.45 Im Gespräch
22.30 Erbe der Väter (5)
23.25 Kulturszene extra
Schillerpreis-Verleihung

BAYERN
18.15 Bayern-Report
18.45 Rundschau
19.00 Unser Land
19.45 Wie ein Fisch ohne Fahrrad
Französischer Fernsehfilm
21.15 Vicenza
Die Stadt Paladios
21.25 Z. E. N.
Japan: Landleben
21.30 Rundschau
21.45 Solo in Sentiment
Mit Werner Schneyder
22.30 Nix für ungut!
22.35 Sport heute
22.50 Nächte in spanischen Gärten

SAT 1

15.30 Programmvorschau
15.35 Die Wasserschlacht (2)
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
Gruppenbild zum Hochzeitstag
16.25 Die Waltons
Das Vollblut
17.10 Daktari
Der Busch brennt (2)
17.50 Spielfilmvorschau
18.00 Happy Days
Howards 45. Geburtstag
18.30 blick
18.45 Doctors Hospital
19.35 Spielcasino: Kartenlotto
19.45 Ein Leben im Rausch
Amerikanischer Spielfilm (1957)
21.35 blick
22.20 Bunte Talkshow
Besuch bei Reinhold Messner
23.20 Der Mann mit dem Koffer
0.10 blick
0.20 Der Verräter
Amerikanischer Spielfilm (1935)
Regie: John Ford



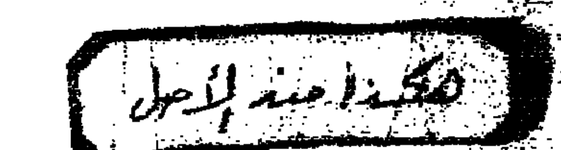
19.00 Abenteuer Wissenschaft
19.45 Der Physik-Zirkus I
6. Leuchten ohne Feuer
20.00 Tagesschau
20.15 Das Martyrium des Heiligen Sebastian
Mysterienspiel von Gabriele d'Annunzio
21.35 ... und über uns der Himmel
Deutscher Spielfilm (1947)
Mit Hans Albers, Ralph Lothar



18.00 Mini-ZIB
18.15 Tips & Trends
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Diese Drombuschs
20.30 Zur Sache
Politisches Magazin
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Evangelisches Tagebuch
22.00 Kottan ermittelt
Mabuse kehrt zurück
23.00 Blue's blue



18.15 Club-Hits / Regional 7
18.35 Stars, Tips und Spiele
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Kinoparade
Zuschauer wählen per Telefon (00352 / 1321) zwischen:
Raumstation Cyborg 009
Japan. Zeichentrickfilm
Flug 413 nach Rio meldet sich nicht
Amerikanischer Spielfilm (1968)
20.40 RTL-Spiel
20.45 Popeye bleibt am Ball
20.50 Eine tödliche Bedrohung
Amerikanischer Spielfilm (1981)
22.25 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.35 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final



War denn da etwas?

ef – Die prominentesten Literaturpreise in Britannien und Frankreich sind der Booker und der Goncourt. Den Booker haben wir just hinter uns – er ging an einen kleinen alten Mann der englischen Literatur, Kingsley Amis. Den Goncourt haben wir noch so eben vor uns, und vielleicht wird er wieder verliehen (wie zwei Drittel aller bisherigen Goncourts) für ein Erzeugnis der *Häuser Gallimard, Grasset* oder Le Sieul, von französischen Literaten deswegen „Galligrassieul" genannt.

Weder die immerhin 15 000 Pfund für Amis' Roman „The old Devils" noch die bescheidenen 50 Franc für den Goncourt-Preisträger machen den wahren Saft dieser Auszeichnungen aus. Der tropft erst später – aus den Extra-Verkäufen, die gut und gern das Fünfzehnfache einer Auflage ohne Preiskrönung erreichen *können*.

Der britische Booker ist weitaus jünger und weniger edler Herkunft als der vor hundert Jahren von den hochberühmten literarischen Brüdern Goncourt gegründete Franzose. *Eine Firma namens* Booker McConnell verdiente dank einer Lücke im Steuersystem dermaßen viel Geld mit dem Ankauf von Copyrights prominenter Autoren, daß sie in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts auf Vorschlag des James-Bond-Erfinders Fleming ihren Profit bescheiden mit alljährlicher Preisausschüttung reduzierte. So kam es also zum „Booker".

Auch bei ihm jurieren übrigens nur Autoren, was aber nichts heißen will. *Zwar wurden die Booker*-Juroren noch nicht mit Nachspeise beworfen, doch ihre Liste weist seit 1969 fast ebenso viele schlappe oder schlimme Entscheidungen auf wie das doch viel längere Verzeichnis der Goncourt-Preisträger.

Liegt das am Druck der Verlage? An Sensationsmache der Medien? An Uneinigkeit der Literaten? Am scheinbar sicheren Hort des Mittelmaßes? Nein, es liegt doch wohl, wie bei den deutschen Preisen oder auch beim großen zu Stockholm, vor allem daran, daß alljährlich um jeden Preis ein Preisträger her muß. Keine Jury kann sich offenbar die Freiheit nehmen, einmal offen zu sagen, was sie häufig wirklich denkt.

Würde denn das weltliterarische „Leben" wirklich nicht weitergehen, wenn Kunstrichter öfter einmal den Mumm hätten, mit Bedauern mitzuteilen: „Da war nichts, was wir *lohnend fanden*"? *Nun,* es würde selbstverständlich weitergehen, doch die Damen und Herren wären ihre warmen Jury-Plätze sehr schnell los.

Zum Erscheinen des Jahresbandes 86/87 des Periodikums „Scheidewege"

Gefährlich und genau leben

Wer sich mit dem kulturkritischen Periodikum „Scheidewege" einläßt, betritt gefährlichen Boden. Das ist im Sinne Nietzsches zu *verstehen, der das Gefährlich-Leben* zu einer ethischen Forderung erhob, mit der die Preisgabe jedes bequemen Sicherheitsdenkens verbunden sei. Die Analysen der „Scheidewege", nunmehr im 16. Jahrgang erscheinend, sparen keines der aktuellen Themen aus, stellen aber auch jede voreilig angebotene Problemlösung zutiefst in Frage. Sie *stören* auf eine schon unheimliche Weise und wirken so als Sand im Getriebe des modernen Leerlaufs.

Krisenbewußtsein ist heute allgemein verbreitet und wird in den Medien zum großen Geschäft gemacht. In diesem Sog treiben die „Scheidewege" jedoch nicht. Im Gegenteil: Sie irritieren, indem sie alle Fragen auf das philosophische Fundament zurückführen. In der Natur- und Welt erkenntnis sind Physik und Philosophie ja längst zusammengeflossen, viele Naturwissenschaftler sind heute zugleich Philosophen. Und Autoren genau dieser Art finden in den „Scheidewegen" ein *Forum. Ein fester* Stamm von von Beiträgern von internationalem Rang hat sich dort versammelt.

Die „Scheidewege" sind kein kommerzielles Unternehmen. Sie werden *aus den Mitteln einer Stiftung finanziert.* Wirtschaftliche Gründe bedingten die Umstellung der ursprünglichen Vierteljahresschrift auf Jahresbände (die den Umfang eines stattlichen Romans haben und jeweils eine Fülle anspruchsvoller essayistischer, polemischer, bekennender Aufsätze vereinigen).

Wie heute das skeptische Denken aussehen sollte

Die Umstellung änderte nichts am Charakter des Unternehmens. Eine gewisse Akzentverschiebung ließe sich allenfalls darin finden, daß neuerdings die Probleme der Ökologie und des Umweltschutzes noch stärker in Erscheinung treten; so war der Jahresband 1984/85 fast ausschließlich den [illegible] gewidmet. Im neuesten, soeben erschienenen Band für 1986/87 ist das alte Maß aber fast wiederhergestellt.

Das Niveau der Beiträge liegt durchweg hoch, doch wird auf Lesbarkeit des Stils geachtet. Fachjargon und elitäres Zielgruppen-Gehabe sind streng verpönt. Für Anschaulichkeit *und persönliche Bezogenheit* der Texte mögen angelsächsische Vorbilder wirksam gewesen sein.

Begründet wurden die „Scheidewege" von Friedrich Georg Jünger (dessen Name nach wie vor programmatisch auf den Bänden genannt wird) und Max Himmelheber, der heute allein als Herausgeber zeichnet. Die Max-Himmelheber-Stiftung in *Baiersbronn im Schwarzwald* (Redaktionsadresse: Saarstraße 7, 7292 Baiersbronn 1) ist Träger. Die Redaktion besorgen Jürgen Dahl, Max Himmelheber und Reinhard Löw.

Die Zeitschrift nennt sich im Untertitel „Jahresschrift für skeptisches Denken". Skepsis heißt hier natürlich nicht modische Zweifelsucht, identifiziert sich aber auch nicht mit der Haltung der antiken Philosophenschule. Gemeint ist das Recht auf kritische Prüfung jeden Sachverhalts *(und sei er noch so „sakrosankt").* Alles wird auf seine Ursächlichkeit und Besonderheit befragt. Wichtig ist, daß das philosophische Fundament zugleich ein ethisches ist, jedoch ist der Verdacht abzuweisen, hier könne etwa missionarisch eifernd gepredigt werden. Wohl aber wird eine ethische Fundierung aller Lebensgebiete gefordert, seien es Naturwissenschaft, Medizin, Technik, Wirtschaft, der Tierschutz oder die Ökologie. Einer institutionellen oder *auch nur vorgeformten* Weltanschauung sind die „Scheidewege" nicht verpflichtet.

Das Spektrum der Themen ist von größter Vielfalt und Breite. Es handelt sich durchweg um Fragen von höchster Dringlichkeit und von bestürzender Aktualität; sie werden mit rücksichtsloser Schärfe angegangen, wofür die Namen der Autoren bürgen. Herausragend im Jahresband 1986 der Aufsatz von Robert Spaemann über „Das Natürliche und das Vernünftige" und Kurt Hübners Essay „Die nicht endende Geschichte des Mythischen". Ernst Jünger ist – wie bisher in jedem Band – auch diesmal wieder mit erhellenden Tagebuchnotizen aus der jüngsten Zeit *vertreten. Ludwig* Bölkow *meldet* sich mit einer gründlichen Analyse über den Energiebedarf des nächsten Jahrhunderts zu Wort.

Auch in den vorangegangenen Bänden stieß man immer wieder auf Perlen. Leopold Kohr, der unentwegte Apologet des „Kleinen", rollte das Drama des Menschen auf, der von der Bühne der Weltgeschichte als *menschliche Person,* das heißt nicht als Typus, sondern als Einzelwesen mit der Fähigkeit, das eigene Schicksal zu gestalten, verdrängt worden sei. Der Autor sieht Rettung nur in der Auflösung der riesigen Organisationen, die durch Staaten und Systeme kleinerer Ordnung ersetzt werden müßten, so wie es in der Antike und *im Mittelalter vorgelebt worden sei.* Die größten Kulturdenkmäler stammten durchweg von *kleinen* Gemeinschaften ab, sagt Kohr.

Siegfried Thalheimer, einer der ständigen Autoren in den „Scheidewegen", sieht in einem Beitrag die Bundesrepublik mit ihrer so oft beflissen versicherten „nahtlosen Übereinstimmung" mit den Ansichten der *Verbündeten in der Rolle eines* Heloten der Völkergemeinschaft. Nationalpolitische Erschlaffung werde bei uns umgedeutet in eine höhere Stufe der kulturellen und politischen Entwicklung.

Das Recht auf Sterben wird von Hans Jonas mit juristischer Gründlichkeit untersucht und mit allem ärztlichen Verantwortungsgefühl bejaht. Das bequeme modische Schlagwort von der Frustrierung beleuchtet kritisch Barbara von Wulffen: Wie lieb*eskarg war oft die Erziehung in be*stimmten Kreisen der „guten alten Zeit", während heute oft Wärme und Elternbeistand im Überfluß angeboten wird

Wider eine Biologie „an den Lebewesen vorbei"

In diesem Überfluß, so betont freilich Barbara von Wulffen, liege aber auch die Gefahr; die gute Erziehung müsse *Grenzen* kennen, innerhalb deren Verwöhnung durch Überfluß vermieden werden kann. Das ist bester „Scheidewege"-Stil!

Hoimar von Dithfurts verblüffende Buchthese „Wir sind nicht nur von dieser Welt" wird von Reinhard Löw als kaschierter atheistischer Materialismus entlarvt. Angesichts der Verödung biologischen Denkens fragt Dieter Mollenhauer, warum die offizielle Biologie *(früher hieß sie viel freundlicher „Naturkunde") heute so* wenig Freude an ihrem Gegenstand wecke, und antwortet: weil sie eine „Biologie an den Lebewesen vorbei" geworden sei. Wie lebendig Naturkunde sein kann, zeigt dagegen die so fesselnd zu lesende Betrachtung über das „Kuckucks-Rätsel" von Heini Hediger. Gängige Schlagworte gäben eine unzureichende Pseudoerklärung des noch immer unentwirrbaren Problemknäuels bei der Beobachtung dieses volkstümlichen Vogels.

Wer die Jahresbände der „Scheidewege" sammelt, erhält eine wahre Enzyklopädie der Problemfelder unseres modernen Lebens, keine Panikmache, keine kurzatmige, nach politischen Vorteilen gierende Katastrophendemagogie, sondern gediegene, unaufgeregte Lagebeschreibungen, tiefe, klare Einsichten, verwertbare Ratschläge und seriöse Kritik. Ja, dieses Periodikum ist mit seinem Mut zum Widerspruch und zum Einzel*gängertum in den letzten Jahren tat*sächlich so etwas wie ein „Gewissen der Nation" geworden. Solange man noch solche Stimmen vernimmt, bleibt auch Hoffnung.

MARTIN KIESSIG



Im Jahre 1801 gewann Ingrès den „Prix de Rome" mit „Les ambassadeurs d'Agamemnon" (Ausschnitt) FOTO KATALOG

Paris: Die Preisträger des Grand Prix de Rome

Chance für arme Maler

Italien mit seiner Vergangenheit, seinen Kunstschätzen und seiner Hauptstadt Rom war von jeher die geistige Wahlheimat von Poeten, Ma*lern und Künstlern, ein immer wieder* angestrebtes Reiseziel. Die „Dilettanti", wohlhabende, kunstbeflissene junge Männer der englischen Gesellschaft, wie sie von Reynolds gemalt wurden, vermochten sich dies zu leisten, arme Maler dagegen nicht. Von 1797 an gab es jedoch in Frankreich für Maler männlichen Geschlechtes, die nicht älter als 29 Jahre waren, eine Möglichkeit, ihren Wunschtraum zu verwirklichen. Es galt einfach, den Grand Prix de Rome zu gewinnen.

Am meisten Glück hatte derjenige, dem der Große Preis der Historienmalerei zufiel, denn dieser berechtigte zu einem Aufenthalt von fünf Jahren in der Ewigen Stadt, während der Große Preis der Historischen Landschaft (Grand Prix de Rome de Paysage Historique), der erst 1817 eingeführt worden war, die Tore Roms nur für vier Jahre öffnete; freilich unter den gleichen Bedingungen. Kost und Logis hatte man an der Académie, ein *Taschengeld gab's auch.*

Einfach war es allerdings nicht, diesen Preis zu gewinnen. Drei Etappen galt es zu überwinden. Als erstes mußte eine Skizze gemäß einem vom Professor vorgegebenen mythologischen oder historischen Thema angefertigt werden. Rund drei Wochen später war eine männliche Aktzeichnung an der Reihe. Von den ursprünglich bis zu 100 Bewerbern wurden maximal zehn zurückbehalten, die dann um den eigentlichen Grand Prix rivalisierten. Innerhalb von zwölf Stunden hatten sie in Klausur den Grundriß ihres Gemäldes nach einem vorgegebenen Thema auszuarbeiten. Für das Bild selber hatten sie 72 Tage Zeit.

Die gegenwärtige Ausstellung in der Académie des Beaux Arts in Paris zeigt – ganz im Sinne der Wiederentdeckung des 19. Jahrhunderts – die Werke der Preisträger von 1797, Datum der erstmaligen Verteilung, bis 1863, als dieser Preis einer Reform zum Opfer fiel. Obwohl die Ausstellung sich dem Besucher nicht sofort öffnet, denn er muß sich zuerst über eine etwas theatralische Monotonie *hinwegsetzen, lohnt sie doch* den Besuch. Zum einen, weil die Academie eine Zeitlang im künstlerischen Leben Frankreichs eine dominierende Rolle spielte, Maler wie Géricault, Delacroix, Millet, Gustave Moreau und Degas sich um den Preis bemühten. Zum andern läßt sich anhand des Grand Prix die Entwicklung der offiziellen Malerei in Frankreich während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachvollziehen.

Nach dem rigorosen Neoklassizismus, vertreten durch Guerin („Le mort de Caton d'Utique", 1797), kommt die Romantik zu ihrem Recht, wie im Bild von Court („Samson und Dalila", 1821). Dann wieder verschwinden die warmen Farben, um einer Art von geistiger Kälte Platz zu machen (Flandrin, „Theseus, von seinem Vater erkannt", 1832), welche wiederum durch die Suche nach dem Pittoresken abgelöst wird (Michel, „Sophokles, angeklagt durch seine Söhne", *1860). Erfreulicherweise* werden in einer angegliederten Ausstellung auch die vorgängigen Entwürfe zu den oftmals steifen Gemälden gezeigt, die dem Besucher aufgrund ihrer Spontaneität und Natürlichkeit oft näher liegen.

Trotz des mit der Verleihung verbundenen hohen Prestiges war der Grand Prix de Rome jedoch nicht der sichere Weg zum Erfolg. Maler wie Degas, Delacroix und Millet bemühten sich vergeblich. 1828 ermalte sich ein gewisser Jean-Louis Bezard, geboren 1799, den Grand Prix mit seinem Bild zum Thema „Jakob weigert sich, Benjamin zu übergeben", das auch heute noch durch Ausdrucksstärke, affirmativen Duktus und gute Kompositon überzeugt. Heute jedoch kennt man nicht einmal mehr das Todesdatum seines Autors. (Bis 14. Dezember, Katalog Grand Prix 245 FF, Kataloge Studien 225 FF bzw. 95 FF, beide zusammen 280 FF)

BEATRICE SCHAFFHAUSER

Optik ist alles: „Prawda" in Hamburg erstaufgeführt

Rückzug der Windhunde

Das muß den Theatermachern des Hamburger Schauspielhauses in der Tat eine subtile Lust gewesen sein, den Zeitungsleuten, die sie in den vergangenen Monaten wegen ihrer matten Produktionen oft so arg gerupft hatten, endlich kräftig eins auszuwischen, diese „bösen Schreiberlinge" einmal nach Strich und Faden als Ausbund an Feigheit und Käuflichkeit zu entlarven. Und sie mußten sich dabei nicht einmal selbst die Hände *schmutzig machen,* denn zwei *Briten,* angesehene Dramatiker des Inselreiches, hatten die Drecksarbeit bereits für sie erledigt: Howard Brenton und David Hare, die mit „Prawda", ihrer „Fleet Street Comedy", im vergangenen Sommer in London einen Reißer lancierten, der nicht nur unter Fleet-Street-Journalisten für Furore sorgte.

Denn „Prawda" war ja im Grunde nichts anderes als ein Schlüssel-Drama: ein halb maliziös, halb sarkastisch geraffter Bilderbogen des unaufhaltsamen Aufstiegs jenes als Südafrikaner getarnten australischen Presse-Tycoons Rupert Murdoch, der mit rigorosen Methoden nicht nur Massenblätter wie „News of the World", sondern auch die den Briten heilige „Times" an sich gebracht hatte, um sie nach seinem Gusto umzufunktionieren. Denn, so lassen Brenton/Hare ihren skrupellosen Zeitungs-Zar Lambert Le Roux zynisch artikulieren, „warum gute Zeitungen machen, wenn *schlechte* sich so viel besser verkaufen." Spricht's und feuert die, die sich nicht sofort seinem Skandal-Journalismus unterwerfen wollen.

So weit, so gut (oder so schlecht) die angeblichen englischen Verhältnisse, die „Prawda" – was hier satirisch für die Verzerrung der Wahrheit steht – geißeln will und für die Zadeks Crew einen geradezu gigantischen szenischen Aufwand treibt, der zum schlichten Gebrauchscharakter dieses Stücks absolut nicht passen will. Da müssen riesengroß und whisky-lüstern die „Black & White"-Köter aus einer Loge glotzen, leibhaftige Windhunde den Niedergang des einstigen „Times"-Herausgebers symbolisieren. Und ein veritabler Fahrstuhl in ächzendem Auf und Ab und diverse andere Großrequisiten eine Zeitungsmacher-Geschäftigkeit suggerieren, die immer wieder auf jene meterhohen himbeerroten Seiten-Stellagen übergreift, die seit Beginn dieser Saison das Schauspielhaus in einen Turnsaal verwandeln.

Optik ist alles, Hektik ebenso. Das scheint die Maxime von Matthias Langhoff gewesen zu sein, der für Regie und Bühne dieser deutschen Erstaufführung von Brenton/Hares zweitem Gemeinschaftsstück verantwortlich ist, von dem man sich nach den positiven Uraufführungsreaktio*nen und nach Einsicht in das engli*sche *Original* doch einiges an aufmunternder oder sogar läuternder Unterhaltung versprochen hatte. Denn sind die Dialoge auch oft knallig und mit Billig-Erkenntnissen etwas zügellos gespickt, so hält diese „Fleet Street Comedy" doch auch einiges an saftigen, lässig plazierten Bonmots bereit und ist mitunter krimihaft flott geschürzt.

Die große Malaise der Hamburger Inszenierung liegt darin, daß Langhoff, der sich auf die ohnehin vergröbernde Übersetzung Thomas Braschs stützt, zumeist viel zu dick aufträgt und sich überdies partout nicht entscheiden kann für einen klaren Stilansatz. Haltlos taumelnd läßt er „Prawda" mal als lauttönende Satire, mal als billige Karikatur, mal als faden Klamauk, dann wieder als Versuch einer Revue in Broadway-Manier oder als Konversationsstück über die Bühne gehen. Das Resultat der dreieinhalbstündigen Prozedur: Wachsendes Desinteresse an diesen britischen Presse-Debakeln, deren Bezüge und Personen, da Brenton und Hare sie nicht kühn genug zu verallgemeinern verstanden, Symbolcharakter nicht gewinnen.

Zu heftigem und oft absurdem Aktionismus verdammt: die Schauspieler. Hermann Lause war gewiß nicht die ideale, so aber doch mit fieser Glätte eine akzeptable Besetzung des diabolischen Le Roux. Glänzend als Mit- und Gegenspieler erwiesen sich Gerhard Garbers und Matthias Fuchs und, mit gewissen Abstrichen, auch Ulrich Tukur. Die Windhunde: allesamt internationale Champions. Sie waren klugerweise bereits von der Bühne stolziert, als massives Buh-Geschrei in den mäßigen Premieren-Beifall einbrach.

KLÄRE WARNECKE

Nächste Vorstellungen: 14., 15., 18., 19. November (Tel. 040/248713)

Würzburger Porzellan im Mainfränkischen Museum

Die Teile des Jünglings

Achtzig Stücke sind zu sehen, Geschirrteile und Figuren aus dem späten 18. Jahrhundert – eine scheinbar eher beiläufige Zugabe zu den Schätzen, die das Mainfränkische Museum ständig auf der Festung Marienberg zeigt. Denn die Vitrinen mit den Porzellanen stehen am Anfang des Museumsrundgangs in den Nischen mit Gemälden aus annähernd der gleichen Zeit. Und so schlendern viele Besucher achtlos vorbei oder schenken den Kannen und Tassen, den Gärtnerinnen und Kindern allenfalls nebenbei einen Blick. Die Würzburger bescheiden sich eben mit Zurückhaltung, wo andere eine Sensation daraus gemacht hätten.

Diese achtzig Stücke sind eine ganz ungewöhnliche Kollektion. Es handelt sich nämlich um Beispiele des Würzburger Porzellans, das nur zwischen 1776 und 1780 hergestellt wurde. In Museen und privaten Sammlungen sind nicht mehr als 63 Geschirrteile und 177 Figuren bekannt. Die Ausstellung umfaßt also ein Drittel dieser raren Porzellane, und zwar – abgesehen von den 18 Stücken aus dem Bestand des Museums – alle aus fränkischem Privatbesitz. Dabei ist *bemerkenswert,* daß *niemand* dem Museum eine Leihgabe verweigerte.




Allegorie des Herbstes: „Schnitter mit Weintrauben im Hut", aus der Würzburger Ausstellung FOTO: KATALOG

Die Geschichte der Würzburger Manufaktur und ihrer Produkte ist ein Unikum. Sie wurde 1775 aufgrund eines Privilegs des Fürstbischofs Adam Friedrich von Seinsheim von seinem Geheimen Kanzlisten, Vikariats- und Konsistorialrat Johann Caspar Geyger auf eigene Rechnung und eigenes Risiko, also ohne landesherrliche Subventionen, errichtet. Und sie hörte zu existieren auf, als Geyger – erst 34jährig – 1780 starb. Damit die hohen Investitionen und die nicht minder beträchtlichen Kosten für Personal und Material wenigstens teilweise wieder hereinkamen, verkaufte die Würzburger Manufaktur – anders als zum Beispiel Meißen – auch Stücke minderer Qualität.

So ist in der Ausstellung eine Teekanne mit einem bizarr verschlungenen Schlangenhenkel, wie man ihn sonst nur bei Goldschmiedearbeiten kennt, zu sehen, die deutlich zur Seite kippt. Außerdem läßt sich nachweisen, *daß aus den einzelnen Teilen* einer Ausformung vom Bossierer 27 verschiedene Figuren zusammengesetzt wurden. Wobei ein Jüngling auch schon mal Teile für ein Mädchen hergeben mußte.

Mit der *Eleganz der großen Manufakturen* kann sich das Würzburger Porzellan nicht messen. Die Glasuren sind nicht so homogen, die Bemalung wie die Formen lehnen sich zwar an die Meißener Vorbilder an, erreichen sie jedoch nicht. Aber Eigenart ist dem Würzburger Porzellan nicht abzusprechen. Von „in ihrer entzückenden Häßlichkeit erfrischend wirkenden Figuren" sprach man wiederholt. Dazu kommt, daß die Existenz der Manufaktur erst Ende des 19. Jahrhunderts *anhand von Archivalien* der Vergessenheit entrissen wurde. Und ihr bestimmte Stücke überzeugend zuzuweisen, gelang nach allerhand Spekulationen und Vermutungen sogar erst 1938. So ist es kein Wunder, daß für Würzburger Porzellane fünf- und sechsstellige Beträge im Handel und bei Auktionen die Regel sind.

Aber auch ohne diese Kenntnisse, die der Katalog mit vielen Einzelheiten ausbreitet, ist es vergnüglich die Geschirre und Figuren zu betrachten. Denn ihre kleinen Unzulänglichkeiten geben ihnen ein sympathisches, anheimelndes Flair. (Bis 14. Dez.; Katalog 15 Mark) PETER DITTMAR

Film: Der Untergang des amerikanischen Imperiums

Pikante Geständnisse

Wortgewaltig eröffnet die Historikerin Dominique (Dominique Michel) mit einem Traktat über die Auswirkungen sozialer Dekadenz auf die Kultur einer Gesellschaft den kanadischen Film „Der Untergang des amerikanischen Imperiums". Kurz darauf trifft man die Professorin mit drei anderen Frauen in einem Fitneßcenter wieder. Während die bis auf eine Ausnahme nicht mehr ganz taufrischen Damen um die Attraktivität *ihrer Leiber kämpfen, bereiten die* ihnen durch Heirat, Scheidung oder zweiten Frühling verbundenen Männer, allesamt ebenfalls Mitglieder der historischen Fakultät, in einem Haus am See das Abendessen.

Bevor man sich aber zum bösartig-intellektuellen Geplänkel an den Tisch setzt, werden in beiden Lagern erotische Erfahrungen ausgetauscht: Dabei verwechseln die Männer gelegentlich Wunsch und Wirklichkeit, die Frauen dagegen entlocken sich gegenseitig pikante Geständnisse. Wen wundert's da, wenn ein später Gast, Dianes (Louise Portal) Macho-Freund Mario (Gabriel Arcand), erstaunt feststellt: „Heute nachmittag haben eure Jungs von nichts anderem gequatscht als von Sex. Ich hab gedacht, das gibt hier 'ne Orgie, aber nein, das Geilste, was ich sehe, ist'n Kuchen mit Fisch."

Zusammen mit Louises (Dorothee Berryman) mütterlicher Belehrung „Intellektuelle reden nun mal!" umreißen diese Sätze den Kern des Films. Vorgestellt wird eine Gesellschaft, in der jeder so laut von seinem persönlichen Glück redet, daß er die anderen nicht hört, auch wenn er versucht, die Kluft zwischen kühl analysierender Rationalität und triebhafter Emotionalität mit Charme, Witz und Selbstironie zu überbrücken. So verleiht eine harmlos sympathische Physiognomie, ergänzt durch einen Schmerbauch, den beiden Bett-Helden Pierre (Pierre Curzi) und Remy (Remy Girard) menschliche Wärme, läßt sie eher als Opfer freudscher Theorien denn als egoistische Machos *erscheinen. Umgekehrt wurden den* Frauen außer ein paar Falten auch intellektuelle Reserven zugeteilt, die es ihnen ermöglichen, ihre Schwächen mit Fassung zu tragen.

Der Film bleibt selbst dann glaubwürdig, wenn diese Beziehungskiste, von Pierre „Familie" genannt, am Schluß doch irgendwie funktioniert. Die einem Nervenzusammenbruch nahe Louise – sie muß erfahren, daß der ihr angetraute Remy sie seit 15 Jahren wahllos betrügt – findet beim homosexuellen Claude (Yves Jacques) eine Schulter zum Ausweinen; dieser wendet sich vertrauensvoll an Danielle, als er befürchten muß, an Aids erkrankt zu sein: und in die souveräne, einsame Dominique verliebt sich der junge, knackige Alain (Daniel Briere).

Ob das amerikanische Imperium angesichts von soviel Menschlichkeit nun immer noch unterzugehen droht, bleibt offen. Aber was macht's? Jedenfalls ist Denys Arcands in Cannes preisgekrönter Film eine amüsante, wortreiche Variante des alten Themas vom Geschlechterkrieg.

SIBYLLE SMOLKA

JOURNAL

NRW-Landesvertretung zeigt Kunst der „DDR"

E.N. Bonn

Als „Aufforderung zum gemeinsamen Handeln beider deutscher Staaten" sieht der Stellvertretende *Minister für Kultur der „DDR",* Dietmar Keller, die 140 Exponate von 14 Künstlern aus der „DDR", die seit gestern bis zum 18. Januar 1987 in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Bonn zu sehen sind. Auch der Minister für Bundesangelegenheiten von Nordrhein-Westfalen, Günther Einert, wies auf die steigende Bedeutung des Kulturaustausches zwischen Ost und West hin. Die Ausstellung, die 1987 nach Münster und Saar*brücken weiterwandert, bietet erst*mals einen repräsentativen Einblick in die Entwicklung von Plastik, Malerei, Zeichnung und Graphik aus der „DDR" von den vierziger Jahren bis heute.

Mies van der Rohe in der Berliner Nationalgalerie

dpa. Berlin

Zu seinem 100. Geburtstag wird Ludwig Mies van der Rohe (1886–1969) in einer Ausstellung in „seinem" Museum gewürdigt. Die Berliner Neue Nationalgalerie, deren Gebäude Mies van der Rohe entworfen hat, zeigt ab heute bis zum 15. Januar 1987 Originalzeichnungen, Modelle und Fotografien der Bauten des Architekten. Nach Berlin ist Barcelona die einzige europäische Station. Parallel zu der Würdigung in der Nationalgalerie ist im Berliner Bauhaus-Archiv „Mies van der Rohe – Der vorbildliche Architekt: Architekturunterricht 1930–1958 am Bauhaus und in Chicago" bis zum 13. Januar zu sehen.

Frankreichs Denkmäler sollen gesponsert werden

AFP. Cannes

Die französischen Kulturdenkmäler sollen ab 1987 gesponsert werden. Wie der Staatssekretär im französischen Kulturministerium, *Philippe de Villiers, auf dem ersten* Internationalen Markt für Sponsoren und Mäzenaten (Sponcom) in Cannes mitteilte, soll Versailles einen symbolischen Anfang machen. Auf die Weise sollen die 36 000 historischen Denkmäler in Frankreich aufgewertet werden, die jährlich nur 18 Millionen Besucher verzeichnen gegenüber 52 Millionen in Großbritannien.

Scorsese schließt Vertrag mit Disney

AFP. New York

Der amerikanische Filmregisseur Martin Scorsese hat mit den Walt Disney-Studios einen Zwei-Jahres-Vertrag unterzeichnet, in dessen Rahmen er mehrere Filme drehen und produzieren wird. Scorsese hat bereits seinen letzten Film „The Color of Money" mit Paul Newman für Disney gedreht. Offenbar bewegte ihn dies zu einer erstmaligen engeren Zusammenarbeit mit einer der großen Filmgesellschaften.

Morgen in der GEISTIGEN WELT

„Wenn man die alten Propheten zwingt, deutsch zu sprechen". Luther oder Buber? – Schwierigkeiten beim Übersetzen der Bibel. Von Pinchas Lapide.

*

„Menschenherzen für Xiuhtecuhtli". Über die Angst der Azteken vor dem Tod ihrer Götter. Von Enno von Loewenstern.

*

„Paarlauf auf der schiefen Ebene". Margarete von Schwarzkopf bespricht zwei neue Romane von Doris Lessing.

Drittes Festival der Kinderchöre

AFP. Nantes

In Nantes findet vom 4. bis zum 20. Februar 1987 das 3. Internationale Festival der Kinderchöre statt. Die Teilnehmer kommen aus acht Ländern. Die Bundesrepublik ist mit dem Windsbacher Knabenchor aus Nürnberg, Österreich mit den Wiener Sängerknaben sowie den Sankt-Florian-Sängerknaben aus Linz vertreten. Aus der Schweiz nehmen die Basler Sängerknaben und aus Frankreich die „Maitrise de Radio France" teil. Ehrenkomponist ist diesmal Olivier Messiaen. Seine „Drei kleinen Lithurgien" interpretiert der Gewinner des Wettbewerbs 1986, der schwedische „Adolf Fredericks' Flick Chor".

Totgesagte leben länger

DW. Bonn

In unserem Bericht über das Warschauer Jazz Jamboree '86 hat sich ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen. Nicht der Trompeter und Arrangeur Quincy Jones war gemeint, als vom „unerwarteten Tod" des Count-Basie-Nachfolgers die Rede war, sondern der Trompeter und Bandleader Thad Jones, der im August dieses Jahres gestorben ist.

„Algenblüte" führt zu Gift in den Muscheln

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Die Krankheitsfälle nach dem Verzehr von Miesmuscheln, die in den letzten Tagen die Gesundheitsbehörden in der Bundesrepublik alarmiert haben, sind durch ein Gift verursacht worden, das von einzelligen Kleinstlebewesen (Plankton) produziert wird. Nach Auskunft von Dr. Helmut Kleinsteuber vom Fischereiverband Weser-Ems ist in den letzten Wochen an der Nordseeküste eine ungewöhnliche „Algen-Blüte" – eine starke Vermehrung dieser Mikroorganismen – aufgetreten.

Da Muscheln sich von Algen ernähren, nehmen sie das Gift auf und lagern es für einige Zeit in ihrem Körper ab. Die Substanz führt im menschlichen Organismus zu Durchfall und Erbrechen, der nach Auskunft von Ärzten etwa einen Tag anhält. Nach Auskunft des Bundesgesundheitsministeriums sind bisher in Niedersachsen etwa zehn bis 20 und in Nordrhein-Westfalen 50 bis 60 Krankheitsfälle bekannt geworden. Nach Ansicht von Experten kann ausgeschlossen werden, daß eine Verschmutzung der Nordsee durch Abfälle für die Vergiftungen verantwortlich ist. Es handele sich vielmehr um ein rein biologisches Problem.

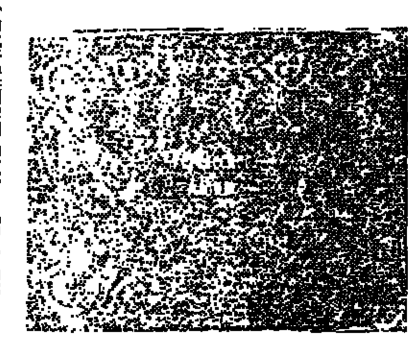
In den Niederlanden sind ähnliche Vergiftungen bereits vor einigen Jahren aufgetreten. Die zuständigen Untersuchungsämter entdeckten daraufhin, daß dafür ein Einzeller aus der Gattung Dinophysis verantwortlich ist. Diese Organismen gehören zu den Geißeltierchen (Dinoflagellaten) und sind eng mit Algen verwandt. Vor allem in den Sommermonaten können sie gehäuft in der Nordsee auftreten. In den Niederlanden werden deshalb regelmäßig Muscheln in entsprechend ausgerüsteten Labors untersucht.

In der Bundesrepublik waren solche Vergiftungen durch „Algen" bislang sehr selten und traten nur punktuell auf. Nach Angaben des niedersächsischen Landwirtschaftministeriums ist jetzt aber der ganze Bereich zwischen Elbe und Ems betroffen. Das Ministerium hat die Veterinärämter des Landes inzwischen angewiesen, die Muscheln in Zukunft regelmäßig zu untersuchen.

Zur Zeit ist noch nicht abzusehen, ob sich die Algenart durch Wasserströmungen weiter an der Nordseeküste ausbreiten wird. Nach Angaben von Dr. Kleinsteuber geht die für diese fortgeschrittene Jahreszeit ungewöhnliche „Algenblüte" auch auf die milde Witterung der letzten Wochen zurück. Für die Muschelfischerei, die in diesem Jahr eine ungewöhnlich schlechte Ernte zu beklagen hatte, bedeutet dies einen weiteren Rückschlag. Die Zahl der damit beschäftigten Betriebe ist in den letzten Jahren schon erheblich geschrumpft.

175 Jahre Kriminalpolizei in Berlin / Zur polizeihistorischen Sammlung gehört auch das erste Verbrecheralbum

Am 15. August 1876 legte der Berliner Kriminalbeamte Albert Baschin ein Album mit Fotos von Verbrechern an, um diese „stets vor Augen zu haben, deren Gebräuche und Verbindungen zu studieren und das dadurch gesammelte Material in meinem Nutzen, zur Heranbildung eines tüchtigen Criminalbeamten zu verwenden". Der Umschlag mit Blindprägung (unten) erinnert an ein Poesiealbum. Foto rechts: Berliner Kriminalbeamte in raffinierten Verkleidungen im Präsidium am Alexanderplatz (1913)





Fünf Fuß, vier Zoll und von gelblicher Gesichtsfarbe

Der Schreck dürfte den Berlinern in die Glieder gefahren sein, als sie am Morgen des 12. April 1811 ihre „Königlich privilegierte Zeitung" aufschlugen: Der wegen mehrfachen Straßenraubes gesuchte Martin Saar, hieß es da, sei aus dem Gefängnis ausgebrochen und entflohen. „Es werden daher alle Militär- und Zivilautoritäten ersucht, auf diesen Verbrecher … zu vigilieren, und wenn er sich betreffen lassen sollte, zu verhaften und uns davon zu benachrichten." Ein „Steckbrief" beschrieb den Gesuchten als einen Mann „fünf Fuß, vier Zoll groß, 45 Jahre alt, von gelblicher Gesichtsfarbe, mit eingefallenen Backen … mit noch sämtlichen Vorderzähnen, und einer heiseren, pfeifenden Sprache." Das war die erste Berliner „Fahndungsmeldung".

Knapp 14 Tage zuvor war eine Kabinettsorder über die „Criminal-Polizei-Geschäfte" erlassen worden. Sie befahl, daß „die bisher von der Criminal-Deputation des Stadtgerichts verwalteten Criminal-Polizei-Geschäfte, mit den dazu bisher bestimmten Offizianten, den sogenannten Criminal-Commissarien und Criminal-Sekretairs, zur Polizei" zugeordnet werden. Von nun an gingen ein Kriminalinspektor und drei Kommissare in Polizeiuniform und – laut Bekleidungsvorschrift – „mit Zylinder" auf Verbrecherjagd.

175 Jahre ist die Berliner Kripo nun schon Verbrechen „auf der Spur". Die Aufklärungsrate liegt bei den fast 270 000 allein in der Spree-Metropole im vergangenen Jahr verübten Straftaten mit 48 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Berliner Kriminalisten waren ihren Berufskollegen in den anderen Teilen Deutschlands allerdings schon immer um „einige Nasenlängen" voraus. Das erste Verbrecheralbum wurde 1876 in der damaligen deutschen Reichshauptstadt angelegt. Auch das erste eigene Fotoatelier der Polizei richtete man kurz vor der Jahrhundertwende hier ein. Mit der Einführung des revolutionierenden Fingerabdruckverfahrens um 1903 standen die Berliner fortan in der wissenschaftlich betriebenen Täterüberführung vorne an.

Fortschrittlichkeit auf der Seite des Gesetzes zog zunehmende Cleverneß und Brutalität „auf der anderen Seite" nach sich. Nach dem Vorbild der Chigagoer „Gangs" entstanden im Berlin der „goldenen" 20er Jahre Verbrecherringe. Hinter dem harmlos geselligen Incognito sporttreibender und lotteriespielender Vereine verbarg sich organisierte und professionelle Kriminalität.

Gegen einen brutalen Triebtäter, den Berliner „Jack the Ripper" Paul Ogorzow, der acht Morde sowie 32 Fälle versuchter und vollendeter Sexualverbrechen „auf dem Kerbholz" hatte, setzte die Polizei in den 30er Jahren weibliche Beamte als „Lockvögel" ein. Er ging ins Netz und konnte verhaftet werden.

Während des Nationalsozialismus wurde die Kriminalpolizei zusammen mit der Geheimen Staatspolizei in die – ihrerseits teilweise kriminelle – Sicherheitspolizei eingegliedert. Viele Beamte wurden dadurch automatisch auch SS-Unterführer und -Führer. „Der Verbrecher wird nicht mehr als Einzelperson, seine Tat nicht mehr als Einzeltat angesehen. Er ist vielmehr als Sproß und Ahn einer Sippe, seine Tat als Tat eines Sippengliedes zu betrachten", begründete 1939 der Kriminalrat Paul Werner die nunmehr einsetzende Sippenhaft. Einen Rückgang der Kriminalität aber gab es auch bei der fast unbeschränkten Polizei- und Staatsmacht in der NS-Zeit nicht.

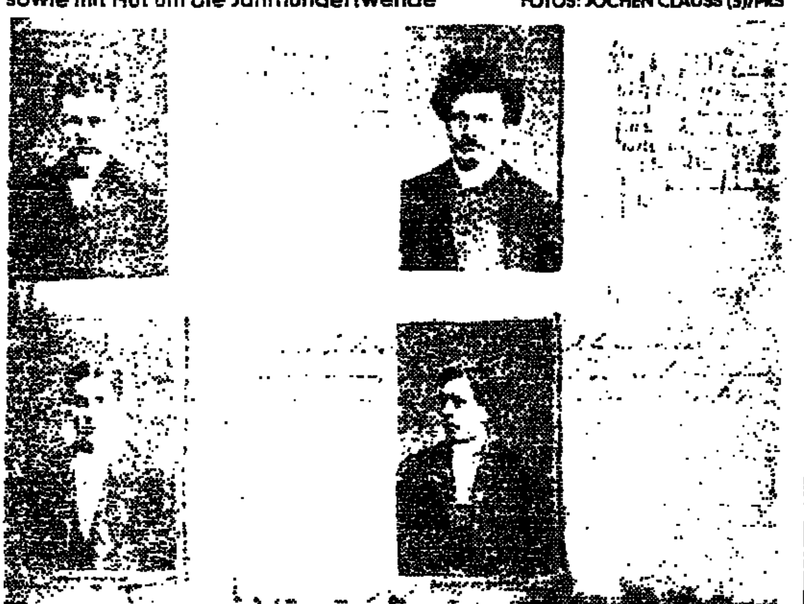
Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Kriminalität in Berlin sprunghaft an. Die Verhältnisse waren gekennzeichnet durch unüberschaubare Flüchtlingsströme, einen unübersichtlichen Schwarzmarkt und Banden, die bewaffnet gegen die Polizei vorgingen. Politische Auseinandersetzungen zwischen den Besatzungsmächten ließen „Gesetz und Ordnung" zeitweilig zusammenbrechen.

Zunehmend werden heute in den Ermittlungsverfahren Spezialisten für Umwelttechnik, Wirtschaft und Computertechnologie hinzugezogen. „Der einzelne Kriminalbeamte", erklärte Landeskriminaldirektor Manfred Kittlaus, „kann sich gar nicht soviel Wissen aneignen, wie zur Aufklärung der Verbrechen notwendig ist." Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Arbeit der heute fast 2100 Frauen und Männer in der Berliner Kripo war die Polizeireform von 1974. Mit ihr wurde die Trennung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei endgültig vollzogen.

SABINE SCHMIDTPOTT



Die Aufnahmen unten aus dem Album von 1876 stammen nicht von Polizeifotografen, sondern sind noch in Berliner Ateliers aufgenommen worden, bei Zielsdorff & Adler etwa. Abgebildet sind vier wegen Mordes gesuchte Männer. Das Album enthält auch Brandstifter, Räuber, Einbrecher, Hehler, Fälscher, Hochstapler, Bauernfänger, Paletot- und Taschendiebe. Oben: Fahndungsfoto mit Seiten- und Frontalansicht sowie mit Hut um die Jahrhundertwende FOTOS: JOCHEN CLAUSS (5)/PRS



Familientragödie nach dem Tod der Großmutter

AP, Hameln

Ein Ehepaar aus Hameln hat am Mittwoch abend seine beiden Töchter getötet und anschließend versucht, sich selbst umzubringen. Wie die Polizei gestern mitteilte, wollte die Familie offenbar mit der vor sechs Wochen gestorbenen Mutter der Ehefrau vereint sein. Nachbarn sagten aus, nach dem Tod der Großmutter seien bei der 36 Jahre alten Frau Wesensveränderungen aufgetreten.

Am Mittwoch habe sie dann mit ihrem um ein Jahr jüngeren Mann Rattengift gekauft. Die fünf Jahre alte Tochter trank nach Aussagen der Polizei das Gift. Als das Kind Magenkrämpfe bekam, habe sie der Vater ins Krankenhaus gebracht. Gegen 19.30 Uhr hörten Nachbarn Streit bei der Familie und alarmierten die Polizei. Die Beamten fanden die jüngere, dreijährige Tochter mit durchtrennter Halsschlagader; die Mutter habe versucht, sich die Pulsadern aufzuschneiden. Der Vater hatte inzwischen die Fünfjährige im Krankenhaus abgeholt und war verschwunden. Um 22.50 Uhr fand die Polizei sein Fahrzeug, im Kofferraum lag die Leiche des zweiten Kindes mit durchschnittener Kehle. Der Vater wurde mit lebensgefährlichen Stichverletzungen in der Brust und durchschnittenen Pulsadern am Weserufer gefunden und ins Krankenhaus gebracht. Die Mutter kam in eine Nervenklinik.

Es bleibt mild

dpa, Kiel

In München sind Biergärten wieder geöffnet und im Rheinland erwarten die Rüben-Bauern eine Rekordernte: Ungewöhnlich warme Luft hat die Natur verwirrt. In München wurden sechs Wochen vor Weihnachten um die Mittagszeit 16 Grad gemessen. Auf der Zugspitze betrug die Sicht bei null Grad 180 Kilometer. Für die nächsten Tage erwarten die Meteorologen weiteren Zustrom sehr milder Luft aus dem Südwesten.

Peter Pinzner verhaftet

AP, Hamburg

Peter Pinzner (42), der Bruder des „St. Pauli-Killers" Werner Pinzner, ist gestern in Neumünster verhaftet worden. Werner Pinzner hatte am 29. Juli im Hamburger Polizeipräsidium einen Staatsanwalt, seine Frau und sich selbst erschossen. Peter Pinzner wird vorgeworfen, die Waffe vorübergehend aufbewahrt und von dem Tatplan gewußt zu haben.

Metamizol eingeschränkt

rtr, Berlin

Das Bundesgesundheitsamt hat die Anwendung von 104 Schmerzmitteln mit dem Wirkstoff Metamizol eingeschränkt. Diese Mittel sollen nur noch bei akuten oder chronischen starken Schmerzen sowie hohem Fieber verordnet werden. Die Behörde begründete ihre Entscheidung damit, daß Metamizol schwere Schockzustände und schwere Blutzellschädigungen hervorrufen könne.

Luftverkehr im Aufwind

rtr, Berlin

Die Nachfrage im Luftverkehr wird sich nach Ansicht des Direktors des Verkehrsbetriebs der Deutschen Lufthansa, Heinrich Beder, bis zum Jahr 2000 verdoppeln. Auf einem Seminar der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft sagte Beder gestern in Berlin, die Flotten der Luftfahrtgesellschaften würden entsprechend wachsen. Außerdem würden zusätzliche Anforderungen an die Start- und Landebahnkapazitäten der Flughäfen gestellt.

Amokfahrt im Lkw

AFP, Moskau

Die Amokfahrt eines Lastwagenfahrers hat in Saratow in der Russischen SSR sieben Todesopfer und sechs Verletzte gefordert. Wie die Gewerkschaftszeitung „Trud" gestern berichtete, war der 24jährige nach dem Genuß von vier Litern Wein in ein Geschäft gefahren, vor dem zwanzig Personen Schlange standen. Seit Anfang des Jahres wurden „Trud" zufolge bereits 22 Lastwagenfahrer in Saratow wegen Trunkenheit am Steuer festgenommen.

Neuer Wetter-Computer

dpa, Frankfurt

Mit Hilfe eines neuen Computers will der Deutsche Wetterdienst von 1988 an genauere und schnellere Vorhersagen des Wetters liefern. Besonders die eng begrenzte regionale Vorschau solle sich verbessern. Die 44 Millionen Mark teure Anlage ermögliche zum Beispiel eine detailliertere modellhafte Darstellung der Atmosphäre. So soll auch die Warnung vor Smog verbessert werden können.

ZU GUTER LETZT

„In der Politik ist Gustav Heinemann mein Vorbild, zu Hause Heinrich Meuffels" – So Johannes Rau gestern in einer Sitzung des Düsseldorfer Landtags nach einem Zwischenruf von Kurt Biedenkopf, der auf Raus neue Vaterschaft frotzelnd eingegangen war. Der CDU-Parlamentarier Heinrich Meuffels (50) aus Geilenkirchen bei Aachen ist mit zehn Sprößlingen der kinderreichste Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

WETTER: Weiterhin mild

Lage: An der Vorderseite eines über Frankreich liegenden Tiefausläufers wird milde Luft herangeführt.

Vorhersage für Freitag: Im Norden und Westen gelegentlich etwas Regen. Tagestemperaturen bei 12, nachts 4 bis 6 Grad. Frischer bis starker Wind aus südlichen Richtungen. Im Süden in den Niederungen lang anhaltender Nebel, sonst heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen je nach Nebelauflösung 6 bis 16, Tiefstwerte nachts um 4 Grad, örtlich Bodenfrost. Frischer Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Zunehmende Bewölkungsverdichtung und etwas Regen, am Alpenrand zeitweise Föhn.

Sonnenaufgang am Samstag: 7.39 Uhr*, Untergang: 16.34 Uhr, **Mondaufgang:** 15.51 Uhr, Untergang: 6.29 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 14. Nov., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Donnerstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	8	bd
Bielefeld	12	he
Braunlage	12	he
Bremen	12	he
Dortmund	13	he
Dresden	12	he
Düsseldorf	16	he
Erfurt	12	he
Essen	15	he
Feldberg/S.	5	be
Flensburg	9	he
Frankfurt/M.	12	be
Freiburg	11	he
Garmisch	11	be
Greifswald	8	be
Hamburg	10	he
Hannover	13	be
Kahler Asten	9	he
Kassel	11	he
Kempten	13	he
Kiel	10	he
Koblenz	14	he
Köln-Bonn	14	be
Konstanz	4	bd
Leipzig	12	wl
List/Sylt	8	he
Lübeck	10	be
Mannheim	9	wl
München	10	be
Münster	15	he
Norderney	12	he
Nürnberg	12	he
Oberstdorf	11	he
Passau	1	Ne
Saarbrücken	15	he
Stuttgart	11	he
Trier	16	he
Zugspitze	-1	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	22	be
Amsterdam	14	he
Athen	15	wl
Barcelona	18	bw
Belgrad	7	wl
Bordeaux	17	he
Bozen	2	wl
Brüssel	16	he
Budapest	10	wl
Bukarest	13	wl
Casablanca	18	bw
Dublin	11	bd
Dubrovnik	18	bw
Edinburgh	12	bw
Faro	17	bw
Florenz	19	be
Genf	4	Ne
Helsinki	2	he
Hongkong	25	bw
Innsbruck	10	be
Istanbul	12	be
Kairo	20	he
Klagenfurt	-1	Ne
Konstanza	14	wl
Kopenhagen	8	be
Korfu	19	be
Las Palmas	21	be
Leningrad	0	he
Lissabon	14	bw
Locarno	8	Sp
London	13	R
Los Angeles	19	wl
Luxemburg	12	bw
Madrid	10	bw
Mailand	8	bd
Malaga	17	bw
Mallorca	21	be
Moskau	0	bw
Neapel	16	bw
New York	6	bw
Nizza	15	bw
Oslo	2	R
Ostende	13	be
Palermo	19	bw
Paris	17	be
Peking	12	wl
Prag	3	Ne
Rhodos	19	he
Rom	16	bw
Salzburg	10	he
Singapur	29	bw
Split	18	be
Stockholm	3	be
Straßburg	11	be
Tel Aviv	19	be
Tokio	19	Ss
Tunis	19	bw
Valencia	16	bw
Varna	15	wl
Venedig	10	bw
Warschau	6	be
Wien	3	Ne
Zürich	3	Ne

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall, Ss = Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos, – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Geballte Faust

Die vermutlich älteste Karatekämpferin Deutschlands beheimatet das Städtchen Forchheim bei Nürnberg. Vor neun Jahren begann **Krista Weiss** mit dem Training. Heute stemmt sie zum Aufwärmen mühelos Liegestütze auf geballten Fäusten. Sichtbarer Lohn für die 70 Jahre alte Dame mit dem weißen Haar: der braune Gürtel, die höchste Auszeichnung im Karate-Sport.

Offenes Ohr

Preisträger des Deutschen Musikwettbewerbs spielten Bach und Rachmaninow – der sowjetische Botschafter war ganz Ohr. **Julij Kwizinskij** gehörte zum fachkundigen Publikum, das **Helmut Kohl** zur Hausmusik ins Bundeskanzleramt eingeladen hatte. Ebenfalls unter den 100 geladenen Gästen: **Helmut Schmidt**, der einst die Kunst ins Amt holte.

In Notwehr erschossen

Als Aushilfstankwart griff Polizist zur Dienstwaffe

hd. München

Bei einem Überfall auf eine Tankstelle im Münchner Stadtteil Trudering hat ein als Aushilfstankwart tätiger Polizeibeamter am Mittwochabend einen 25jährigen Räuber erschossen. Der 49jährige, mit dem Pächter befreundete Polizist war mit einer Pistole bedroht worden und machte von seiner mitgeführten Dienstwaffe Gebrauch. Bei der Waffe des 25jährigen Andreas D. aus dem oberbayerischen Kreuth handelt es sich um eine Schreckschußpistole der Marke „Browning", die als solche jedoch erst bei näherer Betrachtung erkennbar ist.

Nach den bisherigen Ermittlungen hatten Andreas D. und sein Komplize bereits gegen 21.30 Uhr eine Tankstelle überfallen. Der Tankwart konnte jedoch in einen Nebenraum flüchten und um Hilfe rufen. Kurz nach 22 Uhr drangen die maskierten Täter in die zweite Tankstelle ein. Andreas D. richtete seine Waffe auf den Polizeibeamten und forderte „Kohle raus". Der Polizist griff nach seiner Dienstpistole vom Kaliber 9 mm und gab vier Schüsse ab. Eines der Projektile durchschlug den Oberarm von Andreas D. und verletzte ihn im Oberkörper tödlich.

Sein 24jähriger Komplize wurde am Oberschenkel verletzt, flüchtete in einem Pkw mit gefälschten Kennzeichen und informierte telefonisch die Polizei, nachdem ihn ein Freund in ein Krankenhaus gebracht hatte.

Nach Angaben eines Polizeisprechers handelte es sich eindeutig um eine Notwehrhandlung des Polizeibeamten, der seine Nebentätigkeit jedoch nicht gemeldet hatte. Das Mitführen der Dienstwaffe sei üblich und durch Vorschriften gedeckt.

Zehn-Dollar-Stein war Rekord-Saphir

dpa, Longview/Texas

Das Geschäft seines Lebens hat ein amerikanischer Juwelenhändler gemacht. Auf einer Edelsteinausstellung in Tucson (Arizona) kaufte er für zehn Dollar einen verstaubten Klumpen, dem er nach eigenen Angaben den Wert bereits ansah: Der Stein entpuppte sich als größter jemals gefundener Sternsaphir. Sein Wert wird bei einem Gewicht von 1905 Karat auf 2,28 Millionen Dollar geschätzt.

Roy Whetstine nannte das kostbare Kleinod „The Life and Pride of America" und sucht jetzt einen Käufer, um das Geld zugunsten seiner beiden Söhne anzulegen. Außerdem will er die Schürfrechte für das Gebiet in Idaho erwerben, in dem der Stein gefunden worden war. Als größter Saphir galt bislang der „Stern von Queensland", der 1948 in Australien entdeckt wurde und ein Rohgewicht von 1156 Karat hatte.

Wenn einer unter die Räuber fällt . . .

WALTER H. RUEB, Peschawar

Entlang der pakistanisch-afghanischen Grenze tragen schon 14jährige eine Schußwaffe. Hier ist ein wilder Volksstamm zu Hause, der seine Autonomie verteidigt, sich von der Regierung im fernen Islamabad nichts vorschreiben läßt und eine eigene Miliz unterhält. Fremde spielen mit ihrem Leben, wenn sie das Stammesgebiet betreten.

Trotzdem habe ich seit Beginn der sowjetischen Besetzung von Afghanistan das Gebiet mehr als ein Dutzend Mal unbehelligt passiert, allerdings immer in Begleitung von schwerbewaffneten afghanischen Freiheitskämpfern. Am 8. November rächte sich jedoch Übereile. Die Mudschahedin aus den Lagern in den Bergen über dem Kunartal hatten keinen Mann für eine Eskorte frei. Meine Begleiter und ich wollten jedoch so schnell wie möglich nach Pakistan zurück. Wir waren alle unbewaffnet.

Waffen hatten jedoch die drei Männer im steinigen Niemandsland, 35 Kilometer von der Provinzstadt Khar entfernt, in ihren Händen. Einer von ihnen stoppte unseren Geländewagen. Was er sagte, verstanden wir zwar nicht, was der Räuber meinte, aber um so besser: aussteigen. Wir folgten seinen Befehlen, sahen uns schließlich von drei weiteren mit alten sowjetischen Kalaschnikows bewaffneten Männern bedroht.

Mohammed Quayum Yar, Präsident der Vereinigung afghanischer Mudschahedin-Ärzte, stellte sich ihnen mutig entgegen und versuchte sie vergeblich von unserer Harmlosigkeit zu überzeugen. Der Anführer stieß ihm seine Waffe in den Bauch, schrie Verwünschungen gegen Amerika, den Westen und überhaupt gegen alle Fremden aus und drohte, ihn zu erschießen, wenn er uns Fremde nicht übergäbe.

Was in den folgenden 16 Stunden geschah, wird mir unvergeßlich bleiben. Dr. Yar mußte zurückbleiben. Wir Deutschen aber wurden abgeführt und im festungsähnlichen Haus des Wegelagerers in einem Raum eingesperrt. Nach vielen Stunden kam der Anführer in den Raum, hinter ihm der Arzt, der ein bekümmertes Gesicht machte und kein Wort sagte. Wenig später wurden wir durch einen dunklen Flur hinaus in die vom Mond nur schwach erhellte Nacht getrieben. Wir wurden in ein kleines Gebäude gebracht, oberhalb der „Festung", wie wir das Domizil der Wegelagerer nannten. In einem 16 Quadratmeter großen Raum warf man uns dünne Decken und harte Kissen zu. Dann wurden wir allein gelassen. Bei jeder Bewegung machten Wolken von Staub das Atmen schwer. Der jüngste Wegelagerer – wir nannten ihn wegen seines teuflischen Lachens nur „Der Irre" – kam schließlich mit einem Öllicht und einem gefüllten Wasserbehälter.

Minuten und Stunden schlichen dahin, in der Reisigdecke raschelten Mäuse. Wir schlossen Wetten ab über die Dauer der Gefangenschaft. Um 23 Uhr nahm uns der „Irre" Geld- und Brustbeutel ab. Alles Protestieren half nichts: Gegen seine Maschinenpistole waren wir machtlos.

Die Müdigkeit war uns gnädig, sie ließ uns wenigstens für ein paar Stunden in einen unruhigen Schlaf sinken. Um sechs Uhr morgens brachte eine junge Frau Tee. Draußen wurde es hell. Um acht Uhr traf der Kommandant der nicht weit von unserem Standort lagernden Mudschahedin ein. War er vielleicht ein Spitzel des afghanischen Geheimdienstes, der seit einiger Zeit im Stammesgebiet operiert, Anhänger kauft und Verräter finanziert, um die Wege der Freiheitskämpfer zu blockieren?

Um neun Uhr ging die Tür wieder auf, der Guerrillaführer lächelte, winkte uns hinaus. Der „Irre" trieb uns den Abhang hinunter, dem Alten entgegen. Der ließ uns dann fragen, ob wir bereit seien, Lösegeld zu zahlen. „Nein", sagte ich. „Erst wollen wir Geld- und Brustbeutel zurückhaben, und zwar mit dem gesamten Inhalt: Paß, Flugticket, Kreditkarte, Schlüssel, Geld."

Der Alte war milder gestimmt als am Abend zuvor, händigte uns das Verlangte aus. Ich fingerte den Brustbeutel auf, fand bis auf das Bargeld und das Ticket alles wieder. Die anderen waren ebenfalls um Bares erleichtert worden. Der Alte fragte nach dem Wächter, der uns alles abgenommen hatte. Er mochte kaum glauben, daß ihn der Jüngere um die Beute betrogen hatte. Er blickte in die Runde, dann hinauf zu einem Berg, der seine „Festung" überragt. Dort oben flatterte eine rote Fahne, Zeichen seiner Gesinnung. Der Alte machte eine letzte herrische Bewegung, mit der er uns wegscheuchte. Wir waren frei. Ein Lkw brachte uns zu Dr. Yar, der uns sichtlich bewegt in Empfang nahm.

Freitag, 14. November 1986

WELT REPORT

Nr. 266

Die Dritte Welt integrieren

Auch 25 Jahre nach Gründung des Ministeriums gehört Entwicklungspolitik noch zu den politischen Nebenfächern in Bonn. Zwar können sich die gestiegenen öffentlichen Hilfeleistungen sehen lassen. Auch hat sich die Einstellung der Bevölkerung zur Entwicklungshilfe im letzten Jahrzehnt günstig entwickelt.

Doch fehlt es auch heute noch an der Bereitschaft, die notwendige Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft mit allen Konsequenzen zu akzeptieren. Wer, um ein besonders bedrückendes Beispiel von Protektionismus zu zitieren, auf ein ausländisches Kirschangebot mit Grenzschließung reagiert, wie dies Agrarminister Kiechle kürzlich (vergeblich) versucht hat, kann eher mit Applaus als Kritik rechnen. Wer wie die SPD die Verbannung der Kernenergie auf ihre Fahnen schreibt, muß zuvor den gewaltigen Energiehunger der Dritten Welt mit allen Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Ökologie aus den Betrachtungen ausgeblendet haben.

Entwicklungsminister Warnke hat in diesen Tagen auf der 7. Synode der Evangelischen Kirche in Bad Salzuflen den Kern der innenpolitischen Herausforderung präzisiert. Nach dem Hinweis auf den 1985 erreichten Höchststand deutscher Hilfe sagte er: „Wichtiger als die Erhöhung der Millionen ist aber die Erhöhung der Wirksamkeit. ‚Anders leben, damit andere überleben' heißt für uns: Wir müssen die Herausforderungen unserer Zeit annehmen, wir müssen den Mut zu jenem Strukturwandel aufbringen, den wir anderen predigen.

Das heißt konkret: Wir treten ein für Offenhaltung und weitere Öffnung unserer Märkte, damit die Entwicklungsländer die Früchte ihrer Eigenanstrengungen auch ernten können. Das heißt weiter konkret: Weder unseren Bauern, noch dem Steuerzahler, noch den Menschen in den Entwicklungsländern ist es zumutbar, daß wir Jahr für Jahr hohe zweistellige Milliardenbeträge erst zur Lagerung von Überschüssen, dann noch einmal ähnliche Summen zur Subvention zwecks Abladens auf dem Weltmarkt aufbringen und damit den Erfolg zuschanden machen, den Menschen in der Dritten Welt durch ihre Anstrengungen erzielt haben."

Aber nicht nur innenpolitisch löst konsequent angewandte Entwicklungspolitik Belastungsproben aus. Im Verhältnis zu den Entwicklungsländern ist es mindestens ebenso schwierig, deren Regierungen nicht nur an ihre eigene Verantwortung zu erinnern, sondern sich auch in der politischen Praxis danach zu richten.

Auch wenn die westliche Hilfe noch so großzügig erscheint, sie bleibt für die Empfängerländer marginal. Sie selbst bestimmen ihren wirtschaftspolitischen Kurs. Aber von dieser Ausrichtung hängt die Wirksamkeit unserer Hilfe wiederum entscheidend ab. Damit ergeben sich zwangsläufig Konflikte.

Ob und inwieweit ein Geberland seine außenpolitischen Beziehungen zur Dritten Welt mit entwicklungspolitisch motivierten Auflagen belasten will, hängt letztlich von der Bereitschaft ab, die damit verbundenen Konflikte mit den betroffenen Ländern durchzustehen, konstatierte kürzlich das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik zutreffend.

Je weniger der Westen sich in dieser Frage politisch auseinanderbebeln läßt, desto größer sind seine Durchsetzungschancen und damit die Aussichten, auf eine allmähliche Besserung der Lage hinzuwirken. HH

Das Bonner Entwicklungsministerium – in offizieller Bezeichnung „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (BMZ) – wird heute 25 Jahre alt. Aber schon vor der Gründung am 14. November 1961 hat die Bundesregierung die Länder der Dritten Welt finanziell unterstützt. Bis jetzt hat Bonn billige und langfristige Kredite oder sogar Geschenke in Höhe von über 130 Milliarden Mark geleistet oder bereitgestellt. Diese Summe entspricht rund der Hälfte des gesamten Bundeshaushalts 1986. – Der spätere Bundespräsident Walter Scheel wurde als junger FDP-Politiker erster Entwicklungsminister und war zugleich jüngstes Mitglied im Kabinett Konrad Adenauers. Altbundespräsident Scheel schildert hier die Eindrücke der ersten Stunde und zieht aus Anlaß des „Silberjubiläums" Bilanz. Und Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) nimmt in einem Interview zu zentralen Fragen der Entwicklungspolitik Stellung.

Beispielhafte Erfolge in der Dritten Welt

Werden Sie als Entwicklungshilfeminister einmal überflüssig sein? Oder anders ausgedrückt: Verbucht die Entwicklungshilfe auch Erfolge, oder ist sie ein Faß ohne Boden?

Warnke: Es gibt weitreichende, beispielhafte Erfolge. Die Welt wird nicht ärmer, sondern wir können heute zwei Milliarden Menschen mehr ernähren und befähigen, sich verstärkt selbst zu versorgen, als bei Aufnahme der deutschen und internationalen Entwicklungshilfe. So verzeichneten im vergangenen Jahr zahlreiche Entwicklungsländer in Afrika Rekordernten. Das Durchschnittsalter der Menschen in der Dritten Welt konnte in den letzten 25 Jahren um 50 Prozent von 40 auf 60 Jahre erhöht werden. Auf der anderen Seite hungern noch 800 Millionen Menschen. Wir stehen also noch vor großen Herausforderungen. Das Bonner Entwicklungshilfeministerium wird heute 25 Jahre alt. Ich nehme an, daß es zumindest auch ein 50jähriges Jubiläum geben wird.

Beim „Tag für Afrika", an dem Anfang 1985 im Fernsehen zu Spenden aufgerufen wurde, ging es vor allem um die Sahel-Zone, die von einer katastrophalen Dürre heimgesucht war. Wie sieht es dort jetzt aus?

Warnke: In der Sahel-Zone ist – Gott sei es gedankt – im letzten und in diesem Jahr in den meisten Gebieten genügend Regen gefallen. Wir können uns auf gute Ernten, mitunter auf Überschüsse, einrichten. Dennoch ist Entwicklungshilfe dort weiterhin dringend notwendig, damit die Überschüsse auch zu denen gebracht werden können, die – oft im gleichen Land – noch hungern.

Ein beliebtes Argument nicht nur in christlichen Kreisen ist, daß es in der Welt wesentlich besser aussehen könnte, wenn die westlichen Staaten ihre Militärausgaben senken würden und das gewonnene Geld in die Entwicklungshilfe steckten.

Warnke: Niemand sollte sich vor der moralischen und auch politischen Pflicht zur Entwicklungshilfe durch Berufung auf Rüstungsnotwendigkeiten drücken. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren ihren Entwicklungshaushalt überdurchschnittlich gesteigert, und die Entwicklungshilfe hat mit rund 8,7 Milliarden Mark einen Höchststand erreicht. Rüstung gibt es im übrigen nicht nur in den Industrieländern, sondern gerade auch in den Entwicklungsländern. So geben leider ärmste Länder manchmal Milliarden für ihr Militär aus. Während in Äthiopien Millionen hungerten, erstarrte das Land in Waffen.

Ist bei der Entwicklungshilfe eigentlich Geld das allein Entscheidende? Kommt es nicht auch darauf an, ein anderes Bewußtsein in den Ländern der Dritten Welt zu schaffen? Beispielsweise, um für ein positiveres Verständnis von Arbeit, Unbestechlichkeit u.a. zu sorgen?

Warnke: Entwicklungshilfe kann man zwar nicht ohne Geld leisten, aber Geld allein ist noch lange nicht Entwicklung. Es wird auch immer noch zu viel Geld vergeudet, und deshalb muß das vorhandene noch wirkungsvoller eingesetzt werden. Das alles ist uns aber bewußt. Bei der Entwicklungshilfe kommt es vor allen Dingen darauf an, die schöpferischen Kräfte zur Entfaltung zu bringen, die in den Menschen und Völkern der Dritten Welt nach – wie ich meine – Gottes Willen angelegt sind.

> ***„Entwicklungshilfe kann man zwar nicht ohne Geld leisten, aber Geld allein ist noch lange nicht Entwicklung. Es wird auch immer noch zu viel Geld vergeudet, und deshalb muß das vorhandene noch wirkungsvoller eingesetzt werden"***

Ein wichtiger Kritikpunkt in den letzten 20 Jahren ist die frühere Kolonialherrschaft westlicher Staaten. Woran liegt es, daß es den Menschen in vielen ehemaligen Kolonien (Angola, Moçambique, Zimbabwe u. a.) seit der Unabhängigkeit wesentlich schlechter geht als vorher?

Warnke: Es ist ganz verständlich, daß sich junge Staaten mit den ersten Schritten in die Unabhängigkeit auch in Sackgassen verrannten. Viele Ideologien, denen sie folgten, brachten ihnen weder die Freiheit noch den Wohlstand, von dem sie träumten. Inzwischen hat eine große Desillusionierung über den Marxismus eingesetzt. Es gibt eine wachsende Bereitschaft, den Staatsbürokratismus, der alle Eigeninitiativen hemmt, zurückzudrängen.

Zur ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika: Warum hält sich Bonn hier zurück, obwohl in Namibia im Gegensatz zu Südafrika die Apartheid weitestgehend abgeschafft worden ist?

Warnke: Bei der staatlichen Entwicklungshilfe arbeitet in der Regel ein Staat mit dem anderen zusammen. Und solange Namibia nicht völlig unabhängig von Südafrika ist, fördern wir dort Projekte, bei denen staatliche Mittel einem privaten Träger zur Verfügung gestellt werden.

Woher rührt eigentlich in der Dritten Welt, also in Gebieten, wo viele westliche Entwicklungshilfe hineinfließt, die Sympathie für den Sozialismus?

Warnke: Inzwischen gibt es in der Dritten Welt nach der praktischen Erfahrung mit der sozialistischen Planwirtschaft in vielen Ländern einen Trend zur Marktwirtschaft, zumindest zu marktwirtschaftlichen Elementen. Ein typisches Beispiel ist China, das seit kurzem sehr starke marktwirtschaftliche Elemente mit einer grundsätzlich sozialistischen Ausrichtung verbunden hat. Man hat in der Dritten Welt vielerorts eingesehen, daß der Sozialismus in der Praxis versagt.

Ein gegenläufiger Trend wurde Mitte Oktober bekannt: Der Weltkirchenrat entschloß sich, aus seinem Sonderfonds auch 1986 vor allem die sozialistischen Bewegungen Swapo und ANC zu unterstützen. Sie erhalten fast die Hälfte der gesamten Ausschüttung. Nutzt ein solches Engagement kirchlicherseits den betreffenden Völkern?

Warnke: Ich habe schwere Bedenken, wenn gerade aus dem kirchlichen Bereich Organisationen unterstützt werden, die sich wie die Swapo und der ANC klar zur Gewalt bekennen. Darüber hinaus ist die Lage sowohl in Südafrika als auch in Südwestafrika/Namibia so, daß die beiden Organisationen keineswegs die Mehrheit, sondern bestenfalls eine Minderheit der Bevölkerung repräsentieren.

Kein Ministerium dieser Bundesregierung wird von kirchlicher Seite so kritisiert wie Ihres. Es heißt, Sie würden mehr an die deutsche Wirtschaft als an Hilfe denken und die Entwicklungshilfe vom politischen Wohlverhalten der Dritte-Welt-Staaten abhängig machen.

Warnke: Die Kritik kommt nicht von den beiden großen Kirchen selbst, mit denen wir in hohem Maße übereinstimmen, sondern von Gruppen innerhalb der Kirchen. Oft kritisieren sie schlicht aus Unkenntnis. Beispielsweise hilft die Bundesrepublik Deutschland wie kein zweites Land auf der Welt gerade den ärmsten Ländern. Niemand hat ihnen soviel Schulden erlassen wie wir. Wir werden auch jetzt wieder mehr Mittel als irgendein anderes Land für die am wenigsten entwickelten Staaten zur Verfügung stellen. Auch vergißt die oft von politisch links orientierter Seite geäußerte Kritik, daß die Bundesrepublik mehr Entwicklungshilfe leistet als der gesamte Ostblock, der im übrigen vor allem mit Rüstungsgütern „hilft". Die Frage der politischen Ausrichtung spielt bei den 120 Ländern, mit denen wir zusammenarbeiten, überhaupt keine Rolle. Ob sie links oder rechts sind, das ist ihre Sache. Wir sind nicht der Schulmeister der Welt. Worauf wir allerdings schauen, ist, daß die Länder, die wir fördern, nicht den Frieden in ihrer Region stören.

Die kirchlichen Entwicklungsdienste wie „Dienste in Übersee" und „Brot für die Welt" werfen Bonn vor, dem sozialistischen Nicaragua keine Entwicklungshilfe zu geben, aber das christdemokratische El Salvador zu fördern.

Warnke: Die in Nicaragua regierenden Sandinisten haben seit ihrem Machtantritt 1979 die Demokratie wie die Menschenrechte immer mehr eingeschränkt. Darunter leidet auch stark die Tätigkeit der Kirchen. Nach außen haben die Sandinisten durch die Unterstützung von Guerrilla-Organisationen in den Nachbarländern einen entscheidenden Beitrag zur Destabilisierung in Mittelamerika geleistet. Sie sind die Störenfriede der Region. Das ist die Meinung von allen Nachbarn Nicaraguas. Solange das so ist, werden wir auf staatlicher Ebene mit Nicaragua nicht zusammenarbeiten. El Salvador hat noch niemand vorgeworfen, daß es den Frieden seiner Nachbarländer gefährdet. Selbst die stärksten Kritiker von Staatschef Napoleon Duarte haben sich zu einer solchen Behauptung bisher nicht verstiegen. Wer nicht anerkennt, daß sich Duarte gegen Gewalttäter von links und rechts engagiert, tut ihm bitter Unrecht.

HELMUT MATTHIES

25 Jahre Entwicklungspolitik – Bilanz und Ausblick

Von WALTER SCHEEL

Heute gilt es, ein „Silberjubiläum" zu feiern: Die „offizielle" Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland wird 25 Jahre alt. Am 14. November 1961 trat ich als jüngster Bundesminister in das Kabinett Konrad Adenauers ein. Ich sollte mich um die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer kümmern, in denen damals wie heute die große Mehrheit der Menschheit lebte. Dafür bekam ich einen Haushaltstitel und zwölf Mitarbeiter in weit auseinanderliegenden Büros, noch ohne Fernschreibanschluß und Dienstwagen. Dies war die Geburtsstunde eines eigenen Ministeriums, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Seine Aufgabe: die Entwicklungshilfe des Bundes zu koordinieren und zu einer planvollen Politik zu formen.

Die ersten Ansätze einer deutschen Entwicklungshilfe gehen bis 1952 zurück. Damals beteiligte sich die Bundesregierung an dem „Erweiterten Beistandsprogamm der Vereinten Nationen" zur wirtschaftlichen Entwicklung von Ländern der Dritten Welt. Vier Jahre später, 1956, stellte der Bund im Rahmen eines „50-Millionen-Fonds" des Auswärtigen Amtes erstmalig Haushaltsmittel gezielt für bilaterale Leistungen zur Verfügung.

Ich wußte damals, 1961, daß es um eine gute und wichtige Sache ging. Ich wußte auch, daß es dafür unter verantwortungsbewußten und vorausschauenden Mitbürgern Interesse und Sympathie gab. Und so machte ich mich mit Zuversicht an die Arbeit. Für mich ist die Entwicklungspolitik damals zur Herzenssache geworden. Sie ist es bis heute geblieben.



Walter Scheel war von 1961 bis 1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, von 1974 bis 1979 Bundespräsident. FOTO: DIE WELT

Die Medien überschütten uns immer wieder mit Meldungen und Bildern des Schreckens: Hungerkatastrophen in Afrika, stets neu aufflackernde Konfliktherde – vom politischen Umsturz bis zum grenzüberschreitenden Guerrillakrieg – im südlichen Teil der Völkergemeinschaft, ins Astronomische wachsende Größenordnungen der Verschuldung von Entwicklungsländern, die einst mit viel Hoffnung bedacht wurden. Angesichts der Vielzahl bedrückender Meldungen nimmt es nicht wunder, daß die Gefahr eines sich auf breiter Front ausbreitenden Entwicklungspessimismus aktuell ist.

Im Widerstreit der Meinungen spiegelt sich eine grundlegende Schwierigkeit der Entwicklungspolitik wider – damals wie heute: die Überfrachtung mit einer unüberschaubaren Fülle von Hoffnungen, Erwartungen, Zielsetzungen, Interessen. Die Entwicklungspolitik ist – wie kaum ein anderes Gebiet der Politik – mit Ideologien, Wunschvorstellungen und Emotionen belastet, die häufig weltfremd und erst recht wirtschaftsfremd sind. Von 1960 bis 1984 haben die westlichen Industrieländer allein rund 83 Milliarden US-Dollar an staatlicher Entwicklungshilfe geleistet.

Der gesamte Kapitalfluß in die Dritte Welt – Entwicklungshilfe, staatliche wie private, Schenkungen bis hin zu kommerziellen Krediten und Direktinvestitionen – beträgt ein Vielfaches. Viele erfolgreiche Entwicklungshilfeprojekte widerlegen die Kritik, daß Kapitalhilfe und technische Hilfe vergeudet seien, daß alles ein einziger großer Mißerfolg sei. Die Weltbank und die OECD zum Beispiel bringen immer wieder beeindruckende Zahlen über den erreichten Fortschritt in der Dritten Welt. Entwicklungspolitik ist in der Bundesrepublik Deutschland niemals allein Sache des Staates gewesen. Sie war auch stets eine Angelegenheit der privaten Wirtschaft und einer Vielzahl nichtstaatlicher Organisationen, insbesondere der Kirchen, der politischen Stiftungen und anderer. Dem Anfang der siebziger Jahre von den Entwicklungsländern erhobenen und von den Industrieländern anerkannten Anspruch, daß jedes Industrieland jährlich 0,7 Prozent seines Sozialproduktes für öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen soll, hat die deutsche öffentliche Entwicklungshilfe bislang noch nicht genügt. Werden hingegen alle privaten Leistungen, auch die kommerziellen, mit einbezogen, so beträgt unser jährlicher Kapitaltransfer in die Dritte Welt über ein Prozent des Sozialprodukts.

Für die deutsche Entwicklungspolitik und für mich als ersten Minister für diese Aufgabe galt damals wie heute, was Präsident John F. Kennedy in seiner Kongreßbotschaft vom Frühjahr 1961 treffend formuliert hat: Den Entwicklungsländern müsse zu einem sich selbst tragenden wirtschaftlichen Wachstum verholfen werden. Entwicklungshilfe ist so gesehen im Grunde genommen nichts anderes als eine langfristige Investitionspolitik. Einfacher gesagt: Entwicklungshilfe muß „Hilfe zur Selbsthilfe" sein.

Nach 25 Jahren Bilanz ist natürlich auch Kritik anzumelden. Die westliche Entwicklungspolitik war allzulange vom Staat geprägt worden – in den Geberländern wie in den Nehmerländern. A. W. Clausen, vorheriger Präsident der Weltbank, zog ein bemerkenswert kritisches Fazit: Über zwei bis drei Jahrzehnte hätten sich alle Entwicklungsanstrengungen darauf konzentriert, einen leistungsfähigen Staatssektor aufzubauen. „Es ist befremdlich, aber wahr", so Clausen, „daß die Rolle des privaten Sektors der am wenigsten diskutierte Faktor von allen Antriebskräften ist."

Sicherlich gibt es kein Patentrezept für die Entwicklungsländer. Aber: In der internationalen Entwicklungsdiskussion setzt sich immer stärker die Meinung durch, daß eine marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern sich als entwicklungsfördernd erwiesen hat und erweist. Erfreulich ist, daß auch immer mehr Entwicklungsländer dieser Sicht zustimmen.

Dabei ist gerade für die Förderung der „Hilfe zur Selbsthilfe" bei jedem einzelnen die öffentliche Hilfe unverzichtbar. Sie ist insbesondere für die ärmsten und besonders benachteiligten Länder zu reservieren.

Eine sinnvolle Entwicklungspolitik für unsere Zeit wird den Ländern der Dritten Welt und den Industriestaaten helfen, auch in der Welt von morgen friedlich und sinnvoll miteinander zu leben.

Die Mehrheit ist deutlich für Entwicklungshilfe

flo, Bonn

Weniger Deutsche als je zuvor stehen in der Bundesrepublik der Entwicklungshilfe ablehnend gegenüber. Das ergab eine Ende des vergangenen Jahres im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage. Die positive Grundhaltung zur Entwicklungshilfe ist demnach stabil.

Im Vergleich zu den Umfrageergebnissen aus dem Jahre 1977 ist unter den Befragten der Anteil der Entwicklungshilfegegner von 23 auf elf Prozent zurückgegangen. Gegenüber der Umfrage von vor zwei Jahren hat sich der Anteil der ausdrücklichen Befürworter mit 73 Prozent (damals 74 Prozent) kaum verändert. Demgegenüber stieg die Quote derjenigen, die kein Urteil zur Entwicklungshilfe abgeben mochten, deutlich von elf auf 15 Prozent.

Obwohl sich dies nicht aus dem Umfrageergebnis ableiten läßt, vermuten die Meinungsforscher, daß die starke Beachtung des „Tages für Afrika" Anfang 1985 und die anhaltende Berichterstattung über Hungersnöte als Ursache für den Anstieg engagierter Befürworter der Entwicklungshilfe eine Rolle gespielt haben könnten. Jüngere Befragte, besser Vorgebildete und Anhänger der FDP und der Grünen befürworten die Entwicklungshilfe deutlich stärker.

Sympathie-Magazin zum Einstimmen

WR, Bonn

Der Studienkreis für Tourismus veröffentlicht seit 1974 „Sympathie-Magazine" über Länder der Dritten Welt, zuletzt unter den Titeln: „Nepal verstehen", „Marokko verstehen", „Malaysia verstehen" und „Karibik verstehen". Vertreter des DGB, Angehörige des Internationalen Katholischen Missionswerks wie auch Mitarbeiter des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit wollen mit ihren Beiträgen künftige Besucher einstimmen auf fremde Kulturen, Geschichte und Lebensart. Die Magazine verstehen sich als Ergänzung zu Reiseführer und Reiseprospekt und sind für drei Mark erhältlich beim Studienkreis für Tourismus, Postfach 16 29, 8130 Starnberg.

Das Ziel wird nicht immer erreicht

HH, Bonn

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris hat ermittelt, daß bei rund einem Drittel aller Entwicklungsprojekte das anvisierte Ziel nicht erreicht wird. Diese Erhebungen werden durch Projektbewertungen privater und öffentlicher Prüfeinrichtungen ebenso bestätigt wie durch Erfahrungen privater Unternehmen. Ein wesentlicher Grund hierfür wird in der fehlenden technisch-industriellen Erfahrung gesehen. Daraus resultiere eine Überschätzung der Leistungsfähigkeit der Technik und ihrer Produkte. Vorbeugende Pflege und Wartung der Wirtschaftsgüter würden vernachlässigt, so daß die Produktions- und Infrastruktureinrichtungen oft die unerläßliche Wirtschaftlichkeit nicht erreichten.

Die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer, in der alle Spitzenverbände der Wirtschaft vertreten sind, hat zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe ein sogenanntes Maintenance-Konzept vorgeschlagen.

Dem Vorschlag zufolge sollen künftig bei Projektabschlüssen Vereinbarungen über Pflege und Wartung getroffen werden, um auf diese Weise unzureichende Kapazitätsauslastungen, hohe Ausfallzeiten und kurze Lebensdauer der Produktionsgüter zu vermeiden und einen Beitrag zur Kostensenkung zu leisten. Für alte Vorhaben könnten nach Ablauf der Garantie- und Gewährleistungsansprüche entsprechende Regelungen vereinbart werden.

Die Finanzhilfe reicht allein nicht mehr aus

Entwicklungshilfe Südamerika: Projekte in Peru, Bolivien

Weinende Schulkinder wie im peruanischen Film „El Caso Huayanay" (Der Fall Huayanay) soll es auf dem peruanischen Hochland mit Hilfe aus Bonn nicht mehr geben: Auf einem Schulhof stehen kleine Indioschüler zusammen, vor ihnen steht die Lehrerin: auch sie ist indianischer Abstammung. Sie fordert einen Erstklässler energisch auf Spanisch auf, laut auf Spanisch zu wiederholen: „Heute ist der 150. Jahrestag der Schlacht von Ayacucho". Das Kind bleibt stumm. Die Lehrerin wiederholt die Aufforderung immer energischer – ohne Erfolg. In Großaufnahme zeigt der Film das verschreckte, stumme Gesicht des Indiokindes: ihm laufen dicke Tränen über die Wangen – es hat kein Wort der Lehrerin verstanden.

Die Schulkinder von Puno lernen zuerst Quechua

Das ist der Hintergrund eines deutschen Lieblingsprojektes der technischen Zusammenarbeit in Lateinamerika: *Im peruanischen Hochland*bezirk Puno sprechen 80 Prozent der Erstklässler ausschließlich Quechua, die Sprache der Inkas. Unterrichtet wurde bisher aber nur auf Spanisch. Die Erstklässler mußten plötzlich in einer für sie fremden Sprache schreiben, lesen und rechnen lernen. Das hat viele Kinder so verschreckt, daß sie der Schule für *immer* fernblieben.

Obwohl in Peru seit 1975 Quechua als zweite Amtssprache gilt, ist Spanisch für die beruflichen Chancen der Peruaner unersetzlich. Das Projekt, an dem sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) von 1977 bis 1983 beteiligt, sieht deshalb die stufenweise zweisprachige Erziehung vor: Im ersten Jahr werden die Kinder nur in ihrer indianischen Muttersprache unterrichtet. Erst ab dem zweiten Schuljahr nimmt der spanische Unterricht nach und nach zu.

Ergebnis: Deutlich mehr Kinder bleiben ihrer Schule treu und Spanisch fällt ihnen leichter, wenn sie bereits auf Quechua lesen und schreiben können. Probleme bereitet allerdings der Mangel an peruanischen Lehrern, die bereit wären, für längere Zeit auf dem Altiplano zu arbeiten.

In Peru, das zu den Schwerpunktländern deutscher Entwicklungshilfe in Lateinamerika zählt, arbeiten 114 Entwicklungshelfer an 128, vom BMZ geförderten Projekten. Ein Vorhaben der finanziellen Zusammenarbeit, von dem die Beamten des BMZ gerne sprechen, ist die Stauung eines nordperuanischen Flusses mit dem schier unaussprechlichen Namen Jequetepeque. 500 Millionen US-Dollar soll der Staudamm kosten. Den Betrag teilen sich der peruanische Staat und das BMZ.

Aber wie oft im schwierigen Geschäft der Entwicklungshilfe, ist es mit Geld alleine nicht getan, wenn es darum geht, praktische Hindernisse auszuräumen: Obwohl das Wasser des Jequetepeque schon im übernächsten Jahr gestaut werden soll, verzögert sich die Umsiedlung einiger Dörfer durch die peruanischen Behörden: Die Hauptstadt Lima ist weit und die Beamten der Metropole scheuen die unbeliebte Umsiedlungsarbeit in der fernen Provinz.

So gilt im BMZ die Erfahrung, daß in Lateinamerika nur etwas bewegt, wer körperlich anwesend ist. Auch Jequetepeque hat gezeigt, wie wichtig ein Ministerbesuch am Ort – Minister Jürgen Warnke war seit 1982 sieben Mal in Lateinamerika – für das Gelingen eines Projektes sein kann. Erst das persönliche Gespräch mit dem peruanischen Ministerpräsidenten Alan Garcia und seinen Ministern (zuletzt im August) brachte die Vorbereitung der Umsiedlung in Gang, ohne die das in den Staudamm-Bau investierte *Kapital wahrscheinlich* einige Jahre brach gelegen hätte.

Ein Projekt, das dem BMZ Kopfschmerzen bereitet, liegt im benachbarten Bolivien. In Karachipampa, nahe dem Bergbaurevier Potosi, steht eine betriebsfertige Hütte zur Verarbeitung von Blei-Silber-Erzen. 40 Millionen Mark hat der deutsche Steuerzahler dazu bisher beigetragen. Weil aber die bolivianische Produktion von Blei- und Silberkonzentraten drastisch *gefallen ist, fehlt der Rohstoff.* Ohne ihn wird die neue Anlage auf unabsehbare Zeit stillstehen.

Die hoch verschuldete staatliche bolivianische Minengesellschaft Comibol hatte sich zwar verpflichtet, die *Karachipampa-Hütte mit Erzen zu* beliefern, mußte jedoch die bereits angesparten 17 000 Tonnen eilig *anderwärtig verkaufen, um die Löhne* der eigenen Minenarbeiter bezahlen zu können.

Das Projekt Karachipampa leidet unter den Bedingungen eines Entwicklungslandes, die im ärmsten und politisch instabilsten Land Südamerikas besonders ernüchternd sind. Die vernachlässigte Modernisierung und weitere *Erschließung* der Gruben ist infolge niedriger Weltmarktpreise für Metalle weiter ins Hintertreffen geraten. Die von Präsident Victor Paz Estenssoro angestrengte Stillegung unrentabler Minen stößt wegen der schon hohen Arbeitslosigkeit bei den Gewerkschaften auf erbitterten Widerstand.

Hilfe durch Politikdialog auch auf Regierungsebene

„Politikdialog" heißt der Begriff, unter dem das BMZ die bolivianische und andere Regierungen bei der Bewältigung wirtschaftlicher Probleme beraten will. Dafür sollen „auf höchster Ebene" erfahrene Experten vermittelt werden. Namen hierfür angefragter deutscher Politiker will das BMZ demnächst bekannt geben.

Den gestiegenen Stellenwert Lateinamerikas bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dokumentieren folgende Zahlen: Entfielen 1982 auf den Kontinent nur 7,4 Prozent deutscher Entwicklungshilfe, so sind es in diesem Jahr schon 11,6 Prozent. Und für 1987 sind bereits 13,1 Prozent (517 Millionen Mark) geplant. Gegenüber 1982 macht das eine Steigerung von 5,7 Prozent aus. FLORIAN NEHM



Wüste im Norden Perus: Die unregelmäßige Wasserführung des Rio Jequetepeque hat die Landwirtschaft stark eingeschränkt. Durch den mit deutscher Finanzhilfe (250 Millionen Dollar) gebauten Staudamm (Foto) sollen hier bald doppelt soviele Hektar Land bewässert werden als bisher. So kann zum Beispiel Reis angebaut werden und gleichzeitig die so knappen Devisen für nötige Importe und für die Rückzahlung von Schulden gespart werden. FOTO: ZÜBUN

Material allein reicht nicht aus

Praxis der technischen Zusammenarbeit: Was Helfer vor Ort beachten müssen

In dem breiten Spektrum der Entwicklungshilfe kommt für den Ausbau der Infrastruktur dem Einsatz von Baumaschinen besondere Bedeutung zu. Die vielfältigen Aufgaben beim Verkehrswegebau, bei Bewässerungsvorhaben oder aber beim Bau von Wohn- und Gewerbebauten erfordern sehr vielseitige Geräte. Bei der Auswahl der Maschinen muß besonders auf eine robuste Bauart und einfache Bedienung Wert gelegt werden. Doch mit der Lieferung des Materials allein ist es nicht getan.

Zwei Beispiele vor Ort zeigen auf, daß es nicht nur um leistungsfähige „Hardware" geht, sondern eine Reihe von Voraussetzungen für eine langfristige, erfolgreiche Nutzung der bereitgestellten Technologie gegeben sein müssen. Kenntnisse der klimatischen Bedingungen sind ebenso erforderlich wie auch die Präsenz einer Kundendienstorganisation im Einsatzland. Die Ersatzteilversorgung muß langfristig gewährleistet sein.

Der Hersteller ist selbstverständlich auch für die Aus- und Fortbildung *einheimischer Fachkräfte*, sei es für die Bedienung wie auch für die Wartung der Geräte, zuständig. Ohnehin *muß* bei der Gerätekonzeption auf eine unkomplizierte Handhabung geachtet werden. Zusätzliche Sicherheitseinrichtungen dienen des weiteren dazu, Bedienungs- und Wartungsfehler zu minimieren.

Im ersten Beispiel werden auf einer Zuckerrohrplantage im Südwesten Kolumbiens Radlager und knickgelenkte Dumper des schwedischen Herstellers Volvo BM eingesetzt, um gewisse Aufgabenbereiche bei der Ernte und Weiterverarbeitung zu mechanisieren. Zuckerrohr ist eines der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte in den Tropen und wird hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Bedeutung nur noch von Kaffee übertroffen.

Genau wie bei Kaffee verlangen der Anbau und die Veredelung unendlich viel Mühe, ehe die fertigen Erzeugnisse auf den unberechenbaren Weltmarkt gebracht werden können. Der Anbau von Zuckerrohr basiert auf uralten Traditionen. Die Anbauweise hat sich im Laufe der Jahre nicht viel geändert. Der größte Teil der Weltzuckerrohrernte wird immer noch von Hand eingebracht – eine mörderische Arbeit, meistens in glühender Hitze. Das geerntete Zuckerrohr wird größtenteils von Greifladern aufgeladen und mit Schlepperzügen in die Fabrik gefahren.

Die Wege zwischen den Feldern *werden in der Regenzeit zu Lehmgräben.* Aus diesem Grunde wurden geländegängige Volvo-Dumper eingesetzt, die von dem Zustand der Fahrbahnen und von der Witterung nahezu unabhängig eingesetzt werden können. Außerdem erreichen sie eine höhere Fahrgeschwindigkeit und können die Ernte ohne Umladen zur Fabrik transportieren. Für die Bunkerbeschickung sowie die innerbetriebliche Förderung des Rohzuckers werden Volvo-BM-Radlader eingesetzt. Die verschiedenen Anbauwerkzeuge lassen sich am Trägergerät wechseln, so daß ein und dasselbe Gerät für unterschiedliche Arbeiten eingesetzt werden kann. Für das Manipulieren des frisch geernteten Zuckerrohrs wurde eine spezielle Greifzange entwickelt.

Die hier eingesetzten Maschinen werden auf eine harte Probe gestellt, aber dank der technischen Assistenz des Herstellers konnte eine hohe Betriebssicherheit und Verfügbarkeit gewährleistet werden.

Auf der Westseite der Malakka-Halbinsel, nahe der Grenze zwischen Malaysia und Thailand, arbeiten bei einem Brückenbauprojekt mehrere Volvo-BM-Radlader. Sie werden eingesetzt bei Erdbau- und Drainagearbeiten sowie beim Transportieren von Schotter, Sand und Kies auf der Baustelle. Die Lader wurden mit Geräteschnellwechseleinrichtungen ausgestattet, so daß sowohl die Schaufel wie auch Gabelzinken für Umschlagarbeiten montiert werden können. Auch hier spielt für die technische Verfügbarkeit der Kundendienst des Lieferanten eine große Rolle.

Die Fahrerhäuser der Radlader sind mit Klimaanlage ausgestattet. Kein Wunder, wenn diese bei ihren Fahrern, die oft mehr als zwölf Stunden die Geräte *bedienen müssen*, sehr beliebt sind. UWE TAMS

Afrika: Notwendiger Weg zur Selbsthilfe

Bonn fordert Ernährungssicherung aus eigener Kraft

Von KLAUS JONAS

Nach knapp zweijähriger Tätigkeit hat das auf dem Höhepunkt der Hungerkatastrophe eingerichtete UNO-Büro für die Nothilfe in Afrika (OEOA) vor einigen Tagen seine Arbeit eingestellt, denn die schlimmste Not, so heißt es, sei überwunden. Doch: weitere Hungerkatastrophen sind vorprogrammiert. Viele Afrikaner sind heute ärmer als zur Kolonialzeit; 29 der 34 ärmsten Länder der Welt liegen in Afrika. Die Bevölkerung wächst mit 3,2 Prozent schneller als irgendwo auf der Welt, die Nahrungsmittelproduktion nicht einmal annähernd so schnell.

1986 dürfte ein Wirtschaftswachstum von bestenfalls drei Prozent gebracht haben, was angesichts der Bevölkerungszunahme bedeutet, daß es den rund 500 Millionen Afrikanern heute noch schlechter geht *als im* vergangenen Jahr. Industrieproduktion und Kapitalzufluß aus dem Ausland stagnieren, *Deviseneinnahmen* bleiben aufgrund fallender Weltmarktpreise (Mineralien, Agrarprodukte) knapp, *die Verschuldung ist außer* Kontrolle: 1985 stiegen die Außenstände der 50 Staaten des Kontinents um 20 auf 170 *Milliarden Dollar*. Ein Viertel aller Exporteinnahmen wurde für den Schuldendienst aufgebracht.

Ein Fehler, den die *meisten afrika*nischen Staaten gemacht haben, war, sich an eine Wirtschaftspolitik zu *klammern, die aus dem schlecht oder* gar nicht verstandenen sozialistischen Gedankengut der Europäer abgeleitet war. *Die Regierung, so schie*nen sie zu glauben, könne Wohlstand per Dekret verfügen. Es wurden gewaltige Bürokratien eingerichtet – deren Unterhalt man sich nicht leisten konnte und die folglich korrupt wurden – um jede Facette des Lebens zu regeln; für gigantische Projekte wurden Gelder angegeben, die für Ernten hätten gezahlt werden müssen; Nahrungsmittelpreise wurden künstlich niedrig gehalten, so daß die Bauern die Städter subventionierten; durch künstliche Überbewertung der eigenen Währung konnten Devisen nur zu einer Rate umgetauscht werden, die dem eigentlichen Markt Hohn sprach. Diese Politik hat Korruption, bürokratische Überheblichkeit und einen Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion hervorgebracht.

Wo blieben die Dollar-Millionen?

Allzu oft hat Entwicklungshilfe des Westens eine schlimme Situation noch schlimmer gemacht. Paradebeispiel ist Tansania, eines der Lieblingskinder westlicher Geberländer. 20 Jahre lang hat Tansania etwa 600 Millionen Dollar Entwicklungshilfe pro Jahr erhalten – es gehört immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt. Oft wurde westliche Entwicklungshilfe an Afrika ohne Bedingungen gegeben. Das führte dazu, daß immense Summen für Projekte von zweifelhaftem Wert ausgegeben wurden. Afrika ist übersät mit den Gerippen *sogenannter weißer Elefanten.* Dennoch, es gibt gute Ansätze. Immer mehr afrikanische Länder, selbst Tansania, arbeiten mit dem Internationalen Währungsfonds zusammen, der Kredite nur noch gegen scharfe Auflagen vergibt. Vor der UNO, auf der Afrika-Sondersitzung im Juni dieses Jahres, gingen 50 Mitgliedstaaten der Organisation für afrikanische Einheit die Verpflichtung ein, energisch gegen die Korruption im eigenen Land vorzugehen, die private Wirtschaft zu unterstützen, und den vernachlässigten Agrarsektor zu fördern. Ist dies der Beginn der wahren Revolution in Afrika?

Auch die Entwicklungshilfe-Politiker in Bonn denken um. Makroökonomischen Bedingungen in Afrika soll verstärkt Beachtung geschenkt werden mit dem Grundziel der Ernährungssicherung aus eigener Kraft.

Im Dialog mit den Empfängerstaaten

Wird das Ernährungsproblem nicht gelöst, so befürchtet man im *Bonner Ministerium für wirtschaftli*che Zusammenarbeit, werden Hungerkatastrophen in Akfrika *in zehn Jahren an der Tagesordnung sein.*

In Afrika, das derzeit 42 Prozent des Budgets von 4,9 Milliarden Mark *für finanzielle und technische Zusam*menarbeit mit Entwicklungsländern erhält, sollen vorrangig Programme *zur Sicherung der Ernährung* aus eigener Kraft unterstützt werden. Als wichtiges Instrument wird der „Politik-Dialog" mit den Empfängerstaaten angesehen. Eine Strategie zur Sicherung der Ernährung verspreche nur *dann Erfolg, wenn die Länder die* wirtschafts- und agrarpolitischen Bedingungen verbesserten.

Eine Reihe guter Entwicklungshilfe-Projekte in Afrika sei ohne Auswirkungen geblieben, weil makroökonomische Rahmenbedingungen nicht ausreichend in die Überlegungen einbezogen worden seien. Bonn dringt auf realistische Wechselkurse, Preisanreize im landwirtschaftlichen Bereich, Neuordnung der Vermarktungsstrukturen, auf einigermaßen ausgeglichene Staatshaushalte und Förderung des privaten Sektors. Bevorzugt bei der Vergabe von Entwicklungshilfe werden jene Länder, die bereit sind, Strukturanpassungen vorzunehmen, trotz möglicherweise erheblicher sozialer Kosten und erhöhter politischer Risiken.

Um reformbereite Länder bei der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen schnell und wirksam zu unterstützen, soll die Hilfe in Form von sektoralen Programmen verstärkt werden. Schwerpunkte sind Landwirtschaft, Bevölkerungspolitik, Bekämpfung der fortschreitenden Bodenerosion und der Verwüstung. Auch die Agararforschung soll verstärkt gefördert werden.

Die Bundesregierung, so das Entwicklungshilfe-Ministerium, könne es sich nicht leisten, keine Entwicklungspolitik in Afrika zu machen. Falls nichts geschehe, würden „Teile Afrikas einfach im Chaos versinken". Geholfen werden soll vorrangig jenen Ländern, „die sich bewegen".

Investition gefährdet keinen Arbeitsplatz

Aber: Unsicherheiten drosseln den Kapitalstrom

Von DIETMAR PETERSEN

Die aufstrebenden Industrien der Dritten Welt drängen seit langem auf unsere Märkte. Im internationalen Vergleich ist die Bundesrepublik Deutschland inzwischen nach den Vereinigten Staaten von Amerika der zweitgrößte Absatzmarkt für Halb- und Fertigwarenexporte aus der Dritten Welt geworden.

Diese Produkte stammen auch aus deutschen oder mit deutschem Kapital finanzierten Fabriken. Derzeit haben deutsche Unternehmen in der Dritten Welt rund 30 Milliarden Mark investiert, das sind noch nicht einmal ein Viertel aller deutschen Auslandsinvestitionen.

Investitionen deutscher Unternehmen in der Dritten Welt wecken immer wieder Befürchtungen, daß durch die wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern Arbeitsplätze in der Bundesrepublik vernichtet würden. Vor allem die niedrigen, oft als „Dumping" empfundenen Löhne in der Dritten Welt werden als eine Ursache für deutsche Investitionen in Entwicklungsländern angesehen.

Aber es gibt auch Unternehmer, die der wirtschaftlichen Kooperation mit Entwicklungsländern gelegentlich skeptisch gegenüberstehen. Sie verweisen auf eine angebliche Importschwemme aus sogenannten Billiglohnländern. Der Ruf nach Schutzmaßnahmen liegt nahe.

Von einer massiven Verlagerung deutscher Investitionen in die Dritte Welt kann keine Rede sein: 1985 und im ersten Halbjahr 1986 gingen sie in Entwicklungsländern drastisch zurück. Hieraus einen langfristigen Trend abzulesen, wäre verfrüht. Bestand und regionale Verteilung der deutschen Auslandsinvestitionen zeigen, daß die Bundesrepublik weniger mit Entwicklungsländern als mehr mit anderen Industrieländern im internationalen Wettbewerb um attraktive Standorte steht.

Der Druck auf unsere Wettbewerbsposition aufgrund des Kostenniveaus, der Zwang zum technischen Fortschritt und zur Produktivitätssteigerung, geht vor allem von Industrieländern aus, die in ihrer industriellen Leistungsfähigkeit ebenbürtige Partner der deutschen Wirtschaft sind. Deutsche Unternehmen investieren in der Dritten Welt – wie überhaupt im Ausland – vor allem, um bestehende Märkte zu sichern und neue zu erschließen. Die Höhe des Lohnniveaus ist nur bei bestimmten Produkten und Fertigungen das ausschlagende Motiv für Investitionen in Entwicklungsländern.

Gerade diejenigen Branchen aus der Konsum- und Investitionsgüterindustrie, die sich wegen ihrer Arbeitsintensität besonders dem Importdruck aus Entwicklungsländern ausgesetzt fühlen, haben im Vergleich zum regionalen Durchschnitt der deutschen Auslandsinvestitionen unterdurchschnittlich in Entwicklungsländern investiert.

Welche Investitionsmotive in den einzelnen Fällen auch vorherrschen mögen, Ziel des einzelnen Unternehmens ist es immer, seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

In statischer, kurzfristiger Sicht können natürlich im Einzelfall Arbeitsplätze hier gefährdet sein oder müssen aufgegeben werden. In langfristiger, dynamischer Sicht ist jedoch gerade das Gegenteil zu erwarten. Marktbedingte Investitionen werden häufig durch Importerschwernisse des Entwicklungslandes ausgelöst. Verzichtet das Unternehmen auf eine Sicherung des Marktes durch den Aufbau einer eigenen Fertigung im Lande, so gäbe es nahezu zwangsläufig seinen Marktanteil preis.

Soweit Lohnkosten als Investitionsmotiv ins Kalkül gezogen werden, erweist sich häufig die Produktivität der Arbeitskräfte im Vergleich zum Lohnkostenniveau als zu niedrig, um rentabel zu investieren. Außerdem wird die unternehmerische Rechnung entscheidend durch die Verfügbarkeit von öffentlichem Realkapital bestimmt.

Schließlich wird das Investitionsklima in manchen Entwicklungsländern von deutschen Unternehmen als unbefriedigend empfunden, weniger wegen offener oder latenter Verstaatlichungsgefahr als vielmehr aufgrund rechtlicher Unsicherheiten und politischer Unwägbarkeiten. Diese Faktoren führten zu einer Dosierung des Kapitalstroms.



Im unternehmerischen Einzelfall zeigt sich immer wieder, daß die Investition in der Dritten Welt ein effektives Beschäftigungsplus hier auslöst. So erweist sie sich meist als gut laufende Exportschiene für die Muttergesellschaft.

Gerade durch den Aufbau von Teilfertigungen in Ländern mit komperativen Standortvorteilen gelingt es, die eigene Position auf dem deutschen Markt, etwa durch Mischkalkulationen, zu festigen und damit Arbeitsplätze hier zu erhalten.

Die Auslandsinvestitionen der deutschen Unternehmen sind in erster Linie durch den internationalen Wettbewerb um die Absatzmärkte in Industrieländern wie in Entwikkungsländern bestimmt und keinesfalls durch eine weltweite Konkurrenz der Arbeitsmärkte des armen Südens mit denen des industrialisierten Westens und Nordens.

Das heißt aber nicht, daß es diesen globalen Wettbewerb der Arbeitsmärkte als Herausforderung der Industrieländer durch die Entwicklungsländer überhaupt nicht gäbe. Schließlich sind unterschiedliche Preisniveaus für Produktionsfaktoren der stärkste Motor zur Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung.

Es entspricht den Regeln einer internationalen Wettbewerbswirtschaft, daß viele Entwicklungsländer in diese Auseinandersetzung ihren natürlichen Wettbewerbsvorteil, nämlich ihre kostengünstigen Arbeitskräfte *einbringen*.

Volkswirtschaftlich ist es durchaus sinnvoll, nicht mehr die Menschen, die fast ausschließlich aus armen Ländern stammen, zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Hiergegen Schutzmauern aufzurichten, könnte nur für kurze Dauer erfolgreich sein.

Es würde gerade den dynamischen Unternehmern, die zur Sicherung ihres Unternehmens (auch) Produktionsstätten in der Dritten Welt errichtet haben, eine Strafe für Fortschrittlichkeit auferlegen und dazu führen, daß bei uns in Arbeitsplätze investiert wird, die morgen wieder überholt wären.

Wachsende Investitionen der deutschen Wirtschaft in Entwicklungsländern sind Ausdruck einer weltweiten Standortpolitik unserer Unternehmen, die den Wachstumsspielraum sowohl des einzelnen Unternehmens wie der Volkswirtschaft vergrößern.

Der Autor ist Direktor der DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH, Köln

OECD: Deutsche müssen der Dritten Welt schneller helfen

Weitere Haushaltskonsolidierung darf nicht zu Lasten der armen Länder erfolgen

Von JOACHIM SCHAUFUSS

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris prüft die Entwicklungspolitik der westlichen Industriestaaten jeweils alle zwei Jahre im Rahmen ihres ständigen Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC), dem 18 der 24 OECD-Mitglieder angehören; die Bundesrepublik Deutschland wurde das letzte Mal im März 1985 überprüft. Damals hatte der DAC vor allem das seiner Ansicht nach unzureichende Volumen der öffentlichen deutschen Entwicklungshilfe beanstandet.

Tatsächlich waren die Nettoleistungen der Bundesrepublik in diesem Sektor zum ersten Mal seit 1962, als der DAC gegründet wurde, nominal zurückgegangen, und zwar von 8,12 Milliarden Mark 1983 auf 7,92 Milliarden Mark 1984. Noch stärker schrumpfte der Anteil dieser Leistungen am deutschen Bruttosozialprodukt auf 0,45 (0,48) Prozent. Damit wurde zwar immer noch der DAC-Durchschnitt von 0,36 Prozent übertroffen. Aber angesichts des jedenfalls im europäischen Vergleich schon damals wieder überdurchschnittlichen deutschen Wirtschaftswachstums *hatte* man von Bonn erheblich größere Leistungen erwartet.

Verfolgt Bonn eine Verzögerungstaktik?

Bei dem nächsten Deutschland-Examen – im Frühjahr 1987 – dürfte das Volumen der Hilfe weniger kritisiert werden. Kam die Bundesrepublik doch schon 1985 mit einem Rekordbetrag an öffentlicher Hilfe von 8,66 Milliarden Mark wieder auf 0,47 *Prozent des Sozialprodukts. Die* gesamte deutsche Entwicklungshilfe unter Einschluß aller privaten Leistungen ging aber netto auf 16,92 (18,52) Milliarden Mark zurück und damit ihr Anteil am Sozialprodukt auf 0,92 (1,06) Prozent.

Dies wird in dem Memorandum der Bundesregierung zur Vorbereitung des DAC-Examens, vor allem mit dem starken Rückgang der deutschen Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern um 2,37 Milliarden Mark und dem der öffentlich garantierten Exportkredite um 664 Millionen Mark erklärt. Außerdem kam es zu ungewöhnlich hohen Rückflüssen von früher gewährter Hilfe.

Exekutive Möglichkeiten besitzt der DAC nicht. Seine Empfehlungen haben vor allem moralische Bedeutung. Die „reiche" Bundesrepublik möchte sich deshalb wohl nicht vor dem internationalen Gremium allzu starker Kritik aussetzen. *Im* Unterschied zu den allgemeinen Länderexamen der OECD werden die Prüfungsberichte des DAC allerdings nicht veröffentlicht. Es gibt dazu nur ein kurzes Pressekommunique, das allerdings durchaus gepfeffert ausfallen kann.

Bei dem bevorstehenden Examen wird man zunächst einmal den deutschen Haushaltsplan für 1987 durchleuchten, der erstmals eine unterproportionelle Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe vorsieht. Die weitere Haushaltskonsolidierung der Bundesregierung, so gibt man beim DAC schon zu erkennen, dürfte nicht noch stärker zu Lasten der Entwicklungsländer gehen. Vor allem aber wirft man Bundesfinanzminister Stoltenberg eine ausgesprochene Verzögerungstaktik bei der Verteilung der eingeplanten Gelder vor.

„Die deutsche Entwicklungshilfe ist zu stark projektgebunden", heißt es beim DAC. Dies führe dazu, daß zu große Beträge dieser Hilfe „in der Pipeline" steckenbleiben, weil die Projekte nicht genügend schnell vorankommen. Das gilt vor allem für Großprojekte, denen die Bundesrepublik den Vorzug gebe. Immer mehr Entwicklungsländer sind aber bestrebt, mehr kleinere Projekte auf die Beine zu stellen, die einer schnellen Finanzierung bedürfen. Die deutsche Entwicklungspolitik sei dafür nicht *flexibel genug*.

In dem ausführlichen Memorandum der Bundesregierung steht dieses kritische Thema an letzter Stelle. Es wird darauf verwiesen, daß der planerische Ansatz für die Bearbeitung der Vorhaben schon 1985 neu gestaltet worden sei und daß die Projektvorschläge nach einem systemanalytischen Verfahren bearbeitet würden.

Die Bundesregierung hat sich inzwischen den Ruf zugezogen, nicht schnell genug zu helfen. Gründlichkeit sei zwar an sich eine sehr lobenswerte deutsche Eigenschaft. Aber in *den Entwicklungsländern selbst sei* man davon mehr oder weniger weit entfernt. Dem dürfte die Bonner Delegation entgegenhalten, daß zu schnelles Handeln auch zur Verwirklichung gegenseitig konkurrierender Doppelprojekte und damit zur Vergeudung wertvoller Mittel führen könne.

Management vor Ort fehlt immer noch

Eine Lösung dieser Probleme sieht man allerdings auch beim DAC in dem von der Bundesregierung sehr unterstützten „Polit-Dialog", also in bilateralen oder multilateralen Gesprächen mit den Entwicklungsländern über Strukturanpassungen. Die Bereitschaft dazu ist in letzter Zeit vor allem in Afrika gewachsen. Die Binsenwahrheit, daß man auf die Dauer nicht mehr ausgeben kann als man einnimmt, wird inzwischen auch dort weitgehend verstanden.

„Der Pragmatismus nimmt überall zu", heißt es beim DAC. Andererseits bilde sich die Korruption zurück, die aber nicht nur örtlich bedingt ist, sondern zum Teil auch importiert wird, was man leicht vergißt.

Was der deutschen Entwicklungshilfepolitik noch fehlt – und wodurch sie sich vor allem von der französischen und britischen unterscheidet – ist das Management vor Ort. Die deutschen Botschaften in den Entwicklungsländern sind mit Entwicklungsexperten unterbesetzt – und alle Entscheidungen fallen zentral in Bonn. Dagegen unterhält Frankreich in den frankophonen Entwicklungsländern *bedeutende Brückenköpfe*.

Gleichwohl gilt die deutsche Entwicklungshilfe als qualitativ gut. Schon bei dem letzten DAC-Examen wurde die hohe Priorität gelobt, die die Bundesrepublik der technischen Hilfe und der Hilfe an die besonders armen Entwicklungsländer einräumt. Diese erreicht etwa zwei Drittel der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe. Außerdem ist der deutsche Anteil an der multilateralen Hilfe (beispielsweise Weltbank) sehr hoch.

Erfolge sind nur gemeinsam möglich

Von HANSJÖRG ELSHORST

Die Arbeit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) als einem der Instrumente der bilateralen staatlichen Zusammenarbeit ist breit gespannt – von der hochrangigen Beratung der Regierungsspitze in Schlüsselfragen der Wirtschaftsordnung bis zur Unterstützung von Selbsthilfe der Armen durch Kleinmaßnahmen.

Mit dramatischen Einbrüchen an Lebens- und Entwicklungschancen hat sie viele Entwicklungsländer stärker denn je von den Fährnissen der Weltwirtschaft abhängig gemacht, also von der US-Haushaltspolitik ebenso wie vom europäischen Agrarprotektionismus.

Die GTZ hat mit Partnern Instrumente entwickelt: Produktionsanreize durch Preispolitik gerade bei Agrarprodukten. Abbau von Subventionen im Verkehrsbereich. Ersatz defizitärer staatlicher Großunternehmen. effizientere Besteuerung der wirtschaftlich Leistungsfähigeren. Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung und Aufbau kommunaler Mitwirkungsgremien, Erschließung der international und national verfügbaren Entwicklungsfinanzierung für das Kleingewerbe und Selbsthilfegruppen.

All das kann mittelfristig nur funktionieren, wenn mit den klassischen Instrumenten der Beratung, Fortbildung, der Unterstützung mit Geräten und Betriebsmitteln „die Leistungsfähigkeit von Menschen und Institutionen verbessert" wird – laut Haushaltsgesetz-Auftrag der technischen Zusammenarbeit.

Die GTZ hat nachgewiesen, daß Familienplanung möglich ist und akzeptiert wird, wenn sie in basisnahe Gesundheitssysteme integriert wird. Gegen die Umweltzerstörung setzen wir Beispiele, wie Aufforstung und Reduzierung von Holzverbrauch, die in den kleinbäuerlichen Betrieb integriert werden können. Höhere Preise für Agrarprodukte, die sich in vielen Ländern durchsetzen, schaffen mehr Nachfrage im ländlichen Raum für einfache Produktionsmittel und Konsumgüter. Das könnte zu einer Blüte des ländlichen Handwerks und Kleingewerbes führen.

Gewichtsverteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Anteile an der Weltindustrieproduktion / am Weltbruttosozialprodukt / an der Weltbevölkerung — Werte in Prozent

	Weltindustrieproduktion	Weltbruttosozialprodukt	Weltbevölkerung
Alle Industrieländer	88,5	80,6	24,3
Alle Entwicklungsländer	11,5	19,4	75,7

DIE WELT

Zur Koordinierung, zur Sicherheit der Breitenwirkung und Förderung von Selbsthilfe ist auch der Staat gefordert. Leistungsfähige Verwaltung fällt jedoch nicht vom Himmel, mehr Kooperation ist unumgänglich. Eine Reihe von Ländern ist noch weit entfernt von einer effizienten Wahrnehmung der politischen Steuerungsfunktion des Staates und der Verwaltung.

Hier setzen viele GTZ-Projekte an; einmal mit dem Ziel, durch Beratung und Projektfinanzierung prioritäre Teilfunktionen des Staates zu stärken oder angesichts der Krise überhaupt noch funktionsfähig zu halten, zum anderen, um Staat dort zu ersetzen, wo er nicht unumgänglich notwendig ist. Etwa durch Multiplikation von verbessertem Saatgut, durch Kleinbauern auf kommerzieller Basis oder der Organisation der Wartung von dörflicher Wasserversorgung durch Nutzer-Komitees.

Die Darstellung der Möglichkeiten für staatliche technische Zusammenarbeit konzentrierte sich bisher auf Länder in der Krise, mit einem fast unbegrenzten Bedarf an Sanierung. Aber auch in Ländern, die nicht in die Schuldenfalle getappt sind und sich kontinuierlich entwickelt haben, zeigen sich mit wachsendem Entwicklungsstand neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Stichworte wie Umweltfragen, Arbeitsschutz, Förderung des technologischen Potentials, Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung, Aufbau von Verbänden und deren Kooperation mit ihren deutschen Partnern mögen genügen.

Nicht die Spielräume für Zusammenarbeit nehmen mit wachsender Wirtschaftskraft ab, sondern verständlicherweise die Bereitschaft der Bundesregierung, hier Entwicklungsfinanzierung aus Steuergeldern einzusetzen. Die GTZ hat in Abstimmung mit der Bundesregierung hier ihr Instrumentarium der „Technischen Zusammenarbeit gegen Entgelt" angesetzt.

Mindestens zwei Drittel der Projekte der GTZ sind mit wachsender Effizienz auf arme Zielgruppen ausgerichtet. Selbstverständlich respektiert die GTZ, wenn es um Mobilisierung von Selbsthilfe geht, die Priorität nichtstaatlicher Hilfsorganisationen, soweit es sie gibt. Auch wo Nichtregierungsorganisationen sich engagieren, gibt es breite Spielräume für ein arbeitsteiliges Vorgehen.

Angesichts der Größe des Problems von Armut und Umweltbedrohung kann eine Lösungschance nur im arbeitsteiligen Engagement aller Verantwortlichen liegen – der Regierungschefs, Finanzminister und Bankvorstände.

Der Autor ist Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn

Mit dem Kredit ist die Hilfe noch lange nicht beendet

Aktivitäten bei Ausbildung, Beratung und Betreuung – „Rehabilitierung" von Anlagen

Rund 50 Milliarden Mark hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Entwicklungsländer in aller Welt vergeben, seit sie Anfang der 60er Jahre von der Bundesregierung mit der Durchführung der bilateralen Kapitalhilfe betraut wurde. Nach den Erfahrungen, die das bundeseigene Institut als inländische Investitionsbank gesammelt hatte, kam damit die Förderung der Entwicklungsländer als zentrale Aufgabe dazu. Inzwischen sind mehr als die Hälfte der KfW-Mitarbeiter in diesem Bereich tätig, darunter mehr als 50 technische Sachverständige. Denn die KfW übernimmt bei der finanziellen Zusammenarbeit nicht nur die Prüfung und bankmäßige Abwicklung der gewährten Darlehen in eigener Verantwortung, sie steht auch für die Betreuung der Vorhaben gerade.

Im langjährigen Durchschnitt bildeten bisher die Bereiche Transport- und Nachrichtenwesen und die Energiewirtschaft Schwerpunkte; in den letzten Jahren werden aber zunehmend die Landwirtschaft und das produzierende Kleingewerbe wichtig. Damit ist die Bank weit mehr als Durchreichstation für vom Bund gewährte Mittel, obwohl die Federführung für die Kapitalhilfe beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit liegt.

Zuschüsse für die ärmsten Länder

Die von der KfW bisher ausgezahlten Gelder gingen zu 45 Prozent in asiatische Länder, zu 33 Prozent nach Afrika, 15 Prozent flossen in südeuropäische Entwicklungsländer und sieben Prozent nach Lateinamerika.

Daß die offizielle Hilfe durchaus flexibel reagiert, zeigt die Entwicklung der Darlehens- und Hilfszusagen für Afrika: Von den im vergangenen Jahr zugesagten 2,3 Milliarden Mark gingen 48 Prozent nach Afrika; insgesamt erhielten die ärmsten Länder mehr als ein Drittel der neu zugesagten Kapitalhilfe, einen großen Teil davon als Zuschüsse.

Rund zwei Drittel der angegangenen Projekte werden nach Einschätzung von Richard Brantner, dem für finanzielle Zusammenarbeit verantwortlichen Vorstandsmitglied der Kreditanstalt, mit „akzeptablem Erfolg" verwirklicht. Das Ziel „Finanzierung erfolgreicher Projekte" ist freilich nur dadurch zu erreichen, daß die KfW weit über die Finanzierungsfunktion hinaus tätig wird. Aus dieser Erkenntnis ist – mit Erfolg – so betont Brantner, eine deutliche Verstärkung der KfW-Aktivitäten bei der Aus- und Fortbildung vor Ort entstanden. Beratung und Betreuung in der Projektanlaufphase werden groß geschrieben, ebenso eine permanente, selbstkritische Erfolgskontrolle bei der KfW. Brantner macht kein Hehl daraus, daß für ihn Entwicklungshilfe „eben nicht nur die Bereitstellung finanzieller Mittel" ist.

Mit Sorge sieht Brantner die angesichts erster Konsolidierungserfolge gegenüber den hochverschuldeten Ländern vorherrschende Tendenz des Abwartens. Vielen schwarzafrikanischen Ländern, deren Pro-Kopf-Einkommen wieder auf das Niveau zu Beginn der sechziger Jahre zurückgefallen ist, drohten schwere Krisen. Für die KfW stelle sich damit die Notwendigkeit, auch bei der finanziellen Zusammenarbeit nach veränderten Hilfsmöglichkeiten zu suchen. Ein Ansatz sind sektorbezogene Programme, mit denen devisenbedingte Engpässe überwunden werden können. In die gleiche Richtung, nämlich viel Erfolg bei relativ wenig Aufwand, zielt die „Rehabilitierung" bestehender Anlagen, die rascher Früchte trägt als aufwendige Neuinvestitionen.

Für wünschenswert hält Brantner darüber hinaus eine Verstärkung des Engagements zugunsten unmittelbar wachstums- und zahlungsbilanzwirksamer Projekte; gleichzeitig müßten aber auch grundbedürfnisorientierte Vorhaben gefördert werden, um die sozialen Spannungen, die bei einer stärkeren Anpassungspolitik der Entwicklungsländer entstehen, auszugleichen. Die Bereitschaft in den Empfängerländern, einen härteren Anpassungskurs zu fahren, wächst. Für solche Länder wäre nach Meinung Brantners eine verbesserte Möglichkeit zur Finanzierung von Inlandskosten von Projekten entwicklungspolitisch wünschenswert.

Von der Forderung nach Entstaatlichung der Entwicklungshilfe hält Brantner trotz der auch von ihm anerkannten Erfolg der nichtstaatlichen Entwicklungshilfeorganisationen nicht viel. Zwar bevorzuge die staatliche Entwicklungshilfe institutionell bedingt im Nehmerland staatliche Träger, aber daraus sei keine Vernachlässigung des privaten Sektors abzuleiten. So ermöglichten zum Beispiel die großen Beiträge der öffentliche Hilfe im infrastrukturellen Bereich erst die Voraussetzungen für erfolgreiche Aktivitäten der privaten Wirtschaft in den Empfängerländern.

Auch zur Entfaltung des großen Entwicklungspotentials im kleinbäuerlichen und kleingewerblichen Bereich sind nach Einschätzung Brantners wesentliche staatliche Vorleistungen Voraussetzung.

Privatwirtschaft wartet auf Produktionsanreize

Ansatzpunkte sieht Brantner hier in einer direkten Förderung, etwa über Entwicklungsbanken. Die Erfahrungen aus ostasiatischen Ländern zeigen, daß die privatwirtschaftlichen Klein- und Kleinstunternehmer sehr deutlich auf Produktionsanreize (vor allem preispolitische) reagieren und die Freiräume nutzen, die ihnen eine entsprechend orientierte Wirtschaftspolitik schafft.

Damit allein ist es aber nicht getan, betont Branter, zusätzliche Maßnahmen sind nötig, für die die Anstöße vom öffentlichen Sektor ausgehen müssen. Als Beispiele nennt Brantner u.a. landwirtschaftliche Forschung, Beratung und Vermarktungshilfen. In diesem Bereich sieht er wichtige zukünftige Ansatzpunkte für die öffentliche Entwicklungspolitik. Dies gelte ebenso für die Anstrengungen zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums. In vielen Ländern wächst nach Brantners Beobachtung die Erkenntnis, daß ein aufeinander abgestimmtes Zusammenwirken öffentlicher und privater Aktivitäten Voraussetzung für Entwicklungserfolge ist. Daraus speist sich Brantners „verhaltener" Optimismus, daß eine Verbesserung der Lage auch in den ärmeren Ländern längerfristig zu erreichen ist. (WR)

Zehn Jahre Bensheimer Kreis

Immer mehr erkennt auch die staatliche Entwickungspolitik, daß nur durch ein Zusammenwirken privater Hilfsorganisationen und der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit die eigentlich Bedürftigen und Armen in der Dritten Welt erreicht und ihre Lage verändert werden kann.

In den letzten Jahren wurden zunehmend mehr Mittel für kofinanzierte Projekte freier Träger zur Verfügung gestellt. So stieg der entsprechende Haushaltstitel seit 1976 von fünf auf heute 31,8 Millionen Mark.

Wenn der Bensheimer Kreis auch keine feste Satzung hat, so verfügt er doch über Aufnahmekriterien. Diese Aufnahmekriterien beziehen sich vor allem auf die Verwendung der Mittel, auf die überregionale Bedeutung der Organisation sowie auf die entwicklungspolitische Erfahrung und Fachkompetenz. Alle Organisationen müssen über eine zulässige Rechtsform und über die ihnen von den zuständigen Finanzbehörden zuerkannte Gemeinnützigkeit verfügen. Bei aller Gemeinsamkeit der Mitgliedsorganisationen sind sie in sehr unterschiedlichen Bereichen aktiv. Während einige Organisationen die medizinische Hilfe im Vordergrund ihrer Projektarbeit haben, arbeiten andere mit Schwerpunkt im Bereich der ländlichen Entwicklung, der Handwerksförderung, des Wohnungsbaus, der speziellen Projektarbeit für Kinder oder im Bereich der personellen Entwicklungshilfe. Allen Organisationen gemeinsam ist der Einsatz im Bereich der entwicklungsbezogenen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit ihren etwa 3800 Projekten pro Jahr und einem jährlichen Spendenaufkommen von 400 Millionen Mark sind die Mitgliederorganisationen des Bensheimer Kreises ein bedeutendes Standbein der deutschen Entwicklungshilfe, was letztlich auch in der Summe von 21 Millionen Mark für die konkrete Projektarbeit der Trägerorganisationen des Bensheimer Kreises deutlich wird. HUBERT TINTELOTT

Magazin für die Freizeit **REISE WELT** mit Auto · Hobby · Sport · Spiel

Freitag, 14. November 1986 - Nr. 266 - DIE WELT



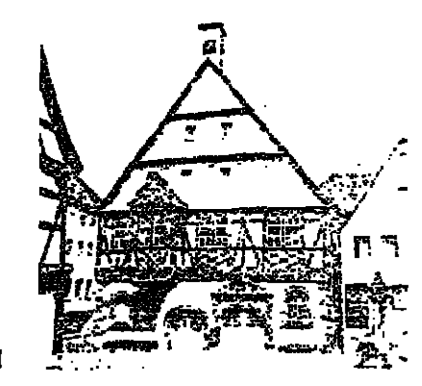
Algarve: Am Heiligen Kap der Römer überwintern Seite VIII

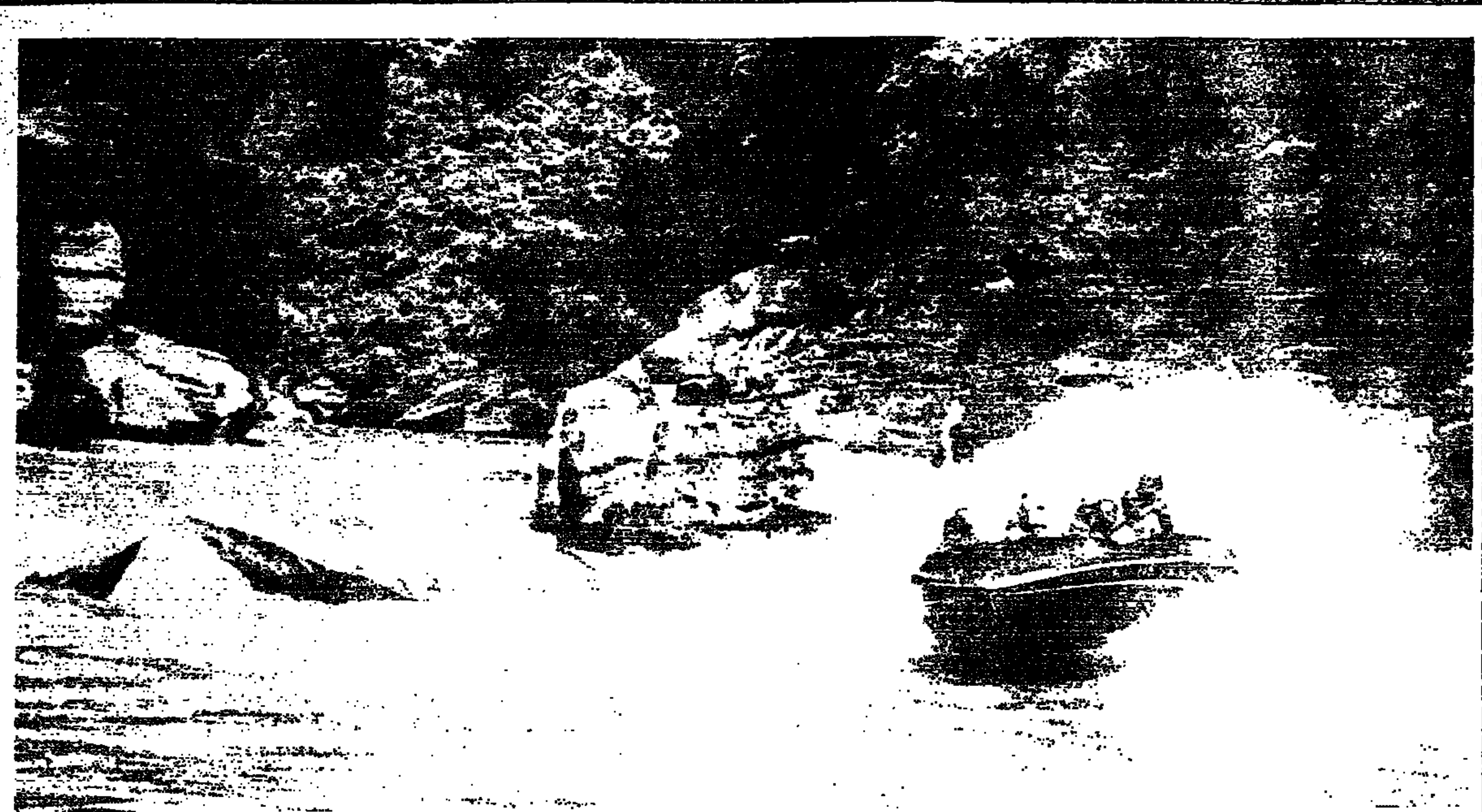
Franz Keller in der WELT: Kalkulation der feinen Küche Seite III

Schach mit Großmeister Pachmann, Rätsel und Grips+Chips Seite VI

Wandern in Deutschland: Wo einst die Tödden zur Arbeit gingen Seite V

Ausflugstip: Wörth am Main – ein Wiener Café in Franken Seite VIII





Los geht die wilde Jagd über den Shotover River in Neuseeland: Der mit einem benzindurstigen 7,5 l Oldsmobil-Motor gekoppelte Jetantrieb saugt das Wasser am Schiffsboden an und stößt es am Spiegel mit gewaltigem Schub wieder aus. Diese Kraft verleiht dem Boot die Beschleunigung eines Sportwagens und sorgt für echte Gleitfahrt, wobei das Wasser gerade noch berührt wird. Hinzu kommt die phänomenale Wendigkeit der Renner, die jedes Hindernis im Fluß mit unverminderter Geschwindigkeit umkurven.

FOTO: BRAUNSCHWEIG

Die wilde Spritztour am schönsten Ende der Welt

Die einzigartige Bootsfahrt beginnt in Arthurs Point unterhalb der Edith Cavell Bridge, sieben Kilometer von Queenstown entfernt. Queenstown ist ein kleiner Fremdenverkehrsort am Fuß der Southern Alps in Neuseeland, keine 200 Kilometer vom Südkap der Südinsel entfernt. Edith Cavell, die der Brücke ihren Namen gab, war eine englische Krankenschwester, die während des Ersten Weltkriegs in belgischen Diensten stand. Von den Deutschen wurde sie wegen Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung standrechtlich erschossen, von ihren Landsleuten als Patriotin verehrt. In London und Brüssel hat man ihr Denkmäler gesetzt, und hier am anderen Ende der Welt ist die betagte Brücke nach ihr benannt, die die Schlucht des Shotover Rivers kühn überspannt.

Trotz seiner bescheidenen Länge ist der Schotover ein weit über Neuseelands Grenzen hinaus bekannter Wasserlauf: Nach dem Klondike in Alaska gilt er als der Fluß, der das meiste Gold enthält. Sein Wildwassercharakter erinnert an den Colorado River.

Unten am Steg erwartet uns ein keilförmiges rotes Jetboot. Der vorhandene Platz reicht für elf Passagiere und den Bootsführer. Als Abschluß der kurzen Bugeindeckung steckt ein schmaler Windabweiser aus Plexiglas. Die Innenseite des Cockpits ist zum Schutz der Insassen mit einem breiten Gummiwulst ausgepolstert. Das Shotover Jetboot ist eine Spezialversion des Hamilton Jets, der auf dem Colorado River seine Tauglichkeit unter Beweis gestellt hat.

Ein kurzes, aber nachhaltiges Erlebnis

Die Fahrt auf dem Fluß ist – bedingt durch seine geringe Länge – ein Erlebnis von begrenzter Dauer. Das ist ein allgemeines neuseeländisches Wassersportproblem: auf beiden schmalen Hauptinseln ist kein Ort weiter als 110 Kilometer von der Küste entfernt, und die zum Inneren der Inseln ansteigenden Gebirgszüge bieten nur kurze, wegen ihres starken Gefälles zumeist nicht schiffbare Wasserläufe. Unterhalb der zweieinhalbtausend Meter hohen Centaur Peaks entspringt aus einem Gletschersee der Shotover und mündet bereits nach 70 Kilometern in den Wakatipu Lake, der auf 230 Meter Höhe liegt. Dennoch: das Abenteuer dieser Bootsfahrt ist ein einmaliges und nachhaltiges Erlebnis.

Unten ist man nun mit dem Auftanken fertig. Wir sind alle schon mit den klatschnassen Rettungswesten unserer Vorgänger gegürtet. Das sind massive plumpe Dinger, die im Bedarfsfalle wohl nicht nur Auftrieb geben, sondern den Körper auch beim Aufprall auf Felsen schützen sollen. Aber das sind müßige Spekulationen, *denn im bisher zehnjährigen Betrieb* – ganzjährig, und das Tag für Tag – hat es noch nie auch nur den kleinsten Unfall gegeben.

Am Startpunkt fließt das Wasser, obwohl von hohen Felswänden umschlossen, breit und fast träge dahin. Der Zwölfsitzerjet macht los, schiebt sich langsam in die Flußmitte. Dann röhrt der Motor auf, und im Zickzackkurs, der mehr an einen hakenschlagenden Hasen als an ein Wasserfahrzeug erinnert, geht es los. Blitzschnell nähern wir uns der Gedenkbrücke. Die Ufer drängen sich enger zusammen, das Wasser schießt nur so dahin. Und während man sich erleichtert dem Gefühl hingibt, nun die Höchstgeschwindigkeit erreicht zu haben, passiert etwas ganz anderes: Das Gefühl entspricht etwa dem Vorgang an Bord einer Concorde, wenn der Pilot vollen Schub einlegt, um die Schallmauer zu durchbrechen, und die rote Digitalanzeige gleich darauf ein Mach vermeldet. Doch entgegen dem Überschallflugzeug, das sanft und für den Passagier unmerklich beschleunigt, springt das Boot mit einem regelrechten Satz vorwärts und fliegt gleich darauf wie ein Geschoß dahin. Man klammert sich krampfhaft an Sitz und Dollbord fest, Spritzwasser peitscht das Gesicht, und achteraus zieht das Boot eine hoch aufstiebende Gischtfahne hinter sich her.

Die ersten schlangenförmigen Windungen: Der Jet schießt genau auf eine Felswand zu. Doch drei Meter vor der Wand und kurz vor dem drohenden Zusammenprall schlägt der Skipper das Ruder blitzschnell ein, das Heck wird seitwärts weggeschleudert, der Bug rast in Richtung des neuen Flußverlaufs weiter, die Heckkante streift den Fels fast noch, aber ohne mit ihm zu kollidieren.

Bei diesem Törn sträuben sich die Haare

Jetzt die erste Stromschnelle mit brodelndem und schäumendem weißen Wasser. Mannshohe Felsbrocken sind darin eingestreut, die sie in viele Rinnen aufteilen. Wir rasen auf die nächste Stromschnelle zu. Wasserschwälle überschütten uns – und schon sind wir durch. Der Fluß strömt brausend und mit gewaltiger Kraft durch einen tief eingeschnittenen engen Cañon mit atemberaubenden Überhängen. Das alles bildet eine solch wilde Szenerie, daß sich den Wildwasserfahrern die Haare sträuben.

Auf teichartigen Ausbuchtungen ziehen wir verwegene Schleifen. Wasserfontänen übergießen uns. Beim Zurücknehmen der Schubkraft sinkt das Boot mit abrupt in die Flut. Wir schippern in gemächlicher Fahrt weiter, vorbei an weißen Stränden. Am Ufer stehen die verfallenen Hütten der Goldwäscher, die einst aus allen Teilen der Welt kamen und sich hier ein Stelldichein gaben. Die Goldminen von Tuckers Beach mit ihren alten Eisengestängen und rostigen Riesenzahnrädern als Bestandteilen komplizierter Transmissionen, vom Lauf der Zeit ausgebleichte Blockhäuser oder aus rohen Steinen geschichtete Hütten sind Zeugen aus den Tagen des Goldrausches und der kaum viel älteren europäischen Besiedelungsgeschichte dieses Landes.

Bilder werden geschossen, dann auf Kommando die Kameras wieder spritzwassersicher verstaut. Es geht talwärts zum Ausgangspunkt zurück. Gott sei Dank. Denn eine längere Exkursion könnte den Reiz dieser Fahrt kaum überbieten, eher würde die Zerreißprobe ein schnelleres Ende herbeisehnen.

HENRY BRAUNSCHWEIG

*

Auskunft: Fremdenverkehrsamt von Neuseeland, Kaiserhofstraße 7, 6000 Frankfurt, Tel. 069/28 81 89.

NACHRICHTEN

Nikolaus-Tennis-Wochen

Kein anderer Freizeitsport hat so hohe Zuwachsraten wie Tennis. Wer in der Vorweihnachtszeit unter freiem Himmel spielen möchte, hat im Helga Masthoff Tennis-Hotel ausreichend Gelegenheit. Vom 5. bis zum 10. Dezember und vom 12. bis zum 19. Dezember treffen sich die Cracks in Maspalomas, Gran Canaria. Ab Frankfurt oder München kostet der Spaß mit Halbpension ab 1411 Mark pro Person. Auskünfte: Helga Masthoff Tennis-Hotel, Postfach 12 04 24, 4000 Düsseldorf 1, Telefon: 02 11/6 79 00 67.

Buchung per Kreditkarte

Großbritannien-Urlauber können ihr Privatquartier bei einem zentralen Buchungsbüro nun auch unter Angabe ihrer Kreditkartennummer buchen. Die Organisation hat mehr als 300 Adressen im Angebot. Zur Zeit kostet eine Übernachtung 8,50 bis 12,50 Pfund, in London 15 Pfund. Auskünfte: Britische Zentrale für Fremdenverkehr, Neue Mainzerstraße 22, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/2 38 07 50.

Grönland im Winter

Eine Achttagesreise mit Flug ab Hamburg sowie Hotelunterkunft, Vollverpflegung und Reiseleitung in Grönland kostet 5265 Mark. Für abenteuerlustige, sehr gut trainierte und ausdauernde Touristen werden verschiedene Hundeschlittenfahrten angeboten. Die Preise liegen zwischen 4989 Mark für zehn Tage und 9055 Mark für siebzehn Tage. Auskünfte: Reisebüro Norden, Immermannstraße 54, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11/36 09 66.

Kreuzfahrten unter Segel

Nach der Rückkehr aus der Karibik steht der Großsegler „Anny von Hamburg" für Segeltörns auf der Elbe sowie auf Nord- und Ostsee zur Verfügung. Das Programm sieht die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen vor: der Kieler Woche (20. bis 27. Juni), der Cutty Sark Tall Ships Regatta von Kiel nach Stockholm (27. Juni bis 9. Juli) und zurück (10. bis 21. Juli) sowie dem Eintonner-Weltcup in Kiel (23. August bis 6. September). Außerdem sind Segeltörns zur Vorbereitung auf DSV-Führerscheine ausgeschrieben. Alle Törns können für Gruppen bis zehn Personen oder einzeln gebucht werden. Auskünfte: Germania Schiffart GmbH, Holzdamm 47, 2000 Hamburg 1, Tel. 040/24 08 48.

Attraktives Land: Bayern

Rund 20 Millionen Mark werden jährlich von bundesdeutschen Unternehmen, Verbänden und Verwaltungen für Geschäftsreisen im In- und Ausland ausgegeben. Ausländische Geschäftsreisende hingegen bringen im Jahr rund fünf Millionen Mark in die Kassen des bundesdeutschen Touristikgewerbes. Von den Geschäftsreisen am stärksten profitiert das Bundesland Bayern mit etwa 2,5 Millionen Mark Umsatz. Am wenigsten gefragt ist das Saarland.

„Flug" über den Kanal

In den Wintermonaten verkehren die 120 Stundenkilometer schnellen Luftkissenfähren der Hooverspeed Gesellschaft bis neun mal täglich in beiden Richtungen auf der Route Calais/Dover. Die Normaltarife für den einfachen Flug liegen im November und Dezember zwischen 112 und 146 Mark für das Fahrzeug plus 41 Mark pro Person. Im Januar und Februar reduziert sich der Fahrzeugpreis auf 81 Mark. Auskünfte: Hooverspeed Verkaufs- und Reservierungsniederlassung, Oststraße 122, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 21/35 34 59.

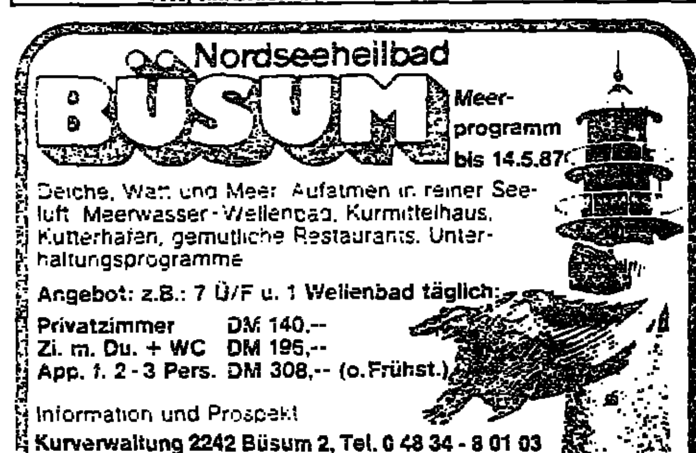
Schuljahr in den USA

Zehn Monate als „Familienmitglied" in einer amerikanischen Gastfamilie und in dieser Zeit die örtliche High School besuchen – dieses Programm bietet zum Schuljahr 1987/88 SSF-Sprachreisen Freiburg an. Neben der Flugreise, sorgfältiger Auswahl der Gastfamilie und Betreuung sind zwei Seminare zur Vor- und Nachbereitung Programmbestandteil. Bewerben können sich Mädchen und Jungen, die im August 1987 zwischen 15 und 18 Jahre alt sind. Auskünfte: SSF-Sprachreisen, Kaiser-Joseph-Straße 263, 7800 Freiburg, Tel. 07 61/21 00 79.

Ferienflieger im Aufwind

Neben den Touristikveranstaltern haben auch die Charterflugunternehmen in diesem Jahr von der wachsenden Reiselust der Bundesbürger profitiert. Die Branche rechnet für 1986 mit einem Zuwachs von rund vier Prozent. Das wären 300 000 Flugurlauber mehr als im letzten Jahr. Schwerpunkt der Flugreiseziele waren die Balearen, Kanarischen Inseln, Griechenland und die Türkei. Die Charterfluggesellschaften Condor, Hapag-Lloyd und LTU beförderten 1986 das Gros der bundesdeutschen Urlauber. Ihr Marktanteil wird auf 70 Prozent geschätzt. Der Rest entfällt auf die deutschen Fluggesellschaften Aero Lloyd und Germania (SAT) sowie auf ausländische Charterflieger. Die Condor, Tochtergesellschaft der Lufthansa, rechnet für diese Jahr mit mehr als 2,6 Millionen Flugurlaubern, einem Zuwachs gegenüber 1985 von zwei Prozent.

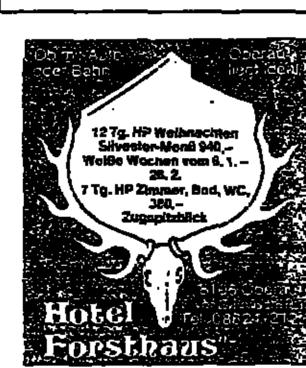
NORDSEE – NIEDERSACHSEN – SCHLESWIG-HOLSTEIN



BAYER. WALD

SCHWARZWALD

OBERBAYERN







Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

*Die kürzeste Zeit für das Rennen von London nach Sydney benötigte die Great Britain II, eine 23,5-m-Ketsch, bemannt mit einer britischen Crew aus mehreren Abteilungen der Streitkräfte. Sie segelte vom 31. August bis 7. November 1975 in 67 Tagen, 5 Stunden, 19 Minuten und 49 Sekunden von der Themsemündung nach Sydney (Australien).**

Es gibt „kürzeste Zeiten", die sind immer noch viel zu lang. Wie Sie schneller und gewiß auch bequemer zu Ihren Reisezielen in nah und fern kommen können, das erfahren Sie hier in diesem Reiseteil in jeder Woche. Durch die informativen redaktionellen Beiträge und durch das vielfältige Angebot der Reiseanzeigen.

* Aus: Das neue GUINNESS BUCH DER REKORDE (Ullstein-Verlag) 01-218





TEUTOBURGER WALD



BADEN-WÜRTTEMBERG





ITALIEN

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

Was ist noch schöner als der letzte Urlaub?

Die Vorfreude auf den nächsten! Und damit Sie diese Vorfreude so richtig auskosten können – dazu sollen Ihnen die Reiseanzeigen in WELT und WELT am SONNTAG dienen. Zum Planen, Prüfen, Vergleichen – und zum Entscheiden: für den schönsten Urlaub, den Sie je hatten.



Kalkulation der feinen Küche

Köln

Wohl nie zuvor wurde soviel über Restaurants und deutsche Küchenleistung geschrieben und im Fernsehen berichtet. Die internationale Anerkennung für die Köche im Land, die gewaltige Flut an Mützen, Löffeln und Sternen und die gute deutsche Küche als eigenständige Richtung waren die Schwerpunkte.

Obwohl die Zahl der Fast-Food-Läden, der Imbiß- und Hamburgerketten ebenfalls steigt, gibt es andererseits immer mehr Menschen, die sich zur sogenannten „Erlebnis-Gastronomie" hingezogen fühlen. Oft das einzige, das sie dabei kritisieren, sind die – wie sie glauben – zu hohen Rechnungen. „Apotheker-Preise", wie man manchmal hört. Ich will einmal ganz offen die Kalkulation auf den Tisch legen und auch die Voraussetzungen nennen, die heute für Spitzenküchen unumgänglich sind.

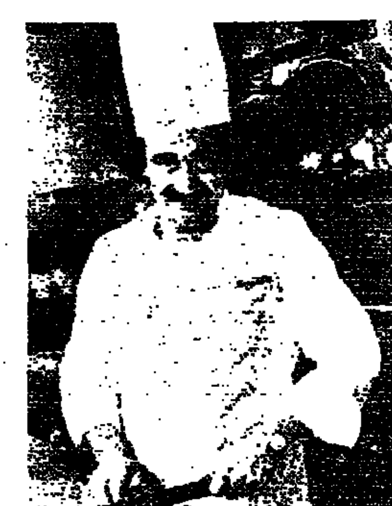
Dazu ein Wort vorweg: Es ist sehr schwer geworden, hochklassig und kreativ zu kochen, weil das hauptsächlich viel Arbeit macht, und „Arbeit kostet Geld". Die Waren müssen zwar nicht immer die teuersten sein, jedoch ist es so, daß je preiswerter die Ware, um so mehr Arbeit zu investieren ist, bis ein gutes Endprodukt erreicht wird. Diese „preiswerten" Grundprodukte müssen letztlich entsprechend hoch kalkuliert verkauft werden.

Dabei soll man dann auch noch gegen eine Gastronomie preislich bestehen, die sich hauptsächlich bei Großunternehmen von der Erbse bis zum Fischfilet bedient, tiefgekühlt, vakuumiert und gefriergetrocknet. Hier wirkt ein einsamer Koch mit ein oder zwei sogenannten „Küchenhilfen", die höchstens zum Salatputzen fähig wären und nebenbei spülen, mit vielen Kesseln und Maschinen alles schnellstens zusammenbraut und dann in sechs bis sieben Stunden Servicezeit (die Zeit, in der Gäste da sind zum Essen) nur auftaut, heiß macht und anrichtet und ihm zum eigentlichen Kochen und Vorbereiten (bevor die Gäste da sind) nur noch knapp zwei Stunden übrig bleiben.

Schon oft habe ich behauptet, daß zu clevere Gastwirte an einem Schnitzel zu 9,80 Mark auf diese Art eine höhere Gewinnspanne haben als Gastronomen der gehobenen Küche an einem Rehmedaillon zu 42 Mark inklusiv allem, was noch dazu geboten wird.

Kaum einer spricht gerne davon, was unter dem Strich bleibt. Ich möchte aus dem Betriebsergebnis kein Geheimnis machen. Die Personalkosten von 40 bis 45 Prozent vom Endpreis sind der gewichtigste Posten in der Rechnung. Der Wareneinsatz im Mischbetrieb (Restaurant und Bistro) schluckt je nach Jahreszeit 34 bis 42 Prozent, also fast ebenso viel. Sieben bis zehn Prozent der Einnahmen gehen auf das Konto Pacht, Heizkosten etc. (ebenfalls nach Jahreszeit unterschiedlich). Der Gewinn beläuft sich auf sechs bis maximal zehn Prozent. Dieser Betrag muß dann noch versteuert werden.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Mit dieser Kalkulation läßt sich gut leben. Mehr drückt eine andere Sorge. Für die hohen Endpreise erwarten die Gäste eine übermenschliche, absolute Perfektion. Das kann



Franz Keller jr. schreibt exklusiv in der WELT über die Kochkunst
FOTO: ZIK

eigentlich nur funktionieren, wenn die sogenannte „Luxus-Gastronomie", die sie sich dabei vorstellen, total durchorganisiert ist und keiner, vom Oberkellner bis zur Toilettenfrau, auch nur den geringsten Fehler macht, damit nicht ein halber Punkt hinter dem Komma zum himmelhohen Ergebnis verlorengeht.

Daß man da in solch einer Küche natürlich nicht dauernd andere Gerichte machen darf, wodurch Fehler wahrscheinlicher werden, weil jeder Koch schon einmal die Petersilie auf die falsche Stelle des Tellers legen könnte, ist doch verständlich. Nein, jedes Gericht muß möglichst durch den gesamten gastronomischen Blätterwald gegangen sein, damit „Jeder" bei der einmaligen Gelegenheit genauso wie der erfahrene Restaurantgänger schon von vornherein weiß, was er wo zu essen hat. Diese Gastronomie lehne ich ab.

Lang genug habe ich in erstklassigen Häusern gekocht und kann mich noch gut erinnern, wie wir Köche um 12.00 Uhr mittags und abends um 20.00 Uhr die Gäste hereinmarschieren sahen. Schon wurden, wie programmiert, die Wolfsbarsche im Blätterteig, die Entenbrüste und Soufflés in die Öfen geschoben, weil wir genau wußten, was jetzt kommen würde. So zu kochen ist auf die Dauer, selbst mit den besten Produkten und von den besten Leuten zubereitet, nicht nur für den Gast, sondern auch für die Köche langweilig und läßt abstumpfen. Dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn man die Köche hinter den Kulissen mit der Schinkenstulle und der Erbsensuppe erwischt.

Die sogenannte kreative Küche ist nicht nur kreativ, wenn sie ein völlig neues Gericht gefunden hat und es propagiert, sondern wenn sie fähig ist, nach Jahreszeiten und Angeboten des Marktes auch für den Stammgast zu kochen. Stammgäste sind Menschen, die immer wieder in denselben Lokalen verkehren und wo der Koch es fertigbringt, sie nicht nur immer mit den gleichen Gerichten zu „beglücken".

Einer der Gründe dafür, daß ich *verschiedene Lokalitäten in unterschiedlichen Preiskategorien* betreibe, ist der Erlebniswert für meine Gäste und auch für mich. Der andere Wert ist die Sicherheit, die ich dadurch für mein Unternehmen erhalte und nicht von geschmacksbildenden Büchlein abhängig werde.

Wenn man rechnet, merkt man doch glatt, daß Gäste höchstens einoder zweimal im Monat pro Person gut 200 Mark für ein besonderes Dinner ausgeben. Überlegt man nun, daß doch jeder mindestens einmal am Tag etwas Gutes essen möchte, so bleiben immer noch im Schnitt 28 Tage übrig. Was macht der Gast an diesen 28 Tagen, und was mache ich? Kann ich dem Kunden denn nicht zehn- bis zwölfmal im Monat gutgemachte deutsche Gerichte vom Krautwickel über geschmälzte Maultasche bis zu Badischem Sauerbraten in meinem „Gasthaus Adler" anbieten, dann auch noch drei- bis viermal im Monat vom Seeteufel bis zum Kalbsnierchen in Senfsauce im Bistro die Leichte Küche und vielleicht ein- bis zweimal das sechs- bis siebengängige Menü mit den besten Weinen und Digestifs im Restaurant? Für den Gast wäre das gewünschte Abwechslung, und ich habe genug zu tun.

FRANZ KELLER jr.

Ceylon in Flammen?

Gefechte in Jaffna, ein Hinterhalt in Trincomalee, Bombenanschläge, Überfälle, Flüchtlinge – wer Meldungen aus Sri Lanka verfolgt, muß glauben, daß Ceylon in Flammen steht. Was spürt der Tourist davon, der im Indischen Ozean Ferien macht? „Gar nichts", versichert Johann-Friedrich Engel, einer der beiden Geschäftsführer der Robinson Club Hotels, die in Ceylon den Club Bentota betreiben. Die Unruhezone liegt zweieinhalb Tagesreisen von der Touristenanlage entfernt. Dort, in Jaffna und Trincomalee, leben mehrheitlich hinduistische Tamilen, die eine Teilautonomie anstreben.

Auch der deutsche Botschafter Hans Michael Ruyter, der in Colombos Nobelgegend Cinnamon Gardens residiert, sieht keine Gefährdung deutscher Touristen: „Wenn sich Leute an uns wenden, dann haben sie in aller Regel ihren Paß verloren, suchen einen Anwalt oder einen Arzt." Ruyter war vorher einige Jahre als Botschafter in Rom. „Dort", so erzählt er, „gab es viel ernstere Notfälle. Das Tamilenproblem wird im übrigen in der Presse hochgespielt."

Die Verantwortlichen der Reisebranche im fernöstlichen Sri Lanka gehen mit Optimismus in die Hauptsaison, die jetzt beginnt und mit ihren gemäßigten klimatischen Bedingungen bis zum April andauert. Erstmals seit 1980, als die Zahl der Touristen um 30 Prozent stieg, erwartet man in diesem Jahr wieder einen leichten Zuwachs von drei Prozent. „Die Zahlen lassen uns hoffen", meint Mohammed Thahir, der bis 1980 Chef des nationalen Fremdenverkehrsverbandes und an der touristischen Erschließung der Insel seit 1966 maßgeblich beteiligt war. Thahir erwartet bis zum Jahresende 260 000 Touristen aus aller Welt.

Gäbe es ausreichend Anlaß, müßte man vor einer Reise nach Sri Lanka warnen. Doch alles spricht dafür, daß eine solche Warnung nicht notwendig ist. Alle Parteien des Landes sehen den Wahnsinn der Auseinandersetzungen und haben sich zu Friedensverhandlungen zusammengesetzt. Bleibt zu hoffen, daß die zu einem guten Abschluß kommen – nicht nur wegen der Touristen.

RW.



Traditionsgemäß trifft man sich in der eleganten Dorchester-„Promenade" zum Tee. Der Kellner ist einer von 600 Angestellten, die durchschnittlich 500 Hotelgäste umsorgen.
FOTO: DIE WELT

Die ganz vornehme englische Art

London

Wenn Asien immer wieder die Hitlisten der besten Hotels in der Welt anführt, so spielt sicherlich der Service dabei eine entscheidende Rolle. Gut geschultes, straff geführtes Personal in ausreichender Menge bringt diese Häuser an die Spitze. Wer in Europa Service sagt, meint die feine englische Art, den Gast zu verwöhnen. Das beginnt schon an der Hoteltür, wo ein distinguierter Herr in feinem grauen Flanell den Autoschlag öffnet und den Gast in die Halle begleitet. Das erlebt man bei Tisch, wenn der Kellner sich auch noch bedankt, wenn er behutsam Kaffee nachgeschenkt hat.

Ein Beispiel für perfekten Service, luxuriös verpackt, bietet seit Jahrzehnten das Londoner Dorchester im Herzen von Mayfair in der vornehmen Park Lane, direkt am Hydepark.

Wir treten ein, und unser Blick fällt zunächst auf ein über mannshohes Orchideengesteck. 800 Pfund läßt sich die Hotelleitung die Blumenarrangements pro Woche kosten. Vorbei an dem Riesenstrauß führt der Weg in die Halle, wo zwischen Marmorsäulen die fashionablen Londoner ihren Afternoon Tea im weichen Licht kristallener Lüster bei sanfter Pianomusik nehmen. 50 Meter lang ist dieser prachvolle Wartesaal, der vergessen läßt, wie moderne Hotels jeden Quadratzentimeter verplanen. Eine Suite – es gibt 80 – kommt leicht auf die Größe einer Etagenwohnung, die Schuhanzieher haben die praktische Länge eines Spazierstocks, und in dem Riesenbadezimmer sind die Badetücher groß wie Bettlaken. Doch im Bad stößt man auch an die Grenzen dieses 55 Jahre alten Hauses. Hier kämpft Nostalgie gegen Zweckmäßigkeit. Herrlich die Umleitungen, die chromblitzende Heizungsrohre nehmen und dabei mollig warme Badetücherhalterungen abgeben, unpraktisch die viel zu weit hinten installierten Wasserhähne, deren Wasser die Finger kaum erreicht.

Als der Sultan von Brunei das Haus Anfang 1985 für 85 Millionen Pfund erwarb, war klar, daß noch eine große Summe nachgeschossen werden mußte. Im nächsten Jahr soll der Glanz des Traditionshauses, das unter Denkmalschutz steht, mit 40 Millionen Pfund aufpoliert werden: Investitionen, die das Londoner Ritz schon hatte, die im Savoy, dem anderen Luxushotel, ebenfalls anstehen.

In den vergangenen fünf Jahren sind schon einmal zwölf Millionen Pfund in das Dorchester gesteckt worden. Die Bar ist neu gestaltet, die Zimmer wurden behutsam modernisiert und mit Klimaanlagen versehen. Das alles geschah aber, ohne den englischen Stil des Hauses zu verändern.

Doch nur mit Pomp und Glanz ist eine Klientel, die 115 bis 145 Pfund pro Tag für ein Einzelzimmer oder bis zu 550 Pfund für die Doppel-Suite zahlt, nicht zufrieden. Vor allem, wenn die momentane Auslastungsrate von durchschnittlich 75 Prozent durch Geschäftsleute auch aus Deutschland erhöht werden soll, muß auf die Bedürfnisse dieser Kunden eingegangen werden – „very british" reicht nicht, wenn im Badezimmer das Telefon fehlt.

Einst, bei der Eröffnung 1931, war das Dorchester eine Sensation. Die Familie McAlpine gestaltete es mit dem Anspruch, das modernste und luxuriöseste Hotel der Britischen Inseln anzubieten. So war es das erste Hotel, das mit Stahlbeton konstruiert wurde und dessen Wände mit Isolierungen aus gepreßtem Seetang und Kork extrem schalldicht gemacht wurden. Im Anbau aus den fünfziger Jahren befinden sich zwei Suiten, die zu den schönsten der Welt gezählt werden. Das „Penthouse" kann für Parties und kleine Empfänge genutzt werden, und eine Wohnsuite. Beide wurden von dem Bühnenbildner und Designer Oliver Messel gestaltet und aus Anlaß der Krönungsfeierlichkeiten der Queen 1953 glanzvoll eröffnet.

Elisabeth II. hat ein ganz besonderes Verhältnis zum Dorchester: Schon als kleines Mädchen bei feinen Kinderparties war sie zu Gast, und im Ballsaal hatte sie ihren ersten „öffentlichen" Tanzauftritt. Die Großen dieser Welt gaben sich hier ein Stelldichein, wohnten, arbeiteten oder feierten glanzvolle Feste im Dorchester.

HEINZ-R. SCHEIKA

*

Auskunft: The Dorchester, Park Lane, London. Tel. 01/6 29 88 88 oder Steigenberger Reservation Service, Tel. 069/29 52 47.

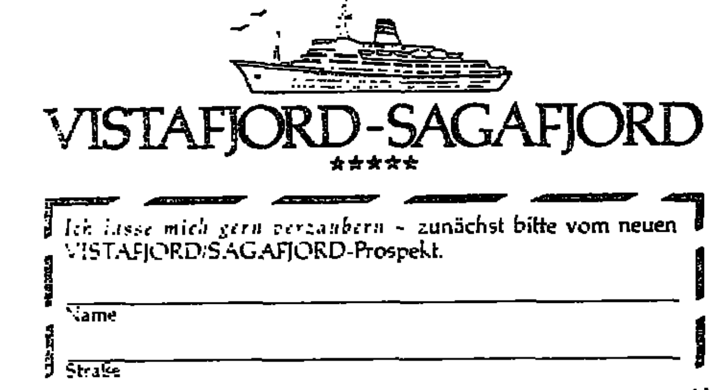
TOURISTIK

VOM ZAUBER DER KARIBIK

Diese einzigartige Mischung aus Calypso, exotischen Pflanzen, betörenden Düften, atemberaubendem Voodoo Kult, bunten Märkten und weissen Stränden an türkisfarbenen Buchten verzaubert immer wieder. Hinter jeder Straßenbiegung, jeder Landzunge gibt's eine neue Überraschung. Oder hätten Sie hier zum Beispiel eine holländische Windmühle vermutet?

Sicher interessant für Sie zu wissen, daß *zwei der besten Kreuzfahrtschiffe der Welt,* die VISTAFJORD und die SAGAFJORD, *von März – Mai '87* zwischen Jamaika und Grenada, Martinique, Barbados und den vielen anderen Perlen der Karibik unterwegs sind. Nicht zu vergessen, die grandiosen Fahrten durch den Panama-Kanal, vom Atlantik in den Pazifik, und weiter nach Mexiko. Wenn es für Sie durchaus reizvoll klingt, mit einem schwimmenden Luxushotel dem Zauber dieses einmaligen Fleckchens Erde auf die Spur zu kommen, ein Vorschlag – vorausgesetzt diese Kombination aus Abenteuer und jedem erdenklichen Service und Komfort ist Ihnen inklusive Hin- und Rückflug mindestens DM 4.960,– wert:

Fragen Sie den Experten für sichere Luxus-Kreuzfahrten in Ihrem Reisebüro nach dem neuesten VISTAFJORD/SAGAFJORD-Prospekt. Oder schicken Sie uns einfach den Coupon.



Ich lasse mich gern verzaubern – zunächst bitte vom neuen VISTAFJORD/SAGAFJORD-Prospekt.

Name

Straße

PLZ/Ort

CUNARD/NAC internationale Kreuzfahrten und Transatlantik-Dienst Neuer Wall 54 Abteilung WWR 2000 Hamburg 36 Telefon 040-3 61 20 58

Urlaub »First-Class« in den MARITIM Hotels

Teneriffa Genießen Sie die MARITIM-Urlaubswelt direkt am Meer auf der Insel des ewigen Frühlings. 2 Wochen im Typ A Ü/Frühst. mit Flug ab DM **1499,-**

Malta mit der Romantik des Selmun Palastes. Ideal für kombinierten Club-, Kultur- und Erholungsurlaub 1 Woche im DZ/Ü/F mit Flug (Charter) ab Köln schon ab DM ab HH + DM 70,- **795,-**

Brasilien Traumurlaub im Strandparadies Bahia, nahe Salvador. 12 km feinsandiger Strand. Idealer Ausgangspunkt für Entdeckungsreisen. Surfen, Segeln usw. gratis. Sparreise: 28 Nächte im DZ/HP, z.B. ab/bis Frankfurt ab DM **3899,-**

Der neue Prospekt ist da!

MARITIM Hotel-Reisedienst Am Wehrhahn 76 4000 Düsseldorf Tel. (02 11) 35 06 78 oder buchen Sie in Ihrem Reisebüro

---

„Golf à la carte" exklusive Golfreisen Golfschulen – Pro-Am-Reisen

Motif GmbH, Am Tempelhain 11 6229 Schlangenbad 5, Tel. 0 61 29 / 40 65

Buchen Sie jetzt Ihre Kreuzfahrt '87

Die schönsten Seereisen mit den renommiertesten Schiffen bekannter Reedereien in einem Prospekt — im Jahresprospekt '87 von AIR MARITIM. Fordern Sie unverbindlich diesen Prospekt an.

AIR MARITIM

Karlsplatz 11/12, 8 München 2 ☎ (089) 59 60 61 · TX. 522 858

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

---

Bangkok, Singapur, Kuala Lumpur DM 1 375,- Johannesburg DM 1 775,- Bombay DM 1 485,- Bogotá DM 1 495,- Rio DM 1 895,- Buenos Aires DM 2 150,- New York DM 778,- Sydney DM 2 095,-

TOUR-PLAN-REISEN · 5300 Bonn 3 Konrad-Adenauer-Platz 15 02 28 / 46 16 65



Entdecken Sie die

KULTUREN UNSERER ERDE

Unser Fernreisekatalog 1987 ist erschienen — die weite Welt auf 164 Seiten für Sie zum Greifen nah!

Dieser ungewöhnliche Prospekt jetzt in Ihrem Reisebüro oder bei

Studienreisen Klingenstein

8000 München 22, Thomas-Wimmer-Ring 9, Tel. 089/23 50 81-0 · 7000 Stuttgart 1, ...str. 25, Tel. 07 11/24 11 22 · 5000 Köln, Hohenzollernring 2–10, Tel. 02 21/21 22 32 · 6000 Frankfurt 1, Kornmarkt 6, Tel. 069/28 30 44



Finnland Nordisches Wintererlebnis 8 Tage ab DM **714,-** mit Finnjet Line

WOLTERS REISEN

Katalog „Nordland" in allen Reisebüros oder Telefon: 04 21 / 89 99-289

Weihnachten KAN. INSELN

fr. Plätze. Tel. 0 23 03 / 18 18 RSB Voss & Votava, Unna

Südamerika

Flüge ab BRU/AMS

	Hin	H+R		Hin	H+R
Bogotá	1280	1670	Asunción	1550	1900
Caracas	1190	1580	Bs. Aires	1250	1900
La Paz	–	2400	Montevid.	1250	1900
Lima	1300	1730	Rio d. J.	1130	1900
Mexico	–	1650	Sta. Cruz	1550	1900
Quito	1360	1760	São Paulo	1150	1900
Santiago	1260	1900	auch ab Südamerika		

L.A.F. e. V. · 28 Bremen 1 Schwachhauser Heerstr. 222 Telefon 04 21 / 23 92 45

Billigflüge

Paco-Reisen, Tel. 04 21 / 44 41 40

Landschaftliche Vielfalt, mildes Klima, Gastfreundlichkeit, internationales Publikum.





BITTE SENDEN SIE MIR INFORMATIONSMATERIAL

NAME

STRASSE

ORT

12

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

---

First-Class-Reisen

z. B. Kreuzfahrt mit MS Astor

GS Reiseservice Postf. 14 03 14, 5300 Bonn 1 Tel. 0 26 44 / 79 56

Israel, Weihnacht, noch Charterflüge fr. Fly-drive. Kibbuz-Aufenthalt, Pilgerreisen u. a. F. T. V. Flug Touristik, Prielmayerstr. 1, 8000 München 2. Tel. 0 89 / 55 46 15

CDK Urlaubs-Restplätze bis 40% unt. Katalog-Preis. PACO-Reisen. T. 04 21 / 44 41 36/37

»Welt der Religionen«
NEU in unserem Studienreisen-Programm

- Auf den Spuren Buddhas. Wissenschaftliche Studienreise nach Thailand und Birma, 13 Tage, ab/bis Frankfurt
  Einführungspreis DM 4 880,–
- Land der Inseln, Tempel und Götter. Wissenschaftliche Studienreise nach Japan, 16 Tage, ab/bis Frankfurt
  Einführungspreis DM 7 480,–
- Schmelztiegel der Religionen. Wissenschaftliche Studienreise nach Indien und Nepal, 18 Tage, ab/bis Frankfurt
  Einführungspreis DM 5 190,–

Sie bauen auf einen guten Namen und 25 Jahre Erfahrung des großen Veranstalters für Studienreisen zu Stätten der Bibel, der Christenheit und der Weltreligionen.

Ausführliche und aktuelle Informationen erhalten Sie direkt von

Biblische Reisen Stuttgart

Biblische Reisen GmbH, Abt. 09
Silberburgstraße 121, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 6 19 25-0

Irland

Milde Preise...



Jetzt ist die Zeit, Irland kennenzulernen. Oder mal wiederzusehen. Jetzt sind die Preise so entgegenkommend wie die gastfreundlichen Iren. Und so mild wie das vom Golfstrom temperierte Wetter. Jetzt haben die Iren noch mehr Zeit für Sie. Haben Sie ein paar Tage Zeit für Irland ...?

Zum Beispiel:
Fly & Drive. Linienflug ab Düsseldorf. 7 Tage Leihwagen ohne km-Begrenzung. Pro Person DM **696,-**

Angelurlaub. Linienflug ab Düsseldorf. 1 Wo. Leihwg. o. km-Begrenzung. Ferienhaus, Boot mit Außenbordmotor. Bei 4 Pers. p. P. DM **959,-**

Bitte Spezialprospekt „Milde Preise" anfordern von der Irischen Fremdenverkehrszentrale, Untermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1 Telefon (0 69) 23 64 92

Urlaub - typisch irisch...

Anzeigen-Bestellschein für

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

1 Mindestgröße 10 mm/1sp. = DM 111,72

2 15 mm/1sp. = DM 167,58

3 20 mm/1sp. = DM 223,44

4 25 mm/1sp. = DM 279,30

5 30 mm/1sp. = DM 335,16

6 15 mm/2sp. = DM 335,16

Anzeigen in der Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" kosten bis zu einer Höhe von 30 mm einspaltig bzw. 15 mm zweispaltig DM 11,17 inkl. MwSt. pro Millimeter, ohne Wiederholungsnachlaß. Die normale Druckzeile kann ca. 35 Buchstaben bzw. 4 bis 5 Wörter enthalten. Anzeigenschluß ist jeweils **montags 14 Uhr** vor dem Erscheinungstermin.

Rustikales Blockhaus im Naturschutzgebiet an der Eider, für 4–6 Personen noch frei.

Mindestgröße 10 mm/1spaltig.
Alle Anzeigen werden mit Rand versehen.
Standardgestaltung

DIE WELT / WELT am SONNTAG

An DIE WELT/
WELT am SONNTAG,
Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64,
4300 Essen 1

01-188

Hiermit bestelle ich eine Anzeige für die Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" in der Höhe von ______ Millimetern ____ spaltig zum Preis von __________ DM.

Bitte veröffentlichen Sie das Inserat am Freitag, dem __________ in der WELT sowie am darauffolgenden Sonntag in WELT am SONNTAG.

Name ______

Straße/Nr. ______ Telefon ______

PLZ/Ort ______

Der Text *meiner* Anzeige soll lauten:

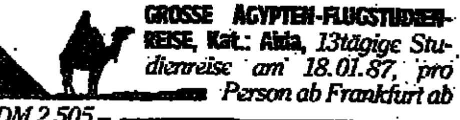
Weihnachten im Hochgebirge

Weihnachten im Hochgebirge, wo sich die Tannen unter der Last des Schnees biegen und die Sterne vom klaren Himmel funkeln! Feiern Sie einmal im Hochschwarzwald oder in den Schweizer Alpen! DORINT bietet Ihnen ein festliches Programm mit Weihnachtsmenü, Bescherung, zünftigen Wanderungen und vielen Überraschungen. Sie wohnen höchst komfortabel in Zimmern mit Bad/DU/WC, Balkon, Telefon, Farb-TV. In allen DORINT Häusern Hallenbad, Sauna, Sonnenbänke, meistens Kegelbahnen.

6 Nächte mit Halbpension und Programm ab	7 Nächte mit Halbpension und Programm ab	4 Nächte mit Halbpension und Programm ab
582,- DM	860,- SFR	366,90 SFR
Hochschwarzwald	Berner Oberland	Zentralschweiz
DORINT Feldberger Hof 7821 Feldberg 3 ☎ 0 76 76 - 3 11	DORINT Aparthotel Bluemlisalp CH-3803 Beatenberg ☎ 00 41 - 36 - 41 21 21	DORINT Hotel Regina Titlis CH-6390 Engelberg ☎ 00 41 - 41 - 94 28 26

Prospekt/Buchung auch über:
Dorint Reservierungsbüro, Goetersstr. 17
4050 Mönchengladbach 2, ☎ 0 21 66 - 45 88 0

LIEBER LESER, *seit 30 Jahren veranstalten wir Reisen durch das Land am Nil. Erfahrung, die sich gerade hier bezahlt macht.*



GROSSE ÄGYPTEN-FLUGSTUDIENREISE, Kat.: Aida, *13tägige Studienreise am 18.01.87, pro Person ab Frankfurt ab DM 2.505,–*

GROSSE ÄGYPTEN-BUSSTUDIENREISE, Kat.: Papyrus *15tägige Studienreise am 30.01.87, pro Person ab Frankfurt ab DM 2.630,–*

5000 JÄHRIGES ÄGYPTEN, *8tägige Studienreise am 01.02.87, pro Person ab Frankfurt ab DM 2.050,–*

KAIRO – MEMPHIS; LUXOR – THEBEN-WEST, *10tägige Studienreise am 06.02.87, pro Person ab Frankfurt ab DM 2.345,–*

ASSUAN – ABU SIMBEL – LUXOR, *10tägige Studienreise am 13.03.87, pro Person ab Frankfurt ab DM 2.510,–*

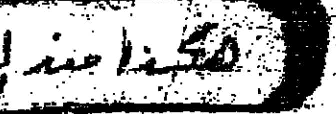
„MS NILE PEARL", GROSSE NILKREUZFAHRT *von Beni Mazar nach Assuan, 15tägige Studienreise am 08.02.87, pro Person ab Frankfurt ab DM 4.035,–*

„MS GOLDEN BOAT", KLEINE NILKREUZFAHRT, *8tägige Studienreise am 25.01.87, pro Person ab Frankfurt ab DM 2.905,–*

Katalog und Beratung in Ihrem TUI-Reisebüro.

Oft preisgünstiger als im Vorjahr!

DR.TIGGES-FAHRTEN
In guter Gesellschaft die Welt erleben



BÜCHER

Über aussichtsreiche Panoramawege, blumige Almen, leichte Höhenwege und Paßübergänge, schließlich auf Gletscher und Gipfel führen die Autoren Rose Marie Kaune und Gerhard Bleyer in dem Buch **„Die schönsten Höhenwege im Engadin"** (Bruckmann München, 160 Seiten, 54 Mark). Landschaft, Berge und die rätoromanischen Dörfer werden so gezeigt, wie sie der Feriengast nur selten wahrnimmt, und über die Touren werden nützliche Hinweise über Wegverlauf, Marschdauer, Höhenunterschiede und Unterkunftsmöglichkeiten gegeben.

*

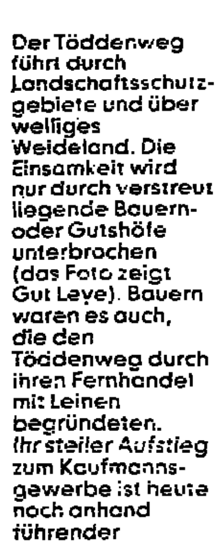
Mit dem Band **China** (Bruckmann München, 206 Seiten, 84 Mark) versuchen der Autor Klaus Dietsch und der Fotograf Erhard Pansegrau ein Portrait dieses Riesenreiches zu zeichnen. Daß bei einem Band, der hauptsächlich auf eindrucksvolle Fotos angelegt ist, der Text zu kurz kommen muß, versteht sich von selbst. Trotzdem hat man sich auf das Wagnis eingelassen, die chinesische Geschichte von ihren mythischen Ursprüngen bis heute zu behandeln. Kein Wunder also, daß für die konfuzianische Tradition, um ein Beispiel herauszugreifen, nur eine Seite übrigbleibt. Doch selbst hier wird dem Leser nichts über jene große asiatische Philosophie erzählt. Die Aufnahme Tibets in einen Chinaband zeigt darüber hinaus kein besonderes Fingerspitzengefühl für asiatische Probleme. Am Ende des Buches bleiben zu viele Ungereimtheiten.

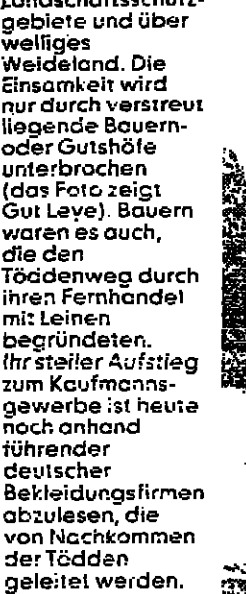
*

Der indische Subkontinent erfreut sich in den letzten Jahren wieder steigender Beliebtheit. Dieser Entwicklung trägt der **Berlitz-Reiseführer Indien** (256 Seiten, 16,80 Mark) Rechnung, der im handlichen Taschenformat durch praktische Informationen, erstklassige Fotos und zehn nützliche Karten Indien verständlicher und noch verführerischer macht.

*

In zwanzig reportageartigen Kapiteln zeichnet Ilse Tubbesing ein großartiges Panorama vom „Gebirge im Mittelmeer": **Korsika** (Walter-Reiseführer, 288 Seiten, 30 Mark). Hier wird dem Kenner wie dem Neuling ein solides und praktisches Wissen vermittelt.







Der Töddenweg führt durch Landschaftsschutzgebiete und über welliges Weideland. Die Einsamkeit wird nur durch verstreut liegende Bauern- oder Gutshöfe unterbrochen (das Foto zeigt Gut Leye). Bauern waren es auch, die den Töddenweg durch ihren Fernhandel mit Leinen begründeten. Ihr steiler Aufstieg zum Kaufmannsgewerbe ist heute noch anhand führender deutscher Bekleidungsfirmen abzulesen, die von Nachkommen der Tödden geleitet werden. FOTO: BARTLETT

Wo einst die Tödden zur Arbeit gingen

Der Teuteburger Wald und das Wiehengebirge sind ein herrliches Wandergebiet mit nicht zu schweren Steigungen, viel Wald und immer wieder heimeligen Ortschaften. Ein Großteil der von Verkehrs- und Wandervereinen erschlossenen Strecken sind wiederentdeckte alte Handelswege. Die bekannteste Route in diesem Gebiet ist der waldreiche Wittekindsweg, der in Osnabrück beginnt und nach 95 Kilometern in Minden/Porta Westfalica endet.

Im Westen jedoch beginnt ein besonders interessanter Pfad: der Töddenweg, der von Osnabrück bis nach Oldenzaal in Holland reicht und seinen Namen von Kaufleuten aus dem Tecklenburger Land bezieht, die – aus Kleinbauern hervorgegangen – mehrere Jahrhunderte lang einen Großteil dieser Strecke als Handelsweg benutzten. Zum Teil bittere Not hatte viele Bauern bewogen, sich im Sommer als Saisonarbeiter im nahen Holland zu verdingen. Als Grasmäher, Torfstecher, später auch als Händler für Solinger Stahlwaren, verdienten sie ihr Geld. Währenddessen versorgten die Frauen und jügeren Familienmitglieder den Haushalt und verrichteten alle Tätigkeiten auf dem Feld, die zum Anbau und der Verarbeitung von Flachs nötig waren. Das ursprünglich nur für den Eigenbedarf gewebte Leinen erregte durch seine hohe Qualität die Aufmerksamkeit der holländischen Kaufleute, und so entwickelte sich im Laufe der Zeit ein reger Handel mit Leinen. Besonders erfolgreiche und unternehmungslustige Tödden gründeten Handelsniederlassungen in Deutschland und Holland, später auch in England, Polen und Rußland. Die Nachfahren der einst hausierenden Tödden wurden seßhafte Kaufleute und bauten sich im heimatlichen Mettingen, Hopsten und Recke stattliche Häuser, die zum Teil noch gut erhalten sind. Gerade die Kombination aus geschichtlichem Bezug mit abwechslungsreicher Landschaft bilden den besonderen Reiz dieses Weges.

Wir starten in Oldenzaal am Bahnhof, wo der Töddenweg mit einem weißen „T" gekennzeichnet ist. Er führt zunächst durch eine langgezogene Rhododendronallee an mehreren Landhäusern vorbei. Weiter, auf dem Radweg der befahrenen Reichsstraße bis zur holländisch-deutschen Grenze, führt der übrige Wanderweg fast ausschließlich über Wald- und Feldwege oder kaum befahrene Landstraßen.

Nach dem Grenzübergang Springbiel liegt karge Landschaft, unterbrochen von einzelnen Bauernhäusern, vor dem Wanderer. Durch Baumalleen geht es nach Gildehaus, das jahrhundertelang Arbeitsplatz und Wohnstätte für Steinmetze in den nahegelegenen Steinbrüchen war: Der Sandstein hier wurde vor allem für öffentliche Gebäude in Amsterdam, Münster oder Kopenhagen begehrt. Steile, mit kleinen Pflastersteinen ausgelegte Straßen führen nach Bentheim, dem ersten Etappenziel.

Am darauffolgenden Tag zuerst eine Besichtigung der Burg Bentheim. Dann fassen wir Proviant, denn unterwegs gibt es keine Einkehrmöglichkeiten mehr. Durch den Bentheimer Wald, vorbei an uralten Eichen, Buchen und der Freilichtbühne, erreichen wir wieder Weideland, wo man mit etwas Glück einen Eisvogel erspähen kann. Daran schließt sich das einsame Landschaftsschutzgebiet Samerot an. Über eine Allee am Wasserschloß Stovern vorbei, das leider nicht zu besichtigen ist, stehen wir mitten in einer Bauernlandschaft. Nun geht's noch eine längere Strecke an der Ems entlang, bis wir das Tagesziel, die Stadt Rheine, erreichen. Am Wehr vor der Stadt zeigt eine Hochwassermarkierung, daß im Jahr 1946 die Maximalhöhe erreicht wurde. Die älteste Eintragung ist aus dem Jahre 1775.

Der dritte Tag beginnt mit flacher, sandiger Landschaft, Nadelwald und Picknick am Kanal. Nun geht es vorbei an stattlichen Bauernhöfen. Die St. Annen-Kapelle, der Kreuzweg und das Töddendenkmal auf dem Weg nach Hopsten sind Zeugen der Geschichte der Tödden.

Am vierten Wandertag dann das Naturschutzgebiet „Heiliges Meer" mit seiner biologischen Station. Die Universität Münster unterhält hier eine Forschungseinrichtung zur Beobachtung seltener Pflanzen und Wasservögel. Mettingen mit seinem interessanten Töddenmuseum ist die letzte Übernachtungsstation. Am nächsten Morgen gelangen wir nach wenigen Kilometern zum Stammhof Brenninckmeyer mit einer alten Kapelle auf dem Hofgeläde. Ein letztes Mal führt der Wanderweg durch hügeliges Gelände, weiter über Wersen, den Attersee, durch das Heger Holz und den Stadtteil Westerberg in die Altstadt von Osnabrück, wo der Töddenweg endet.

INGE BARTLETT

*

Auskunft: Wiehengebirgsverband, Markt 22, 4500 Osnabrück, Tel. 05 41/2 07 71.

Harz: Mit Schrothen den Körper entschlacken

Bad Lauterberg

Die Schrothkur, eine nicht ganz einfach zu absolvierende Prozedur, erfreut sich wachsender Beliebtheit, und die Kurväter verzeichnen entsprechende Gästezahlen. So zum Beispiel in Bad Lauterberg, dem Kneippkurort im südlichen Harz. In dem von Bergkuppen umringten Städtchen an der Oder wurden bereits im Jahre 1839 eine Kaltwasserheilanstalt eröffnet. Heute bieten eine Reihe von Sanatorien, Kurhäusern und Hotels ganz selbstverständlich das Schrothen und Kneippen an.

Vor mehr als 150 Jahren wurde die Schrothkur von dem Arzt Johann Schroth erfunden. Sie ist ein Verfahren zum Entschlacken, Entgiften, Entwässern und Entfetten des ganzen Körpers. Ihr Prinzip besteht aus der Kombination von Kurpackungen mit einer besonderen Diät sowie einander abwechselnden Trink- und Trockentagen über einen Zeitraum von drei Wochen hinweg. Die Schrothschen Kurpackungen sind wärmestauende Wickel, die jeden Morgen zu früher Stunde aufgelegt werden. Sie bewirken über eine Temperatursteigerung die Stoffwechselbeschleunigung, weil feuchte Wärme den gesamten Kreislauf anregt und die Durchblutung fördert. Die Schrothkurdiät streicht als fett-, eiweiß- und salzlose Diät konsequent lebenswichtige Stoffe und kann als eine gezielt einseitige Ernährung bezeichnet werden. Der Körper wird dadurch einerseits massiv gezwungen, auf eigene Ressourcen zurückzugreifen und seine Fettdepots abzubauen, zum anderen belastet der Kohlehydratstoffwechsel den Organismus so am wenigsten. Der Wechsel von Trink- und Trockentagen intensiviert den Reinigungsprozeß des Körpers. Als Getränke werden Kurwein, Tee, Heilwasser und Fruchtsäfte gereicht. Besonders der Kurwein spielt eine große Rolle, denn Alkohol ist ein wichtiger Energieträger. Da die Schrothkur eine verhältnismäßig starke Belastung des Organismus darstellt, kann auf eine ärztliche Voruntersuchung nicht verzichtet werden. So kann es auch zu kurzen Krisen kommen, bei denen sich Krankheitssymptome verstärken. Üblicherweise sind die Patienten aber nach ein bis zwei Tagen über den Berg.

Damit die empfohlenen drei Wochen nicht allzu langweilig werden, bietet Bad Lauterberg dem Gast über die reinen Kurmittel hinaus neben regelmäßigen Konzerten, Tanz und Gastspielen ein ausgedehntes Netz von Wanderwegen zu sehenswerten Harzer Zielen: der Oderstausee, das Luttertal, der Wiesenbeker Teich oder der 422 Meter hohe Hausberg sind beliebte Ausflugsziele.

H. J. FUCHS

*

Auskunft: Kurverwaltung, Postfach 125, 3422 Bad Lauterberg, Tel. 0 55 24 40 21.



Bad Lauterberg im südlichen Harz hat sich seit 1839 der Naturheilung verschrieben. Als neues Angebot kommt nun die Schrothkur hinzu, bei der der Gast durch „Heilfasten" gesund werden soll. Auch das Städchen hat seine Reize: Gepflegte Fachwerkhäuser, romantische Gäßchen und Winkel mit schmucken Geschäften laden zum Bummeln ein. FOTO: SCHADACH

GRIPS + CHIPS: Verschlüsselt und verkauft

Eines Samstags spätabends erschien ein Entschlüsselungs-Spezialist der NATO bei seinem Vorgesetzten in einem Felsenbunker der Eifel, blaß bis an die Haarwurzeln, ein Blatt mit einer Zahlenkolonne in der bebenden Hand. „Das wurde soeben aufgefangen, wir haben es bereits entschlüsselt – die Nachricht lautet: Russische Atomraketen starten um 23 Uhr 50."

Der Chef las murmelnd: „41 03 11 17 23 38 01" und drehte das Blatt hin und her. „Sofort weiterleiten", befahl er, doch als der Entschlüßler fortstürzte, rief er ihn noch einmal zurück: „Fragen Sie aber auch noch beim Hessischen Rundfunk an. Vielleicht sind es nur die neuen Lottozahlen."

Was entnehmen wir dieser lehrreichen Geschichte? Mit Hilfe von Zahlen kann man jede Nachricht in eine Form bringen, die sie den meisten Mitmenschen unverständlich macht – nicht aber dem, den es angeht. Umgekehrt läßt sich heute beim Anblick von Zahlen gar nicht mehr sicher sagen, ob es Zahlen sind oder „Chiffren", die für Wörter stehen. So können dieselben Zahlen – unser Vorfall im Eifelbunker zeigt es – alles mögliche bedeuten, von Onkel Bernis Tippvergnügen bis zum Weltuntergang.

Beim Militär und in der Diplomatie ist die Geheimniskrämerei durch Computer-Chiffrieren unglaublich perfektioniert worden. Eine wahre Sucht, alles zu verschlüsseln, hat sich inzwischen *aber* auch in anderen Bereichen epidemieartig ausgebreitet. Wir denken hier speziell an die Wirtschaft und erinnern uns eines typischen Falles: Die Firma Gernknecht KG. Peter Gernknecht, der Chef, hatte eines Tages, durch Schlampereien in seinem Hause geschockt, kurzerhand für alles Schriftliche im engeren Führungskreis eine besondere Aufzeichnungsform verordnet.

Diese, von ihm selbst entwickelt, war erlernbar und bedurfte nicht des Computers. Es handelte sich auch nicht um einen Zahlen-Code, sondern um ein Spezialsystem, dessen sich Gernknecht selbst routinemäßig bediente. Gelegentlich kam es vor, daß er aus einer Besprechung heraus „Noch eine Cola und ein Wasser!" bestellte – jedoch schriftlich und verschlüsselt. Seine Sekretärin vermochte das längst fließend zu lesen.

Kürzlich jedoch geschah es aller *dieser Vorsicht und Umsicht zum Trotz, daß die Gernknecht KG in ernste Schwierigkeiten geriet* – ihre Zahlen, ob *verschlüsselt oder nicht*, wurden rot. Peter Gernknecht mußte *verkaufen, doch ließ er sich dabei* – im Vertrauen auf sein überlegenes Kommunikationssystem – gelassen auf einen Poker ein, der sich zuletzt *dramatisch zuspitzte.*

In den letzten Stunden, die ihm seine Bank gewährte, befand sich Gernknecht mit einem Kaufinteressenten mitten im Abschluß über 2,9 Millionen. Die Sache war perfekt, trotzdem wollte Gernkecht alles platzen lassen, wenn sich in letzter Minute ein Angebot über drei Millionen einstellte. Sein Partner glaubte dem vorgebaut zu haben, indem er aus dem Verhandlungsraum alle Telefone entfernte – aber Peter Gernknecht war schlauer als er: Da wurde zum Beispiel ein Fernschreiben hereingegeben, in dem Gernkechts Sekretärin an seine *Magentropfen* erinnerte – doch der Text endete mit: tedl geme netn esse retn weil z

Und dann kam erneut ein Telex, diesmal mit einer Mitteilung über Gernknechts (angeblich) erkrankten Sohn. *Diese enthielt die Buchstabenfolge* netl inha hedn estu nieh noc

Gernknecht ließ die Schreiben herumgehen, noch ehe er sie selber gelesen hatte. Wie zu erwarten, wurden sie von Hand zu Hand rasch weitergereicht, sobald man sich von ihrem „rein privaten" Charakter überzeugt hatte. Gernknecht aber rieb sich in Gedanken die Hände.

Nun saß da jedoch neben dem Verhandlungspartner auch dessen Direktionsassistent, und diesem war als einzigem etwas an den Fernschreiben aufgefallen. *Er merkte sich* von jedem der unverständlichen Abschnitte einen Teil, und weil ihn die Verhandlung nicht sonderlich interessierte, knobelte er daran herum – und hatte plötzlich einen Geistesblitz.

Und dann geschah es: Als unmittelbar vor der Unterzeichnung des Vertrages ein letztes „privates" Fernschreiben für Gernknecht kam, fand der Assistent darin sofort neno illi mier berd ütob ange nie

Er lenkte die Tischrunde geschickt von sich ab, fügte hinten an den Text einen einzigen Buchstaben hinzu und reichte das Blatt schnell weiter.

Dieser eine Buchstabe kostete Gernknecht nur Minuten später bare 180 000 Mark.

Können Sie sich denken, warum?

PS. Sollten Sie nicht dahinterkommen, können Sie die Lösung immer noch in unserem nächsten „Grips + Chips" nachlesen. Schauen Sie also kommende Woche wieder herein.

ROBERT BRENNER

© Dr. Robert Brenner

Letzte Woche in Grips + Chips

Der Waran von Galapagos – *Aus dem Appetit des Warans (nennen wir ihn w: von Vollmond zu Vollmond sind 29 Tage, also ist* w = 2/29 Luchse/Tag) läßt sich das ganze bio*logische Geschehen auf der Insel* zahlenmäßig rekonstruieren: Ist L die *Zahl der Luchse, L/4 die Zahl der* Luchsmutter und v deren Vermehrungsrate (*pro Tag gerechnet, also* v = 2/365), so lautet die „Stabilitätsbedingung"

$$w = (L/4).v.$$

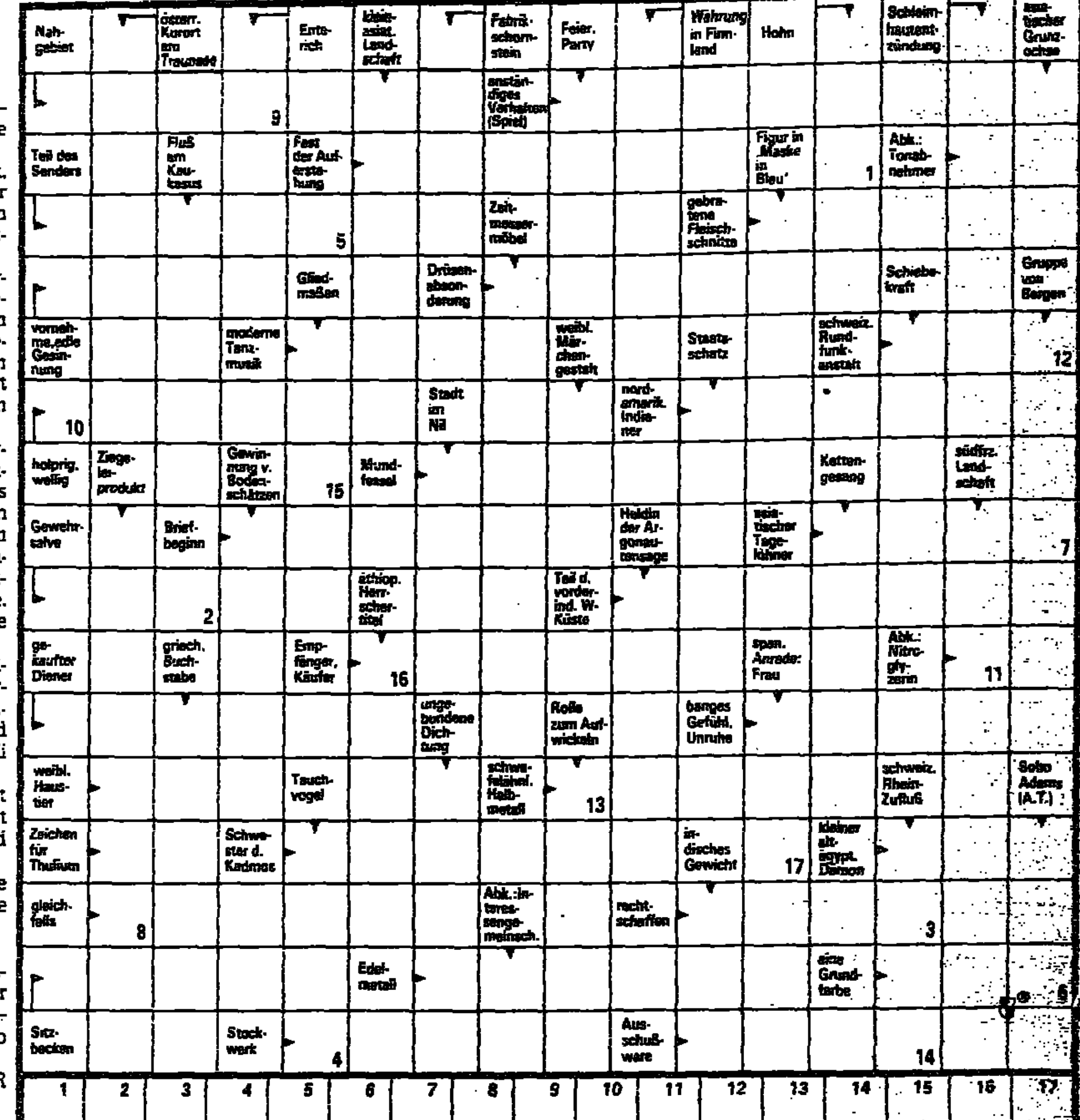
Das daraus berechnete L = 50 kön*nen wir dazu verwenden, aus dem* Kaninchenverzehr m des einzelnen Luchses (*m = 1/4 Kaninchen/Tag) und* dem Vermehrungsfaktor k (pro Tag gerechnet, also k = 8/365) der Nager-*Muttertiere (Anzahl K/6) mittels einer* zweiten Gleichgewichtsbedingung

$$L.m = (K/6).k$$

die Gesamtzahl K der Kaninchen zu ermitteln (K = 3422). Schließlich gibt es noch eine dritte Bedingung, diejenige zwischen den Kaninchen und dem Gras (F die Grasfläche, f = 1/25 das Graswachstum, g = 1,5 die pro Tag und Kaninchen abgeweidete Grasfläche in Quadratmetern):

$$K.g = f.F.$$

Da die Insel „lückenlos von Gras *bedeckt ist", kann man aus dieser* letzten Gleichung ihre Gesamtfläche *berechnen. Sie beträgt 128 325 Quadratmeter.*



SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMANN

Eigentlich hatte die Stadt bereits in der Schachwelt ihren Namen – bevor *sie Wuppertal hieß: In Barmen* siegte im Jahre 1869 Anderssen vor L. Paulsen und *Zuckertort*. Im Jahre 1905 waren 1.–2. Janowski und Maróczy, 3. *Marshall*, 4.–5. *Bernstein* und Schlechter usw. Auch ein Turnier in Elberfeld ist in der Schachliteratur registriert – im Jahre 1865. Jetzt kam es in Wuppertal zu einem gut besetzten internationalen Turnier, das sehr kämpferisch verlief.

Es siegte der Israeli Lev Gutman, der noch in diesem Monat beim Kongreß in Dubai den Großmeistertitel erhalten wird. Gutman spielt Bundesliga in der Koblenzer Mannschaft. Hier seine beste Partie – mit Schönheitspreis ausgezeichnet:

Damenindisch.
Gutman–Johansen

1.Sf3 c5 2.g3 b6 3.Lg2 Lb7 4.0-0 Sf6 5.d4 (*Bei dieser Zugfolge ist auch der* Aufbau mit 5.d3 d5 6.Sbd2 nebst e4 *möglich.*) **g6 6.c3** (*Die Partie beginnt* sehr ruhig, aber bald wird es anders sein!) **cd4: 7.cd4: Lg7 8.Sc3 Sd5?!** (Verliert zu viel Zeit, möglich wäre d5.) **9.Sd5: Ld5: 10.Dd3 0-0 11.Lg5 Lb7 12.De3 Te8 13.Tac1 Sa6?** („Springer am Rande bringt immer nur Schande" – *hier wird sich dieser alte Spruch* eindrucksvoll bestätigen. Richtig wäre d6 nebst Sd7 oder Sc6.) **14.Lh6 Lf8** (Und statt dessen sollte sofort Lh8 geschehen, nun inszeniert Weiß einen geistreichen Rochadenangriff:) **15.Se5 Lg2: 16. Kg2: d6 17.Sg4 Lh8 18.Lg5! h5 19.Sh6+!** (Der Springer wird hier keinen Rückzug haben, aber Gutman hat genau die Folgen dieses Vorstoßes berechnet.) **Kg7 20.f4! f6 21.f5!** (Die erste Pointe – fg geht nicht wegen 22.Dg5: nebst matt in zwei Zügen, und es droht stark 22.De6) **e6 22.Lf6:+! Df6: 23.fg6: Dg6: 24.Tf7+ Df7: 25.Sf7: Kf7:** (Momentan hat Schwarz mehr als genug Material für die Dame, aber nun erweist sich sein Springer als die entscheidende taktische Schwäche:) **26.Dd3!** (Nun verliert Sb4 wegen 27.Dh7+ Lg7 28.Tc7+ und b5 wegen 27.Db5: Sb8 28.Db7+ oder 28.Tc7+) **Kg8 27.Da6: Ld4: 28.Tc7 Lg7 29.Db7 Lf6 30.De4** *aufgegeben*. Das Resultat des Turniers: Gutman 8½, Lau 7½, Farago *6½, King, Knezević, Meyer und Westerinen* 6 (aus 11) usw.

Im gleichzeitig gespielten Meisterturnier siegte der französische IM Andruet mit *8* aus *11*. Und nun eine Kurzpartie aus dem Bundesligaspiel Karlsruhe–München:

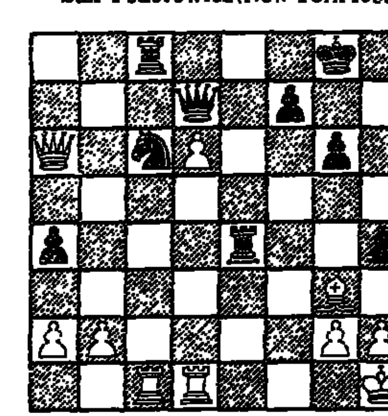
Französisch. Werner–Bischoff

1.e4 e6 2.d4 d5 3.Sc3 Lb4 4.Ld3 Sc6!? 5.Sf3 Sf6 6.ed Sd5: 7.Ld2 Sde7? 8.0-0 b6 9.De2 Lb7 10.Tad1 h6 11.Tfe1 Dd7? 12.d5! ed (Sd5: 13.Sd5: Ld2: 14.Td2: Dd5: 15.Lg6! oder 13. . . . Dd5: 14.Lb4: Sb4: 15.Lb5+) **13.Sd5:! Ld6** (Dd5: 14.Lb4: oder Ld2: 14.Se7:) **14.Se7: Se7: 15.Lb5 Lc6** (c6 16.Lf4) **16.Lc6: Dc6: 17.Lf4 Dd7 18.Ld6: cd 19.Se5** aufgegeben.

Lösung vom 7. November

(Ke2, Lf7, Ba6, d2, g2; Kc4, Lf5, Sh4, Be6, g7): **1.a7 Le4 2.Lg6! Sg6: 3.d3+! Ld3:+ 4.Ke3** oder **1. . . . Ld3+ 2.Ke3 Sg2:+ 3.Kf3 Se1+ 4.Kf4 g5+ 5.Ke5 Sf3+ 6.Kf6! Le4 7.d3+! Kd3: 8.Lg6** u. g.

Sax–Fedorowicz (New York *1986*)



Weiß am Zug gewann

(Kh1, Da6, Tc1, d1, Lg3, Ba2, b2, d6, g2, h2; Kg8, Dd7, Tc8, e4, Sc6, Ba4, f7, g6, h4)

BRIDGE

Problem Nr. 23/86

	♠ 10 8 ♡ A B 9 ◇ D 9 8 5 2 ♣ K 5 2	
♠ 7 5 4 3 2 ♡ D 7 6 4 ◇ B ♣ D 10 8	N W O S	♠ K 9 ♡ 5 3 2 ◇ 10 7 4 3 ♣ A 6 4 3
	♠ A D B 6 ♡ K 10 8 ◇ A K 6 ♣ B 9 7	

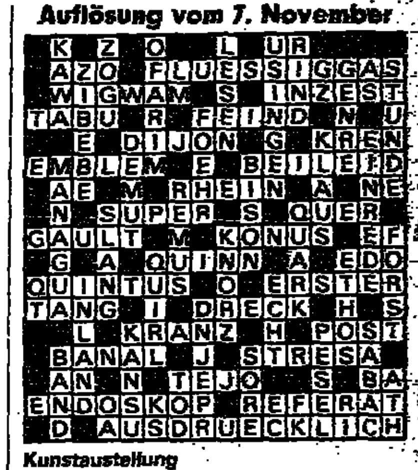
Süd spielt „6 Sans-Atout". West *greift mit Cœur-Vier an. Wie muß Süd* spielen, um seinen Schlemm zu gewinnen?

Lösung Nr. 22/86

Süd nimmt und wechselt auf Karo. West legt klein (A). Der Tisch bleibt ebenfalls klein, und Ost macht seine Karo-Zehn, um zum Beispiel auf Pik zu wechseln. Der Tisch nimmt. Süd *zieht Atout, spielt Karo zum As und* legt Karo-Dame vor. So werden am Tisch zwei Karos für Pik-Abwürfe hoch. West spielt im zweiten Stich Karo-Buben (B). Der Tisch legt das As. Es folgt noch *eine* Trumpf-Runde und dann Karo. Ost nimmt mit der Zehn, und das Spiel verläuft wie unter (A) geschildert. Bleibt Ost jedoch klein, gewinnt Süd trotzdem.

Er kann zwar nicht zwei Piks auf die Cœur-Mariage abwerfen, um später Pik zu verstechen; denn Ost kommt mit Pik-Dame zu Stich und spielt den letzten Trumpf. Statt dessen geht Süd mit Cœur zum Tisch, schnappt Karo, wirft auf den Cœur-König Pik ab und sticht dann die Cœur-Dame! Es folgt ein weiterer Karo-Schnapper und der letzte Trumpf. Der Tisch gibt wiederum Pik. Pik-As und der dreizehnte Karo machen jetzt die beiden fehlenden Stiche. U. A.

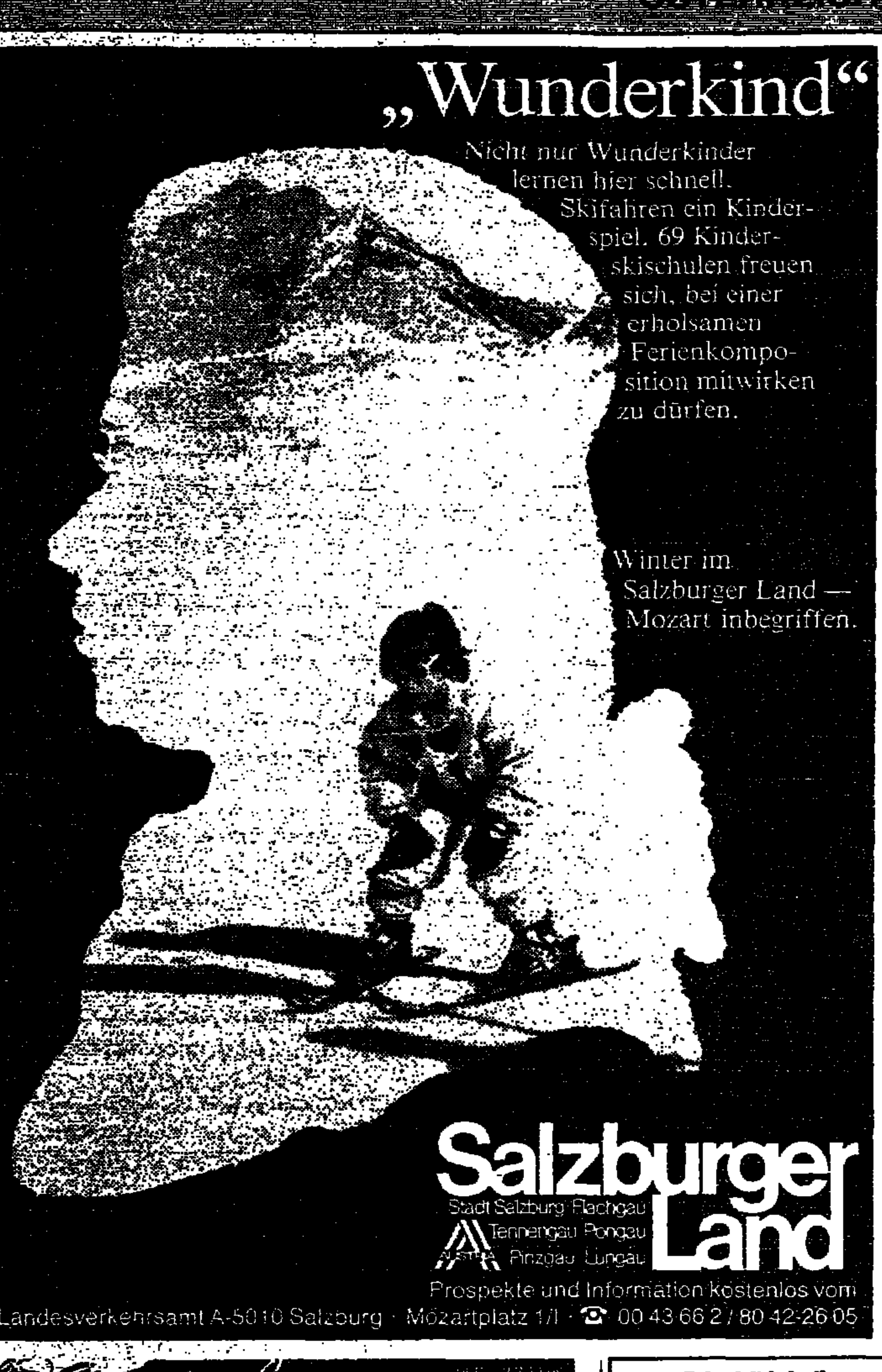
Auflösung vom 7. November



Kunstausstellung

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Heinz-R. Scheiko
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

ÖSTERREICH



Ski- und Wandersafari****
Nationalpark Hohe Tauern Salzburger Land

in einem der schönsten Gebiete der Ostalpen. Ein Schloßhotel für individuelle, naturverbundene Urlaubsgestaltung. Über 30 Seilbahn- und Liftanlagen, 1200–2200 m (Neukirchen-Gerlospaß). Stilvolles Weihnachten. Sonderprogramm: Geführte Skilanglauf- und geführte Winterwanderwoche (Februar und März) mit geselligem Programm. Erstklassige Küche. Bitte Programme anfordern. 7 Übernachtungen inkl. Halbpension ab DM 500,–.

Hotel Jagdschloß Graf Recke, A-5742 Wald im Oberpinzgau
Tel. 00 43 / 65 65 / 64 17, Telex 6 67 11



Ski & Spaß am Gerlospaß

Tirol · Salzburger Land

30% Ermäßigung auf Skipaß für Hausgäste! „Weiße Wochen“ v. 10.1.–7.2. und „Firnwochen“ v. 7.3.–4.4.87 ab DM 440,– p. Woche. HP, inkl. Frühstücks- + Salat- bzw. Dessertbuffet; Panorama-Hallenbad, Sauna, Gratis-Skijause. Skiservice, Pinzgauer Festmenü-abend: großzügige Kinderermäßigung! NEU: 2-Länder-Skischaukel Salzburger Land – Tirol, 40 Lifte. Langlauf: 40 km Loipen

DAS INDIVIDUELLE WINTERSPORTHOTEL
WALDERWIRT & MARZENHOF***
A-5742 WALD IM OBERPINZGAU 20. TEL. 0043/6565/82160

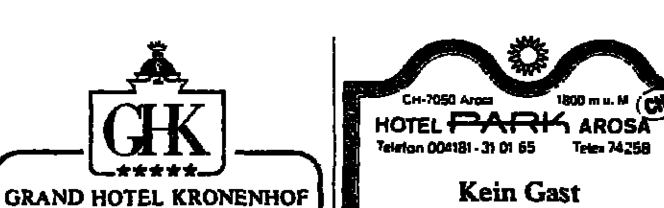
Erhol Dich fit

preiswert, gemütlich, im Gasth. Gletscherblick, A 6481 Mittelberg Pitztal-Tirol. Gepfl. Haus, sonn. Balkonzimmer, alle m. Bad od. Dusche, WC, Wohnecke, 300 m zur Pitztaler Gletscherbahn, Ganzjahresskigebiet, Loipe neben d. Haus.
Telefon 00 43 / 54 13 / 82 92

Liebe Leser

Schreiben Sie bitte die Chiffre-Nr. möglichst deutlich, wenn Sie auf eine Chiffre-Anzeige antworten. Sie ersparen sich damit Zeit und unnötige Rückfragen.

SCHWEIZ



GRAND HOTEL KRONENHOF
PONTRESINA
Graubünden/Schweiz

verwöhnt Sie in gemütlich stilvoller Atmosphäre – bei sportlicher Betätigung und kulinarischen Freuden

CH-7504 Pontresina
Tel. 004182-60 111
Tx. 74 488

CH-7050 Arosa 1800 m ü. M
HOTEL PARK AROSA
Telefon 004181-31 01 65 Telex 74258

Kein Gast ist wie der andere unsere Zimmer auch nicht

Wir sind auch sonst nicht ganz alltäglich:

fünf Sterne, Hellebarden, Tennishalle, schummriges Licht, Whirlpool, Antiquitäten aus der Zeit, Massage, Sauna, Fitness, traumhafte Zimmer (auch ein paar einfache), Squashhallen, nette Leute, die sich um Ihre Schönheit kümmern, Hallenbad, 3-Busservice, Kapelle, die auch mal einen Tango spielt, knarrende Dielen und eine ganz ganz feine Küche.

Wollen Sie uns erleben?

Wir heissen Sie ganz herzlich willkommen:

Hans-Ruedi und Ursula Sterchi
Postfach CH-7050 AROSA

SCHWEIZ



Ihr *****TOP-HOTEL für attraktiv-aktive Winterferien.
6.12.-13.12./13.12.-20.12. 86

DEZEMBER SKI-+LL-WOCHEN
ab Fr. 815.– inkl. Halbpension
Skischule + Skipass
in Appartements ab Fr. 710.–

Silbermedaille für jeden Teilnehmer

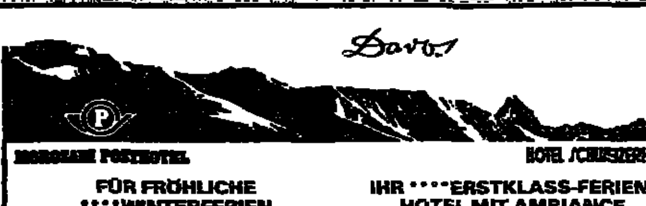
TENNIS+SKI-WOCHEN
ab Fr. 795.– inkl. Halbpension
täglich 1½ Std. Tennisunterricht

SCHÖNHEITS-WOCHEN
ab Fr. 820.– inkl. Halbpension
(mit oder ohne Diät)

FITNESS-WOCHEN
ab Fr. 750.– inkl. Halbpension
(mit oder ohne Diät)

● Hallenbad ● Sauna ● Massage ● Fitnessraum ● Beauty-Center ● Coiffure Damen/Herren ● Tennis- und Squash-Hallen ● Kegelbahnen ● Bar/Dancing ● Rôtisserie ● Raclette-Stübli ● Garagen ● GRATISBUS zu und von den Skiliften
★ Familienarrangements ★

SAVOY-HOTEL, CH-7050 AROSA



MOROSANI POSTHOTEL

FÜR FRÖHLICHE ****WINTERFERIEN
90 Bündner Komfortzimmer und Suiten. Hallenbad – Sauna – Solarium – Masseur. Gemütliche Stübli und Hotelhalle. Restaurants – Bars – Dancing. *Zentrale Lage – Nahe Bergbahnen.*
Pöstli – Davos für viele das Gastfreundlichste.
CH-7270 Davos-Platz, Tel. 004183-2 11 61
Tx. 74350 (ab März 853 150)
H.P. + D. Kreuzger

HOTEL SCHWEIZERHOF

IHR ****ERSTKLASS-FERIEN-HOTEL MIT AMBIANCE
100 moderne Zimmer und Suiten mit Direktwahl-Tel., Radio und Farb-TV. Gemütliche Aufenthaltsräume und Bar mit Duo, stilvolles Restaurant. *Hallenbad – Sauna – Solarium – Massage.* Zentrale Lage – Nahe Bergbahnen.
CH-7270 Davos-Platz, Tel. 004183-2 11 51
Tx. 74324 (ab März 853 124)
Paul Heeb

MOROSANI HOTELS



für glückliche Winterferien

Komfort + Geselligkeit. Sehr bequem gelegen, bei den Skibahnen + Langlaufloipen. Alle Südzimmer mit Bad und Sonnenbalkon – „Weiße Wochen“-Spezial-Arrangements.
Fam. Hüsler, CH-7260 Davos-Dorf, Tel. (00 41 83) 5 34 44 – Tx. 7 4 396

Reiseanzeigen

helfen mit, Urlaub, Freizeit und Wochenende richtig zu planen. Studieren Sie die Anzeigen der Reiseteile von WELT und WELT am SONNTAG, und Sie werden jede Menge verlockender Angebote entdecken.

Das Vergnügen macht sich kurz oder lang immer bezahlt. (Shakespeare)
Golfhotel Waldhuus für Geniesser



Golfhotel Waldhuus
CH-7270 Davos Platz
Tel. 0041-83 6 11 31
Direktion Kurt und Helen Kunzli

WELT am SONNTAG informiert:

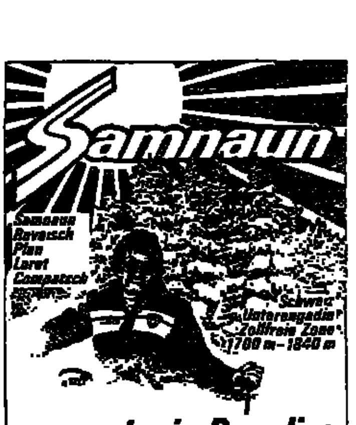
In diesen Hotels erhalten die Gäste sonntags morgens als kostenlosen Service WELT am SONNTAG.



Hotel Restaurant
Hamburger Str. 10 · 2107 Tötensen · Tel.: (04108) 71 26

Appart-Hotel
ZUR BOB bahn Winterberg
Kapperundweg 4 · 5788 Winterberg · Tel.: (02981) 20 21

„KÖNIGSHOF“
Hotel – Restaurant – Café
Voensen 1 · 2110 Buchholz i. d. Nordheide · Tel.: (04181) 3 67 64

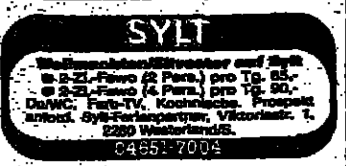


FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

INLAND

Nordsee

URLAUB, NATUR, KOMFORT auf AMRUM



Der Friesenhof in Norddorf, 3 Reetdachhäuser inmitten urig. Heide- und Dünenlandschaft, bietet 14 anspruchsvolle Ferienwohnungen (2–6 P.) – mit Farb-TV, Telefon, z. T. Terrasse, Kamin u. 2. Bad. Schwimmbad, Dampfbad, Solarium, Kinderspielhaus, Gemeinschaftsraum mit großem Grillkamin. Eröffnung Ostern 87 – Anfragen jetzt bei:
Friesenhof
Regina Röhmer, Scharzweg 10, D-2400 Lübeck 1, Tel. (0451) 29 81 12

Appartementhäuser „Möwe“, Hörnum
Fewo in ruhiger, zentraler Lage für 2–6 Pers., 30–68 m². Nur wenige Minuten zum Weststrand und zum Hallenbad. Ganzjährig geöffnet.
Appartementhäuser „Möwe“, Seebalstr. 1, 2284 Hörnum
Tel. 0 46 53 / 15 42

!! Sylt !!
Exkl. Friesenhs.-Teil f. höchste Ansprüche (Kamin, 2 Bäder), 4–6 Pers., DM 300,–/Tag. Weihn./Neuj. frei. Tel. 0 40 / 45 53 44

Urlaub an der Nordsee in Bargum/Nordfriesland, 2 FeWo's, 2–6 Pers. ab DM 25,–/Tag, Hausprospekt. Tel. 0 46 72 / 4 39

Nordseeinsel Baltrum
komf. FeWo., über Weihnachten frei.
Telefon 05 51 / 79 20 66

Wenningstedt/Sylt. Gemütl., komf. App., 3 Zi., Kü., Bad, Balk., 80 m², mod. ausgest., Farb-TV, Tel., Geschirrsp., usw., getr. Eing., zu verm., ruh. strandn. Lage, Ausk. Tel. 04 21/34 45 44, Mo.–Fr. 9–12.30 Uhr.

SYLT
Weihnachten/Silvester auf Sylt
● 2-Zi.-Fewo (2 Pers.) pro Tg. 65,-
● 2-Zi.-Fewo (4 Pers.) pro Tg. 90,-
Du/WC, Farb-TV, Kochnische. Prospekt anford. Sylt-Ferienpartner, Viktoriastr. 1, 2280 Westerland/S.
04651-7004

Weihnachten/Neujahr auf Sylt
Exkl. Friesenhaus u. herrl. Reetdachhaus in Kampen frei
Tel. 09 11 / 54 02 03 od. 0 46 51 / 2 55 11

KAMPEN
Exkl. stilv. Friesenhaus in idyll. Wattlage, unterhalb der Kupferkanne.
Tel. 0 46 51 / 4 45 50 o. 0 40 / 6 03 89 25

Wenningstedt/Sylt
neue, ruh., komf. FeWo bis 5 Pers.
Tel. 0 69 / 85 33 69

SYLT Sonnenland, Reethaus Weihnachtsf. + 1987
Telefon 05 11 / 83 98 21

SYLT
Lux.-Apt. f. 2–6 Pers., Farb-TV, Tel., Schwimmbad, Sauna. Tel. 0 40 / 39 14 32 v. 8–17 Uhr, sonst 0 41 06 / 44 57

SYLT
ist bei jedem Wetter schön!
Hübsche Ferienwohnungen und Häuser in jeder Größe und Lage, in Westerland und anderen Inselorten frei.
App.-Verm. Christiansen, Kampende 46, 2280 Tinnum/Sylt
Telefon 0 46 51 / 3 18 86

Wangerooge
Sehr schöne Ferienwohnungen, Meerblick, komplette, geschmackvolle Ausstattung. Sonderpreise auch über Weihnachten/Neujahr. Wangerooger Urlaubsservice, Tel. 02 51 / 4 01 15

Inselweihnacht auf Föhr und Ferien 1987. Jetzt vorbuchen, f. moderne FEWO 2–4 Pers. + Kind, in schöner Friesendorflage Wyk-Boldixum. 0 40 / 58 69 15.

Ostsee

Maritim (Travemünde), 1-Zimmer-Appm. Komfort- + Luxusklasse, 2.–29., OG, Casino- + Traveseite, Farb-TV, Telefon, Radio, Schwimmbad, 2 Pers./Tag 50,– bis 85,– DM.
Tel. 02 21/61 39 42 + 86 21 64

Heiligenhafen (Ostsee)
Kft.-Wohnung im Ferienpark. Seeblick, gute Ausstattung. Wellenbad kostenlos.
Tel. 0 41 02 / 6 21 39

Bayern

München
Komf.-FeWo, ruhig, beste Lage, 2–8 Pers., familienfreundl., preiswertes Schnupperangebot.
Tel. 0 80 92 / 71 29

Garmisch-Partenkirchen
Neu erb. Komf.-Ferienwohnungen, ruh. Lg., 2–6 P. J. Oster, Gästehaus Boarlehof, Brauhausstraße 9, Tel. 0 88 21 / 5 06 02

Garmisch
Kft. FeWo, 2 Zi., Kü., Bad, für 2 Pers., Gar. 60,–.
Tel. 0 89 / 17 79 33

Oberallgäu
Kft.-FeWo f. 4 Pers., Nähe zahlreicher Loipen u. Pisten. Tel. 0 79 31 / 86 99

Oberstdorf/Allgäu
gemütliche Ferienwohnung, max. 4 Personen, zu vermieten. Anfragen unter
Tel. 0 76 64 / 15 51

Berlin
3-Zi.-Kft.-Ferienwhg. im Grünen, 2–4 Pers., Farb-TV, ab sof.
Tel. 0 30 / 4 14 25 19

Schwarzwald

Ihre Ferienwohnung
Baiersbronn/Nordschwarzwald.
Ein- bis Drei-Zimmer-Wohnungen (27 bis 72 m²), mit allem Komfort, in herrlicher Lage, direkt am Wald, ab DM 44,– pro Tag für 2 Personen. Hallenbad, Lift, Garagen, Minigolf, Tennis.
Hausverwaltungsges. mbH Obertal, 7292 Baiersbronn
Tel. (0 74 49) 3 20

Versch. Inland

Komfortappartements
Schwimmbad, Sauna, Braunlage/Harz,
Tel. 04 21 / 30 76-2 78

AUSLAND

Dänemark

FERIENHÄUSER - NORDSEE - DÄNEMARK
Fordern Sie unseren 1987-Katalog an · Sonderangebote für 2 Personen
FERIEHUSUDLEJNING I/S
Turistbüro, DK-6990 Ulfborg, Tel. 00457/491277 · Büro in Hamburg
G. Kröger, Kronsaalsweg 63A, 2000 Hamburg 54; Tel. 040/542817

DER NÄCHSTE SOMMER KOMMT BESTIMMT
Bestellen Sie kostenlos unseren Farbkatalog mit 2000 Ferienhäusern in ganz Dänemark
Wählen Sie Ihr Traumhaus – zahlen Sie aber erst das Depositum im Februar
Katalog erscheint 30.11.
Büro Sonne und Strand
DK-9492 Blokhus
9-20 Uhr 7 Tage Tel 00458-245600 in der Woche

Bornholm — Dueodde
2 Lux.-FeWo's m. allem Komf. Grdst. 8000 m², 80 + 110 m² Wfl. 1090,- + 1290,- DM/Woche. Informationsmaterial mit Farbfotos: Poul-Erik Hansen, Krakvey 12, DK-3730 Nexø, Tel. 00 45 / 3 / 98 87 77

Dänemark '87/ u. Weihn./Neuj. 86/87
Komfort. Ferienhäuser - Nord- u. Ostsee
Kostenlos Farbkatalog anfordern!
Keine Buchungsgebühr
dänbooking
Schleswiger Straße 68
2390 Flensburg · Telefon 0461/9 70 21

Finnland

FINNREISE
Klosterwall 4 · 2 Hamburg 1 · 040/32 60 16

Schweden

Schweden
Sommer u. Winter in Värmland, Västergötland u. Dalsland. 1000 Ferienhäuser u. eine gr. Auswahl v. Pauschalangeboten. Gratis-Katal.
SCHWEDEN REISEN WEST
Box 244 C, S-651 05 Karlstad
Tel. 0046 54 / 10 21 70

Schweden
Ferienhäuser, Blockhäuser, Bauernhöfe
Katalog anfordern!!!
Südschwedische Ferienhaus-Vermittlung
Box 117, S-28900 Knislinge,
T. 004644/60655

Frankreich

FRANCE REISEN
Ihr Partner für Skireisen
SKI in Frankreich *plus SKI-SCHWEIZ!*
8500 Ferienwohnungen
Chalets, gemütliche Skihotels in den beliebtesten Skiorten.
Wer schnell bucht, sichert sich die besten Angebote.
Großer Farbkatalog kostenlos
Telefon 0 89/28 82 37
Theresienstr. 19 · 8000 München 2

Monte Carlo – Cap Martin
Eleg. Villenetage, 6 Pers., einm. Lage, sehr sonnig. Weihnachten frei. Tel. 0 83 82 / 51 81

Côte d'Azur
Ferienwohnungen, Villen, Hotels *zwischen Nizza, Cannes, St. Tropez, Le Lavandou, Cap d'Agde und Korsika. Alle Jahreszeiten.* Weihnachten, Oster- und Sommerferien 87. *Gratis-Farbkat. anfor.:*
COTE D'AZUR RESIDENCES GMBH
Frau Tr. Schmidt-Spälter · Fahrenkrön 123 D-2000 Hamburg 71 Tel. 040 / 645 14 45

Österreich

Maishofen/Zell am See, gemütl. einger. 2 Zi.-Kft.-FeWo bis 4 Pers., beliebter Wintersportort, gr. Ski- u. Langlaufgeb. Tel. 0 40 / 6 06 57 91

St. Wolfgang /Salzk.
Weihn./Neuj. fr., exkl. FeWo. f. 2–5 Pers. zu verm. Skikurse Postalmgebiet. Fritz Klinger, 8 München 80, Stuntzstr. 17, T. 0 89 / 91 36 14

Bad Hofgastein
Kft.-FeWo, 73 m², 2–6 Pers., (Tel., Farb-TV, Geschirrsp., Loggia). Tel. 0 41 02 / 5 50 47

Lech/Bad Gastein
Kft.-FeWo, kurz od. langfr. vermietbar, Weihn. frei.
Tel. 00 43 / 2 22 / 56 52 31

Schweiz

Zermatt am Matterhorn
FeWo für 4–6 Personen. Alle Wohnungen m. Südbalkon u. Blick auf das Matterhorn. Farb-TV, Radio, eigenes Telefon. Sonnige, ruhige Lage. Vom 3. Jan.– 7. Febr. 87, sfr-DM 1 zu 1.
Frau Maria Macholdt Lauber, Haus Windhos, CH-3920 Zermatt, Tel. 00 41 / 28 / 67 17 13

Zentralschweiz/Nähe Sörenberg. Skigeb., 900 m ü. NN, komf. Chalet m. Tel., Garage, off. Kam., b. 6 P., Dez. 86–März 87 n. frei. Tel. 0 29 32 / 3 37 45.

ZERMATT, Dachgesch., m. Galerie, entkl. Ausstg., u. Kü., Matterhornbl., 2 gr. Südbalk., 5 Betten + Kinderbett, TV, Tel., Vbad, Geschirrsp., sfr. 100 b. 120,–. Tel. 0 40 / 2 20 66 88 / 2 79 30 73

Luxuschalet/Wallis
2 DoZi., 2 Bäd., Sauna, Kam., Bl. a. Matterh., dir. v. Hs. a. d. Skipiste, kpl. ausgest. m. z. B. Spül- u. Waschmasch., umständeh. ab sof. zu verm. Bis 20. 12. 86 p/Tg. 180 sfr., v. 21. 12. 86–5. 1. 87 p/Tg. 250 sfr., ab 6. 1.–31. 1. 87 p/Tg. 180 sfr., Febr. u. März Term. fr. Tel. 0 23 36 / 1 01 31.

Exkl. Chalet bei Davos
mit Sauna, Terrasse, Balkon, Traumlage für 2–6 Personen zu vermieten.
Tel. 0 24 21 / 7 33 45

Arosa „Rothornblick“
Die Top-Appartements ab sfr 950,– pro Woche. Großes Hallenbad, Tennis- u. Squashhallen. Eigener Kindergarten. Gratis-Bus zu den Skilifts.
Tel. 00 41 81 / 31 02 11

Engadin, Nähe St. Moritz
Priv. Fewo, behagl. Ausst., Spülmasch., TV, Terr., 2–4 Pers., ab 80 sfr.
Telefon 0 23 04 / 7 31 40

Italien

Strandhaus auf Sardinien
ideales Surfrevier, verm. 0 61 51 / 6 23 21

Urlaub
Appartement, Insel Ischia, 85 m², 3 Zimmer, Küche, Diele, Bad, Terrasse 30 m².
Tel. 00 39 81 / 98 19 19, ab 18 Uhr

Spanien

Marbella, Costa del Sol
Großzügige, lux. ausg. Häuser, 2 u. 3 Schlafzi., off. Kamin, Pergola, ca. 140 m², vermietet
Esmosa 0 89 / 23 03 52 54

MARBELLA/Strandvilla
2 Bäd., 2 Kü., Farb-TV, Tel., a. Wunsch Hausmädchen, schon jetzt günstig buchen. Tel. 0 40 / 4 39 21 24

LA PALMA
Die Schönste der Kanaren
Exkl. kl. Appt.-Anlage (8 St.). Herrl. Lage u. Panorama in paradies. Ruhe. Gr. Gartenanl., m. Pool, Tennispl., Tischtenn., Spielpl., Grill. Deutsche Leitung. Die beste u. schönste Anlage L. P.
Info: Tel. 0 63 31 / 7 06 47

Gran Canaria
St. Agustin, Bung. u. App., dir. am Meer, ruh. Lage, gr. Terr., Meerbl., v. Priv. Tel. 0 40 / 6 00 43 86 u. 0 41 93 / 7 97 00

Lanzarote
Luxusbungalow, 95 m², 4 Pers., Meerblick, ruh. Lage, exkl. Einrichtung zu vermieten.
Tel. 02 08 / 42 54 90

Mallorca, Cala Murada
Villa, Strandnh., off. Kamin, gr. Terr., blüh. Garten. Tel. 0 70 31 / 3 43 17

Spanien
Geräumiges Ferienhaus, 100 m², gr. Balkon, Garten, Swimm.-pool, Costa del Azahar, ganzjährig zu verm.
Tel. 0 42 09 / 14 29

TENERIFFA – HIERRO – LA PALMA – LA GOMERA – RESERVATION (SEIT 1954) ★ Ausges. Hotels, Apptmts. u. Bungalows ★ Günstige Direktflüge ★ Tel. (0 23 61) 2 29 67

Teneriffa
Appartementhaus Ikarus, noch ein Weihnachtsterm. frei v. 4. 12.–8. 1. 87 inkl. Flug ab Düsseldorf.
Tel. 0 41 09 / 90 63

Gesuche

Wir suchen komf. Haus f. 8 Pers. (4 Schlafr.) od. Haus m. 2 Whg. m. je 2 Schlafr.
Costa del Sol, Mallorca, Ibiza od. griech. Inseln f. Ostern 87.
T. 02 08 / 43 63 23 od. 5 27 83

Ibiza gesucht
Wohnhaus nur in Bestlage, auch renovierungsbed. Barzahlung, v. Priv.
Telefon (033 34 71) 31 35 47

Versch. Ausland

Süd-Florida
Bung. m. Pool, 3 Schlafzi., ruh. Lage, verm.
Tel. 0 61 72 / 4 61 82

Philip Ashley M.Sc.-FÄHREN, Gruppen
FERIENHÄUSER + BOOTE
Heideweg 49 (Abt. 9)
4000 Düsseldorf 30
(02 11) 63 31 93
Büro besetzt von 9.00–21.00
Fordern Sie unverb. eine Broschüre an
England-Wales-Schottland-Irland

Vale do Lobo / Algarve
von Priv., Lux.-Villa, 3 SZ, Pool, TV, Kamin, Hausmädchen.
Telefon 0 40 / 8 90 34 36

FERIENWOHNUNGEN/HÄUSER
Flüge – Fähren – Mietwagen
Roswitha Joller, Schubertweg 2 C, 4052 Korschenbroich 2
☎ 0 21 61 - 67 26 40

Algarve/Portugal
Wir vermieten Ferienwohnungen und Villen. Sonderpreise zum Überwintern. Planiferias c/o Weil
Tel. 0 61 31 / 8 54 98 u. 8 51 29

interchalet
3000 Ferienhäuser & Ferienwohnungen in den besten Wintersportorten der Alpen. Österreich, Schweiz, Italien, Frankreich
Alle Informationen im kostenlosen 132-seitigen Winterprogramm 1986/87.
INTER CHALET · D-7800 Freiburg
Kaiser-Joseph-Str. 263 ☎ 0761 - 210077

Gehen Sie jetzt an die
Algarve (Portugal)
Sonne und Baden das ganze Jahr
Sonderpr. z. Überwintern. Preisg. *FeWo von Priv.* Deutschspr. Verwaltung.
Tel. 0 61 96 / 30 14



Neu im Angebot: Clubhotel Hubertushof. Saalbach/Hinterglemm im Salzburger Land. Ihr Tribünenplatz für die Alpine-Ski-WM.

FerDi® – Ferien mit Dividende
IM URLAUB UMSONST WOHNEN

● Ihr Feriendomizil gehört Ihnen eine, zwei oder mehr Wochen im Jahr. Für immer
● Es ist gesichert durch Notarabwicklung und Grundbucheintrag.
● Sie wählen unter 1300 weiteren Reisezielen weltweit, über den T.S.H.-Partner RCI.
● Die kostenfreie Abwicklung Ihrer Urlaubswünsche gehört zum T.S.H.-Service.

T.S.H. TIME SHARING HOLIDAY
Touristik-Vertriebs & Services GmbH
Graf-Adolf-Straße 90/Karlstraße 3
4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11 / 36 03 74-5

Niederlassungen und Agenturen im gesamten Bundesgebiet.

AUSFLUGS-TIP



Anreise: Aus nördlicher und westlicher Richtung auf der A 3 über Frankfurt Richtung Würzburg. Ab der Ausfahrt Stockstadt auf die B 469 bis Wörth. Aus südlicher Richtung auf der A 81 über Heilbronn Richtung Würzburg bis zur Ausfahrt Bocksberg. Von dort in Richtung Hardheim/Miltenberg durch den Odenwald bis Wörth.
Auskunft: Stadtverwaltung, Postfach 20, in 8761 Wörth/Main, Tel. 09372/5457.

Wörth am Main

Zum zehnjährigen Jubiläum erschienen dieser Tage die Wiener Sängerknaben mit einem Extra-Konzert. Und ein richtiger weißhaariger Wiener Kommerzialrat überreichte dem Jubilar feierlich das Silberne Ehrenzeichen der „Fachgruppe Wiener Kaffeehaus" für „besondere Verdienste um das Wiener Kaffeehausgewerbe". Nein, nicht in Wien, sondern in Wörth, und nicht einmal in jenem Wörth am romantischen Wörthersee, sondern in Wörth am Main, das mit *seinen 3940 Einwohnern in den* Tourismusprospekten als „typisches unterfränkisches Fischer- und Schifferstädtchen" ein gelinde gesagt wenig beachtetes Dasein fristete. Mittlerweile ist das etwas anders geworden. Wörth (eine von acht Ortschaften dieses Namens in der Bundesrepublik) wird entdeckt. Sonntags stauen sich in der Hauptstraße die Autos, die teilweise aus bis zu 100 Kilometer Entfernung anreisen. Schuld ist ein Cafe.

Die Idee, ausgerechnet in Wörth am Main ein „Wiener Cafe" zu eröffnen, kam dem 38jährigen Konditormeister Jochen Gasser, dem Nachfahren eines alten thüringischen Bäckergeschlechts, vor Jahren, als einmal der leitende Innenarchitekt einer bekannten österreichischen *Firma für Caféhaus-Einrichtungen* zufällig in Gassers kleiner Konditorei einkehrte. Man kam ins Gespräch und ins Planen.

An sich eine fast absurde Idee. Als eiserne Branchenregel gilt: Mit weniger als 10 000 Einwohnern am Ort hält sich kein Caféhaus. Jochen Gasser und seine Frau Irmgard sind wohl die berühmte Ausnahme von der eisernen Regel. Heute hat ihr „Wiener Café" nicht nur steilen Aufstieg. Umzug ins größere Nachbargebäude, teure Neueinrichtung in gediegenem Wiener Jugendstil mit 130 Plätzen in gemütlichen Plüsch- und Kuschelecken inklusive elektrischem Klavier und eine personelle Erweiterung auf 18 Angestellte (zuzüglich Aushilfskräfte) hinter sich. Es ist unbestritten die größte *Attraktion des Städtchens* (was keine Beleidigung der Pfarrkirche samt Flügelaltar, des frisch renovierten alten Rathauses und der entzückend stillen, zum Teil noch mittelalterlichen Mainuferfront bedeuten soll). Kenner der Wiener Szene behaupten, dort müsse man sehr lange suchen, um noch etwas so typisch Wienerisches zu finden wie hier in Wörth, fast 750 Kilometer weit von Wien entfernt.

Das betrifft natürlich auch die Kuchen. Als Geselle hatte Gasser schon in den USA und in der Schweiz gearbeitet. Das Zuckerbäcker-Paradies Österreich mußte *er sich erst noch erobern, als er sein* „Wiener Café" eröffnete. Inzwischen bekommt man bei ihm unter den 86 verschiedenen Torten und endlosen Gebäcksorten auch so Spezielles wie ofenwarmen Powidl, Pischinger Waffeltörtchen, Preßburger Mohnbeugel, Golatschen, Buchteln oder auch Wiener Fiaker (Kaffee mit Schlagobers und Kirschwasser).

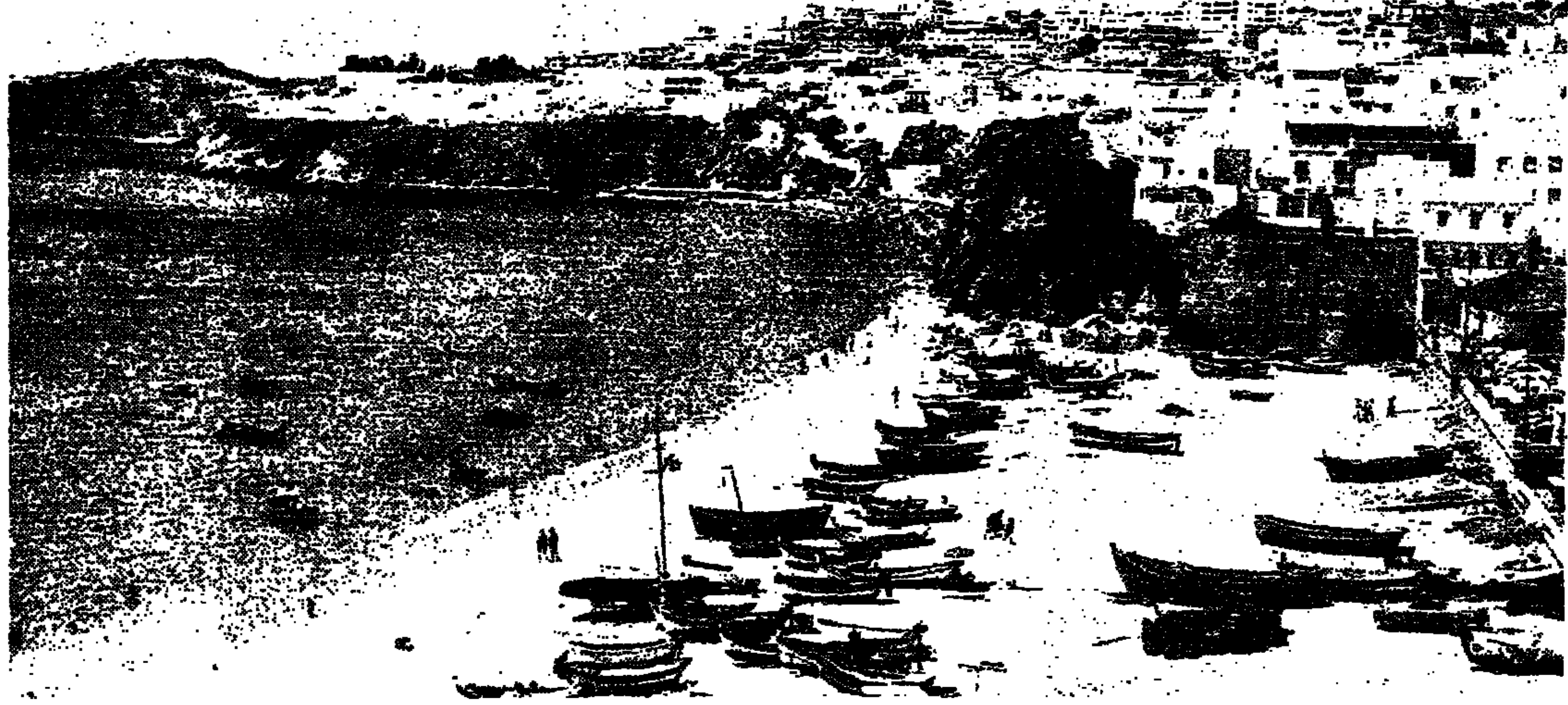
Aus der Art, wie seine Gäste und Kunden ihre Wünsche äußern, schließt Gasser, daß 90 Prozent schon früher einmal da waren. Eine Familie aus Norddeutschland unterbricht Jahr für Jahr die Rückreise aus dem *Italien-Urlaub*, um Wörther Kuchen für die Heimkehr mitzunehmen. Mitglieder der bayerischen Landesregierung bewirten ihre Gäste hier.

Ein Stückchen Wien am Main, wo er eigentlich noch gar nicht richtig als romantisch gilt. Sogar die Honoratioren des kleinen Ortes, die anfangs dem abenteuerlichen Unterfangen des von auswärts zugezogenen jungen Ehepaars etwas mißtrauisch und skeptisch zusahen, scheinen inzwischen angetan zu sein, obwohl die sonntags mitunter fast völlig zugeparkte Wörther Hauptstraße den Behörden gewisse Kopfschmerzen verursacht. Den eigentlichen Ärger haben freilich die sieben anderen Wörths in deutschen Landen: am Rhein, am Inn, *an der Donau, an der Isar, bei Passau*, bei Peißenberg und bei Erding. Dort fragen gelegentlich ratlose Autofahrer ebenso ratlose Passanten, *wo denn das berühmte* „Wiener Café" zu finden sei.

JOACHIM NEANDER



Das „Wiener Café" in dem kleinen fränkischen Städtchen Wörth am Main wurde zur großen Attraktion. FOTO WETZELSBERGER



Der Wind aus Afrika bläst auch im Winter angenehm warm über die weißen Sandstrände – im Bild Albufeira. FOTO: CAMERA PRESS

Am Heiligen Kap der Römer überwintern

Meter um Meter bricht die schroffe Steilküste in ein dunkles Nichts ab, Wasser klatscht gegen die Felsen, die See schäumt auf, peitscht die Klippen hoch, rollt zurück, um erneut Anlauf zu nehmen. Der Wind reißt an den Haaren, fröstelnd schlage ich den Jackenkragen hoch und stehe stumm angesichts soviel lärmender, wilder Schönheit. Das ist es also, das „Fim do Mundo", das Ende der Welt an der Südwestspitze Europas.

„Wo das Land endet und das Meer beginnt" schreibt der portugiesische Nationaldichter Luis de Camões über das Cabo de São Vicente, wie das einstige promontorium sacrum, das Heilige Kap der Römer heute heißt. Hier, in den Gewässern vor dem Kap wurden in der Neuzeit die Seeschlachten zwischen Briten, Franzosen und Spaniern ausgetragen, hier auf dem windigen Hochplateau des Cabo und der Ponta de Sagres steht die einst berühmte Seefahrerschule, die Vila do Infante Heinrich des Seefahrers.

Mit Verlassen des südwestlichen Punktes Europas bleibt auch der Wind zurück, und ich beginne auf meiner Fahrt Richtung Osten, entlang der vielbesuchten Küste der Felsalgarve, die kleinste und südlichste Provinz Portugals zu entdekken. Reiseprospektfotos werden Wirklichkeit: weite, ockerfarbene Sandstrände erstrecken sich zwischen den wunderlichsten Felsenformationen. Das Meer hat viel Phantasie bei der Gestaltung bewiesen – kleine Nischen und Rundbögen, Felstore und -türme, merkwürdige Kegelgebilde und spitze Felsennadeln ragen in Goldgelb und Karminrot aus dem türkisfarbenen Meer hervor.

Lagos, das Zentrum der portugiesischen Schiffsbaukunst, ist eine lebendige Hafenstadt und dank besonders schöner Badebuchten und bekannter Strände wie Meia Praia und Canavial, herrscht selbst in der ausklingenden Hochsaison noch allerhand Touristenrummel. *Die kleinen Einkaufs*straßen in der Fußgängerzone laden zu einem ausgiebigen Bummel ein, und eine Vielzahl von Bars vertreibt unternehmungslustigen Nachtschwärmern die Zeit. Unweit der Praça da República, wo der Überlieferung nach der erste Sklavenmarkt Europas stattgefunden hat, befindet sich die einzigartige Soldatenkapelle Santo António. Ihre Innenwände und die spätbarocke Altarwand sind über einem Azulejossockel mit vergoldeten Holzschnitzereien verziert.

Auf dem Weg nach Praia da Rocha, das älteste und bekannteste Seebad des Algarve und „Hausstrand" von Portimão, werden die Ausmaße des vielbeklagten Baubooms deutlich: Nach Vorbild des spanischen Torremolinos sind auch an der Algarveküs*te Fischerdörfer den Baulöwen zum* Opfer gefallen. Bettenburgen in schwindelerregenden und zudem unzulässigen Höhen, Apartmentblocks und Reihenhäuser in allen erdenklichen architektonischen Stilen zersiedeln die Landschaft. Die Hochhaustürme am Strand von Alvor, jenem Badeort vor Portimão, in dem auch Präsident Soares seine Sommertage in einem Landhaus verbringt, wirken besonders unpassend.

Portimão, die bunte Hafenstadt an der breiten Rio-Arade-Bucht, ist bekannt durch seine „fliegenden Fische". Eine Traube von Menschen umlagert jedesmal die vom nächtlichen Fang heimkehrenden Fischer, die in ihren Kuttern stehend große Körbe mit Sardinen zum Kai hinaufwerfen. Neben dem Direktverkauf am Hafen, werden die silbrig-glänzenden Fische in den zahlreichen Fabriken von Portimão „zur Konserve" verarbeitet. Mit einem Glas Vinho tinto kann man den Fisch in einer der vielen urigen Kneipen am Kai frisch oder gegrillt verzehren.

Im Tal der Wölfe

Die Nationalstraße 125, die sich von Vila do Bispo im Westen bis nach Vila Real im Osten an der spanischen Grenze, über 155 Kilometer die Küste entlangschlängelt, führt an Lagôa vorbei, dem kleinen Weinort, aus dem auch der hochprozentige (14 bis 15 Prozent) Rotwein der Provinz kommt, und läßt das im Fremdenverkehr langsam versinkende Fischerdorf Carvoeiro zur Rechten liegen. Vorbei geht es an Reisfeldern und Obstplantagen, hier und da nistet ein Storch hoch oben auf einem Fabrikschornstein.

Einer der reizvollsten und ursprünglichsten Orte des Barlavento – Barlavento ist das portugiesische Luv, *Sotavento die dem Wind abge*wandte Seite, also das Lee – ist Albufeira heute noch. Die Stadt rankt sich vom Strand aus an zwei von Kirchen gekrönten Hügeln empor. Im Halbrund erhebt sich weiß und maurisch Kubus über Kubus, durchbrochen von kleinen Treppen, überdeckt von schrägen Dächern, geschmückt mit den typischen Kaminen der Algarve. *Der individuell gestaltete Kamin*, jeder unterscheidet sich durch eine kleine Veränderung von dem des Nachbarn, ist der Stolz eines jeden Algarvios. Obwohl es in den Straßen von Albufeira vor Fremden wimmelt, empfinde ich den Ort weder hektisch noch laut, und lasse mich in einem Straßencafé in der Avenida 5. de Outubro nieder. Ich koste zum ersten Mal eine der regionalen Süßigkeiten, die „Morgados", eine klebrige Masse aus Mandeln und Eiern.

Hinter Albufeira in Richtung der Hauptstadt Faro befinden sich die großen Ferienzentren Vilamoura und Vale do Lobo, die dem Gast alles Erdenkliche an Komfort und Freizeitspaß bieten. Neben einigen Hochhäusern und dem wenig anheimelnden Blick auf die Skyline des vorgelagerten Quarteira, einer der unattraktivsten Orte der Algarveküste, gibt es in Vilamoura auch Apartments und Reihenhäuser, sowie großzügige Bungalows mit Swimming-Pool inmitten schön angelegter Gärten. Ein moderner Yachthafen und ein breites Angebot an Sportarten – *für Tennis und Golf* gibt es an der Algarve viele Möglichkeiten – lockt viele Gä*ste auch in der Ne*bensaison. In der Talsenke des Vale do Lobo heult heute auch kein Wolf mehr; hier liegen teure Restaurants, ein Luxushotel, edle Villen und das satte Grün eines 18-Loch-Golfplatzes.

An der Algarve fallen die Felsen steil ins grünblaue Meer. FOTO: FERDI HARTUNG

Wer sich in Vila*moura* aufhält, sollte sich einen Besuch in dem mehr landeinwärts gelegenen Handwerkerstädtchen Loulé nicht entgehen lassen. Kupfer- und Keramiksachen werden in den Werkstätten hergestellt, und wenn man sich selbst etwas gönnen *will*, so kann man sich bei einem der beiden Schuster ein Paar Lederschuhe schon für 100 Mark „maßschneidern" lassen. Für *Kulturinteressierte dürfte das Centro* Cultural São Lourenço bei Almansil ein Tip sein. Unterhalb der Barockkirche São Lourenço hat das Ehepaar Huber aus München *sieben* Ausstellungsräume und ein kleines Freilichttheater geschaffen. Das Centro, durch das Herr Huber Besucher gerne führt, *lädt zu Konzerten, Theateraufführun*gen und ständig wechselnden Kunstausstellungen ein.

Der Garten Europas

Ein Ausflug in das fruchtbare Hinterland des Algarve in die Serra de Monchique führt an Silves, der einstigen Hauptstadt des *maurischen* Königreiches, vorbei. Die heutige Provinz Algarve war 500 Jahre lang fest in arabischer Hand und hatte den Na*men Al-Gharb, was übersetzt der* Westen heißt und damit eine exakte Bezeichnung für den atlantischen Zipfel des maurischen Reiches war. Die massige, in rotem Sandstein leuchtende Burg von Silves stammt aus dieser Zeit. Von dort aus geht es bergan in die sagenhaft grüne Serra de Monchique. Ein begnadetes Land – so üppig, so vielfältig ist die Vegetation: von Orangen- und Zitronenplantagen über Erdbeerbäume, Zuckerrohrstangen, Wäldern aus Akazien, Korkeichen und Eukalyptus, bis hin zu Johannisbrot-, Mandel- und Olivenbäumen quillt „der Garten Europas" schier über.

In Caldas de Monchique, dem kleinen Thermalkurort in einer Schlucht südlich von Monchique, lerne ich nicht nur die scharfen Geheimnisse *des Medronho, ein aus den Früchten* des Erdbeerbaumes gewonnener Aguardente (Branntweinschnaps), kennen, ich sehe in diesem verschla*fenen Ort auch zum ersten Mal die* früher viel benutzten Carinhas, Karren mit vorgespannten Eseln, getrieben von einer alten Algarvia mit schwarzem Kopftuch und einem darüber gestülpten, viel zu großen Männerhut. Vom höchsten Gipfel der Serra, dem 902 Meter hohen Fóia, bietet sich ein grandioses Panorama. An diesem Nachmittag im Spätherbst ist die Sicht so klar, daß man bis zur Küste blicken kann. Ich warte, bis die Sonne im Atlantik versinkt, im dem Land, wo die Sonne überwintert.

ANNA MARIA DAHM

*

Angebot: Der Portugal-Spezialist Olimar (Alter Markt 44, 5000 Köln 1) hat das ganze Jahr über und besonders im Winter günstige und vielseitig kombinierbare Angebote. Ein Preisbeispiel: Zwei Wochen im Doppelzimmer in einem Vier-Sterne-Hotel *an der Algarve* inklusive Flug kosten in der Nebensaison 1211 Mark. Kinder bis zu zwei Jahren fliegen dabei umsonst.
Auskunft: Portugiesisches Touristikamt, Kaiserstraße 66/IV, 6000 Frankfurt, Tel. 069 / 23 40 94.

FESTTAGS-ANGEBOTE

Silvester in der Heide

Unter dem Motto „Festliches Walsrode" lädt die Hermann-Löns-Stadt zu Feuerzangenbowle, Candle-Light-Dinner, Wanderungen und Silvesterball ein. Sieben Tage (26. Dez. bis 1. Jan.) mit Übernachtung/Frühstück und Programm kosten zwischen 296 und 464 Mark. Die Pauschale „Jahreswechsel in Walsrode" vom 30. 12. bis 1. 1. kann zwischen 123 und 173 Mark gebucht werden. Auskunft: Fremdenverkehrsamt, 3030 Walsrode, Tel. 05161 / 2037.

Fränkische Weihnacht

Ein altmodisches aber stimmungsvolles Fest verspricht das rund 1200 Jahre alte Gerolzhofen *seinen* Gästen mit der Pauschale „Fränkische Weihnacht" vom 23. Dezember bis zum 2. Januar. Im Preis zwischen 395 Mark (Übernachtung mit Frühstück) und 553 Mark (Vollpension) sind zwölf Sonderleistungen enthalten. Auskunft: Verkehrsamt, 8723 Gerolzhofen, Tel. 09382 / 261.

Brauchtum in Kurhessen

Verschneite Dörfer mit Gottesdienst in alten Dorfkirchen, Mitternachtsmessen im Dom oder Silvester in den Mauern einer fachwerkbunten Kleinstadt – Hessen bietet vor allem altes Brauchtum. Acht Tage Aufenthalt sind schon für 280 Mark zu haben. Auskunft: Fremdenverkehrsverband Kurhessisches Bergland e.V., Parkstr. 6, 3588 *Homberg, Tel. 05681 / 71250.*

Mittelalter in Fritzlar

Die mittelalterliche Stadt Fritzlar *lädt zu einer Domführung mit* Besichtigung des Domschatzes und zum Silvesterball in die Stadthalle ein. Im Preis von 176,50 Mark für einen Aufentahlt vom 30. Dez. bis 4. Jan. sind fünf Übernachtungen mit Frühstück enthalten. Wer von 23. bis 27. Dezember in Fritzlar weilen und dort nach der Mitternachtsmesse die Festtage verbringen möchte, muß für vier Übernachtungen mit Frühstück lediglich 141,20 Mark bezahlen. Auskunft: Verkehrsbüro, 3580 Fritzlar, Tel. 05622 / 80 343.

Leseabend in Plattdeutsch

Malente-Gremsmühlen lädt für die Festtage zum Leseabend in plattdeutscher Sprache, zum Lustspiel „Blickschaden" (Blechschaden) und zu Wanderungen in die holsteinische Seenlandschaft ein. Gebucht werden können fünf Tage mit Halbpension über Weihnachten oder Silvester ab 334 Mark, zehn Tage kosten ab 654 Mark. Auskunft: Kurverwaltung, 2427 Malente-Gremsmühlen, Tel. 04523 / 2356.

Neunzig Festvorschläge

In seinem Katalog „Festtagsreisen" macht Ameropa neunzig Vorschläge, zum Beispiel: Drei Tage Paris mit Bahnfahrt, Unterkunft, Verpflegung und Silvestergala im Paris Latin, ab Frankfurt 1065 Mark oder fünf Tage Stockholm ab Kiel 589 Mark. Auskunft: Ameropa Reisen, Postfach 110221, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069 / 25 60 400.

Kreuzfahrt im Atlantik

Eine Seereise führt vom 22. Dezember bis 5. Januar mit dem *Kreuzfahrtschiff* MS „Leonid Breschnew" von Genua aus über Tanger zu den Kanarischen Inseln. Silvester und Neujahr werden in *Lissabon verbracht. Von da aus* geht's über Spanien nach Rotterdam. Der Platz in einer Vierbettkabine kostet ab 1650 Mark, in einer Doppelkabine ab 2550 Mark. Für Kinder wird der halbe Preis berechnet. Auskunft: Jahn-Reisen, Postfach 210164, 8000 München 21, Tel. 089 / 57 90 205.